

UNIV. OF MD. COLLEGE PARK



3 1430 00872571 7

Die Genossenschaftsbewegung

Erster Band:

Geschichtlicher Teil

Darstellung der Entwicklung in allen Kulturländern
sowie der internationalen Beziehungen.

Von

W. Kulemann,
Landgerichtsrat a. D.



Berlin 1922.

Verlag von Otto Liebmann,
Verlagsbuchhandlung für Rechts- und Staatswissenschaften,

Verlag der Deutschen Juristen-Zeitung und
der Deutschen Strafrechts-Zeitung.

W 57, Potsdamer Str. 96.

HD

2971

.K8545

Vol. 1

Alle Rechte, einschließlich des Übersetzungsrechts,
vorbehalten.

Altenburg
Pierersche Hofbuchdruckerei
Stephan Geibel & Co.

Vorwort.

Die moderne Genossenschaftsbewegung darf unter allen sozialen Erscheinungen der Gegenwart den ersten Platz für sich in Anspruch nehmen. Ein solches Recht könnte sie schon aus dem äußeren Umstande herleiten, daß die Genossenschaften aller Länder heute annähernd 30 Millionen Mitglieder in sich vereinigen. Aber noch erheblich größer ist ihre prinzipielle Bedeutung. Die Wortführer der Bewegung erhoffen zum Teil von ihr nichts Geringeres als eine völlige Umgestaltung nicht bloß unseres gesamten Wirtschaftslebens, sondern des menschlichen Zusammenlebens überhaupt. Auf der anderen Seite erregt naturgemäß gerade diese Perspektive den schärfsten Widerspruch derjenigen, die an den bestehenden Verhältnissen grundsätzlich festhalten. Es stehen sich also Freunde und Feinde der Bewegung in geschlossenen Reihen und im offenen Kampfe gegenüber.

Bei dieser Sachlage sollte man erwarten, daß in der vorhandenen volkswirtschaftlichen Literatur das Genossenschaftswesen nicht allein überhaupt nach allen Richtungen hin eingehend behandelt wäre, sondern daß man sich insbesondere mit dessen bereits erwähnter prinzipieller Seite eingehend beschäftigt hätte. Aber das ist nicht der Fall. Allerdings besitzen wir auf diesem Gebiete einige Werke von bleibendem Werte, aber von der großen Mehrzahl der einschlägigen Arbeiten läßt sich das nicht behaupten. Die Hauptmasse bilden zwei Gruppen von Schriften. Die eine verfolgt ganz überwiegend den Zweck der Propaganda, sei es für das Genossenschaftswesen als solches, sei es für ein bestimmtes System. Die andere sucht Mittel und Wege zu zeigen, mit deren Hilfe es gelingen soll, gewisse bei der praktischen genossenschaftlichen Tätigkeit sich ergebende äußere Schwierigkeiten am besten zu überwinden. Zweifellos sind beide Arten von Arbeiten nützlich und verdienstlich; aber ebenso sicher ist es, daß sie durchaus ungeeignet sind, zur Lösung des Genossenschaftsproblems etwas Wesent-

liches beizutragen. Ja sie bieten nicht einmal Gelegenheit, es in seiner Tiefe und seinem eigentlichen Wesen zu erfassen. Werden freilich bei den Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern der Bewegung oder der verschiedenen Systeme mehrfach auch prinzipielle Fragen in den Kreis der Erörterung gezogen, so geschieht das doch in so einseitig polemischer, auf die Rechtfertigung des eigenen Standpunktes gerichteter Art der Behandlung, daß der Leser keine brauchbare Grundlage für die Bildung eines unbefangenen Urteils erhält. Dieser Mangel wird in unserer genossenschaftlichen Literatur selbst gelegentlich hervorgehoben und beklagt¹⁾, aber Abhilfeversuche sind bisher kaum unternommen.

Nach dem Gesagten muß es als eine der wichtigsten Aufgaben angesehen werden, hier Besserung zu schaffen, indem versucht wird, die prinzipielle Bedeutung der Genossenschaften klarzustellen, insbesondere zu ermitteln, ob und inwieweit sie imstande sind, zur Lösung des großen sozialen Problems der Gegenwart einen Beitrag zu leisten. Aber wenn man der Gefahr entgegen will, die bei allen Untersuchungen auf wirtschaftlichem Gebiete droht, nämlich sich einseitig von theoretischen Erwägungen und Gesichtspunkten leiten zu lassen und deshalb zu aprioristischen Konstruktionen zu gelangen, die den realen Verhältnissen keine Rechnung tragen, ist es erforderlich, sich zunächst eine möglichst umfassende Kenntnis des Tatsachenmaterials zu verschaffen. Den besten Weg hierzu bietet die Verfolgung der geschichtlichen Entwicklung.

Auch hier zeigt unsere Literatur einen auffallenden Mangel. Ist schon die Zahl der Arbeiten sehr gering, die sich die Aufgabe stellen, im Rahmen eines einzelnen Landes die Ausbildung

¹⁾ Wygodzinski in seinem wertvollen Werke: „Das Genossenschaftswesen in Deutschland“ beschäftigt sich im Vorworte eingehend mit der heutigen Genossenschaftsliteratur und beurteilt sie in ähnlicher Weise, wie es im Texte geschieht. Insbesondere macht er den fachwissenschaftlichen Kreisen den Vorwurf, dem Genossenschaftswesen nicht die ihm gebührende Aufmerksamkeit zu schenken. Er schreibt: „In der offiziellen Nationalökonomie ist das Genossenschaftswesen, von wenigen glänzenden Ausnahmen abgesehen, fast ganz dem Doktoranden überlassen worden.“ Auch Deumer, Das deutsche Genossenschaftswesen, S. 15, äußert: „Das Genossenschaftswesen ist von jeher das Stiefkind unserer Wissenschaft gewesen.“

des Genossenschaftswesens in seiner Gesamtheit zu schildern, wie es in mustergültiger Weise für England das Buch von B. Webb getan hat, so fehlt es völlig an einem Werke, aus dem man sich über sämtliche Kulturländer unterrichten könnte. Dadurch wird die Erreichung dessen, was wir als Ziel bezeichneten, außerordentlich erschwert, denn auf der einen Seite sind nur recht wenig Menschen in der Lage, unmittelbar aus den Quellen zu schöpfen, auf der anderen jedoch kann man darüber, was im Gegensatze zu vergänglichem Beiwerk als Grundgedanke des Genossenschaftswesens anzusehen sei, ein Urteil erst dann gewinnen, wenn man verfolgt, wie die Entwicklung unter dem Einflusse der besonderen nationalen, sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse sich in den verschiedenen Ländern vollzogen hat. Indem man die Wirkung dieser Faktoren ermittelt und in Anrechnung bringt, gewinnt man ein Ergebnis, das gewissermaßen den Genossenschaftsgedanken in Reinkultur darstellt.

Den Versuch, einen solchen Überblick über die Gesamtentwicklung der Genossenschaftsbewegung zu geben, hat Dr. Crüger in seiner Schrift „Die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften der einzelnen Länder“ unternommen; aber da sie schon 1892 erschien und deshalb heute völlig veraltet ist, so kann sie für unseren Zweck nicht mehr in Betracht kommen. Die einzige Quelle bildet vielmehr heute das Buch von Totomianz: Theorie, Geschichte und Praxis der Konsumentenorganisation. Aber auch diese Arbeit ist bereits 1912 abgeschlossen, so daß gerade die bedeutungsvolle Entwicklung des letzten Jahrzehnts nicht berücksichtigt werden konnte. Außerdem behandelt sie, wie der Titel zeigt, nicht die Genossenschaftsbewegung in ihrer Gesamtheit, sondern nur die Organisation der Konsumenten, also einen einzelnen Zweig, während die übrigen, nicht weniger wichtigen, nicht berührt werden.

Was hier zunächst hinsichtlich der einzelnen Länder bemerkt ist, gilt auch von den internationalen Beziehungen der Genossenschaften. Gerade auf diesem Gebiete sind bereits Versuche unternommen und weitgehend von Erfolg gekrönt gewesen, die durch die geschichtliche Entwicklung und die nationale Eigenart der Völker gezogenen Grenzen zu überschreiten und die gesamte Kulturmenschheit zu einer Einheit zusammenzufassen. Diese Bestrebungen kennen zu lernen, ist

von dem höchsten Interesse; aber auch hier fehlt es an einem Buche, aus dem wir Belehrung schöpfen könnten.

Mein Buch bezweckt, die im vorstehenden bezeichneten Lücken unserer genossenschaftlichen Literatur nach den beiden angegebenen Hauptrichtungen hin auszufüllen. Es will also einerseits das in Betracht kommende Tatsachenmaterial in dem Umfange bieten, wie die Rücksicht auf den zur Verfügung stehenden Raum es gestattet. Es will andererseits zu den hauptsächlichsten durch die Genossenschaftsbewegung aufgeworfenen prinzipiellen Fragen vorurteilslos Stellung nehmen. Da beide Aufgaben in ihrem Wesen durchaus verschieden sind, empfiehlt es sich, sie auch äußerlich zu trennen. Ich habe deshalb das Buch in zwei Teile zerlegt.

Der erste Band, den ich hiermit der Öffentlichkeit übergebe, soll, wie bemerkt, die geschichtliche Entwicklung der Genossenschaftsbewegung in sämtlichen Kulturländern sowie die internationalen Beziehungen in kurzen Zügen darstellen. Für Deutschland handelt es sich vor allem um die bestehenden großen Zentralorganisationen. Als meine wichtigste Aufgabe betrachtete ich es, dem Leser die größtmögliche Gewähr für die Zuverlässigkeit meiner Darstellung zu bieten. Das schien mir am besten dadurch zu erreichen, daß ich die Leitungen dieser Organisationen zur Hilfe herbeizog, indem ich sie um eine Durchsicht meines Manuskripts bat. Fast ausnahmslos ist in entgegenkommendster Weise meinem Wunsche entsprochen. Es ist mir ein Bedürfnis, den Herren, die mich in dieser Weise unterstützt haben (Direktor Korthaus für den Allgemeinen Verband und den Hauptverband gewerblicher Genossenschaften, Regierungsrat Gennes für den Reichsverband landwirtschaftlicher Genossenschaften, Redakteur A. Kasch für den Zentralverband deutscher Konsumvereine und Direktor R. Schloesser für den Reichsverband deutscher Konsumvereine) für ihre Mitarbeit hier öffentlich meinen Dank auszusprechen.

Aber nicht weniger notwendig als die Zuverlässigkeit der Darstellung ist deren Objektivität. Der Leser soll in die Lage versetzt werden, sich ein eigenes Urteil zu bilden; deshalb muß vermieden werden, daß er durch eine gefärbte Brille sieht, und der Verfasser muß sich sorgsam hüten, seine eigene Auffassung in die Darstellung hineinzutragen. Ist es aus sachlichen Gründen

nicht zu umgehen, daß er sie zum Ausdruck bringt, so muß er es in einer Form tun, die keinen Zweifel darüber läßt, daß es sich um eine subjektive Ansichtsäußerung handelt.

Es war mir nicht ganz leicht, den beiden bezeichneten Forderungen gleichmäßig gerecht zu werden. Naturgemäß haben Personen, die in einer Organisation eine leitende Stellung einnehmen, wenn sie in die Lage kommen, über sie für die Öffentlichkeit bestimmte Erklärungen abzugeben, den Wunsch, bei dieser Gelegenheit zugleich ihrer Organisation zu nützen. Diese propagandistische Tendenz pflegt sich in doppelter Form zu äußern, nämlich in quantitativer und in qualitativer Beziehung. Teils wünscht man, daß die eigene Organisation besonders eingehend behandelt werden soll, teils ist man bestrebt, sie in möglichst günstigem Lichte erscheinen zu lassen und die gegen sie erhobenen Vorwürfe zu widerlegen. Das mußte auch ich erfahren, denn in beiden Richtungen wurden von meinen Mitarbeitern Wünsche geäußert, denen ich nicht in vollem Umfange gerecht werden konnte, wenn ich nicht einerseits den Umfang des Buches über das zulässige Maß hinaus erweitern, andererseits den streng objektiven Charakter meiner Darstellung beeinträchtigen lassen wollte. Ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die Beteiligten diese Bedenken würdigen und deshalb das von mir beobachtete Verfahren billigen werden.

Der bei Deutschland eingeschlagene Weg konnte hinsichtlich der außerdeutschen Länder und der internationalen Beziehungen nicht in Frage kommen. Um mir immerhin möglichst weitgehende Gewähr für die Richtigkeit meiner Darstellung zu verschaffen, hat ich den bereits genannten Herrn A. Kasch, der als Leiter der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau durch seine berufliche Tätigkeit Veranlassung hat, die ausländische Genossenschaftsbewegung besonders sorgfältig zu verfolgen, auch diesen Abschnitt einer Durchsicht zu unterziehen, was er in liebenswürdigster Weise getan hat.

Wie bemerkt, haben die Genossenschaften nicht bloß Freunde, sondern auch erbitterte Feinde. Zu diesen gehören in erster Linie die Kleingewerbetreibenden, also Kleinhändler und Handwerker sowie die Vertreter der Mittelstandsbewegung. In einem Buche, das sich mit der Genossenschaftsbewegung beschäftigt, darf auch diese Gegenströmung um so weniger außer Betracht

gelassen werden, als eine Stellungnahme in dem Streite nur dann möglich ist, wenn man von den tatsächlichen Verhältnissen auf beiden Seiten Kenntnis besitzt. Aber was oben über den unbefriedigenden Zustand unserer volkswirtschaftlichen Literatur gesagt wurde, gilt auch hier. Die einschlägigen Schriften ergehen sich in ihrer großen Mehrheit ausschließlich in allgemeinen Klagen über die Notlage des Kleingewerbes, enthalten aber keine greifbaren und brauchbaren Vorschläge für eine Besserung. Vor allem aber gibt es kein Buch, das einen Überblick über die vorhandenen Organisationen böte. Es schien mir deshalb auch hier erforderlich, diese Lücke wenigstens teilweise auszufüllen. Mehr als eine oberflächliche Skizze zu geben, war mir allerdings nicht möglich. Über den Streit zwischen dem Kleingewerbe und den Konsumvereinen ein Urteil zu äußern, war hier nicht der Ort, das muß vielmehr dem zweiten Bande meines Buches vorbehalten bleiben.

Am Schlusse habe ich ein Sachregister beigefügt, das den Lesern die rasche Orientierung erleichtern soll.

Braunschweig, 1. Mai 1922.

W. Kulemann.

Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Vorwort	III
Einleitung	1

Erster Abschnitt:

Deutschland.

A. Allgemeiner Überblick	12
B. Allgemeiner Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften	17
C. Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften	33
D. Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften	49
E. Zentralverband deutscher Konsumvereine	62
F. Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften	86
G. Reichsverband deutscher Konsumvereine	98
H. Preußische Zentral-Genossenschaftskasse	105
J. Einigungsbestrebungen	111
K. Die Organisation des Kleinhandels	118
a) Einzelne Organisationen	120
1. Verband der Handelsschutz- und Rabattspaarvereine Deutschlands	121
2. Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften	123
b) Zentralisationsbestrebungen	126

Zweiter Abschnitt:

Die außerdeutschen Länder.

A. Großbritannien	134
1. England	135
2. Schottland	140
3. Irland	141
4. Der Genossenschaftsbund	142
B. Frankreich	151
C. Belgien	161
D. Holland	165
E. Schweiz	169
F. Spanien	175
G. Italien	177
H. Österreich	187

	Seite
J. Ungarn	196
K. Dänemark	199
L. Schweden	204
M. Norwegen	206
N. Finnland	208
O. Rußland.	213
P. Serbien	234
Q. Bulgarien	236
R. Rumänien	238
S. Griechenland.	240
T. Amerika.	241
U. Japan	246

Dritter Abschnitt:

Die internationale Organisation.

A. Internationaler Genossenschaftsbund	248
B. Internationaler Bund der landwirtschaftlichen Genossenschaften	268
Sachregister	273
Schriften desselben Verfassers	276

Einleitung.

Das Zusammenleben der Menschen zeigt in ähnlicher Weise wie schon das der Tiere zwei Grundformen: wir können sie kurz bezeichnen als die individualistische und die genossenschaftliche. Beide können niemals in ihre letzten Konsequenzen verfolgt werden, vielmehr finden wir sie stets mannigfach gemischt, aber immerhin kommt doch in diesen Zwischenstufen die Tendenz zum Ausdruck, das eine Extrem dem anderen mehr oder weniger anzunähern.

Nach welcher Richtung hin dies geschieht, ist im wesentlichen abhängig von drei Faktoren.

Die Hauptrolle spielt die psychologische Veranlagung. Es gibt Völker, bei denen der Einzelne gegenüber der Gesamtheit stark zurücktritt, und andere, bei denen umgekehrt der Zusammenschluß in Gruppen die Selbständigkeit nur in geringem Maße beschränkt ¹⁾.

Den zweiten Faktor bildet die Kulturstufe, und zwar finden wir hier eine Entwicklung, die an das Hegel-Fichtesche Gesetz von Thesis, Antithesis und Synthesis erinnert. In primitiven Zuständen zwingt schon die Natur zum Zusammenschlusse, da die Kraft des einzelnen nicht ausreicht, um die Vorbedingun-

¹⁾ Die von Le Play gegründete französische soziologische Schule hat sich die Aufgabe gestellt, durch umfassende und eindringende Untersuchungen auf exakter Grundlage hier möglichste Klarheit zu schaffen. Das aus ihnen hervorgegangene große Werk von Léon Poinard: *La Production, le travail et le problème social dans tous les pays au debut du XX^{me} siècle*, Paris 1907, Alcan, unterscheidet zwei Hauptformen: *La formation communautaire* und *La formation particulariste*. Bei beiden gibt es den reinen und den erst in der Entwicklung begriffenen Typ. Danach zerfällt die *formation communautaire* in: *Le type communautaire accentué* und *populations désorganisées*, die *formation particulariste* in: *les races mixtes* und *le type particulariste développé*. In die erstere Gruppe stellt Poinard: die Schweiz, Deutschland, Frankreich, Belgien, Holland und die skandinavischen Länder, in die zweite: England und die Vereinigten Staaten von Amerika.

gen der Existenz zu schaffen¹⁾. Werden mit steigender Kultur diese Verhältnisse günstiger, so kommt der natürliche Trieb zur Entwicklung der individuellen Anlagen in der Weise zur Geltung, daß die Befähigteren das Bedürfnis empfinden, sich aus der Masse auszuschneiden und ihr gegenüber ein Sonderdasein zu führen²⁾. Aber bald führt die Auswirkung dieser Tendenz zur Unterdrückung der Schwächeren durch die Stärkeren. Das steht im Widerspruche damit, daß die Menschheit mehr ist als eine bloße Summe von Individuen, daß sie vielmehr einen Organismus bildet, in dem kein Teil die übrigen entbehren kann. Deshalb muß, sobald die Individualisierung anfängt, das richtige Maß zu überschreiten, eine Gegenbewegung einsetzen, die wieder stärker das Gemeinsame und die Notwendigkeit des Zusammenwirkens betont.

Der dritte Faktor, der seinen Einfluß geltend macht, ist der Staat. Auf den tieferen Stufen der Kultur kann von einem eigentlichen Staatsleben kaum die Rede sein. Gesellschaft, Volk und Staat sind im wesentlichen identisch. Später scheiden sich diese Sphären voneinander, und jede erhält ihr besonderes Tätigkeitsgebiet. Welches Maß von Aufgaben man dem Staate zuweisen will, ist wieder bedingt sowohl durch die nationale Eigenart wie durch die Stufe der Entwicklung, aber nicht zuletzt

¹⁾ Wygodzinski: Das Genossenschaftswesen in Deutschland, S. 6, sagt darüber: „Soweit wir in der Geschichte des wirtschaftenden Menschen zurückblicken können, so weit sehen wir auch genossenschaftliche Bildungen, ja, wir können sagen, daß Genossenschaftswirtschaft am Anfange der Wirtschaftsgeschichte steht und die Einzelwirtschaft erst eine spätere Form ist. Die natürlichen Verhältnisse primitiver Wirtschaft — die Notwendigkeit des Zusammenhaltens gegen äußere Feinde, gegen wilde Tiere, gegen die Unbilden der Witterung — zwangen zu einem Zusammenschlusse so enger Art, wie wir ihn jetzt nur noch bei Naturvölkern oder bei Zigeunerbanden beobachten können.“

²⁾ Die Tendenz zur Entwicklung vom Typischen zum Individuellen ist ein allgemeines Naturgesetz, das man als das Prinzip der Differenzierung bezeichnen kann. Auf den tieferen Stufen ist jedes Tier nur ein Exemplar seiner Gattung: es zeigt lediglich deren Eigenschaften ohne individuelle Ausprägung. Je höher die Entwicklung steigt, um so weniger trifft das zu, und um so mehr unterscheidet sich ungeachtet des Gattungsmäßigen und des halb Gemeinsamen das eine von dem anderen durch seine persönliche Eigenart. Derselbe Prozeß setzt sich dann fort bei den verschiedenen Menschenrassen und Völkern.

auch durch die theoretische Auffassung, die in den jeweilig herrschenden wissenschaftlichen Strömungen hervortritt und in der Gesetzgebung ihren Ausdruck findet.

Bei den bisherigen Ausführungen haben wir den Begriff der Genossenschaft in weitestem Sinne genommen, indem wir hinsichtlich der Auffassung über das Zusammenleben der Menschen die genossenschaftliche und die individualistische Grundrichtung einander gegenüberstellten. In der Regel wird jedoch das Wort in einem engeren Sinne gebraucht: Man versteht dann darunter gewisse Organisationen, zu denen die Staatsbürger oder auch die Angehörigen bestimmter Gruppen verbunden sind, um mit gemeinsamer Kraft gewisse festbegrenzte Zwecke zu verfolgen. Noch enger endlich ist der Begriff der modernen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften¹⁾. So verstanden, kommt neben den bisher erörterten drei Faktoren noch ein vierter in Betracht, nämlich die Entwicklung des Wirtschaftslebens, die ihrerseits wieder davon abhängig ist, in welcher Weise Boden, Kapital und Arbeit an der Herstellung der Güter beteiligt sind²⁾. Die zuerst von Gierke aufgestellte und seitdem allgemein angenommene Ansicht unterscheidet hier folgende Stufen:

1. das Hauswerk, d. h. die gewerbliche Eigenproduktion in der geschlossenen Hauswirtschaft, bei der sowohl die Rohstoffe wie die Arbeit von den Hausgenossen oder unfreien Personen geliefert werden und das Erzeugnis lediglich deren persönlichen Zwecken dient;

2. das Lohnwerk, d. h. die gewerbliche Tätigkeit von selbständigen Berufsarbeitern mit eigenen Werkzeugen im Auftrage der Kunden, von denen die Rohstoffe geliefert werden zur Deckung deren Bedarfs;

3. das Handwerk, d. h. die in eigener Werkstatt mit eigenen Rohstoffen und Werkzeugen auf Bestellung der Kunden für deren Bedarf ausgeführte Produktion, deren Erzeugnisse unmittelbar dem letzten Konsumenten zugeführt werden;

¹⁾ Mit der Begriffsbestimmung der Genossenschaft werden wir uns an anderer Stelle eingehender beschäftigen.

²⁾ Das ist der richtige Grundgedanke, der von Paech in seiner Dissertation: „Die wirtschaftliche Bedeutung des kleingewerblichen Genossenschaftswesens, Halle 1912, eingehend begründet wird.

4. das Verlagssystem, d. h. diejenige Betriebsform, bei der ein selbst nicht an der Produktion beteiligter Unternehmer diese durch Arbeiter in deren Arbeitsstätten ausführen läßt, indem er ihnen in der Regel die Rohstoffe und ausnahmsweise auch die Werkzeuge liefert. Die erzeugten Waren werden nicht einem von vornherein feststehenden Kunden zugeführt, sondern sind für den Markt bestimmt;

5. das Fabrikssystem, d. h. die zentralisierte Produktion von Waren für den Markt, bei der nicht allein Rohstoffe und Werkzeuge, sondern auch die Arbeitsräume von dem Unternehmer gestellt werden.

Auf allen diesen Stufen ist sowohl die individualistische wie die genossenschaftliche Betriebsform möglich, d. h. die Beteiligten können entweder jeder für sich arbeiten, oder sich zu gemeinsamer Tätigkeit zusammenschließen. Aber eine besondere Bedeutung erlangt das Genossenschaftsprinzip erst bei den beiden letzten Systemen, die das Gemeinsame haben, daß nicht mehr alle Personen, die bei der Produktion in Frage kommen, an ihr unmittelbar mitwirken, sondern die technische Seite von der kaufmännischen getrennt und bei der ersteren die Arbeit in leitende und ausführende zerlegt wird. Hier scheiden sich deshalb die beiden Gruppen, unter denen in der Gegenwart so erbitterte Kämpfe geführt werden: die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer. Die Wirtschaftsform, bei der diese Trennung stattfindet, bezeichnet man als das Lohnsystem. Sein Wesen besteht darin, daß der Unternehmer, der in der Regel auch Kapital besitzt — obgleich die beiden Begriffe: Kapitalist und Unternehmer nicht entfernt zusammenfallen —, einerseits die ausschließliche Leitung hat, daß er aber andererseits ebenso ausschließlich das Risiko trägt, während der Arbeitnehmer eine von dem Erfolge seiner Tätigkeit unabhängige Vergütung bezieht.

Ob das Lohnsystem beizubehalten oder zu beseitigen sei, ist Gegenstand eines lebhaften Streites. Als Ersatz empfiehlt man die genossenschaftliche Produktion. Ihr Wesen liegt in dem negativen Momente, daß die Zerlegung der produktiven Tätigkeit in die beiden Funktionen des Unternehmers und des Lohnarbeiters sowie die damit verbundene Scheidung in zwei sich gegenüberstehende Gruppen in Wegfall kommt, indem diejenigen, in deren Hand die ausführende Arbeit liegt, zugleich

die leitende und außerdem neben der technischen auch die kaufmännische Seite der Aufgabe übernehmen ¹⁾).

An der Hand dieser Überlegungen gewinnen wir die Erklärung für eine Reihe von Tatsachen, die ohne sie kaum verständlich sein würden, insbesondere für die völlig verschiedene Stellung zu dem Genossenschaftswesen, die wir einerseits im klassischen Altertum und andererseits bei den germanischen Völkern finden ²⁾. Von entscheidender Bedeutung ist hier zunächst die Einrichtung der Sklaverei. Bei den Griechen und Römern konnte ein Gewerbebetrieb in unserem Sinne schon deshalb sich nicht ausbilden, weil jede andere Arbeit als die landwirtschaftliche als des freien Mannes unwürdig angesehen wurde. Aus diesem Grunde stand die Produktion im wesentlichen auf der Stufe der Hauswirtschaft, so daß für die genossenschaftliche Organisation kein Raum war. In demselben Sinne wirkte die Stellung des Staates. So individualistisch die Griechen und Römer veranlagt waren, und so gering die Neigung hätte sein sollen, das Recht der Persönlichkeit dadurch beschränken zu lassen, daß man anderen einen weitgehenden Einfluß auf die eigenen Verhältnisse einräumte, so stark entwickelt war der Staatsgedanke und die Auffassung, daß der einzelne verpflichtet sei, sich völlig den Zwecken des Staates unterzuordnen.

Völlig anders lag das alles bei den germanischen Völkern. Allerdings bestand auch bei ihnen die Hauswirtschaft, aber sie hatte ihren Grund nicht in der Sklaverei, sondern in den primitiven wirtschaftlichen Zuständen. Die Unfreien hatten nicht etwa dieselbe Stellung wie die Sklaven, denn sie waren freilich beschränkt in ihrer bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechtssphäre, aber sie wurden nicht, wie bei den Römern, einfach als Sachen behandelt. Den springenden Punkt bildete jedoch die Auffassung über das Verhältnis des einzelnen zu der Gesamtheit. Das tritt besonders deutlich hervor in den Rechtsvorschriften. Das römische Recht war streng individualistisch; in dem germanischen dagegen herrscht der Genossenschafts-

¹⁾ Auch hierüber wird bei der Erörterung der volkswirtschaftlichen Bedeutung der Genossenschaften ausführlicher zu reden sein.

²⁾ Groß: Gewerkschaften, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, sagt: „Die Genossenschaft ist eine ausschließlich germanische Rechtsinstitution.“

gedanke. Der römische pater familias war absoluter Monarch; er durfte nach dem Zwölftafelgesetz Frau und Kinder nicht nur töten, sondern sogar trans Tiberim, also in das Ausland verkaufen. Ebenso weitgehend war der Begriff des Eigentums zugespitzt, indem es als das jus utendi et abutendi bezeichnet wurde; irgendwelche Grenzen in der Benutzung der ihm gehörenden Sachen waren dem Eigentümer nicht gezogen. Ein Enteignungsrecht wäre für den Römer undenkbar gewesen. Bei den Germanen dagegen war der Familienvater nur das natürliche Oberhaupt seiner Angehörigen, die ihm keineswegs rechtlos gegenüberstanden. Er war nicht, wie bei den Römern, absoluter, sondern nur konstitutioneller Monarch. Das äußerte sich nicht allein in der ehelichen Gütergemeinschaft, sondern vor allem darin, daß das Grundvermögen als Gesamteigentum der ganzen Familie angesehen wurde, an dem der Familienvater freilich das Recht der Verwaltung hatte, das er aber außer im Falle „echter Not“ nicht anders veräußern durfte als mit Zustimmung der „nächsten Erben“. Verstieß er hiergegen, so hatten diese das Retraktrecht, d. h. die Befugnis, den Verkauf oder die Verpfändung durch ihren Einspruch unwirksam zu machen. Aber nicht nur durch die Familie war er beschränkt, sondern auch die Rechte der Gemeinde- und Markgenossen beeinträchtigten seine Verfügungsbefugnis. War auch das von Tacitus berichtete Gesamteigentum am Acker schon in der fränkischen Zeit zu einem bloßen gemeinsamen Nutzungsrechte geworden, so hat es sich doch in der Form des Flurzwanges in gewissen Gegenden selbst bis in die Gegenwart erhalten.

Am schärfsten tritt der Gegensatz der griechisch-römischen und der germanischen Grundanschauung zutage in der Stellung zu dem Staatsgedanken ¹⁾. War nach der einen Auffassung der Staat das Primäre, dessen Zwecken die Staatsbürger zu dienen hatten, so trat er nach der anderen vielmehr in dem Maße zurück, daß sein Einfluß vielfach fast gleich Null wurde. Naturgemäß mußte dafür ein Ersatz eintreten. Wurde der Staat seiner Aufgabe nicht gerecht, so waren seine Angehörigen gezwungen,

¹⁾ Man hat wohl gesagt, nach römischer Auffassung setzte sich der Staat zusammen aus den Einzelpersonen der Staatsbürger, nach deutschrechtlicher bilden seine Bestandteile die Organisationen, zu denen diese Einzelpersonen zusammengefaßt sind.

sich selbst zu schützen, und da die Kraft des einzelnen hierzu nicht ausreichte, so mußten sie sich zusammenschließen zu Genossenschaften, die, wie sich hieraus ergibt, nicht bloß private, sondern zugleich öffentliche Funktionen zu erfüllen hatten.

Damit treffen wir den springenden Punkt, der die mittelalterlichen Genossenschaften von den modernen prinzipiell unterscheidet: das war ihr öffentlich-rechtlicher Charakter. Die Zünfte bildeten obrigkeitliche Organe, sie waren Träger der Staatsgewalt ¹⁾.

Hieraus erklärt sich auch die umfassende Ausgestaltung des Zunftwesens. Keine Gruppe konnte dessen Schutz entbehren. Deshalb bedienten sich dieser Form des Zusammenschlusses nicht nur die gewerblichen Kreise, und zwar sowohl die Kaufleute wie die Handwerker, die Meister wie die Gesellen, sondern es gab kaum einen Berufszweig, der nicht in Innungen organisiert gewesen wäre ²⁾.

¹⁾ Paech a. a. O. S. 5 sagt zutreffend: „Das Wesen der Zunftverfassung lag darin, daß den Zünften öffentlich-rechtlicher Charakter mit der Befugnis zuerkannt war, zunächst selbständig, später unter Oberaufsicht der politischen Organe die Angelegenheiten ihres Gewerbes auf Grund autonomer Zunftordnungen zu regeln. Sie hatten also ein Stück der öffentlichen Gewalt inne.“

Wygodzinski a. a. O. S. 11 bemerkt: „Die Zunft war weder ausschließlich noch auch nur vorzugsweise gewerblicher Zwecke halber da; sie hatte auch politische und kriegerische, gesellige und religiöse, sittliche und rechtliche Bedeutung. Als Organ der Stadt war die Zunft in gewerblichen Dingen Trägerin eines ihr von der Stadt anvertrauten Amtes, das sie zum Besten des allgemeinen Wesens verwalten mußte; sie übte die gewerbliche Gesetzgebung, Polizei und Gerichtsbarkeit im Namen der Stadt auch gegen Ungenossen. Selbst im Bürgerheere fochten die Zünfte in eigenen Abteilungen, die unter dem Zunftbanner von ihrem Meister geführt wurden. In den Städten mit eigentlicher Zunftverfassung war die politische Bedeutung der Zünfte eine so große, daß die Stadt selbst als eine Zunft der Zünfte erschien.“

²⁾ Groß a. a. O. äußert: „Nach dem Muster dieser Genossenschaften vereinigten sich auch die übrigen Berufe bis herab zu den fahrenden Leuten, Bettlern und Räubern zu Gilden oder Zünften. . . . Auch das geistige Leben des deutschen Volkes wird in dieser Periode von genossenschaftlichen Gedanken beherrscht. Die Kirche selbst, wie die geistlichen Orden und Bruderschaften, nehmen mehr und mehr die Gestalt von Genossenschaften an, während die Universitäten als Korporationen,

Die Genossenschaften entnahmen jedoch ihre Aufgaben nicht nur dem Machtbereiche, das nach moderner Auffassung dem Staate zukommt, sondern ebenso auch der Sphäre, die nach liberaler Ansicht dem einzelnen bleiben muß. Ihre Mitglieder waren im weitesten Maße in ihrer Tätigkeit an die von der Zunft getroffenen Anordnungen gebunden¹⁾.

Der Zweck aller dieser Eingriffe in die Selbständigkeit der Mitglieder war die Sicherung „bürgerlicher Nahrung“; ihr diente insbesondere der Zunftzwang und der Zunftbann, d. h. die Bestimmungen, daß niemand außerhalb der Zunft ein Gewerbe betreiben durfte, und daß es verboten war, auf anderem Wege als von den Zunftmeistern Waren zu beziehen. Dabei sollte niemand vor den übrigen eine Vorzugsstellung erhalten. Das Ziel, das man erstrebte, war ein gleichförmiges Mittelmaß von Leistung und Lebenshaltung, also ein Gleichheitsprinzip, das stark an den kommunistischen Grundgedanken erinnert.

Wir haben oben das geschichtliche Gesetz aufgestellt, daß die Entwicklung niemals durch eine einzige Tendenz ausschließlich beherrscht wird, sondern daß diese stets durch eine entgegengesetzte ihre Ergänzung erhält. Das kommt auch hier zur Geltung. Dem genossenschaftlichen Gleichheitsprinzip tritt zur Seite das Herrschaftsprinzip, das auf den verschiedensten Gebieten seinen Einfluß äußert. Am wirksamsten ist es in der Familie. Hatte freilich, wie bereits bemerkt, der Familienvater nicht die absolute Gewalt, wie nach römischem Rechte, so war er doch immerhin das natürliche Oberhaupt, dem eine übergeordnete Stellung zukam. Ähnlich lag es bei der Gefolgs-

welche Lehrer wie Lernende umfassen, ins Leben gerufen werden und überdies noch Fakultäten, Nationen, Bursen usw. eine genossenschaftliche Gliederung erhalten.“

¹⁾ Paech a. a. O. sagt: „Vor allem enthalten die Zunftordnungen eine weitgehende Reglementierung der Betriebe der Zunftgenossen, z. B. die Bestimmung, daß keiner mehr als eine Werkstätte oder Verkaufsstelle haben dürfe, Anordnungen über den Geschäftsumfang des einzelnen, Festsetzung einer Maximalzahl von Gesellen und Lehrlingen, gemeinsame Bestellung von Rohstoffen, gemeinsame Festsetzung der Preise für sämtliche Produkte und der Löhne, von denen der Meister bei Vermeidung hoher Strafen nicht abgehen durfte, Verbot des Handelns mit nicht selbstgefertigten Waren, Regelung der Art des Absatzes auf Messen und Märkten, Wohnen in bestimmten Straßen usw.“

schaft. Freilich wurde die Unterordnung des Gefolges unter den Gefolgsherrn durch einen freien Entschluß begründet, aber war diese Gemeinschaft einmal eingegangen und in feierlicher Weise bekundet, so waren die Angehörigen des Gefolges nunmehr verpflichtet, den Befehlen des Führers soweit zu gehorchen, wie er nichts Unzulässiges forderte. Reste der alten Gefolgschaft finden wir später in dem freien Vasallenverhältnis, aber diesem trat zur Seite der Lehnverband, der eine wesentlich straffere Unterordnung bedeutete. Neben ihm entstand die Abhängigkeit der Hof- und Dienstleute sowie das Meierwesen.

Es ist von Interesse, den Kampf dieser beiden Prinzipien, des Herrschaftsprinzips und des genossenschaftlichen Gleichheitsprinzips, in der geschichtlichen Entwicklung zu verfolgen. Gierke teilt sie in fünf Perioden:

In der ersten, der patriarchalischen, die bis zum Jahre 800 geht, kam das Herrschaftsprinzip zum Ausdruck in der engeren Familie, dagegen der Genossenschaftsgedanke in der Organisation, zu der die Familien zusammengefaßt wurden, nämlich der Sippe als der Geschlechtsgenossenschaft, ferner in der Gemeinde und der Markgenossenschaft; schließlich in der Volksgemeinschaft, d. h. der Gesamtheit der freien Männer. Sie alle beruhten auf der gleichberechtigten Stellung der Mitglieder.

Die zweite Periode von 800 bis 1100 ist die patrimoniale oder feudale. In ihr finden wir eine gewisse Ausgleichung der Gegensätze. Einerseits treten die älteren, freien Genossenschaften immer mehr in den Hintergrund, und das Lehnrecht mit der Überordnung des Lehnsherrn über die Vasallen wird auf fast alle bürgerlichen Verhältnisse ausgedehnt. Ebenso autokratisch gestaltet sich das Hof- und Dienstrecht. Aber andererseits wird die Abhängigkeit insofern gelockert, als sie nicht mehr persönlicher Art ist, sondern sich auf die durch den Besitz eines Grundstücks geschaffene sachenrechtliche Bindung beschränkt. Außerdem erhalten die herrschaftlichen Verbände dadurch eine gewisse Ergänzung, daß die Untergebenen untereinander in ein genossenschaftliches Verhältnis treten.

Die dritte Periode von 1100 bis 1525, die der gekorenen Genossenschaften oder Einungen, erhält ihr charakteristisches Gepräge durch das Aufblühen der Städte. Ihre Organisation ist durchweg genossenschaftlich, aber in ihnen stehen sich zwei

derartige Bildungen gegenüber, die sich auf das schärfste bekämpfen, nämlich die „Geschlechter“, die für sich allein das Recht auf die Verwaltung der Stadt in Anspruch nehmen, und die Zünfte als die Verbände der Handwerker, die eine gleichberechtigte Beteiligung fordern. Der bereits oben erwähnte Zustand, daß es kaum irgendeine Gruppe gibt, die nicht ihre Innung besitzt, findet in dieser Zeit seine umfassendste Ausgestaltung. Selbst die Städte untereinander schließen sich zu Bündnissen zusammen, was die mit ihnen im Kampfe liegenden Landesherrn und Ritter veranlaßt, zu demselben Mittel zu greifen.

In diesem Kampfe siegten schließlich die Fürsten, und das bewirkte in der vierten Periode, die der obrigkeitlich-geordneten und privilegierten Privatrechtskorporationen, die von 1525 bis 1806 dauerte, eine völlige Umgestaltung des Genossenschaftswesens. War dessen Ausbildung zum großen Teile veranlaßt durch die Schwäche der Staatsgewalt, und hatten deshalb die Genossenschaften bis dahin im wesentlichen obrigkeitliche Aufgaben erfüllt, so kam jetzt mit der Ursache auch die Wirkung in Wegfall. Die staatliche Macht war stark genug geworden, alle begrifflich ihr zustehenden Funktionen auch tatsächlich auszuüben. Ja, der Polizeistaat mit der absoluten Gewalt des Landesherrn fühlte sich berufen, weitgehend die Förderung des privaten Wohles der Untertanen in die Hand zu nehmen. So wurden die alten Genossenschaften ihres früheren Charakters völlig entkleidet und erhielten allmählich die Stellung bloßer privatrechtlicher Korporationen, die aber nicht allein einer strengen obrigkeitlichen Aufsicht unterstellt wurden, sondern auch theoretisch ihre Befugnisse lediglich aus einer staatlichen Verleihung herleiteten. Das äußerte sich selbst bei der Stellung der Gemeinden, die zu bloßen Verwaltungsbezirken des Staates herabgedrückt wurden.

Hatte schon im Polizeistaate die Überspannung des Gedankens der staatlichen Allmacht dahin geführt, daß man der genossenschaftlichen Tätigkeit ablehnend gegenüberstand, so war die mit 1806 einsetzende fünfte Periode der freien Assoziation für sie noch ungünstiger, und zwar aus dem Grunde, weil in ihr zwei Machtfaktoren, die untereinander in einem gewissen Gegensatze standen, doch hinsichtlich der Abneigung gegen den Genossenschaftsgedanken sich begegneten. Der eine von

ihnen war die nach den Freiheitskriegen einsetzende politische Reaktion, die in jedem Zusammenschlusse der Staatsbürger eine Gefahr für die Monarchie sah und deshalb überall die Bildung von Vereinigungen entweder einfach verbot oder wenigstens von der staatlichen Genehmigung abhängig machte. In demselben Sinne wirkte jedoch auch die zuerst von Adam Smith und den Physiokraten entwickelte und bald zu allgemeiner Herrschaft gelangte individualistische Tendenz, die eine möglichst ungehemmte Entwicklung der Einzelperson als Ziel aufstellte und deshalb alles Korporationswesen bekämpfte¹⁾. Das Ergebnis dieser beiden Strömungen war ein allgemeiner Rückgang des Genossenschaftswesens.

Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts macht sich eine Gegenbewegung geltend. Vor allem gibt die durch verschiedene Ursachen, insbesondere die Entwicklung des kapitalistischen Großbetriebes, hervorgerufene Notlage breiter Volksschichten wohlwollenden und einsichtsvollen Männern Anregung zu Versuchen, auf dem Wege der genossenschaftlichen Organisation Abhilfe zu schaffen. Aber auch die Staatsleitung, die zunächst dieser Bewegung durchaus ablehnend gegenübersteht, kann sich auf die Dauer der Einsicht nicht verschließen, daß in der Tat die korporative Zusammenfassung das Mittel ist, mit dessen Hilfe ein wichtiger Teil der großen Aufgaben der Gegenwart am besten gelöst werden kann. Der Staat selbst stellt deshalb den Genossenschaftsgedanken in den Dienst seiner Zwecke, indem er die Staatsbürger zwangsweise organisiert.

Vielleicht ist man berechtigt, seit 1850 eine neue letzte Periode der Genossenschaftsbewegung zu datieren. Sie trägt gegenüber der früheren einen wesentlich veränderten Charakter und eröffnet Aussichten auf eine tiefgreifende Umgestaltung unseres gesamten Wirtschaftslebens. Wir werden uns mit den hierauf bezüglichen Fragen später eingehender beschäftigen; aber um dafür das erforderliche Gedanken- und Tatsachenmaterial zu gewinnen, bedarf es zunächst eines Überblickes über die geschichtliche Entwicklung. Sie soll in dem folgenden Abschnitte gegeben werden.

¹⁾ Wir werden bei der Darstellung der Gesetzgebung hierauf näher eingehen.

Erster Abschnitt. Deutschland.

A. Allgemeiner Überblick.

Auf dem Gebiete der Genossenschaftsbewegung hat sich die Entwicklung in Deutschland in mehrfacher Hinsicht anders vollzogen als in den meisten übrigen Ländern. Bildet sie in diesen ganz überwiegend einen Teil der großen Arbeiterbewegung und trägt deshalb mehr oder weniger ausgesprochen einen sozialistischen Charakter, so waren in Deutschland ihre Träger anfangs ausschließlich die bürgerlichen Schichten, und zwar unter diesen vorzugsweise zwei Gruppen, nämlich einerseits die Handwerker und andererseits die Kleinbauern.

Dieser Unterschied macht sich auch bemerkbar in den Formen, in denen der allgemeine Genossenschaftsgedanke zur Ausgestaltung gelangte. Handwerker und Bauern sind freilich in demselben Maße wie jeder Mensch und deshalb auch wie die Arbeiter Konsumenten. Deshalb haben sie ebenso wie diese ein Interesse daran, gute und billige Verbrauchsgegenstände zu angemessenen Preisen zu erhalten. Dagegen ist die Stellung beider Gruppen als Produzenten wesentlich verschieden. Allerdings sind beide an der Schaffung von Gütern beteiligt, aber während Handwerker und Bauern als selbständige Unternehmer unmittelbare Träger der Produktion sind, haben die Arbeiter an ihr nur mittelbar mitzuwirken. Aus diesem Grunde überwiegt bei den ersteren das Produzenteninteresse, bei den letzteren das Konsumenteninteresse. Es ist deshalb begreiflich, daß, während in den außerdeutschen Ländern die Konsumvereine den Ausgangspunkt der Bewegung bildeten, sie in Deutschland erst dann zu größerer Entwicklung gelangten, als die Arbeiter ihre anfängliche Abneigung gegen die genossenschaftliche Tätigkeit überwandten und sich umgekehrt lebhaft an ihr beteiligten.

Aber auch bei den beiden erwähnten bürgerlichen Schichten

waren die Verhältnisse nicht gleichartig. Freilich befanden sich beide in einer schweren Notlage, aber diese hatte verschiedene Ursachen. Bei den Handwerkern wurde sie veranlaßt durch die immer mehr sich ausbreitende Großindustrie, bei den Kleinbauern durch den sich breit machenden Wucher. Demgemäß waren auch die Mittel, von denen man sich Abhilfe versprechen durfte, bei beiden wesentlich andere. Bei den Handwerkern stand im Vordergrund die Beschaffung der Roh- und Hilfsstoffe, während diese bei der Landwirtschaft in dem Betriebe selbst erzeugt werden. Hier stand vielmehr die Kreditfrage im Vordergrund. Nun war diese freilich auch für die Handwerker von Bedeutung, aber bei ihnen trug sie doch einen anderen Charakter als bei den Kleinbauern infolge der verschiedenen Dauer des Produktionsprozesses, der bei jenen sich auf einige Monate beschränkt, während er bei diesen das ganze Jahr umfaßt. Dementsprechend müssen auch die Rückzahlungsfristen bestimmt werden.

Chronologisch hat sich das Genossenschaftswesen in Deutschland in folgender Ordnung entwickelt:

Den Ausgangspunkt bildete die Tätigkeit von Schulze-Delitzsch, der seit 1849 die Gründung von Handwerkervereinigungen betrieb. Er fand eine wertvolle Unterstützung durch V. A. Huber, der auf einer Studienreise in England die dortigen Konsumvereine kennengelernt hatte und seitdem eifrig literarisch dafür wirkte, ihnen auch in Deutschland Eingang zu verschaffen. Daneben forderte er die genossenschaftliche Ausgestaltung des Wohnungs- und Siedelungswesens. Schulze und Huber betrachteten sich anfangs als Bundesgenossen, traten aber später untereinander in einen immer mehr sich verschärfenden Gegensatz, der darauf beruhte, daß Schulze das Interesse der Handwerker, Huber dagegen das der Lohnarbeiter in den Vordergrund stellte. Einen anderen Gegner hatte Schulze in Lassalle. Auch er vertrat den Standpunkt der Arbeiter, hielt aber im Widerspruche mit Huber die Konsumvereine für ungeeignet, eine Besserung herbeizuführen, weil nach dem von ihm aufgestellten ehernen Lohngesetze jede Ersparnis an den Kosten der Lebensbedürfnisse einen entsprechenden Rückgang des Lohnes zur Folge habe. Er war deshalb der Ansicht, daß den Arbeitern geholfen werden müsse nicht in ihrer Eigenschaft

als Konsumenten, sondern als Faktoren der Produktion, und zwar durch die Beseitigung des Lohnsystems. Die Arbeiter sollten Produktivassoziationen bilden und dadurch ihre eigenen Unternehmer werden. Da sie nun außerstande seien, dies aus eigener Kraft zu erreichen, sollte der Staat sie dabei durch Gewährung von Kredit unterstützen. Den Kampf der Handwerker gegen die Großindustrie hielt Lassalle für aussichtslos. Er lehnte es deshalb ab, dessen Beendigung durch künstliche Mittel hinauszuschieben.

Einen Mittelstandpunkt zwischen diesen Gegensätzen vertrat Eduard v. Pfeiffer, dessen Verdienste um die Genossenschaftsbewegung man erst in neuester Zeit anfängt, in vollem Maße zu würdigen. Auch er legte das Hauptgewicht auf die Konsumvereine, wollte sich aber nicht darauf beschränken, ihren Mitgliedern durch Großeinkauf billige Waren zu verschaffen, sondern wies ihnen die sehr viel höhere Aufgabe zu, Träger der gesamten Volkswirtschaft zu werden. Dies sollte in der Weise geschehen, daß sie die Bedarfsgegenstände, und zwar nicht nur die Waren, sondern auch Wohnungen, auf dem Wege der Eigenproduktion herstellten, indem sie so nicht nur den Gewinn des Handels, sondern auch den der Fabrikanten ausschalteten.

Waren die bisher Genannten in erster Linie von den städtischen Verhältnissen ausgegangen, so war, wie bereits bemerkt, auch die Lage der ländlichen Bevölkerung in hohem Maße verbesserungsbedürftig. Der Mann, der sich hier das größte Verdienst erworben hat, ist Raiffeisen, der ziemlich gleichzeitig mit Schulze seine soziale Tätigkeit begann. Wurde er anfangs durch diesen erheblich beeinflusst, so traten später beide in einen scharfen Gegensatz, der sich daraus erklärt, daß sie nicht allein von wesentlich verschiedenen Grundauffassungen ausgingen, sondern sogar nach ihrer Naturanlage völlig anders geartete Persönlichkeiten waren. Allerdings war ihnen gemeinsam ein unantastbarer Charakter und das uneigennützige Streben, ihren Mitmenschen zu nützen; aber während Schulze diese Aufgabe in Angriff nahm, als gebildeter Mensch und nüchtern denkender Geschäftsmann, war Raiffeisen, der aus kleinen Verhältnissen hervorgegangen war und nur Volksschulbildung besaß, eine grüblerische Natur und ein religiöser Schwärmer, der ungeachtet eines zweifellos vorhandenen praktischen Blickes

doch in erster Linie ideelle Gesichtspunkte in den Vordergrund stellte.

Dieser Umstand in Verbindung mit einer oft in Halsstarrigkeit und Eigenwilligkeit ausartenden Abneigung, fremden Anregungen nachzugeben, führte dann auch dahin, daß innerhalb der von Raifeissen ins Leben gerufenen Bewegung sich eine Gegenströmung entwickelte, die vor allem an seinem straffen Zentralisationsprinzip Anstoß nahm. Schon 1873 und 1879 hatten sich in Hessen unter Leitung von Haas landwirtschaftliche Vereine gebildet, die dieselben Ziele verfolgten wie Raiffeisen, aber nicht dessen Verbands angehörten. Sie schlossen sich 1883 zu einer eigenen Organisation zusammen.

Auch in dem von Schulze gegründeten „Allgemeinen Verbands“ vollzogen sich Spaltungen, die in tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten ihren Grund hatten. Das oberste Prinzip, ja man kann wohl sagen: ein starres Dogma war für Schulze die Selbsthilfe. Bei den Handwerkern fand er hierfür wenig Sympathie, und ebenso gewann in den Kreisen der Regierung und der politischen Parteien die Auffassung Boden, daß, wenn man praktische Erfolge erzielen wolle, auch die Staatshilfe nicht völlig zu entbehren sei¹⁾. Aus dieser Anregung heraus geschah 1895 die Gründung der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse. Aber wie Schulze selbst ähnlichen Plänen gegenüber seinen prinzipiellen Standpunkt mit rücksichtsloser Konsequenz aufrecht gehalten hatte, so stellten sich auch nach dessen 1883 erfolgtem Tode seine Nachfolger in der Leitung des Allgemeinen Verbandes, Schenk und Crüger, auf diesen Boden, indem sie jede Verbindung mit der „Preußenkasse“ ablehnten. Unter diesen Umständen war es begreiflich, daß die Handwerker zum Teil hiermit nicht einverstanden waren und sich vielmehr entschlossen, die ihnen gebotene Hand anzunehmen. Da ihnen dies im Allgemeinen Verbands unmöglich war, so bildeten sie 1901 unter dem Namen „Hauptverband Deutscher gewerklicher Genossenschaften“ eine eigene Organisation.

¹⁾ Mit besonderem Nachdruck wird dieser Gedanke vertreten in der Schrift von v. Broich: Sozialreform und Genossenschaftswesen, 2. Auflage, Berlin 1890. Der Verfasser, der vortragender Rat im preußischen Ministerium war, forderte die staatliche Bildung von „sozial-reformerischen Genossenschaften“.

Eine zweite Abspaltung entstand dadurch, daß innerhalb des Verbandes zwischen den Konsumvereinen und den Kreditgenossenschaften eine gewisse Rivalität sich geltend machte. Sie hatte ihren tiefsten Grund in dem Umstande, aus dem bereits Huber und v. Pfeiffer gegen Schulze einen Vorwurf hergeleitet hatten, nämlich daß er die Interessen der Lohnarbeiter gegenüber denen der selbständigen Handwerker zurücktreten ließ. Für die ersteren kommen von allen Formen der Genossenschaften tatsächlich nur die Konsumvereine in Betracht, wie andererseits diese vorwiegend auf die Arbeiterschaft angewiesen sind. Nachdem die in deren Kreisen anfangs vorhanden gewesene Abneigung gegen jedes von bürgerlicher Seite ins Leben gerufene Unternehmen einigermaßen überwunden, und nachdem ferner das frühere Hindernis, das in der ausschließlichen Zulassung der unbeschränkten Haftpflicht lag, durch das Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 beseitigt war, strömten sie so zahlreich in die Konsumvereine des Allgemeinen Verbandes, daß diese bis zu einem gewissen Grade den Charakter einer Interessenvertretung der Arbeiterklasse erhielten. Da nun die Arbeiter überwiegend Anhänger der sozialistischen Ideen waren, so erhielt der soziale Gegensatz durch die politische Beimischung eine weitere Verschärfung. So kam es zu einer Spannung, die sich 1902 auf dem Genossenschaftstage in Kreuznach dahin entlud, daß 97 Konsumvereine aus dem Verbandsverbande ausgeschlossen wurden. Sie gründeten den „Zentralverband der deutschen Konsumvereine“, der sich bald zur stärksten aller bestehenden genossenschaftlichen Organisationen entwickelte.

Auch unter den Konsumvereinen, die in Kreuznach dem Allgemeinen Verbandsverbande treu geblieben waren, bestand teilweise dieselbe Mißstimmung gegen die Leitung, die zu der Spaltung Anlaß gegeben hatte. Der Grund, weshalb trotzdem diese Vereine sich dem Zentralverbande nicht anschlossen, lag darin, daß auch sie diesem eine sozialistische Tendenz zum Vorwurf machten. Ebenso mißbilligten sie es, daß der Zentralverband zu den freien Gewerkschaften in enge Beziehungen trat, während sie selbst den christlichen Gewerkschaften nahestanden. Diese Vereine schlossen sich 1908 zu dem „Verbandsverband westdeutscher Konsumvereine“ zusammen, der 1913 den Namen „Reichsverband deutscher Konsumvereine“ annahm.

Die natürlichen Gegner der Konsumvereine sind die Kleinhändler. Aber obgleich sie die Konsumvereine auf das schärfste bekämpften, mußten sie sich doch überzeugen, daß, um diesen Kampf mit Aussicht auf Erfolg führen zu können, sie sich ebenfalls der von den Konsumvereinen angewandten Mittel bedienen mußten. Diese Mittel sind insbesondere einerseits der gemeinsame Einkauf der Waren, andererseits die Beseitigung des Borgsystems und die Gewährung eines Rabatts auf die bezogenen Waren an die Kunden. Beide Wege hat man betreten. Endlich ist man bemüht gewesen, durch Zusammenschluß aller den Schutz des Kleinhandels bezweckenden Bestrebungen die eigene Stellung möglichst zu stärken.

B. Der Allgemeine Verband der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften.

Als den „Vater des Genossenschaftswesens“ pflegt man Schulze-Delitzsch zu bezeichnen, und in der Tat gebührt ihm das Verdienst, die neue Bewegung zuerst angeregt und während seines ganzen Lebens eifrig gefördert zu haben.

Schulze hatte als Patrimonialrichter in der Kleinstadt Delitzsch Gelegenheit, die Notlage der unbemittelten Klassen kennen zu lernen, und empfand das Bedürfnis, hier nach Kräften Abhilfe zu schaffen. Zunächst wählte er für diesen Zweck das Mittel der einfachen Wohltätigkeit, indem er in den Jahren 1846 und 1847 mehrere derartige Einrichtungen ins Leben rief. Erst allmählich gelangte er zu der Ansicht, daß dieser Weg nicht der richtige sei, sondern durch den entgegengesetzten der Selbsthilfe ersetzt werden müsse. Die Form ihrer Betätigung fand er in dem genossenschaftlichen System, also in dem Grundgedanken, daß eine größere Anzahl von Personen, die wegen fehlender Geldmittel nur über einen geringen Kredit verfügen, durch Vereinigung die Möglichkeit erhielten, sich das erforderliche Kapital zu verschaffen und mit den Großbetrieben in Konkurrenz zu treten. Von wesentlicher Bedeutung war es, daß Schulze 1848 in die preußische Nationalversammlung gewählt wurde und in ihr als Vorsitzender eines Ausschusses zur Prüfung der gewerblichen Verhältnisse Gelegenheit hatte, auf Grund

der zahlreichen von den Handwerkern eingereichten Petitionen deren bedrängte Lage in ihren Einzelheiten kennenzulernen.

Der erste Versuch, seinen Gedanken zu verwirklichen, war die 1849 erfolgte Gründung von zwei Rohstoffgenossenschaften in Delitzsch, von denen die eine für Tischler, die andere für Schuhmacher bestimmt war. Im folgenden Jahre wurde auf seine Anregung in dem benachbarten Eilenburg ein Vorschußverein ins Leben gerufen, und bald wurden in einer Reihe anderer Städte ähnliche Einrichtungen getroffen, so daß 1858 bereits 45 Vereine mit 11183 Mitgliedern bestanden.

Am 14.—16. Juni 1859 wurde in Weimar der erste Vereinstag abgehalten, und hier erfolgte die Gründung des „Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften. Zum Zwecke der Agitation wurde ein „Zentral-Korrespondenzbureau der deutschen Vorschuß- und Kreditvereine“ geschaffen, dessen Name zeigt, daß bis dahin diese Art der genossenschaftlichen Tätigkeit durchaus im Vordergrund stand. Erst als auch andere Formen, insbesondere die Konsumvereine, Rohstoff- und Magazingenossenschaften, eine größere Verbreitung erlangt hatten, wurde 1861 auf dem Vereinstage in Halle die Bezeichnung „Anwaltschaft der Deutschen Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften“ gewählt. Schulze selbst übernahm das Amt des Anwalts und behielt es bis zu seinem am 29. April 1883 erfolgten Tode.

Erst während seiner praktischen Tätigkeit gelangte Schulze dazu, sich über die leitenden theoretischen Grundgedanken seines Vorgehens klar zu werden und sie zu einem abgeschlossenen System zusammenzufassen. Er entwickelte dieses in den beiden 1853 und 1858 von ihm veröffentlichten Schriften: „Assoziationsbuch für deutsche Handwerker und Arbeiter“ und „Die arbeitenden Klassen und das Assoziationswesen“. In ihnen führt er aus, die durch das Übergewicht des Kapitals geschaffene Notlage der arbeitenden Klassen erfordere nicht, wie die Sozialisten behaupteten, eine Aufhebung der bestehenden Wirtschaftsordnung, sondern es sei möglich, deren Auswüchse dadurch zu beseitigen, daß man den Handwerkern und Arbeitern die Vorteile des Großbetriebes und die Möglichkeit der Konkurrenz mit dem Großkapital verschaffe. Das Mittel hierzu bestehe in

der genossenschaftlichen Vereinigung. Die einfachste und für alle Kreise der unbemittelten Bevölkerung brauchbare Form seien die Konsumvereine und die Kreditgenossenschaften. Erst wenn mit deren Hilfe die erforderlichen Geldmittel beschafft und eine ausreichende Erfahrung gewonnen sei, habe man fortzuschreiten zu den besonderen Gestaltungen der Rohstoff-, Magazin- und Werkgenossenschaften. Die letzte Stufe, die freilich am meisten Schwierigkeiten biete, aber auch als die Krönung des Gebäudes erscheine, sei die Produktivgenossenschaft, bei der die Arbeiter die Stellung des Unternehmers erhielten und ihre eigenen Arbeitgeber wären. Das notwendige Kapital sei zu erlangen teils durch Schaffung eines eigenen Vermögens mittels Einlagen der Mitglieder und Ansammlung des erzielten Gewinnes, teils durch Anleihe fremden Kapitals auf dem Wege des Kredits. Ihm müsse durch die solidarische Haftung der Genossen die erforderliche Grundlage geboten werden.

Diese Anschauungen brachten Schulze begreiflicher Weise in scharfen Gegensatz zu den Sozialisten. Zwischen ihm und Lassalle entstand ein lebhafter Kampf, der erst mit dessen 1864 erfolgten Tode endete. Lassalle empfahl freilich ebenfalls die Produktivgenossenschaften, wollte sie aber nicht auf Selbsthilfe, sondern auf Staatshilfe stützen, und forderte deshalb, daß der preußische Staat hierfür 100 Millionen Taler bereitstellen solle. Auf der anderen Seite fand Schulze einen eifrigen Förderer seiner Bestrebungen in dem konservativen V. A. Huber, der ihn insofern glücklich ergänzte, als Schulze im wesentlichen ein bloßer Praktiker war, während Huber über erhebliche theoretische Kenntnisse verfügte. Allerdings bestand zwischen beiden Männern keine volle Harmonie, vielmehr erhob Huber gegen Schulze den Einwand, er gehe mit Unrecht davon aus, daß Handwerker und Arbeiter als Angehörige der „arbeitenden Klassen“ übereinstimmende Interessen hätten. Das sei falsch, denn durch die Genossenschaften könne wohl den ersteren, aber nicht den letzteren geholfen werden. Huber sah die Lösung der sozialen Frage in der „Schaffung eines christlichen Gemeinschaftslebens auf Grundlage wirtschaftlicher Reformen mit Hilfe eines von christlichem Geiste getragenen Assoziationswesens“. Er war der Ansicht, daß die Genossenschaftsbewegung durchgeführt werden müsse mit Unterstützung der moralisch und intellektuell hoch-

stehenden Männer der oberen Gesellschaftsklassen. Da für die Arbeiter von allen Formen der Genossenschaften nur die Konsumvereine Wert hätten, so wollte er diese in den Vordergrund stellen, weil aber für sie die unbeschränkte Solidarhaftung nicht erforderlich sei, so dürfe man diese nicht zu einem Dogma erheben. Schulze wollte diese Einwendungen nicht anerkennen, und so entwickelte sich zwischen ihm und Huber eine lebhaft Polemik, die schließlich 1863 zu einem völligen Bruche führte, indem Huber gegen Schulze den Vorwurf erhob, daß er einseitig die Interessen der Handwerker betone, aber für das Gebiet der Lohnarbeit und die Verhältnisse der Arbeiter nur wenig Verständnis besitze.

In der Tat trat bei Schulze im Laufe der Zeit die Sorge für die Arbeiter stark in den Hintergrund, und da zugleich das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen bald seine eigenen Wege ging, wie unten näher darzustellen sein wird, so entwickelten sich die Schulzeschen Genossenschaften immer überwiegend zu einseitigen Veranstaltungen für die Handwerker.

Um den Genossenschaften umfangreichere Geldmittel zur Verfügung zu stellen, wurde schon 1864 die Genossenschaftsbank Sorgel, Parisius & Co. gegründet und neben ihr ein besonderer Giroverband ins Leben gerufen, der den Geldausgleich unter den Genossenschaften erleichtern sollte.

Schulze legte, wie bemerkt, den größten Wert auf die ausschließliche Selbsthilfe und trat dadurch im Gegensatz nicht bloß zu Lassalle, sondern auch zu den von Huber unterstützten Bestrebungen, die ein Eingreifen des Staates forderten. Sowohl bei den Handwerkern wie bei der Regierung fand diese Auffassung erhebliche Sympathien. Es bedeutete deshalb für Schulze einen großen Erfolg, daß es ihm trotzdem gelang, in dem preußischen Genossenschaftsgesetze vom 27. März 1867, das am 4. Juli 1868 ziemlich unverändert auf den Norddeutschen Bund und später auf das Deutsche Reich übernommen wurde, den Genossenschaften eine Grundlage zu geben, die im wesentlichen seinen Gedanken entnommen war. Den springenden Punkt bildete die unbeschränkte Solidarhaft mit dem Rechte des Einzelangriffs. Erst durch das neue Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 wurden hierin tiefgreifende Änderungen eingeführt.

Die von Schulze gehegte Hoffnung, die Handwerker durch Zusammenfassung in Organisationen gegenüber der Großindustrie konkurrenzfähig zu machen, erwies sich als trügerisch. Insbesondere die Produktivgenossenschaft, in der er die Krönung des Gebäudes sah, fand wenig Beifall und gelangte nur zu kümmerlicher Entwicklung. Aber selbst die Rohstoff-, Absatz- und Werkgenossenschaften blieben erheblich hinter den Erwartungen zurück. Weitaus am besten gediehen die Kreditgenossenschaften. An zweiter Stelle standen die Konsumvereine. Unter diesen beiden Gruppen machte sich von Anfang an ein gewisser Gegensatz geltend, der sich im Laufe der Zeit immer mehr verschärfte.

Der Hauptgrund lag darin, daß in beiden Organisationen zwei verschiedene Bevölkerungsschichten ihre Vertretung fanden. Die Kreditgenossenschaften dienten in erster Linie den selbständigen Gewerbetreibenden; die Mitglieder der Konsumvereine dagegen waren überwiegend Arbeiter. Nun fallen aber die Interessen dieser beiden Klassen nicht nur nicht zusammen, sondern gerieten um so mehr in Widerspruch, als die Kleinhändler die Konsumvereine auf das schärfste angriffen und sie als ihre Todfeinde betrachteten.

Gab schon dies den Anlaß zu Streitigkeiten innerhalb des Verbandes, so entstand eine fernere Meinungsverschiedenheit über zwei andere wichtige Punkte, nämlich darüber, ob die Konsumvereine nach dem englischen Vorbilde sich zu zentralen Einkaufsgenossenschaften zusammenschließen sollten, und ob es ihnen zu empfehlen sei, zur Eigenproduktion überzugehen. War das erstere eine Beeinträchtigung der Handelskreise, so bedeutete das letztere einen Eingriff in die Tätigkeit des Handwerks. In beiden Fällen stieß man auf den Widerstand der Vertreter der Mittelstandsbewegung.

Der Konflikt kam zum erstenmal offen zum Austrag auf dem Genossenschaftstage in Freiburg 1890. Der Verbandsdirektor Glackemeyer in Hannover vertrat die Ansicht, daß die Konsumvereine neben den Kreditgenossenschaften keinen Platz hätten, und wollte sie aus dem Verbande ausschließen. Als er in der Minderheit blieb, erklärte er seinen Austritt und gründete in der „Freien Vereinigung deutscher Kreditgenossenschaften“ eine Gegenorganisation, die jedoch keinen Boden zu gewinnen

vermochte. Auf dem Genossenschaftstage in Stettin 1893 wurde ein ähnlicher Versuch unternommen, scheiterte aber ebenfalls an dem Wunsche, die Zusammengehörigkeit aufrechtzuerhalten.

War dieser Angriff von der Seite der Kreditgenossenschaften ausgegangen, so empfanden es auf der anderen Seite die Konsumvereine bald als eine Beeinträchtigung ihrer Interessen, daß der Verbandsanwalt Dr. Crüger lebhaft bemüht war, gute Beziehungen zu den Kleingewerbetreibenden herzustellen, sowie daß er ihre Bestrebungen auf Bildung von Einkaufsgenossenschaften und Übergang zur Eigenproduktion entgegentrat. Insbesondere in Hamburg hatte man sich hierfür erwärmt und schon 1894 eine Großeinkaufsgesellschaft geschaffen, die eifrig für ihre Ziele agitierte.

Auf dem Genossenschaftstage in Berlin 1899 führte zunächst der letztgedachte Punkt zu lebhaften Auseinandersetzungen, die im folgenden Jahre in Hannover fortgesetzt wurden. Hier wurde jedoch das Kampffeld auch auf die zweite der beiden Fragen ausgedehnt, nämlich auf die Stellung zu den Bestrebungen der Kleingewerbetreibenden. Gegen lebhaften Widerspruch einer Minderheit wurde ein Beschluß gefaßt, der den Kleinhändlern neben der Förderung der Fachbildung auch die Gründung von eigenen Einkaufsgesellschaften und den Anschluß an die Kreditgenossenschaften empfahl.

Endlich entwickelte sich auch noch ein Streit, der einen politischen Hintergrund hatte. Im Königreich Sachsen hatte ein Verein „Vorwärts“, dessen Leitung in den Händen ausgesprochener Sozialdemokraten lag, die Aufnahme in den Verband beantragt. Der engere Ausschuß hatte dies von der Vollziehung folgenden Reverses abhängig gemacht:

„Wir erklären hiermit, daß wir im Falle unserer Aufnahme in den Allgemeinen Verband die wirtschaftlichen Grundsätze betätigen werden, die bisher für die Beschlüsse des Allgemeinen Genossenschaftstages maßgebend gewesen sind, und daß wir die genossenschaftliche Tätigkeit weder mittelbar noch unmittelbar zur Verfolgung politischer Zwecke gebrauchen werden.“

Da der Verein die Forderung eines solchen Reverses als einen unberechtigten Eingriff in seine Freiheit betrachtete und deshalb

dessen Unterzeichnung ablehnte, wurde ihm die Aufnahme verweigert.

So war hinreichend Stoff zu Streitigkeiten vorhanden, die auf dem Genossenschaftstage in Baden-Baden 1901 zum Austrage gebracht werden mußten.

In dem von ihm erstatteten Jahresberichte hatte der Anwalt bereits scharfe Töne angeschlagen. Er verwahrte sich dagegen, daß die Hamburger Richtung nicht allein ihn persönlich wegen seines Eintretens für das Kleingewerbe eines „Kleinkrämerstandpunktes“ beschuldigt, sondern überhaupt auf die Lockerung des Verbandes hingewirkt habe. Er sei zu der Ansicht gekommen, daß diese Kreise eine ganz andere Richtung verfolgten als der Verband, indem sie darauf hinarbeiteten, auf dem Boden des organisierten Konsums eine völlige Umgestaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung herbeizuführen. Auch sei die Forderung des Reverses in unzulässiger Weise kritisiert und dabei sogar geäußert, daß man sich an ihn nicht binden werde. Unter diesen Umständen sei ein ferneres Zusammenarbeiten ganz unmöglich.

In der Verhandlung über den Bericht bestritten die Angegriffenen lebhaft, daß sie die Politik in den Verband hineintragen wollten, oder daß sie die Absicht hätten, sich mit den bisher von dem Verbande verfolgten Anschauungen in Widerspruch zu setzen; aber der Revers enthalte eine ungerechte Bevormundung. Außerdem könne man den Konsumvereinen nicht zumuten, im Verbande mit Leuten zusammen zu arbeiten, die sie auf das schärfste bekämpften. Endlich habe hinsichtlich der Eigenproduktion der Anwalt einen Standpunkt eingenommen, der eine Kriegserklärung gegen die Konsumgenossenschaften bedeute.

Crüger hielt demgegenüber seinen Standpunkt aufrecht. Er bezog sich auf Äußerungen von Wortführern der Hamburger Richtung, die dahin gingen, die genossenschaftliche Bewegung sei ebenso wie die gewerkschaftliche ein Teil der allgemeinen Arbeiterbewegung und deshalb eine Ergänzung der politischen. Er leitete daraus die Behauptung her, die moderne Konsumvereinsbewegung trage einen Klassencharakter und sei deshalb mit der von dem Verbande vertretenen Auffassung unvereinbar.

Nach längeren Auseinandersetzungen kam es endlich zur Abstimmung über die von dem Anwalte vorgelegten Leitsätze, in denen ausgesprochen war, daß die Konsumvereine freilich da,

wo die Grundlagen dafür gegeben seien, mit Hilfe der eigenen Produktion die Wirtschaftsbedürfnisse ihrer Mitglieder befriedigen könnten, daß aber das Hineinziehen einer weiteren, mit dieser Aufgabe nicht unmittelbar zusammenhängenden wirtschaftlichen Tätigkeit zu widerraten sei. Die Verfolgung politischer Zwecke, sei es unmittelbar oder mittelbar, sowie die Unterstützung von Klassen- und Standesorganisationen stehe im Widerspruch mit den Aufgaben der Konsumvereine.

Mit 42 gegen 25 Stimmen wurden diese Leitsätze angenommen; außerdem wurde ganz allgemein die Zustimmung des Verbandstages zu den von dem Anwalte verfolgten Grundsätzen ausgesprochen.

Die Verhandlungen hatten gezeigt, daß die beiden Richtungen nicht nebeneinander in dem Verbande bestehen konnten. Auf dem folgenden Genossenschaftstage in Kreuznach am 3. September 1902 handelte es sich deshalb nur noch darum, die Scheidung formell zu vollziehen. Schon in seinem Jahresberichte hatte der Anwalt ausgesprochen, daß eine Richtung, die Handel und Handwerk durch die Genossenschaften ersetzen wolle und die Bildung der letzteren nicht mehr als eine bloße Bedürfnisfrage betrachte, sondern von ihnen die Einführung eines neuen Wirtschaftssystems erwarte, in dem Verbande keinen Platz habe. Das Bestreben, Handwerk und Handel auszuschalten, bedeute eine Verwerfung des Schulzeschen Grundgedankens. Die moderne Konsumvereinsbewegung trage einen Klassencharakter und habe dadurch ihre soziale Bedeutung verloren.

Die entscheidenden Auseinandersetzungen knüpften sich teils an die Berechtigung dieses Berichtes, teils an die Verhandlung über den von dem Gesamtausschusse gestellten Antrag, 96 Konsumvereine sowie die Hamburger Großeinkaufsgesellschaft aus dem Verbande auszuschließen. Die Ausführungen beider Parteien wiederholten im wesentlichen die schon früher geltend gemachten Gesichtspunkte. Die Vertreter der Hamburger Richtung behaupteten, die Mehrheit unter der Führung des Anwalts bekämpfe die konsumgenossenschaftliche Bewegung aus dem Grunde, weil sie grundsätzlich Männer aus dem Arbeiterstande nicht in ihren Reihen haben wolle. Deshalb mache man den Angegriffenen zum Vorwurf, daß sie mit der Sozialdemokratie Fühlung genommen hätten, während man sich doch darüber

freuen solle, wenn diese positive Arbeit leiste. Der Anwalt erwiderte hierauf, daß er gegen die Beteiligung von Sozialdemokraten an sich nichts einzuwenden habe, aber er müsse fordern, daß sie ihren Standpunkt in der genossenschaftlichen Tätigkeit nicht zum Ausdruck brächte.

Bei der Abstimmung über den Ausschließungsantrag wurde dieser mit 268 gegen 84 Stimmen angenommen.

Damit waren formell nur die in dem Antrage genannten einzelnen Vereine ausgeschlossen, aber tatsächlich richtete sich das Vorgehen gegen die ganze moderne Richtung. Überhaupt bedeutete die Abstimmung den Sieg der Kreditgenossenschaften über die Konsumvereine. Die Folge war deshalb, daß in der nächsten Zeit mehr als 300 von diesen ihren Austritt erklärten, so daß die Zahl der dem Allgemeinen Verbands angeschlossenen Konsumvereine, die Ende 1901 693 mit 630 785 Mitgliedern betragen hatte, 1902 auf 342 mit 300 721 Mitgliedern und Ende 1903 sogar auf 272 mit 248 004 Mitgliedern zurückging.

Der Beschluß von Kreuznach mit den an ihn sich anschließenden Austritten hatte eine gewisse Klärung der Verhältnisse herbeigeführt und insbesondere bewirkt, daß von da ab der Verband eine einheitliche Richtung verfolgte. Immerhin fehlte es auch jetzt nicht an Kämpfen aller Art. In dem Gegensatze zwischen den Konsumvereinen und dem Kleingewerbe hatte man versucht, eine mittlere Linie innezuhalten, aber das hatte zur Folge, daß der Verband jetzt von beiden Seiten lebhaft angegriffen wurde. Vor allem galt dies von den Freunden der Mittelstandsbewegung, die entweder ein völliges Verbot der Konsumvereine bzw. ihre Beschränkung auf den Nachweis eines vorhandenen Bedürfnisses oder wenigstens das Verbot einer Dividendenverteilung sowie der Mitgliedschaft von Beamten forderten und im Reichstage nachdrückliche Unterstützung fanden. Dieses Vorgehen zwang den Allgemeinen Verband, zu diesen Bestrebungen öffentlich Stellung zu nehmen, ebenso wie zu dem gesetzgeberischen Vorgehen verschiedener Staaten, welche die Konsumvereine mit besonderen Steuern belasteten. Auf der anderen Seite wurden nicht allein außerhalb, sondern auch innerhalb der Genossenschaftskreise vielfach Stimmen laut, die für die Genossenschaften einen staatlichen Schutz forderten, mit dem aber unvermeidlich ein gewisser

Einfluß der Behörden verbunden sein mußte. Seitens des Verbandes wurde wiederholt energisch hiergegen Stellung genommen und im Interesse der Selbstverwaltung die Fernhaltung aller Staatshilfe für notwendig erklärt.

Wie oben erwähnt, hatte Schulze 1864 die Genossenschaftsbank Soergel, Parisius & Co. gegründet. Aber sie hatte sich nicht darauf beschränkt, den Geldausgleich unter den Genossenschaften herzustellen, sondern in derselben Weise wie andere Banken auch auf Erzielung von Geldgewinn berechnete Geschäfte unternommen, und diese hatten vielfach zu Verlusten geführt. Da die Aktien ohnehin überwiegend in fremde Hände übergegangen waren, so beschloß man 1904 eine Verschmelzung mit der Dresdener Bank in der Form, daß bei dieser eine besondere Abteilung für Genossenschaftswesen errichtet wurde und einige der leitenden Personen des Verbandes in den Vorstand und den Aufsichtsrat der Bank eintraten.

Mit großem Nachdruck protestierte der Verband gegen die mehrfach aufgestellte Behauptung, daß er im Fahrwasser der freisinnigen Partei segele, und betonte vielmehr, daß er politisch völlig neutral sei. Aus diesem Grunde lehnte er es auch ab, in den polnischen Landesteilen die nationalen Bestrebungen des Deutschtums zu unterstützen.

In organisatorischer Beziehung vertrat man nachdrücklich den Grundsatz der Dezentralisation. Deshalb wurde nicht allein die Revision den Unterverbänden überlassen, sondern auch wiederholt Beschlüsse in dem Sinne gefaßt, daß die Einzelgenossenschaften ihre Angelegenheiten möglichst selbständig erledigen sollten. Sowohl gegen den Staatssozialismus wie gegen den Gedanken, auf genossenschaftlichem Wege zu einer Art von Gemeinwirtschaft zu gelangen, wurde energisch Stellung genommen. Dagegen wurde den Genossenschaften die Förderung des Bildungswesens und der Wohlfahrtsbestrebungen warm empfohlen. Für die Angestellten und Arbeiter der Genossenschaften wurde eine Ruhegehaltskasse sowie eine Witwen- und Waisenpensionskasse geschaffen. Beide wurden 1911 zu der Allgemeinen Versorgungskasse vereinigt. Dagegen verhielt man sich ablehnend gegen den Vorschlag, eine Sterbekasse für die Mitglieder ins Leben zu rufen.

Abgesehen von diesen Fragen allgemeiner Art, wurden auch

die Angelegenheiten der einzelnen Genossenschaftsgruppen auf den Verbandsversammlungen eingehend erörtert.

Hinsichtlich der Kreditgenossenschaften wandte man sich sowohl gegen den von Scherl aufgestellten und in Regierungskreisen beifällig aufgenommenen Plan einer Abholung der Spargelder in Verbindung mit einem Prämiensystem, ebenso wie gegen deren Einsammlung durch die Post und die Gründung einer Reichsdepositenbank. Nicht minder protestierte man dagegen, den Genossenschaften die Sparkassentätigkeit zu erschweren. Man empfahl einerseits die Ausbildung bankmäßiger Einrichtungen, aber andererseits die größte Vorsicht bei der Kreditgewährung, insbesondere die Festsetzung einer Höchstgrenze, ferner bei Gewährung von Baukredit, bei der Diskontierung von Buchforderungen und der Beleihung von Wertpapieren. Wiederholt beschäftigte man sich mit der Regelung des Scheckverkehrs und mit Maßregeln zur Abhilfe gegen Mißstände im Wechselrecht. Dagegen lehnte man es ab, bei den Bestrebungen zu Entschuldung des landwirtschaftlichen Grundbesitzes mitzuwirken, und warnte vor der Gründung besonderer Hausbesitzerkreditgenossenschaften.

Den Konsumvereinen empfahl man, streng an dem Grundsatz der Barzahlung festzuhalten, das eigene und das Lieferantengeschäft voneinander zu trennen und auf regelmäßige Revision der Lagerbestände, kaufmännische Aufstellung der Bilanz und Berechnung des Warenumschlages sowie Prüfung der eingekauften Waren durch Sachverständige Bedacht zu nehmen. Bei der Gründung neuer Vereine soll vorsichtig vorgegangen und der Grundsatz befolgt werden, daß sie nur an solchen Orten geschehen darf, wo im Kleinhandel Unzuträglichkeiten hervorgetreten sind. Die Vereine sollen nicht über ihre natürlichen Grenzen und deshalb in der Regel nicht über eine einzelne Gemeinde hinaus ausgedehnt werden. Bezirkskonsumvereine sind zu verwerfen. Ebenso ist auch die Gründung von Vereinen für besondere Gruppen der Bevölkerung, insbesondere die Angestellten und Arbeiter der Eisenbahnen, zu bekämpfen. Die Eigenproduktion ist grundsätzlich abzulehnen. Bei der Fleischversorgung muß große Vorsicht angewandt werden. Für die Anstellung und Entlassung der Vereinsangestellten und Arbeiter sowie für die Geschäftsverwaltung der Lagerhalter, insbesondere

die Regelung der Mankofrage, ist die Aufstellung und Durchführung einheitlicher Bestimmungen anzustreben.

Auch mit den Angelegenheiten der Baugenossenschaften hat man sich wiederholt beschäftigt. Insbesondere behandelte man die Versicherung gegen Haftpflicht und Mietausfall, den Verkauf der Häuser an die Mitglieder und die dabei zu befolgenden Grundsätze, die Berechnung der Wohnungsmieten, die Verbindung der baugenossenschaftlichen Tätigkeit mit dem Sparwesen, die Einführung der Amortisationshypotheken und das Wohnungswesen für Arbeiter. Während man es für richtig hält, die Ansiedelung der Arbeiter auf dem Lande zu fördern, ist man der Ansicht, daß in den Städten die private Bautätigkeit nicht beeinträchtigt werden und der genossenschaftliche Bau von Arbeiterwohnungen nur da stattfinden dürfe, wo ein offener Mangel hervortritt, falls zugleich die Industrie verschiedene Geschäftszweige umfaßt. Jedenfalls ist der Gedanke abzulehnen, durch genossenschaftliche Gestaltung des Bauwesens eine Lösung der Wohnungsfrage herbeizuführen. Die Baugenossenschaften sind zu einem besonderen Verbandszusammengefaßt, der im November als „Verband der auf der Grundlage des gemeinschaftlichen Eigentums stehenden deutschen Baugenossenschaften“ gegründet wurde und nur solchen Vereinigungen offen stand, die sich auf das Vermieten der von ihnen erbauten Häuser beschränkten, während diese im Eigentum der Genossenschaft verblieben. Als die Heimstättenbewegung und das Siedelungswesen sich immer stärker entwickelten, ließ man 1918 diese Beschränkung fallen und änderte demgemäß auch den Namen in „Reichsverband deutscher Baugenossenschaften“. Der Verband umfaßte Ende 1920 300 Genossenschaften. Eine 1918 veranstaltete Umfrage, die von 201 Genossenschaften beantwortet wurde, hatte eine Mitgliederzahl von 75402 ergeben.

Eine gewaltige Erschütterung und eine tiefgreifende Störung der Verbandstätigkeit brachte der Krieg. Insbesondere die Kredit- und Sparvereine standen anfangs vor der Gefahr, den an sie herantretenden Forderungen auf Rückzahlung der hinterlegten Gelder nicht gewachsen zu sein. Die Tätigkeit der Konsumvereine wurde durch die staatliche Zwangswirtschaft erheblich beschränkt und diejenige der Baugenossenschaften fast völlig stillgelegt. Aber diese Störungen wurden besser überwunden,

als man erwartet hatte, und ebenso zeigten sich die Genossenschaften den neu an sie herantretenden Aufgaben durchaus gewachsen. Insbesondere wirkten sie erfolgreich mit bei der Unterbringung der Kriegsanleihen und der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten sowie durch Anträge bei den ins Leben gerufenen Kriegsstellen.

In neuester Zeit hat sich in der Zusammensetzung des Allgemeinen Verbandes insofern eine Veränderung vollzogen, als ein großer Teil der ihm bis dahin treu gebliebenen Konsumvereine die Neigung empfand, sich dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine anzuschließen und, nachdem durch eine am 27. März 1920 getroffene Vereinbarung unter den beiden Verbänden eine Verständigung hierüber erzielt war, dies in der Tat zur Ausführung brachte. Näheres darüber wird an anderer Stelle mitgeteilt werden.

Auf der anderen Seite ist es dem Allgemeinen Verbande gelungen, in den Kreisen der Handwerker größere Sympathien zu gewinnen. Nicht allein hat sich, worüber später ebenfalls eingehender zu berichten sein wird, der „Hauptverband gewerblicher Genossenschaften“, nachdem zunächst 1917 eine Interessengemeinschaft gegründet war, am 23. April 1920 mit dem Allgemeinen Verbande zu dem „Deutschen Genossenschaftsverbande“ verschmolzen, so daß dieser jetzt die einzige größere genossenschaftliche Organisation der Handwerker bildet, sondern es sind auch zwischen ihr und den übrigen Vertretungen des Handwerks enge Beziehungen hergestellt.

Bestrebungen, die den Zweck verfolgten, diese Vertretungen einheitlich zusammenzufassen, machten sich schon seit längerer Zeit geltend. Der erste Schritt bestand in der am 12. Mai 1916 erfolgten Gründung der „Hauptstelle für gemeinschaftliche Handwerkslieferungen“ mit dem Sitze in Berlin. Sie bezweckte die Übernahme von Lieferungen aller Art von Handwerks-erzeugnissen und deren Verteilung unter die angeschlossenen Organisationen. Aber die Tätigkeit der Hauptstelle beschränkte sich auf Preußen, Hessen und Mitteldeutschland. Freilich wurden in Verfolgung ähnlicher Zwecke für Bayern und Württemberg staatliche Verdingungsstellen und für Sachsen ein Submissionsamt eingesetzt, aber es fehlte an einem einheitlichen Organ für ganz Deutschland. Dieses wurde am 16. Oktober 1919 ge-

schaffen in dem „Reichsverband des deutschen Handwerks“. Zur Mitgliedschaft zugelassen sind: 1. die im Handwerks- und Gewerbekammertage vereinigten Handwerks- und Gewerbekammern, 2. die sich über das ganze Reichsgebiet erstreckenden Innungsverbände und sonstigen Fachverbände der selbständigen Handwerker oder deren Kartelle, 3. die Zentralverbände der gewerblichen Genossenschaften, 4. der Verband der deutschen Gewerbevereine und Handwerkervereinigungen. Unter den dem Verbande übertragenen Aufgaben wird die Pflege und Förderung der genossenschaftlichen Organisation des Handwerks ausdrücklich aufgeführt.

Der Reichsverband, dem neben dem Hauptverbände der gewerklichen Genossenschaften auch der Allgemeine Verband beitraten, hat seit seiner Gründung eine lebhaftige Tätigkeit entfaltet. Auf der am 7.—10. September 1920 in Jena abgehaltenen ersten Reichstagung wurde u. a. der Erlaß eines einheitlichen Reichshandwerksgesetzes gefordert auf der Grundlage einer Pflichtbeteiligung sowohl der Innungs- und Fachverbände wie der Handwerks- und Gewerbekammern. Ebenso empfahl man eine Beteiligung an den politischen Fragen in der Form, daß den aufgestellten Kandidaten bestimmte Fragen über ihre Stellung zu den wirtschaftlichen Handwerkerforderungen vorgelegt werden sollen. Dagegen wurde die Bildung einer eigenen Handwerkerpartei abgelehnt, vielmehr sollen die Handwerker sich nach ihrer persönlichen Überzeugung innerhalb der bestehenden Parteien politisch betätigen. —

Die Organisation des Allgemeinen Verbandes wurde schon 1864 auf dem Verbandstage in Mainz durch das „Organische Statut“ festgelegt und ist seitdem im wesentlichen unverändert geblieben. Sie ist auf dem Grundsatz der Dezentralisation aufgebaut. Der Verband ist ein bloßer Anwaltschaftsverband, d. h. er hat lediglich organisatorische Aufgaben. Die Unterverbände sind durchaus selbständig und besorgen insbesondere auch die Revision nach ihrem eigenen Ermessen; doch dürfen sie nur solche Genossenschaften aufnehmen, die dem Allgemeinen Verbande angehören. Auf der anderen Seite sind nicht sämtliche diesem angeschlossenen gewerklichen Genossenschaften verpflichtet, auch dem Unterverbande ihres Bezirks beizutreten. Die formelle Seite der Organisation ist durch die Satzungen

vom 24. August 1904 geordnet. Das oberste Organ des Verbandes ist der Allgemeine Genossenschaftstag, der jährlich zusammentritt. Zur Teilnahme berechtigt sind alle dem Allgemeinen Verbande angehörigen Genossenschaften sowie die Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder der ihm angeschlossenen Gesellschaften. Der Genossenschaftstag wählt den Verbandsanwalt, in dessen Hand die Geschäftsführung liegt, und der den Verband nach innen und außen vertritt. Ihm steht der engere und der Gesamtausschuß zur Seite. Der erstere wird gebildet durch 7 Mitglieder, die aus dem Kreise der Verbandsdirektoren und deren Stellvertreter durch den Genossenschaftstag gewählt werden, während der Gesamtausschuß aus allen Direktoren der Unterverbände besteht.

An Fürsorgeeinrichtungen hat der Verband eine allgemeine Versorgungskasse (jetzt Zuschußkasse) für die Angestellten der angeschlossenen Genossenschaften, eine Ruhegehaltskasse sowie eine Witwen- und Waisenkasse. Das literarische Organ des Verbandes sind die Blätter für Genossenschaftswesen. Daneben wird ein Jahrbuch herausgegeben.

Jahr	Kredit- genossen- schaften		Konsum- vereine		Bau- genossen- schaften		Sonstige Genossen- schaften		Insgesamt	
	Zahl	Mit- glieder	Zahl	Mit- glieder	Zahl	Mit- glieder	Zahl	Mit- glieder	Ge- nossen- schaften	Mit- glieder
1900	870	511 061	568	522 116	100	27 880	37	3 201	1 575	1 064 258
1901	904	526 874	638	630 785	171	46 978	33	3 151	1 746	1 207 788
1902	899	533 888	332	300 721	173	46 996	36	3 141	1 440	884 746
1903	911	542 108	251	248 004	166	50 429	35	3 907	1 363	844 453
1904	908	523 419	252	255 916	142	43 357	47	6 059	1 349	828 751
1905	921	539 993	260	238 097	141	35 144	51	6 591	1 373	819 825
1906	915	350 485	265	246 945	131	43 565	57	7 418	1 368	648 413
1907	917	557 451	271	252 618	143	42 978	45	7 292	1 376	860 339
1908	919	577 987	266	257 082	162	49 400	66	9 286	1 413	893 755
1909	914	579 741	265	262 522	164	55 338	59	8 139	1 402	905 740
1910	939	600 387	271	270 437	197	65 298	56	8 058	1 463	944 180
1911	952	620 660	273	276 645	213	69 422	48	8 828	1 486	975 555
1912	907	632 480	283	306 224	187	61 117	58	11 786	1 435	1 011 607
1913	963	637 329	282	323 228	200	65 822	70	14 273	1 515	1 040 652
1914	945	618 408	269	305 313	190	67 541	47	11 182	1 451	1 002 444
1915	941	601 395	244	312 287	163	60 753	51	6 719	1 399	981 154
1916	924	592 544	255	334 549	175	59 338	38	5 749	1 392	992 180
1917	917	579 152	218	330 816	182	63 099	79	9 772	1 396	982 839
1918	888	575 469	220	303 025	178	68 347	92	8 098	1 378	954 939
1919	874	565 203	185	239 314	202	85 274	98	18 034	1 359	907 825

Geschäftsergebnisse der Kreditgenossenschaften des Allgemeinen Verbandes.

Jahr	Zahl der be- richtenden Ge- nossenschaften	Zahl der Mit- glieder	Eigenes Vermögen		Angeliehene fremde Gelder	Umsatz	Rein- gewinn
			Geschäfts- guthaben	Reserven			
1900	870	511 061	133 264 449	44 987 176	609 926 058	?	12 237 450
1901	904	526 874	142 678 499	50 157 007	669 278 227	?	12 882 883
1902	899	533 888	147 732 657	54 145 507	701 315 431	?	12 557 358
1903	911	542 108	149 755 048	57 335 469	736 549 946	?	13 512 752
1904	908	523 419	156 264 617	61 530 319	802 334 252	9 218 961 954	14 291 972
1905	921	539 993	165 797 202	66 435 941	858 987 974	9 882 020 493	15 506 078
1906	915	550 485	176 883 501	72 040 847	919 770 234	10 394 606 109	17 797 910
1907	917	557 451	183 973 033	76 067 260	949 625 256	11 362 189 428	18 974 410
1908	919	577 987	194 234 676	82 938 977	986 861 647	11 823 029 371	19 476 385
1909	914	579 741	205 313 942	89 298 607	1 060 825 337	12 499 513 507	18 703 086
1910	939	600 387	216 330 103	94 187 564	1 145 014 688	12 912 128 660	19 675 834
1911	952	620 660	226 039 554	99 472 586	1 222 701 922	15 568 984 285	20 719 189
1912	957	632 480	234 851 738	104 504 265	1 265 307 838	16 801 213 000	21 868 055
1913	963	637 329	241 615 581	111 934 417	1 285 037 976	17 171 545 000	24 501 518
1914	945	618 408	234 138 826	115 879 832	1 277 392 899	16 052 967 000	22 744 085
1915	941	601 395	230 650 079	121 454 348	1 365 790 614	17 476 479 000	21 665 128
1916	924	592 544	232 294 979	127 926 915	1 598 915 615	20 865 981 000	22 279 176
1917	917	579 152	234 848 406	136 028 490	2 096 415 182	30 107 766 000	25 397 027
1918	888	575 469	246 110 002	137 628 894	2 809 725 919	37 745 148 000	23 193 546
1919	874	565 203	252 921 042	130 082 074	3 329 562 135	64 780 890 000	24 419 378

Geschäftsergebnisse der Konsumvereine des Allgemeinen Verbandes.

Jahr	Zahl der be- richtenden Ge- nossen- schaften	Zahl der Mit- glieder	Geschäfts- guthaben Mk.	Re- serven Mk.	Umsatz im eigenen Geschäft Mk.	Umsatz im Liefe- ranten- geschäft Mk.	Rein- gewinn Mk.
1900	568	522 116	10 842 265	4 856 624	126 970 187 ¹⁾	Kol. 6	12 743 520
1901	638	630 785	12 942 796	5 889 959	155 684 048	" 6	15 188 616
1902	332 ²⁾	300 721	5 169 314	2 654 892	69 337 136	" 6	7 044 889
1903	251	243 004	4 162 290	2 644 878	54 220 018	" 6	5 730 858
1904	252	255 916	4 245 738	2 868 760	55 307 361	" 6	5 976 881
1905	260	238 097	4 306 785	2 881 805	58 134 755	" 6	6 231 170
1906	265	246 945	4 443 690	3 057 779	56 999 777	4 134 440	6 475 886
1907	271	252 618	4 657 051	3 227 097	61 649 455	3 662 993	6 975 216
1908	266	257 082	4 665 081	3 217 880	65 229 407	3 787 902	7 100 989
1909	265	262 522	4 692 506	3 411 442	68 022 710	3 767 136	7 273 356
1910	271	270 437	4 861 641	3 759 266	70 177 075	3 215 828	6 902 963
1911	273	276 645	4 938 941	3 905 203	74 433 667	2 800 149	7 018 491
1912	283	306 224	5 361 237	4 166 837	84 791 811	4 856 114	7 564 684
1913	282	323 228	5 640 059	4 558 571	83 510 509	2 849 843	7 438 821
1914	269	305 313	5 336 695	4 905 096	78 651 005	2 771 504	7 477 485
1915	244	312 287	5 140 191	5 027 309	81 185 771	1 465 008	6 724 036
1916	255	334 549	5 490 337	6 315 168	72 533 321	831 567	5 916 073
1917	218	330 816	5 439 749	6 656 838	75 839 171	813 513	4 718 983
1918	220	303 025	5 283 699	6 777 006	79 969 165	230 924	4 579 380
1919	185	239 314	4 043 274	5 385 759	108 461 206	360 780	4 711 550

¹⁾ Bis zum Jahre 1905 einschließlich des Lieferantengeschäfts.²⁾ Der Rückgang der Mitgliederzahl erklärt sich aus dem Ausschlusse einer größeren Anzahl von Konsumvereinen aus dem Allgemeinen Verbands.

Der Verband war früher dem internationalen Genossenschaftsbunde angeschlossen, ist aber 1904 aus ihm ausgetreten. —

Die äußere ziffernmäßige Entwicklung des Allgemeinen Verbandes zeigen die vorhergehenden Tabellen ¹⁾.

C. Generalverband der deutschen Raiffeisengenossenschaften.

Etwa gleichzeitig mit Schulze-Delitzsch, jedoch unabhängig von ihm, wurde der genossenschaftliche Gedanke aufgegriffen von F. W. Raiffeisen. Aber die von beiden verfolgten Bestrebungen unterscheiden sich voneinander in wesentlichen Punkten, und zwar nicht allein hinsichtlich der Schichten, auf die sie in erster Linie berechnet sind, sondern auch hinsichtlich der prinzipiellen Auffassung. Wandte sich Schulze vorwiegend an die städtische Bevölkerung, so waren bei Raiffeisen der Gegenstand seiner Fürsorge die ländlichen Kreise. Stellte Schulze in den Vordergrund die auf dem Eigeninteresse beruhende Selbsthilfe der Beteiligten, so war für Raiffeisen der Ausgangspunkt die christliche Nächstenliebe, die es den Bessergestellten zur Pflicht macht, sich der Notleidenden anzunehmen. Tragen demgemäß die Schulzeschen Unternehmungen einen vorwiegend geschäftlich-kaufmännischen Charakter, so verfolgt Raiffeisen das Ziel einer sittlich-kulturellen Hebung des Volkes. Allerdings hat Raiffeisen, wie die spätere Darstellung zeigen wird, zeitweilig dem Standpunkte von Schulze erhebliche Zugeständnisse gemacht, aber er hat das stets mit Widerstreben getan und innerlich an seiner Grundauffassung festgehalten. Es kann deshalb nicht überraschen, daß er später, als er sich mit Schulze überworfen hatte, wieder völlig zu seinem ursprünglichen System zurückkehrte.

Der erste Anstoß zu sozialer Betätigung ergab sich für Raiffeisen, der damals Bürgermeister in Weyersbusch (Reg.-Bez. Koblenz) war, aus der durch Mißernte hervorgerufenen Notlage, die sich im Winter 1846/47 geltend machte. Um ihr zu

¹⁾ Bei allen deutschen Genossenschaftsverbänden nimmt die Zusammenstellung der statistischen Ziffern sehr lange Zeit in Anspruch, so daß sie für die meisten bei Abschluß dieses Buches nur bis 1919 vorlagen.

steuern, gründete er in seiner Gemeinde einen Verein, der Kartoffeln und Saatgut aus anderen Gegenden beschaffte sowie zu diesem Zwecke eine Bäckerei errichtete, um der armen Bevölkerung zu helfen.

Nachdem Raiffeisen 1848 nach dem benachbarten Flammersfeld versetzt war, rief er dort einen Hilfsverein zur Unterstützung unbemittelter Landwirte ins Leben, der in erster Linie den Viehwucher bekämpfen sollte, indem er Vieh ankauft und den Bedürftigen gegen Ratenzahlung überließ. Mit ihm war eine Sparkasse für „Gesinde, Gesellen und geringere Landleute“ verbunden. In derselben Weise schuf er, nachdem er 1852 nach Heddesdorf bei Neuwied übergesiedelt war, dort 1854 einen Wohltätigkeitsverein, der nicht allein Geld zur Bestreitung wirtschaftlicher Bedürfnisse aller Art, insbesondere zur Anschaffung von Vieh verlieh, sondern auch ideelle Zwecke verfolgte, wie die Fürsorge für verwahrloste Kinder, Beschäftigung arbeitsscheuer Personen und entlassener Sträflinge sowie Errichtung einer Volksbibliothek.

Aber obgleich diese Tätigkeit anfangs Erfolge aufzuweisen hatte, machten sich doch bald Schwierigkeiten geltend, die insbesondere darauf beruhten, daß die wohlhabenden Gemeindeglieder, auf deren Schultern die finanziellen Verpflichtungen ruhten, um so weniger geneigt waren, diese länger zu tragen, je umfangreicher sie wurden. So sah sich Raiffeisen gezwungen, das ursprüngliche Wohltätigkeitsprinzip aufzugeben und dazu überzugehen, das Eigeninteresse an dessen Stelle zu setzen. Unterstützt wurde er bei dieser Richtungsänderung durch einen Briefwechsel mit Schulze, der ihn bestimmte, dessen Grundsätze anzunehmen. Infolge davon entschloß er sich auch, einige von ihm früher bekämpfte Einrichtungen, wie die Bildung von Geschäftsanteilen, Eintrittsgeld, Auszahlung des Gewinnes an die Mitglieder, entgeltliche Verwaltung und Ausdehnung der Vereinsbezirke einzuführen. Der 1864 in Heddesdorf gegründete Darlehnskassenverein entsprach diesen Gesichtspunkten und brachte insbesondere den Grundsatz zur Durchführung, daß die Kreise der unterstützenden und der zu unterstützenden Personen nicht, wie früher, getrennt werden, sondern zusammenfallen mußten.

Aber auch dies war bei Raiffeisen noch nicht der Abschluß

der Entwicklung. In dem Nachbardorfe Anhausen war nämlich 1862 unter Raiffeisens Mitwirkung ein Verein gegründet, der den früher von ihm vertretenen Anschauungen nahe stand. Allerdings stellte er das karitative Prinzip nicht in dem Maße, wie Raiffeisen es anfangs getan hatte, in den Vordergrund, aber er trug ihm immerhin in gewissem Maße Rechnung. Er hatte weder Einlagen noch Eintrittsgelder der Mitglieder und verteilte keinen Gewinn, sondern verwendete die erzielten Überschüsse zur Bildung eines Vereinsvermögens; insbesondere aber stellte er den Grundsatz auf, daß der Vereinsbezirk nur aus einer einzelnen Gemeinde von geringem Umfange bestehen dürfe. Raiffeisen überzeugte sich, daß das Anhauser System das richtige sei, und legte es deshalb von da ab seiner eigenen Tätigkeit zugrunde.

Für den Erfolg der Raiffeisenschen Wirksamkeit war es von entscheidender Bedeutung, daß sein 1866 erschienenes Buch: „Die Darlehnskassenvereine als Mittel zur Abhilfe der Not der ländlichen Bevölkerung sowie auch der städtischen Handwerker und Arbeiter“ eine einflußreiche Persönlichkeit, die es las, bestimmte, sein System nachdrücklich zu empfehlen. Das war Thillmany, der Generalsekretär des landwirtschaftlichen Vereines für Rheinpreußen, der es bewirkte, daß dieser große Verein die Förderung der Raiffeisenschen Bestrebungen energisch in die Hand nahm und sogar zu diesem Zwecke eine besondere Abteilung einrichtete, deren Leitung Raiffeisen übertragen wurde.

Als die Zahl der Darlehnskassenvereine zunahm, stellte sich das Bedürfnis heraus, sie untereinander zu einer Organisation zusammenzufassen. Diese verfolgte in erster Linie den Zweck, Angebot und Nachfrage nach Geld innerhalb der Vereine auszugleichen. Daneben aber sollte er auch der Kontrolle der geschäftlichen Tätigkeit und insbesondere der Buchführung sowie der Propaganda dienen. Demgemäß wurde am 17. Juni 1872 die „Rheinische landwirtschaftliche Genossenschaftsbank“ mit dem Sitze in Neuwied gegründet. Sie hatte die Form einer Zentralgenossenschaft. Zum Anschlusse zugelassen waren Darlehnskassenvereine, die das festgesetzte Normalstatut annahmen, ferner sonstige Kreditgenossenschaften und Vereine zur Materialbeschaffung, sowie Konsumvereine, welche gemeinnützige Zwecke verfolgen.

Die Bank war auf die Rheinprovinz beschränkt, aber schon am 7. und 16. April 1874 wurden gleiche Unternehmungen für Hessen und für die Provinz Westfalen ins Leben gerufen. Am 25. Juni 1874 traten diese drei Banken zusammen und gründeten die „Deutsche landwirtschaftliche Generalbank“ als Zentralstelle für den Geldausgleich. Da aber die Einlagen mit kurzen Kündigungsfristen angenommen wurden, während man den Landwirten einen langfristigen Kredit gewähren mußte, so war die Notwendigkeit gegeben, das Betriebskapital noch in anderer Weise zu beschaffen. Raiffeisen beschloß, zu diesem Zwecke eine Lebensversicherungsgesellschaft Arminia zu schaffen, aber die erforderliche staatliche Genehmigung wurde verweigert, und so mußte er den Plan fallen lassen. Hierdurch hatte die Generalbank ihre Grundlage verloren, und so wurde sie im Mai 1876 aufgelöst. Da mit ihr auch die drei Provinzialbanken existenzunfähig geworden waren, so wurden auch sie im Juni 1877 aufgehoben.

Raiffeisen stand nun vor der Aufgabe, eine neue Organisation zu schaffen, aber er sah ein, daß sie eine völlig veränderte Grundlage nötig machte. In erster Linie bedurfte es eines Zusammenschlusses der Einzelvereine zur gegenseitigen Unterstützung und Kontrolle. Daneben mußte das erforderliche Kapital aufgebracht werden, ohne den Vereinen hierfür eine solidarische Haftung aufzulegen. Endlich war es notwendig, die Beschaffung der landwirtschaftlichen Bedürfnisse weiter auszugestalten. Raiffeisen glaubte, diese drei Aufgaben getrennten Organen zuweisen, aber unter diesen durch Personalunion eine Verbindung herstellen zu müssen. Dies geschah in folgender Weise.

Zunächst wurde am 26. Juni 1877 der Anwaltschaftsverband gegründet, der seinen Sitz in Neuwied hatte. Er verfolgte wesentlich organisatorische Zwecke, also die Propaganda und vor allem die Revision der angeschlossenen Vereine. Sein Organ war das „Landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt“.

Am 30. September 1877 wurde dann die Landwirtschaftliche Zentraldarlehnskasse geschaffen. Sie erstreckte sich auf ganz Deutschland und hatte freilich die Form einer Aktiengesellschaft, aber jeder spekulative Zweck war ausgeschlossen. In den Satzungen hieß es: „Das Unternehmen ist ein gemein-

nütziges und nicht auf Gewinn berechnet, vielmehr soll die Organisation so viel als möglich dazu benutzt werden, Einrichtungen ins Leben zu rufen, welche dazu geeignet sind, die Volkszustände in sittlicher und materieller Beziehung zu verbessern.“ Deshalb soll nur eine dem üblichen Zinsfuße entsprechende Dividende gezahlt, dagegen der übrige Gewinn einem Reservefonds zugeführt werden. Als Aktionäre waren nur die nach Raiffeisenschen Grundsätzen geleiteten Darlehnskassenvereine und solche Personen zugelassen, die zu deren Vorständen und Aufsichtsräten gehörten. Die Geschäftstätigkeit sollte sich auf die angeschlossenen Vereine beschränken.

Um die erforderlichen Geldmittel zu gewinnen, griff Raiffeisen auf den Plan der Lebensversicherung zurück, mit dem er zugleich beabsichtigte, diese Art der Fürsorge bei der ländlichen Bevölkerung einzubürgern. Da, wie erwähnt, das eigene Unternehmen gescheitert war, so war er mit der Lebensversicherungs- und Ersparnisbank in Stuttgart in Unterhandlung getreten und hatte erzielt, daß am 10. Januar 1876 ihm die Generalagentur übertragen wurde. Jetzt ging er daran, dieses Unternehmen für seinen Plan nutzbar zu machen, indem er am 14. Juni 1881 in Gemeinschaft mit seiner Tochter und seinem Freunde Faßbender unter der Firma: Raiffeisen, Faßbender & Cons. eine offene Handelsgesellschaft gründete, der er nicht allein die Generalagentur der Lebensversicherungsbank, sondern auch sein privates Weingeschäft übertrug. Bald wurde auch eine eigene Druckerei eingerichtet, in der das Genossenschaftsblatt hergestellt wurde. In dem Gesellschaftsvertrage war bestimmt, daß der Gewinn nicht unter die Gesellschafter verteilt, sondern zur Ansammlung eines Reservekapitals und zur Förderung von Einrichtungen zur Linderung der Not der Bedürftigen sowie zur Besserung der sozialen Verhältnisse, insbesondere der Gründung von Darlehnskassenvereinen verwandt werden solle. Die Firma wurde, als nach 2 Jahren Faßbender ausschied, in Raiffeisen & Cons. geändert.

Endlich handelte es sich, wie erwähnt, darum, den Mitgliedern der Darlehnskassenvereine die Beschaffung der landwirtschaftlichen Bedürfnisse, insbesondere Saatgut, Futter und Düngemittel, Kohlen, Maschinen und Gerätschaften, zu erleichtern. Raiffeisen hatte schon früher in dem von ihm geleiteten Vereinen

Einrichtungen für diesen Zweck getroffen. Jetzt wurde dem Anwaltschaftsverbande die Aufgabe übertragen, die Einkäufe gemeinsam zu organisieren. Da er keine Rechtsfähigkeit besaß, so erfolgten die Bestellungen durch die Firma Raiffeisen & Cons.

Im April 1886 wurde endlich die Reorganisation dadurch zum Abschlusse gebracht, daß zwischen der Zentraldarlehnskasse und dem Anwaltschaftsverbande, die sich bis dahin formell getrennt gegenübergestanden hatten, eine enge Verbindung hergestellt wurde.

So hatte Raiffeisen den Grundsatz der Zentralisation, den er für richtig hielt, streng durchgeführt. Jeder einzelne Verein war unmittelbar der Zentralorganisation angeschlossen. Allerdings bestanden auch Verbände und Unterverbände für die einzelnen Bezirke, aber sie waren nur unselbständige Verwaltungsorgane.

Am 18. März 1888 starb Raiffeisen. Zugleich trat am 1. Oktober 1889 das neue Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 in Kraft. Dadurch wurde der Anlaß zu mehrfachen Veränderungen gegeben. Die schon in dem alten Gesetze enthaltene Vorschrift, daß die Genossenschaften Geschäftsanteile haben müssen, der Raiffeisen sich nur widerwillig und formell gefügt hatte, wurde jetzt in höherem Maße befolgt. Die neue Form der beschränkten Haftpflicht wurde freilich nur bei einigen Genossenschaften eingeführt; dagegen zwangen die Vorschriften über die Revision dazu, daß die Verschmelzung des Anwaltschaftsverbandes mit der Zentraldarlehnskasse wieder aufgehoben werden mußte, da der erstere die Stellung eines gesetzlichen Revisionsverbandes erhielt. Um jedoch die innere Verbindung aufrechtzuerhalten, wurde bestimmt, daß der Generalanwalt zugleich Direktor der Zentraldarlehnskasse sein und der Generalanwaltschaftsrat, der dem Generalanwalt zur Seite steht und ihn wählt, aus den Aufsichtsratsmitgliedern der Kasse und den Anwälten der Einzelverbände bestehen sollte. Die erforderlichen Veränderungen der Satzungen wurden am 10. September 1889 beschlossen, wobei zugleich der Name „Generalanwaltschaftsverband ländlicher Genossenschaften für Deutschland“ angenommen wurde.

Noch andere Verschiebungen erwiesen sich als notwendig. Wie erwähnt, war bisher der gemeinsame Bezug landwirtschaft-

licher Bedarfsgegenstände von der Firma Raiffeisen & Cons. besorgt. Aber es hatte sich dabei um ein bloßes Kommissionsgeschäft gehandelt, da die Bestellung auf Rechnung der Einzelvereine geschah und die Firma nur für ihre Vermittelung eine Provision erhob. Mit der Ausdehnung des Geschäftsverkehrs erwies sich das als unzweckmäßig, und die Firma erhielt deshalb die Stellung einer selbständigen kaufmännischen Zwischeninstanz. Zugleich faßte man den Plan, die Düngemittel selbst herzustellen, und gründete zu diesem Zwecke die Fabrik „Unitas“ als Gesellschaft m. b. H.

Endlich hatte man sich bisher auf den Bezug von Bedarfsgegenständen beschränkt, während man den gemeinsamen Absatz der landwirtschaftlichen Erzeugnisse freilich ins Auge gefaßt, aber als zurzeit noch verfrüht zurückgestellt hatte. In den 1890er Jahren dagegen nahm die Bewegung, die eine Ausschaltung des Zwischenhandels bezweckte, auch in den landwirtschaftlichen Kreisen einen starken Aufschwung und ergriff ebenfalls die Anhänger der Raiffeisenschen Organisation. Damit war jedoch die Notwendigkeit einer Umgestaltung des früheren Verfahrens gegeben. Raiffeisen hatte für die Beschaffung von Bedarfsgegenständen nicht besondere Genossenschaften gebildet, sondern diese Aufgabe den Darlehnskassenvereinen übertragen, da er glaubte, daß er in den Dörfern nicht für zwei getrennte Organisationen die erforderlichen Kräfte finden würde und außerdem auf möglichste Einheitlichkeit aller Einrichtungen das größte Gewicht legte. War aber schon bisher die Durchführung dieses vielfach angegriffenen Systems mit der Ausdehnung des Betriebes immer schwieriger geworden, so war es jedenfalls unmöglich, die Vereine auch noch mit dem Absatze der Erzeugnisse zu belasten. Mußten nun einmal hierfür besondere Genossenschaften gebildet werden, so lag es nahe, ihnen auch den Einkauf von Bedarfsgegenständen zuzuweisen. Das geschah jetzt in der Tat, und Vereinigungen dieser Art, die man als Betriebsgenossenschaften bezeichnete, entstanden bald in großer Zahl. Um sie zusammenzufassen und ihnen insbesondere die erforderlichen Geldmittel zur Verfügung zu stellen, wurde neben einigen provinziellen Einrichtungen, die diesem Zwecke dienen sollten, am 11. August 1897 in Köln die „Deutsche Zentral-Produktions- und -Verkaufsgenossenschaft“ gegründet.

Sie hatte jedoch nur geringen Erfolg, und da zugleich Bestrebungen auftauchten, die eine umfassende Reorganisation forderten, so wurden Verhandlungen eingeleitet, die am 18. April 1899 zur Aufstellung neuer Satzungen führten. Das Wesentliche der Umgestaltung bestand in folgenden Punkten:

1. Die Zentral-Produktions- und -Verkaufsgenossenschaft wurde aufgehoben.

2. Die Firma Raiffeisen & Cons. wurde aufgelöst; ihr Vermögen ging auf die Zentraldarlehnskasse über.

3. Die Aufgabe der ersteren, also der gemeinsame Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse, sowie der gemeinsame Ankauf der Bedarfsgegenstände, wurde der Zentraldarlehnskasse in der Weise übertragen, daß diese in zwei Abteilungen gegliedert wurde, von denen die eine den angegebenen Zweck verfolgte, während die andere dazu bestimmt war, den Geldausgleich unter den Darlehnskassenvereinen zu vermitteln.

4. Die Mitgliedschaft der Zentraldarlehnskasse blieb auf die Darlehnskassenvereine beschränkt. Den Betriebsgenossenschaften den erforderlichen Kredit zur Verfügung zu stellen und ihren Geldausgleich zu erleichtern, ist die Aufgabe der zu Provinzial- und Landesgenossenschaften zusammengefaßten Betriebsgenossenschaften, deren Leiter die Verbandsdirektoren sein sollten.

5. In der Organisation wurde dem bisher abgelehnten System der Dezentralisation insofern Rechnung getragen, als die provinziellen Verwaltungsstellen der Darlehnskassenvereine selbständig gemacht wurden. Außerdem sollten künftig die Organe der Zentraldarlehnskasse von den Vertretern der Bezirke gewählt werden. An der Spitze steht ein Generaldirektor, der zusammen mit den Direktoren der Bezirksverbände den kollegial organisierten Vorstand bildet. Ähnlich wurden auch der Aufsichtsrat und die Generalversammlung zusammengesetzt.

6. Dasselbe System wurde für den Generalanwaltschaftsverband eingeführt, der den kürzeren Namen „Generalverband“ erhielt. Dadurch, daß in ihm die leitenden Stellungen durch dieselben Personen besetzt wurden, die sie in der Zentraldarlehnskasse bekleideten, wurde zugleich eine innige Beziehung zwischen beiden Organisationen hergestellt. —

Wie die vorstehende Darstellung zeigt, hat Raiffeisen das

Verdienst, als erster die Ordnung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in die Hand genommen und unter großen persönlichen Opfern zu hoher Blüte gebracht zu haben. Aber die von ihm aufgestellten und befolgten Grundsätze wurden vielfach als verfehlt betrachtet. Deshalb hatte sich neben seiner Organisation eine andere gebildet, die dasselbe Ziel verfolgte, aber einen abweichenden Weg einschlug. Dies ist der „Reichsverband der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften“, mit dem wir uns an anderer Stelle näher zu beschäftigen haben werden. Das Nebeneinanderbestehen beider Verbände und die dadurch unvermeidlich gegebene gegenseitige Konkurrenz erwiesen sich, je länger sie dauerten, als eine Schädigung der gemeinsamen Interessen, und so lag der Gedanke nahe, eine Verschmelzung herbeizuführen. Schon seit 1899 hatten zu diesem Zwecke Verhandlungen stattgefunden, die darauf gerichtet waren, mit gemeinsamen Kräften eine Reichs-genossenschaftsbank zu schaffen. Sie hatten jedoch keinen Erfolg gehabt und waren, als der Reichsverband 1902 für sich allein eine solche Anstalt ins Leben rief, als endgültig gescheitert anzusehen.

Aber die Verhältnisse drängten dahin, den Plan von neuem aufzunehmen, und die 1904 eingeleiteten Verhandlungen führten dazu, daß ein Vertrag zustande kam, der am 26. Januar 1905 von dem Reichsverbande und am 5. Februar 1905 von dem Generalverbande genehmigt wurde. Er bedeutete insofern einen Sieg des Reichsverbandes, als dessen Grundsatz einer weitgehenden Dezentralisation Anerkennung fand. Hatten schon bei der Reform von 1899 die Provinzialverbände eine größere Selbständigkeit erhalten, so wurde das jetzt dahin ausgedehnt, daß diese Verbände zu eigenen Revisionsverbänden gemacht wurden. Mitglieder des Generalverbandes waren künftig diese Provinzialverbände, aber daneben auch die einzelnen Genossenschaften, so daß die letzteren ihm in doppelter Form, nämlich sowohl mittelbar wie unmittelbar angeschlossen waren. Außerdem wurde bestimmt, daß die Revisionsverbände dem Reichsverbande beitraten. Der Generaldirektor des Generalverbandes wurde zugleich stellvertretender Anwalt des Reichsverbandes. Jeder Verbandsdirektor des Generalverbandes war stimmberechtigtes Mitglied in dem Gesamtausschusse des Reichs-

verbandes. Beide Zentralverbände garantierten sich gegenseitig den gegenwärtigen Besitzstand; neue Genossenschaften sollten nur nach vorangegangener Verständigung gegründet werden.

So war eine Verschmelzung zustande gekommen, die freilich dem Reichsverbande das Übergewicht gab, aber doch dem Generalverbande eine gewisse Selbständigkeit ließ. Insbesondere hatte er die Grundsätze sowohl für die Zulassung von Mitgliedern wie für die Vornahme der Revision für die ihm angeschlossenen Genossenschaften nach seinem Ermessen zu bestimmen. Seine Einrichtungen, insbesondere die Zentraldarlehnskasse und die Provinzialgenossenschaften mit ihren Banken blieben bestehen.

Hatte man schon bei der Verschmelzung dem Prinzip der Dezentralisation erhebliche Zugeständnisse gemacht, so bedeutete es einen weiteren Schritt in dieser Richtung, daß am 21. Juli 1909 beschlossen wurde, das Warengeschäft, das, wie erwähnt, 1899 einer Abteilung der Zentraldarlehnskasse zugewiesen war, von dieser wieder zu trennen und besonderen Provinzialanstalten zu übertragen, so daß sowohl das Risiko wie der Gewinn nicht mehr dem Gesamtverbande, sondern den einzelnen Provinzialverbänden zufiel. Zugleich wurde der Sitz des Generalverbandes mit dem 1. Januar 1910 nach Berlin verlegt.

Aber diese Umgestaltungen wurden von einem Teile der Mitglieder als Verstöße gegen die vom „Vater Raiffeisen“ aufgestellten Grundsätze betrachtet und getadelt. Es machte sich deshalb eine Gegenströmung geltend, und am 5. Juli 1910 wurde eine Neuorganisation der Verwaltung beschlossen, die im wesentlichen den Zustand wiederherstellte, der vor 1899 bestanden hatte. Der aus den Vorsitzenden der Provinzialverbände gebildete vielköpfige Vorstand wurde beseitigt und durch einen aus drei Mitgliedern bestehenden ersetzt. Die Verbandsdirektoren erhielten nur in einem aus ihnen zusammengesetzten Verwaltungsrate eine begutachtende Stellung.

In dieser Zeit wurde der Fortbestand der Zentraldarlehnskasse stark gefährdet, und zwar handelte es sich dabei um zwei Umstände.

Wie oben erwähnt, hatte man, um die Düngemittel selbst

herzustellen, die Gesellschaft Unitas gegründet. Das Unternehmen erwies sich jedoch sehr bald als verfehlt und wurde mit steigenden Verlusten betrieben. So sah man sich gezwungen, es aufzugeben. Ebenso ungünstig verlief die Verwertung eines übernommenen Weinlagers in Eltville. Außerdem hatten mehrere Betriebsgenossenschaften mit Verlusten gearbeitet und bedurften, wenn sie nicht in Konkurs geraten sollten, großer Unterstützungen. In besonders hohem Maße galt das von den provinziellen Verkaufsgenossenschaften, die fast sämtlich zusammenbrachen. Da sie zur Erbauung von Korn- und Lagerhäusern große Summen nötig hatten, wäre der Besitz eines erheblichen eigenen Kapitals erforderlich gewesen, aber dieses fehlte ihnen, und so waren sie auf die Haftsummen der Mitglieder angewiesen. Außerdem stand der von diesen übernommenen Verpflichtung, ihre Erzeugnisse an die Genossenschaft abzuliefern, die Pflicht der letzteren gegenüber, die gesamte Ernte abzunehmen, ohne daß doch der Absatz gesichert gewesen wäre. Endlich zeigte sich, daß die leitenden Personen nicht über die für solche Unternehmungen erforderlichen kaufmännischen Kenntnisse verfügten. Um allen den aus diesen Verhältnissen für die Zentraldarlehnskasse sich ergebenden Ansprüchen gerecht zu werden, wurden die Einzelvereine aufgefordert, der ersteren je 750 Mk. als Darlehen zu gewähren, und obgleich einige Vereine dies ablehnten und ihren Austritt erklärten, gelang es doch, ein Kapital von 3000000 Mk. zusammenzubringen.

Eine andere Gefahr entstand dadurch, daß die Preußische Zentralgenossenschaftskasse („Preußenkasse“), mit der man durch den Vertrag vom 11./18. April 1905 eine „Interessengemeinschaft“ geschlossen hatte, jetzt die Fortsetzung dieses Verhältnisses an die Bedingung knüpfte, daß die Zentraldarlehnskasse den Geld- und Bankverkehr aufgeben und den einzelnen Provinzialanstalten überlassen solle. Da dies für die Zentraldarlehnskasse gleichbedeutend mit ihrer Abdankung war und sie es deshalb ablehnte, wurde von der Preußenkasse die Interessengemeinschaft am 1. März 1911 für aufgelöst erklärt. Der daraufhin von der Preußenkasse an die Provinzialverbände gerichtete Vorschlag, künftig unter Ausschaltung der Zentraldarlehnskasse mit ihr in Beziehung zu treten, wurde jedoch von allen abgelehnt, indem man vielmehr den Anschluß an den Geld-

markt durch den Geschäftsverkehr mit der Dresdener Bank zu erreichen suchte.

Die Verbindung mit dem Reichsverbande erwies sich auf die Dauer als nicht haltbar. Die grundsätzliche Verschiedenheit der beiderseitigen Auffassungen, die sich teils auf den letzten Zweck des Genossenschaftswesens, teils auf die Form der Organisation bezog, war durch das Abkommen lediglich überbrückt, aber nicht beseitigt, und das machte sich bald störend geltend. War in dem Generalverbande durch die Umgestaltung von 1899 eine gewisse Abschwächung der Zentralisation und deshalb des Gegensatzes zu dem Reichsverbande eingetreten, so war man durch die Reorganisation von 1909 im wesentlichen wieder zu dem früheren Standpunkte zurückgekehrt. Dazu kam, daß in den Kreisen des Generalverbandes die Auffassung Boden gewann, der Reichsverband erstrebe dessen völlige Auflösung, indem er die einfache Angliederung der Raiffeisen-Organisationen unter Vernichtung der Selbständigkeit und Preisgabe ihrer Eigenart herbeizuführen wünsche.

So entschloß man sich, das 1905 geschaffene Verhältnis wieder zu lösen. Durch eine von den beiderseitigen Vorständen unterzeichnete und im Mai 1913 veröffentlichte Erklärung wurde bekanntgegeben, daß die Erwartungen, die an den 1905 erfolgten Zusammenschluß beiderseits geknüpft seien, sich nicht erfüllt hätten, und es sich vielmehr gezeigt habe, daß ein Ausgleich gewisser grundsätzlicher Auffassungen nicht erreichbar gewesen sei. Im Interesse einer freien genossenschaftlichen Entwicklung werde deshalb der Vertrag von 1905 im gegenseitigen Einvernehmen mit Wirkung vom 30. Juni 1913 außer Kraft gesetzt.

Die Geldknappheit, die 1912 einsetzte und auch 1913 noch fort dauerte, stellte die Spar- und Darlehnskassenvereine vielfach vor große Schwierigkeiten; sie konnten den an sie herantretenden Ansprüchen nur durch erhebliche Zinserhöhungen begegnen, und auch dieses Mittel war nicht überall geeignet, Abhilfe zu schaffen. Auf der anderen Seite erfuhr die Tätigkeit des Verbandes dadurch eine erhebliche Erweiterung, daß sie auf das Versicherungswesen ausgedehnt wurde. Freilich nahm man Abstand von der Gründung eigener Einrichtungen, aber nicht allein wurden mit verschiedenen Versicherungsgesellschaften

Verträge abgeschlossen, die den Mitgliedern der Genossenschaften besonders günstige Bedingungen boten, sondern man traf auch Veranstaltungen, um diesen in solchen Angelegenheiten Rat zu erteilen und außerdem überhaupt für die Ausbreitung des Versicherungswesens auf dem Lande zu wirken. Die Zweige, denen man das Hauptinteresse zuwandte, waren insbesondere die Lebens-, Unfall-, Haftpflicht-, Einbruch-, Feuer-, Hagel-, Vieh- und Transportversicherung.

Tiefgreifende Veränderungen brachte der Krieg. Zunächst wurde die Tätigkeit der Genossenschaften schon dadurch außerordentlich erschwert, daß ein großer Teil der Angestellten zu den Fahnen einberufen wurde. Auf der anderen Seite wurden der genossenschaftlichen Arbeit in steigendem Maße immer engere Grenzen dadurch gezogen, daß das Ernährungswesen weitgehend von den Organen des Staates und der Gemeinden übernommen wurde. Die durch die Zwangswirtschaft bedingten Eingriffe stießen in den Kreisen der Mitglieder auf starken Widerstand, und die Verwaltung hatte die schwierige Aufgabe, in dem Interessengegensatze zwischen Produzenten und Konsumenten ausgleichend und belehrend zu wirken. Zu diesem Zwecke wurde insbesondere der Reichsausschuß der Deutschen Landwirtschaft ins Leben gerufen, dem außer dem Deutschen Landwirtschaftsrat, der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine und dem Bunde der Landwirte auch der Generalverband und der Reichsverband angehörten. Dieser Ausschuß war u. a. auch bestrebt, einen friedlichen Ausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dadurch anzubahnen, daß er einen „Reichs-Bauern- und -Landarbeiterrat“ sowie eine „Arbeitsgemeinschaft ländlicher Arbeitgeber und Arbeitnehmer“ ins Leben rief.

Ungemein groß war der Geldzufluß zu den Genossenschaftskassen. Im Widerspruche mit der herrschenden Auffassung, die in ihm den Ausdruck der steigenden Wohlhabenheit der landwirtschaftlichen Bevölkerung sieht, wird er in den Jahresberichten darauf zurückgeführt, daß es sich um Kapitalien handle, die infolge der Einschränkung des Betriebes diesem entzogen seien, ihm aber nach Beendigung des Krieges wieder zugeführt werden müßten. Es wird freilich anerkannt, daß „der Landwirtschaft regelmäßige und gute Erträge ihrer Produktion zugeflossen

sind“, diese seien jedoch keine Kriegsgewinne. „Es ist ehrlich, redlich und sauer in schwerer Landarbeit verdientes Geld. Es ist ein gerechter Lohn für die Mühen und Sorgen, die Lasten der Zwangswirtschaft, welche die Landwirtschaft zur Erfüllung ihrer bedeutsamen Aufgaben der Volksernährung und Heeresverpflegung auf sich genommen hat.“ Immerhin wird hervorgehoben, daß „die Wirtschaftsvernunft und Wirtschaftsmoral, die in den ersten Kriegsjahren noch die breitesten Volksschichten beherrscht und zur Opferwilligkeit und Einschränkung der Genußsucht bestimmt haben, in einem trostlosen Maße mehr und mehr zurückgegangen sind. Der Schleichhandel und ergänzend der Wucher sind beinahe zur Verkehrssitte im Volke geworden.“

Auch in organisatorischer Beziehung entschloß man sich zu wichtigen Änderungen. Raiffeisen hatte den Schwerpunkt einseitig in die Spar- und Darlehnskassen gelegt. Sie sollten neben dem Geldverkehr auch den Warenverkehr, insbesondere den Einkauf und Absatz besorgen. Allerdings bildeten sich daneben für diesen Zweck auch noch besondere Bezugsgenossenschaften, aber sie wurden gewissermaßen als illegitime Kinder behandelt, was schon darin zum Ausdruck kam, daß Aktionäre der Zentraldarlehnskasse nur die Spar- und Darlehnskassen sein konnten, die auch allein als „Raiffeisen-Organisationen“ bezeichnet wurden. Freilich war 1912 beschlossen, grundsätzlich den Warenverkehr von dem Geldverkehr zu trennen und ihn ausschließlich den Bezugsgenossenschaften zu überweisen, aber die Durchführung dieses Beschlusses ging nur sehr langsam vor sich. Auf der anderen Seite wurde die wirtschaftliche Bedeutung dieser anfangs als nebensächlich betrachteten Tätigkeit immer größer, und so sah man sich gezwungen, sie besser zu organisieren, indem man insbesondere unter den bestehenden 15 Landes- und Provinzialverbänden eine feste Verbindung herstellte. Schon kurz vor Ausbruch des Krieges war dies in der Weise geschehen, daß man die „Handelszentrale der Raiffeisen-Organisation, G. m. b. H.“ in Berlin errichtete. Sie veranstaltete regelmäßige „kaufmännische Konferenzen“, die von der Leitung des Verbandes nach Bedarf einberufen wurden. Aber diese lose Organisation erwies sich auf die Dauer als nicht ausreichend, und so wurde Anfang 1916 neben ihr unter dem Namen „Wirtschaft und Handel“ eine besondere Abteilung des Generalverbandes

ins Leben gerufen, die man derselben Leitung unterstellte. Endlich wurden am 14. September 1917 beide Organisationen zu dem „Wirtschaftsverbande der Raiffeisenschen Warenanstalten G. m. b. H.“ in Berlin verschmolzen. Die Gesellschafter sind die selbständigen Warenanstalten sowie die landwirtschaftliche Zentraldarlehnskasse für diejenigen ihrer Abteilungen, in denen die Trennung des Geld- und Warenverkehrs noch nicht zur Durchführung gelangt ist. Der Wirtschaftsverband bildet die Zusammenfassung der gesamten genossenschaftlichen Warenvermittlung des Verbandes.

Auf dem am 10. Januar 1917 in Berlin abgehaltenen Genossenschaftstage wurde eine weitere Änderung insofern beschlossen, als man den Genossenschaften, die bis dahin die Geschäftsanteile auf 5—10 Mark festgesetzt hatten, empfahl, sie auf 50—100 Mark zu erhöhen und eine Dividende bis zur Höhe des üblichen Zinsfußes von 5% auszuzahlen.

Wie erwähnt, war bisher der Verband mit der landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse insofern tatsächlich zusammengefallen, als neben den Personen des Vorstandes und Aufsichtsrates nur die Kredit- und Sparvereine Aktionäre sein konnten. In der Generalversammlung am 27. Juni 1917 wurde dies dahin geändert, daß das Recht auf die Mitgliedschaft auch die Betriebsgenossenschaften erhielten.

In Verbindung mit weiteren Satzungsänderungen erhielt der Verband jetzt den neuen Namen „Generalverband der deutschen Raiffeisen-Genossenschaften“. —

Die Organisation des Verbandes ist, wie die vorstehende Darstellung der geschichtlichen Entwicklung zeigt, wiederholt geändert. Gegenwärtig hat sie die folgenden Grundzüge:

Die Hauptbestandteile sind: die landwirtschaftliche Zentraldarlehnskasse, die Raiffeisen-Organisationen und die Betriebsgenossenschaften. Unter diesen versteht man alle Genossenschaften, die nicht Raiffeisen-Organisationen sind.

Organe sind: der Vorstand, der Generalverbandsrat und der Generalverbandstag. Der Vorstand besteht aus dem Vorsitzenden und den Direktoren der Revisionsverbände sowie etwaigen vom Generalverbandsrate bestellten Mitgliedern. Das Amt des Vorsitzenden ist mit dem des Generaldirektors der landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskasse vereinigt. Die Wahl erfolgt durch

Jahr	Zahl- der be- richten- den Vereine	Mit- glieder	Betriebs- kapital Mk.	Geschäfts- guthaben der Mit- glieder Mk.	Gesamtumsatz Mk.	Warenbezug		Reingewinn		Stiftungs- fonds		Reserve- fonds	
						Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1900	2 983	265 742	205 821 232	2 097 232	405 246 314	16 423 700	972 743	3 837 326	1 139 231				
1901	3 190	288 040	240 047 930	2 280 338	478 980 339	21 119 244	1 088 728	4 356 627	1 341 377				
1902	3 375	310 676	283 092 538	2 467 491	567 256 449	22 041 751	11 357 741	4 953 936	1 758 642				
1903	3 601	339 426	326 961 112	2 594 075	660 968 844	24 376 639	1 349 392	5 518 042	2 211 725				
1904	3 827	361 581	372 527 079	2 942 924	735 898 586	?	?	?	9 174 518				
1905	3 850	371 789	402 975 899	3 100 369	840 538 420	30 788 717	932 591	6 705 903	3 319 303				
1906	3 994	389 507	450 037 288	3 236 844	917 422 397	?	?	?	11 605 928				
1907	4 102	405 819	490 693 299	3 625 045	1 008 224 144	?	?	?	13 698 485				
1908	4 223	425 065	546 311 928	3 714 114	1 094 311 407	43 951 049	2 028 545	8 824 953	5 539 298				
1909	4 154	432 143	594 047 604	3 734 838	1 201 182 258	44 313 791	1 895 893	9 558 400	6 394 182				
1910	4 165	444 260	644 618 564	4 139 600	1 292 781 849	45 984 987	1 944 106	10 025 656	7 550 989				
1911	4 220	456 611	696 954 946	4 282 013	1 432 754 196	55 195 332	2 804 542	10 445 887	8 888 994				
1912	4 337	473 830	757 588 902	4 460 970	1 573 887 576	64 455 977	26 277 762	10 875 670	10 997 989				
1913	4 415	482 868	797 871 991	4 487 358	1 572 013 669	60 976 349	2 852 416	11 762 444	12 360 366				
1914	4 421	485 416	829 317 409	5 057 348	1 435 215 859	55 866 730	2 688 899	13 075 945	13 473 746				
1915	4 432	485 664	883 597 219	4 496 100	1 877 820 708	53 320 206	2 981 539	14 006 765	15 090 448				
1916	4 433	482 523	960 168 009	4 729 847	2 416 223 440	49 433 523	2 991 503	14 924 960	16 524 362				
1917	4 119	448 810	1 123 698 353	4 694 091	3 212 116 703	44 670 408	3 930 757	14 491 247	16 793 878				
1918	4 430	471 624	1 528 234 510	5 024 560	4 429 942 358	55 919 386	1 522 742	15 965 252	18 990 884				
1919	4 805	503 533	1 881 705 916	6 074 336	5 453 891 776	100 035 503	2 566 055	15 934 684	19 145 231				

übereinstimmenden Beschluß des Generalverbandsrates und des Aufsichtsrates der Kasse. Der Vorstand wählt aus seiner Mitte zur Erledigung dringlicher Angelegenheiten und zur Vorberatung grundsätzlicher Fragen einen aus 5 Personen bestehenden ständigen Ausschuß.

Der Generalverbandsrat setzt sich zusammen aus dem Vorstande, je zwei Abgeordneten der Revisionsverbände, je drei Vertretern der landwirtschaftlichen Provinzialgenossenschaftsbanken und fünf von dem Generalanwaltschaftsrat selbst frei gewählten Mitgliedern.

Der Generalverbandstag wird gebildet aus Vertretern aller angeschlossenen Genossenschaften und Verbände. Jede Organisation hat eine Stimme.

Es bestehen besondere Abteilungen für Unterrichtswesen, für Rechtswesen und für Versicherungsfragen.

Literarische Organe sind: das Landwirtschaftliche Genossenschaftsblatt, eine Zeitungskorrespondenz, der Raiffeisenkalender und der Raiffeisen-Bote.

Die Entwicklung der Raiffeisengenossenschaften hinsichtlich ihrer Ausdehnung und Geschäftsergebnisse seit 1900 zeigt die nebenstehende Tabelle.

D. Reichsverband der deutschen Landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Im Großherzogtum Hessen machten sich schon seit 1860 Bestrebungen geltend, die eine Ausgestaltung des ländlichen Personalkreditwesens bezweckten. Sie stießen auf den Widerstand der vorhandenen Spar- und Leihkassen. Diese waren jedoch insofern nicht imstande, dem Bedürfnisse zu genügen, als sie sich nicht auf dem Lande, sondern in den Städten befanden, auch Kredit nur in unzureichender Höhe und auf zu kurze Fristen gewährten. Ihre Gewinne kamen nicht der ländlichen, sondern der städtischen Bevölkerung zugute.

Die Vertreter einer selbständigen landwirtschaftlichen Kreditorganisation suchten Anlehnung teils bei Schulze-Delitzsch, teils bei Raiffeisen. Der Sieg des letzteren Systems wurde in erster Linie durch den Einfluß von zwei Männern entschieden, die beide in der Raiffeisenschen Bewegung tätig gewesen und aus

Rheinpreußen nach Hessen gekommen waren. Der erste von ihnen war K. v. Langsdorff, der am 1. April 1871 die Stellung als Generalsekretär des landwirtschaftlichen Vereins Hessens antrat und sogleich begann, eine lebhafte Agitation zu entfalten. In der Sitzung des Vereins vom 12. Dezember 1872 in Darmstadt wurde auf seinen Vorschlag ein Programm angenommen, das völlig auf dem System von Raiffeisen aufgebaut war. Als er 1873 nach Dresden übersiedelte, trat an seine Stelle Weidenhammer, der bei der Ausbreitung der Raiffeisenschen Organisationen hervorragend beteiligt gewesen war und später sogar den Posten eines Stellvertreters des Anwalts bekleidete. Ihm gelang es, am 7./16. April 1874 die Landwirtschaftliche Zentralkasse für das Großherzogtum Hessen ins Leben zu rufen, die am 25. Juni desselben Jahres mit den entsprechenden Organisationen für Rheinpreußen und Westfalen zur Gründung der Deutschen landwirtschaftlichen Generalbank zusammentrat.

Wie oben mitgeteilt, mußte diese nach kurzem Bestehen im Mai 1874 sich auflösen, und da mit ihr auch die drei Provinzialbanken ihre Grundlage verloren hatten, so waren sie ebenfalls gezwungen, im Juni 1877 ihre Tätigkeit einzustellen. Da jedoch ein enger Zusammenschluß der einzelnen Vereine schon im Interesse des Geldausgleiches erforderlich war, so faßte man am 27. November 1876 die Schaffung einer eigenen hessischen Landesorganisation ins Auge, und am 21. Januar 1879 wurde der Plan durch Gründung des Verbandes Hessischer landwirtschaftlicher Kreditgenossenschaften verwirklicht. Die Leitung wurde Weidenhammer übertragen.

Auch in Baden und in einigen Teilen von Bayern hatte das hessische Beispiel Nachahmung gefunden, und so lag es nahe, die Organisation auch auf diese Gebiete auszudehnen. Das geschah am 22. Oktober 1879 durch die Gründung des Verbandes der landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften im südlichen und westlichen Deutschland. Zum Präsidenten des Verbandes, der in Darmstadt seinen Sitz hatte, wählte man den damaligen Kreisassessor Haas, der sich bereits um die Besserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse große Verdienste erworben hatte.

Weidenhammer war durch diese Vorgänge in einen gewissen

Gegensatz zu Raiffeisen getreten und legte deshalb am 1. November 1879 sein Amt als stellvertretender Anwalt nieder. Der Anwaltschaftsrat gab in einer außerordentlichen Sitzung vom 17. November desselben Jahres auf den von Raiffeisen gestellten Antrag die Erklärung ab, daß man das selbständige Vorgehen in Hessen aus dem Grunde lebhaft bedauere, weil die Organisation in Neuwied den Zweck verfolge, sich über ganz Deutschland auszudehnen, was durch die jetzt geschaffene Konkurrenz erschwert werde. Weidenhammer antwortete darauf, daß er freilich eine ganz Deutschland umfassende, lediglich organisatorische Vereinigung für möglich und nützlich halte, daß aber die wirtschaftlich-finanziellen Zwecke nur in Landesverbänden wirksam gefördert werden könnten.

Neben und größtenteils unabhängig von der bisher geschilderten Organisation des Kreditwesens hatte sich seit 1861 eine solche für den Bezug landwirtschaftlicher Bedarfsgegenstände, insbesondere Dünger und Futtermittel, in Verbindung mit einer Kontrolle dieser Waren vollzogen. Man bezeichnete diese Einrichtungen als landwirtschaftliche Konsumvereine. Da die verfolgten Zwecke einen Zusammenschluß der Einzelvereine notwendig erscheinen ließen, so wurde auf Einladung des genannten Kreisassessors Haas am 30. Juni 1873 in Mainz eine Versammlung abgehalten, an der fast alle bestehenden Organisationen teilnahmen. Hier wurde die Gründung des Verbandes der hessischen landwirtschaftlichen Konsumvereine beschlossen, deren Vorsitz Haas übernahm. In den Satzungen wurde als Zweck insbesondere der gemeinsame Warenbezug und die Ausbreitung des Konsumvereinswesens bezeichnet. Der Verband kaufte Kohlen, Futter- und Düngemittel auf eigene Rechnung und lieferte sie seinen Mitgliedern mit einem geringen Aufschlage.

Das Grundprinzip der Vereinigung war von Anfang an eine strenge Dezentralisation. Man stand freilich dem Gedanken, die verschiedenen Verbände organisatorisch zusammenzufassen, nicht unfreundlich gegenüber, vertrat aber den Standpunkt, daß die wirtschaftliche Tätigkeit sich auf abgegrenzte Gebiete zu beschränken habe. Deshalb wurden die zahlreichen Anträge von Vereinen aus den Nachbarländern, die ihre Aufnahme in den Verband wünschten, sämtlich abgelehnt.

Stand man schon dadurch im Gegensatze zu Raiffeisen, so unterschied man sich von ihm auch durch die Auffassung, daß der Warenbezug von der kreditgenossenschaftlichen Tätigkeit durchaus gesondert gehalten werden müsse. Dazu kam noch als weiteres trennendes Moment, daß bei Raiffeisen die christlich-soziale Grundtendenz im Vordergrunde stand, während man in den Kreisen der hessischen Genossenschaften die praktische Seite der Tätigkeit in die erste Linie stellte. Das fand einen scharfen Ausdruck in einer zwischen Weidenhammer und Raiffeisen geführten Polemik, in der der erstere den Aufbau des Genossenschaftswesens auf christlicher Nächstenliebe als Utopismus bezeichnete, worauf Raiffeisen erwiderte, daß seine Vereine politisch und religiös durchaus neutral seien und deshalb mit anderen, sofern diese nur die Wohlfahrt des Volkes verfolgten, ohne Schwierigkeit zusammenwirken könnten. Nicht auf das religiöse Bekenntnis komme es an, aber auf die christliche Liebe.

Unter diesen Umständen ist es begreiflich, daß in den hessischen Verbänden einerseits die Gegenstellung gegen Raiffeisen sich verschärfte, daß aber andererseits, da man anfang, eine Ausdehnung der Organisation auf ganz Deutschland ins Auge zu fassen, der Gedanke auftauchte, mit Schulze-Delitzsch in nähere Beziehungen zu treten. Die Anregung hierzu wurde von dem letzteren selbst gegeben, indem er in einem Rückblick auf den in den Jahren 1874—1876 mit großer Erbitterung unter den verschiedenen Systemen geführten Streit die Ansicht aussprach¹⁾, daß man trotz mancher Meinungsverschiedenheiten doch ein gemeinsames Ziel verfolge, und daß deshalb nicht Kampf, sondern gegenseitige Ergänzung die Aufgabe sein müsse. Das Präsidium des Hessischen Verbandes beantwortete diese Erklärung mit dem Ausdruck lebhafter Genugtuung. Am 14. Juli 1880 kamen dann die Führer der beiden Richtungen, nämlich Schulze mit seinen Freunden einerseits und Haas mit Weidenhammer nebst einigen Gesinnungsgenossen andererseits, in Darmstadt zusammen, um die Grundlagen einer Verständigung zu beraten. Raiffeisen hatte man nicht zugezogen.

¹⁾ In Nr. 10 der Blätter für Genossenschaftswesen, Jahrgang 1880.

Das Ergebnis der Verhandlungen bestand in folgenden gegenseitigen Zugeständnissen:

1. Das Lokalisierungsprinzip wurde von Schulze als richtig anerkannt.
2. Auf der anderen Seite erklärten die Vertreter der landwirtschaftlichen Organisationen hinsichtlich der Fristen für An- und Ausleihung des Kapitals und der vierwöchigen Kündigung die Schulzeschen Grundsätze für zutreffend.
3. Über die Geschäftsanteile einigte man sich dahin, daß sie freilich obligatorisch sein, daß aber die Bestimmungen über Höhe und Erhebungsart den einzelnen Genossenschaften überlassen bleiben sollten.
4. Ebenso wurde die Gewinnverteilung sowie die Bezahlung der Vereinsbeamten den Genossenschaften freigestellt.
5. Die Frage eines unantastbaren Reserve- und Stiftungsfonds wurde für praktisch bedeutungslos erklärt.

Auf den Vereinstagen der beiderseitigen Organisationen wurde diese Einigung bestätigt und mit Freude begrüßt.

Nachdem auf diese Weise eine sachliche Übereinstimmung erzielt war, handelte es sich nur noch darum, ihr auch in einer entsprechenden Organisation praktische Folge zu geben. Sie herbeigeführt zu haben, ist in erster Linie das Verdienst von Stöckel, des Vorsitzenden des dem Schulzeschen Allgemeinen Verbands als Unterverband angeschlossenen Verbandes der ost- und westpreußischen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Auf seine Anregung traten die führenden Personen beider Gruppen am 17. Februar 1883 in Berlin zu einer Vorberatung zusammen, bei der eine völlige Verständigung erzielt wurde. Insbesondere wollte man die für Deutschland geschaffene Organisation zunächst auf die Bezugs- und Verwertungsgenossenschaften sowie die Molkereigenossenschaften beschränken. Die letzteren waren in einzelnen Gebieten stark entwickelt, aber bisher noch nicht zu größeren Verbänden zusammengeschlossen. Die Spar- und Darlehnskassen sowie die sonstigen Kreditgenossenschaften beschloß man einstweilen außer Betracht zu lassen, und zwar teils aus persönlicher Rücksichtnahme auf Raiffeisen, teils, weil man auf diesem Gebiete ein dringendes Bedürfnis für einen allgemeinen Zusammenschluß nicht als vorhanden ansah.

Am 6. Juli 1883 wurde dann in einer von 51 Vertretern be-

suchten Versammlung in Hamburg die geplante Zentralorganisation für Deutschland unter dem Namen „Vereinigung Deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften“ ins Leben gerufen. Sie hatte ihren Sitz in Darmstadt. Zum Präsidenten wählte man Haas. In den Satzungen wurden als Aufgaben bezeichnet: die Vertretung der gemeinsamen Interessen und die Ausbreitung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens. Es wurde ausdrücklich hervorgehoben, daß die beitretenden Vereine und Verbände hinsichtlich ihrer inneren Angelegenheiten vollständige Selbständigkeit behalten sollten. Im Jahre 1888 wurde der Sitz der Vereinigung von Darmstadt nach Offenbach verlegt, weil Haas dorthin versetzt war.

Mit dem am 11. Februar 1888 erfolgten Tode von Raiffeisen war die Rücksicht, daß man ihn durch eine Konkurrenz auf dem Gebiete des Kreditwesens nicht verletzen wollte, in Wegfall gekommen, und so wurde auf dem Vereinstage in Berlin am 5./6. Februar 1888 beschlossen, die Wirksamkeit der Vereinigung auf die Angelegenheiten der ländlichen und landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften auszudehnen.

Auf dem Vereinstage in Darmstadt am 20./21. August 1890 wurde der Name der Vereinigung in „Allgemeiner Verband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften“ geändert. Der Vorsitzende erhielt die Amtsbezeichnung „Anwalt“, um die Gleichstellung mit der Schulzeschen und Raiffeisenschen Organisation auch äußerlich zu bezeichnen.

Um für den Warenbezug die Vorteile des Großeinkaufs zu erlangen, wurde 1897 die „Großhandelsgesellschaft der deutschen landwirtschaftlichen Ein- und Verkaufsgenossenschaften“ und die „Bezugsvereinigung der deutschen Landwirte“ geschaffen, von denen die erstere ihre Tätigkeit auf Einfuhrwaren richtete, während die der letzteren sich auf Thomasmehl bezog.

Auf dem Vereinstage in Dresden 1897 wurde beschlossen, den Beitritt auch solchen Gesellschaften mit beschränkter Haftung zu gestatten, welche im genossenschaftlichen Geiste geleitet würden.

Bisher hatten dem Verbande außer Zentralverbänden auch einzeln stehende Genossenschaften angehört. Dies wurde 1900 auf dem Genossenschaftstage in Halle beseitigt, indem man

beschloß, daß die Mitgliedschaft sich auf Verbände zu beschränken habe. In demselben Jahre wurde, da Haas nach seiner Pensionierung wieder nach Darmstadt übersiedelte, auch der Sitz des Verbandes dorthin zurückverlegt.

Die Großhandelsgesellschaft, die bis dahin nur den Warenbezug besorgte, wurde 1902 unter Ausdehnung auf den Geldverkehr in die „Landwirtschaftliche Reichsgenossenschaftsbank“ in Darmstadt umgewandelt.

Endlich wurde, um Verwechslungen mit dem Schulzeschen Allgemeinen Verbands zu vermeiden, auf dem Genossenschaftstage in Bonn 1903 beschlossen, den Namen „Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften“ anzunehmen.

Da der Reichsverband und der Raiffeisensche Generalverband im wesentlichen dieselben Zwecke verfolgten, so lag der Gedanke nahe, beide Organisationen zu verschmelzen. Das schien um so mehr geboten, als dadurch die Möglichkeit gegeben war, die immer heftiger werdenden Angriffe der Handelskreise gegen das Genossenschaftswesen erfolgreicher abzuwehren und gegenüber den Syndikaten der Produzenten landwirtschaftlicher Bedarfsgegenstände eine festere Stellung zu erhalten. Erleichtert wurde die Erreichung dieses Ziels dadurch, daß im Laufe der Zeit die früheren Gegensätze in mehrfacher Beziehung eine Abschwächung erfahren hatten. Die Neuorganisation von 1899 hatte der Forderung der Dezentralisation insofern ein Zugeständnis gemacht, als den Unterverbänden des Generalverbandes eine größere Selbständigkeit gegeben war. Ebenso hatte man der Bildung von Geschäftsanteilen mehr Aufmerksamkeit zugewandt. Auf der anderen Seite hatte der Reichsverband durch die Gründung der Reichsgenossenschaftsbank zum Ausdruck gebracht, daß er die Zentralisation auf geschäftlichem Gebiete als berechtigt anerkannte; seine Einzelvereine waren sogar zum Teil dazu übergegangen, nach dem Vorbilde von Neuwied den Warenbezug auf die Darlehnskassen zu übernehmen.

Nachdem Anregungen zur Verständigung, die schon 1901 auftauchten, zunächst gescheitert waren, wurde der Plan 1904 wieder aufgenommen, und dieses Mal gelang es, das Ziel zu erreichen. Durch eine Einigung, die am 26. Januar 1905 von dem Reichsverbande und am 9. Februar 1905 von dem General-

verbande endgültig gebilligt wurde, trat eine Verschmelzung ein, die freilich beide Verbände als solche bestehen ließ, aber doch nach außen eine Einheit schuf. Die wichtigsten Punkte der Vereinbarung waren folgende:

1. Die Unterverbände des Generalverbandes wurden selbständige Provinzial- und Landesverbände mit eigenen Satzungen und den Rechten der Revision.

2. Sie wurden unbeschadet ihrer Zugehörigkeit zum Generalverbande dem Reichsverbande angeschlossen, der damit die Vertretung der allgemeinen Interessen des gesamten deutschen ländlichen Genossenschaftswesens nach außen übernahm.

3. Die Direktoren des Generalverbandes wurden Mitglieder des Gesamtausschusses des Reichsverbandes.

4. Dasselbe galt von der Zentraldarlehnskasse.

5. Von den Mitgliedern des Verwaltungsrates des Reichsverbandes waren drei aus den Vertretern des Generalverbandes zu wählen; einer von ihnen wurde Stellvertreter des Anwalts.

6. Für die beiderseitigen Provinzialverbände wurde ein völliger Zusammenschluß ins Auge gefaßt. Solange er nicht erzielt war, sollte wenigstens eine nähere Verbindung unter Ausgleichung der Beiträge und Geschäftsbedingungen stattfinden. Der zeitweilige Besitzstand wurde gegenseitig gewährleistet. Zur Neugründung von Genossenschaften wurde vorherige Verständigung erfordert.

7. Auch der Generalverband als solcher erklärte seinen Anschluß an den Reichsverband.

So war ein wichtiger Schritt geschehen, um das deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftswesen zu kraftvoller einheitlicher Entfaltung zu bringen. War freilich eine völlige Verschmelzung noch nicht erreicht, so war es immerhin gelungen, für 18000 Genossenschaften mit 1500000 Mitgliedern eine geschlossene Vertretung nach außen zu schaffen.

Die wichtigste Aufgabe für die folgenden Jahre war die Ausbildung des Revisionsverfahrens und die Wohlfahrtspflege. Für die letztere wurde eine besondere Kommission eingesetzt. Hauptsächlich war man darauf bedacht, Einrichtungen zugunsten der genossenschaftlichen Angestellten zu schaffen. Daneben beschäftigte man sich auch mit allgemeinen Fragen, wie der Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes sowie der Lieferung

hygienisch einwandfreier Milch. Außerdem wurde der gemeinsame Einkauf von Getreide, Vieh und Maschinen, Kalisalzen und dergleichen gefördert. Es wurde eine Genossenschaftsschule eingerichtet und auf die Ausgestaltung des Presse- und Bibliothekswesens große Sorgfalt verwandt. Endlich war man bemüht, mit den entsprechenden Organisationen des Auslandes in nähere Beziehungen zu treten, die dann dahin führten, daß der Internationale Bund der landwirtschaftlichen Genossenschaften gegründet wurde, der am 1. Januar 1907 ins Leben trat ¹⁾).

Eine nicht unerhebliche Störung dieser befriedigenden Entwicklung wurde herbeigeführt durch einen Streit mit der später zu behandelnden „Preußenkasse“. Diese sah in der erwähnten Gründung der Reichsgenossenschaftsbank einen Eingriff in ihre Rechte und verlangte, daß die letztere sich auf die außerpreußischen Gebiete beschränken solle. Da das dem von ihr verfolgten Zwecke widersprach und deshalb von dem Reichsverbande abgelehnt wurde, kam es zu einem offenen Kampfe. Die Preußenkasse richtete am 31. Mai 1904 an die in Preußen belegenen Zentralkassen des Reichsverbandes die Aufforderung, sich darüber zu erklären, ob sie auf den Geschäftsverkehr mit diesem verzichten wollten, indem sie ihnen für den Fall der Weigerung den Abbruch aller Beziehungen androhte. Die befragten Zentralkassen glaubten die Hilfe der Kasse nicht entbehren zu können und sahen sich deshalb gezwungen, nachzugeben. Unter diesen Umständen blieb dem Reichsverbande nichts übrig, als sich schließlich der gestellten Forderung zu fügen und 1907 die Reichsgenossenschaftsbank in eine auf die nichtpreußischen Gebiete beschränkte Aktiengesellschaft umzuwandeln. Wegen größerer Verluste, die sie erlitt, mußte 1912 ihre Liquidation beschlossen werden.

Auch das 1905 geschaffene enge Verhältnis zu dem Raiffeisenschen Generalverbande führte zu Reibungen und wurde, wie bereits an anderer Stelle mitgeteilt, am 30. Juni 1913 wieder aufgelöst. Auf Seiten des Reichsverbandes wurde man zu diesem Schritte durch die Auffassung bestimmt, daß der Einigungsvertrag von vornherein im wesentlichen nur auf dem Papier ge-

¹⁾ Er wird in einem besonderen Abschnitte behandelt werden.

standen habe und dessen Durchführung nicht zu erreichen gewesen sei. Übrigens ist nach der Auflösung das Verhältnis der beiden Verbände nicht unfreundlich geworden, sondern man wünscht auf beiden Seiten, schiedlich-friedlich nebeneinander herzugehen, und ist bemüht, in wichtigen Angelegenheiten eine gegenseitige Fühlungnahme und Verständigung herbeizuführen.

Der Krieg hatte für den Reichsverband ganz ähnliche Wirkungen, wie sie oben hinsichtlich des Generalverbandes geschildert sind. Die Einberufung des größten Teiles der Angestellten machte es schwierig, die Tätigkeit in geordneter Weise fortzuführen. Insbesondere gilt das für die jährliche Revision. Außerdem wurde durch die immer stärker einsetzende Zwangsbewirtschaftung die früher den Genossenschaften zugefallene Arbeit weitgehend ausgeschaltet. Auf der anderen Seite dagegen machte die durch den Krieg geschaffene Notlage eine Ausdehnung der Wohlfahrtspflege in großem Umfange erforderlich. Es wurden deshalb allerlei Sonderausschüsse eingesetzt, z. B. für das genossenschaftliche Geld- und Kreditwesen, für die Molkereien, für den gemeinsamen Wareneinkauf und -absatz, für die genossenschaftliche Viehverwertung und die Winzergenossenschaften. Außerdem wurde eine besondere kaufmännische Abteilung geschaffen, die am 1. Oktober 1919 ins Leben trat. An dem oben erwähnten Reichsausschusse der deutschen Landwirtschaft, dem allmählich eine immer größere Zahl von landwirtschaftlichen Organisationen beitrug, beteiligte sich auch der Reichsverband. Um den Genossenschaften bei der Lösung ihrer Aufgaben behilflich zu sein, wurde für sie eine Beratungsstelle eingerichtet. Ebenso übernahm der Verband die Verteilung von Schuhwerk und Textilwaren an die landwirtschaftliche Bevölkerung. Die einzelnen Genossenschaften wurden zu Kreis- und Bezirksverbänden zusammengefaßt. Daneben war man bemüht, unmittelbare Geschäftsbeziehungen zwischen den Vereinigungen der Erzeuger und Verbraucher auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung herzustellen. Eingehend beschäftigte man sich mit dem aufgetauchten Plane eines staatlichen Getreidemonopols. Wiederholt wurden Eingaben an die Behörden gerichtet, um eine bessere Versorgung mit Kohlen herbeizuführen. Um die Stellung der Molkereien zu ihrem Personal zu regeln, wurden Grundsätze über den Abschluß von

Tarifverträgen aufgestellt. Den Genossenschaften empfahl man eine Änderung ihrer Zins- und Preispolitik im Sinne einer Steigerung der Sätze, sowie die Erhöhung der Geschäftsanteile und die Ansammlung eines eigenen Vermögens, während man den Bestrebungen entgegentrat, von der bisher üblichen unbeschränkten zur beschränkten Haftpflicht überzugehen. Große Sorge bereitete der Verwaltung der Rückgang des Kurses der Kriegsanleihen, die in großem Umfange von den Genossenschaften gezeichnet waren. Man riet ihnen dringend, erhebliche Abschreibungen vorzunehmen, um einer plötzlichen völligen Entwertung vorzubeugen. Schwierigkeiten erwuchsen auch aus der Konkurrenz der öffentlichen Sparkassen, die sich zu einem Gesamtverbande zusammengeschlossen haben, insbesondere aus deren Bestrebungen, Kreis- und Bezirksbanken ins Leben zu rufen. Der am 25./26. September 1919 in Bamberg abgehaltene Genossenschaftstag beschäftigte sich eingehend mit dieser Angelegenheit und forderte, daß die Genossenschaften ihren Geldverkehr ausschließlich auf die genossenschaftlichen Zentralkassen beschränken sollten. Ebenso bekämpfte man energisch die Versuche gewisser Kreise, die landwirtschaftlichen Genossenschaften in den Dienst einer politischen Richtung zu stellen und deren bisher gewährte Neutralität anzutasten. Nachdrücklich tadelte man die Preistreiberei und die Genußsucht, durch die sie gefördert werde. Es heißt darüber in dem Berichte für 1919/20: „Wer früher froh war, wenige Mark zur Deckung seiner persönlichen Bedürfnisse in seinem Besitze zu wissen, zeigt heute eine in mancher Beziehung als krankhaft zu bezeichnende Kauflust. Das Geld hat keinen Wert mehr und muß deshalb verschleudert werden.“

Die Organe des Reichsverbandes sind der Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag, der Gesamtausschuß, der Verwaltungsrat, die Sonderausschüsse, der Anwalt. Mitglieder des Gesamtausschusses sind die Verbandsdirektoren, der Anwalt und die Vertreter der Sonderausschüsse. Den Verwaltungsrat bilden neben dem Vorsitzenden des Gesamtausschusses, seinen beiden Stellvertretern und dem Anwalt drei vom Gesamtausschusse gewählte Verbandsdirektoren; die drei letztgenannten haben je einen Stellvertreter zur Seite. Der Vorstand ist Anwalt Regierungsrat Gennes-Berlin. Sonderausschüsse bestehen seit den Jahren 1901 und 1902 für genossenschaftliches Geld- und

Kreditwesen, für genossenschaftlichen Waren-Ein- und -Verkauf, für das genossenschaftliche Molkereiwesen, für das Winzergenossenschaftswesen, für genossenschaftliche Viehverwertung und für genossenschaftlichen Maschinenbezug. Neuerdings ist auch ein Sonderausschuß für genossenschaftliche Elektrizitätsversorgung eingesetzt. Der Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftstag ist Mitgliederversammlung im Sinne des § 32 des BGB.

Der Reichsverband unterhält die Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftsschule (gegründet 1904). Der Reichsverband hat eine besondere Kaufmännische Abteilung, eine Abteilung für Molkereiwesen, eine Abteilung für genossenschaftliche Viehverwertung und eine Technische Beratungsstelle. In engster Verbindung mit dem Reichsverband stehen die Versicherungskasse der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftsbeamten und die Beamtenwohlfahrtskasse des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Den gemeinschaftlichen Maschinenbezug vermittelt für die landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaften des Reichsverbandes die Maschinen-Einkaufszentrale landwirtschaftlicher Genossenschaften G. m. b. H. Ferner ist zu erwähnen die Revisions- und Treuhandgesellschaft des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften m. b. H., der eine besondere Steuerabteilung angegliedert ist.

Veröffentlichungen des Reichsverbandes sind:

1. Jahrbuch des Reichsverbandes,
2. Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftspresse,
3. Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftskorrespondenz,
4. Deutsche landwirtschaftliche Genossenschaftsbibliothek (bisher erschienen 25 Bände und 2 Sonderbände).

Der Reichsverband umfaßte am 1. Januar 1922 in 27 Landes- und Provinzialverbänden 22552 landwirtschaftliche Genossenschaften, und zwar: 68 Zentralgenossenschaften, 12148 Spar- und Darlehnskassen, 3129 Bezugs- und Absatzgenossenschaften, 2210 Molkereigenossenschaften, 4992 sonstige Genossenschaften und 5 Zentralgeschäftsanstalten.

Im Geldverkehr betrug der Gesamtumsatz im Jahre 1920 bei 25 Zentralkassen 140 Milliarden; der Kassenumsatz^{an} bei

rund 10853 Spar- und Darlehnskassen, die zur Statistik berichtet haben, betrug im Jahre 1919 22 Milliarden Mark.

Im genossenschaftlichen Warenverkehr betrug der Wert des Umsatzes im Jahre 1920 bei 24 landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaften 2,8 Milliarden Mark, während sich der Wert des Warenumsatzes bei 2490 Bezugs- und Absatzgenossenschaften auf 458 Millionen Mark stellte.

Bei 1848 Molkereigenossenschaften betrug die durchschnittlich eingelieferte Milchmenge für die Genossenschaft 670846 kg gegen 1156497 kg im Jahre 1914.

Jahr	Provinzial-Verbände	Kreditgenossenschaften		Bezugsgenossenschaften		Sonstige Genossenschaften		Insgesamt	
		Ge-nossen-schaften	Mit-glieder	Ge-nossen-schaften	Mit-glieder	Ge-nossen-schaften	Mit-glieder	Ge-nossen-schaften	Mit-glieder
1903	27	6 464	543 759	1 507	155 604	1 486	187 503	8 457	836 866
1904	27	10 786	934 473	1 674	178 232	1 909	232 900	14 369	1 365 605
1905	40	10 999	959 717	1 815	184 181	2 127	188 034	15 941	1 331 932
1906	41	11 373	1 015 108	1 925	204 353	2 345	211 397	15 943	1 430 858
1907	40	11 669	1 059 348	1 983	216 674	2 552	235 687	16 204	1 511 709
1908	41	12 161	1 111 174	1 970	220 728	2 848	262 338	16 979	1 594 240
1909	41	12 614	1 163 186	2 081	230 737	3 255	305 335	18 950	1 699 258
1910	41	12 797	1 208 907	2 120	241 022	2 547	340 769	17 464	1 790 698
1911	41	13 131	1 254 302	2 150	244 738	3 869	358 493	19 150	1 857 533
1912	28	9 206	835 433	2 137	243 591	3 458	309 995	14 801	1 389 019
1913	24	9 326	847 203	2 168	252 524	1 991	138 241	15 256	1 237 968
1914	25	11 165	1 090 910	2 194	257 535	1 837	120 716	17 837	1 469 161
1915	26	11 555	1 109 756	2 219	269 936	2 067	153 014	17 988	1 532 706
1916	26	11 339	1 098 750	2 225	282 335	1 892	Aus Papiermangel gliederzahl nicht im Jahrbuch	17 406	—
1917	23	11 320	1 104 032	2 213	248 710	2 099	155 675	17 558	1 508 417
1918	21	11 164	1 099 842	2 367	278 800	2 194	156 793	17 755	1 598 435
1920	23	10 853	1 088 080	2 490	302 494	2 236	233 458	17 427	1 624 032

Jahr	Kredit- genossen- schaften	Mit- glieder	Geschäfts- anteile		Spareinlagen		Umsatz		Waren- bezug		Rein- gewinn	
			Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1903	6 464	543 759	13 619 987	450 042 874	1 537 219 436	—	1 537 219 436	33 557 957	—	5 426 079		
1904	10 786	954 473	18 410 777	812 420 877	2 490 515 505	—	2 490 515 505	47 081 690	—	5 166 545		
1905	10 999	959 717	16 299 296	988 357 614	2 798 081 738	—	2 798 081 738	52 927 396	—	5 120 132		
1906	11 373	1 015 108	17 629 676	1 107 314 335	3 174 068 835	—	3 174 068 835	60 592 356	—	5 810 815		
1907	11 669	1 059 348	19 248 976	1 199 776 100	3 580 582 059	—	3 580 582 059	78 735 414	—	5 616 239		
1908	12 161	1 111 174	20 977 613	1 338 217 583	3 925 441 532	—	3 925 441 532	83 399 731	—	7 016 117		
1909	12 614	1 163 186	22 358 433	1 455 618 456	4 456 161 532	—	4 456 161 532	85 451 564	—	7 073 834		
1910	12 797	1 208 997	24 047 345	1 659 073 346	4 940 003 919	—	4 940 003 919	107 008 744	—	7 781 410		
1911	13 131	1 254 302	25 611 781	1 793 113 981	5 490 141 657	—	5 490 141 657	58 760 163	—	4 009 249		
1912	9 206	835 433	23 211 425	1 503 149 257	4 648 427 350	—	4 648 427 350	57 797 451	—	6 268 345		
1913	9 326	847 203	27 072 567	1 371 642 145	5 092 879 514	—	5 092 879 514	51 597 489	—	11 254 864		
1914	11 165	1 090 910	35 191 504	1 659 708 802	5 391 454 631	—	5 391 454 631	59 985 169	—	10 449 293		
1915	11 555	1 109 756	37 287 966	1 900 526 921	6 866 310 176	—	6 866 310 176	53 173 571	—	12 445 180		
1916	11 339	1 098 750	38 824 832	2 127 335 745	8 839 226 139	—	8 839 226 139	50 648 247	—	16 329 567		
1917	11 320	1 104 032	41 243 338	2 670 379 893	12 622 973 662	—	12 622 973 662	67 246 016	—	9 812 701		
1918	11 164	1 099 842	41 296 108	3 584 161 611	15 964 747 446	—	15 964 747 446	93 804 587	—	9 278 124		
1919	10 853	1 088 080	690 186 604	4 092 801 379	22 027 035 264	—	22 027 035 264					

Die geschichtliche Entwicklung ergibt sich aus den vorstehenden Tabellen.

E. Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Wie bereits oben bemerkt, ist die Entwicklung des Genossenschaftswesens in Deutschland anders verlaufen als in den meisten übrigen Ländern, und zwar insofern, als bei diesen die Konsumvereine den Ausgangspunkt der Bewegung bildeten und deren Träger die Arbeiter waren, während bei uns die Fürsorge sich

zunächst den Schichten des Mittelstandes zuwandte, bei denen das Produzenteninteresse im Vordergrund stand. Die Erklärung hierfür wird im wesentlichen in zwei Umständen zu finden sein.

In erster Linie war es von Bedeutung, daß die Sozialdemokratie, die in Deutschland schon früh einen starken Einfluß auf die Arbeiterbewegung erlangte, dem Genossenschaftswesen anfangs entweder geradezu ablehnend oder mindestens sehr kühl gegenüberstand. Wie früher erwähnt, vertrat insbesondere Lassalle die Auffassung, daß den Arbeitern nicht in ihrer Eigenschaft als Konsumenten, sondern nur in derjenigen als Produzenten geholfen werden könne. Er forderte deshalb die Schaffung von Produktivgenossenschaften mit staatlichen Mitteln. Den Konsumvereinen bestritt er jede Bedeutung aus dem Grunde, weil nach dem ehernen Lohngesetze der Lohn sich über die durch dieses bestimmte niedrigste Stufe nicht erheben könne, so daß Ersparnisse durch billigen Bezug der Lebensbedürfnisse die Folge hätten, den Lohn herabzudrücken und deshalb nur den Unternehmern zustatten kämen.

Aber auch sein Gegner, Schulze-Delitzsch, stand insofern mit ihm auf gleichem Boden, als auch er das Ziel verfolgte, der unbemittelten Bevölkerung nicht durch Verbilligung der Konsumtion, sondern dadurch Hilfe zu bringen, daß er dem Kleinbetriebe auf genossenschaftlichem Wege die Vorteile der Großindustrie verschaffen und ihn dadurch konkurrenzfähig machen wollte. Naturgemäß handelte es sich dabei ganz überwiegend um die selbständigen Gewerbetreibenden. Soweit er zugleich die Lage der Arbeiter verbessern wollte, sah er auch für sie das Ziel lediglich in der Produktivgenossenschaft. Deshalb stand er anfangs den Konsumvereinen völlig ablehnend gegenüber, und nur dem Einflusse Hubers ist es zuzuschreiben, daß er ihnen überhaupt in seinem System einen Platz einräumte. Immerhin wollte er sie nur da zulassen, wo das Bedürfnis stark hervortrete. Ihre wirtschaftliche Bedeutung sah er ausschließlich darin, daß die von ihnen erzielten Gewinne den Arbeitern als Kapital bei der Schaffung von Produktivgenossenschaften dienen könnten. Daneben hielt er sie für wertvoll als Erziehungsmittel, sowie aus dem Grunde, weil sie die Angehörigen verschiedener Bevölkerungsklassen zu gemein-

samer Tätigkeit vereinigten und dadurch einen sozialversöhnenden Einfluß ausübten.

War es unter diesen Umständen begreiflich, daß die Arbeiter im allgemeinen sich von der Genossenschaftsbewegung fernhielten, so war aber auch hinsichtlich der bürgerlichen Kreise die Abneigung Schulzes gegen die Konsumvereine ein wesentliches Hindernis für deren Ausbreitung. Endlich wurde diese dadurch erschwert, daß in dem Genossenschaftsgesetze von 1868 ausschließlich die unbeschränkte Solidarhaft zugelassen war, die für die Konsumvereine nicht allein unnötig war, da diese keinen Kredit in größerem Umfange in Anspruch nehmen, sondern sogar deren Interesse insofern schädigte, als durch sie die wohlhabenden Schichten von dem Beitritte zurückgehalten werden. Wenn trotzdem in dem Allgemeinen Verbands neben den Kreditgenossenschaften die weitaus im Vordergrund standen, die Konsumvereine bald die zweite Stelle einnahmen, so zeigt das, in wie hohem Maße sie einem praktischen Bedürfnisse entsprachen.

Da nach dem Gesagten die Konsumvereine sich als Aschenbrödel fühlen mußten, so lag es nahe, daß sie eine eigene Organisation, also entweder die Gründung eines besonderen Verbandes oder wenigstens die Abhaltung eigener Verbandstage ins Auge faßten. In der Tat wurden 1862 in Württemberg und 1863 in Sachsen Versuche in dieser Richtung unternommen. Sie stießen jedoch bei Schulze auf energischen Widerstand und wurden nicht wiederholt. Ebenso wurde ein 1869 von den Konsumvereinen gegründete Großeinkaufsgenossenschaft in Mannheim schon 1875 wieder aufgelöst.

Mit der Außerkraftsetzung des Sozialistengesetzes am 1. Oktober 1890 begann für die deutsche Arbeiterbewegung eine neue Periode der Entwicklung. Für das Genossenschaftswesen handelte es sich dabei um ein Doppeltes: Zunächst war unter der Herrschaft des Gesetzes unterschiedslos und verständnislos alles verboten, was in der Richtung einer Organisation der Arbeiterklasse lag. Allerdings ließ die Regierung die wenigen vorhandenen Konsumvereine im allgemeinen fortbestehen, ohne sich um sie zu bekümmern; aber wenn die Bewegung einen größeren Umfang angenommen hätte, so wäre zu befürchten gewesen, daß sie gewaltsam unterdrückt sein würde. Dieses Hindernis war jetzt

beseitigt. Aber noch wichtiger war es, daß mit Aufhebung des Gesetzes für eine innere Umwandlung der Sozialdemokratie der Boden bereitet war. Bis dahin hatte diese ein gewisses Recht, zu behaupten, daß die Verwirklichung ihrer Ziele durchaus möglich sei und nur durch den brutalen Eingriff der Gewalt verhindert werde. Das ließ sich nicht mehr aufrechterhalten, seitdem in dem Kampfe zwischen den Anhängern der bestehenden und denjenigen der sozialistischen Wirtschaftsordnung im wesentlichen gleiche Bedingungen geschaffen waren.

Die Wirkung dieser Veränderung auf die beteiligten Kreise konnte nicht ausbleiben und trat bald deutlich hervor. Hatte man bis dahin streng daran festgehalten, daß nur durch Errichtung des sozialistischen Staates auf der Grundlage des Kollektivismus eine Hebung der Lage der arbeitenden Klassen erreicht werden könne, und daß die Entwicklung diesem Ziele mit raschen Schritten zueile, so machten sich jetzt in steigendem Maße Auffassungen geltend, die darauf hinausliefen, daß die gegenwärtige Wirtschaftsordnung eine wesentlich längere Dauer haben werde, als man bis dahin geglaubt hatte. Dadurch aber wurde der Gedanke nahegelegt, auch unter ihrer Herrschaft Verbesserungen herbeizuführen, indem man das sozialistische Ideal bis zu einem gewissen Grade in den Hintergrund treten ließ. Als Mittel dazu schien sich auch das Genossenschaftswesen anzubieten.

Allerdings faßte man dessen Aufgabe wesentlich tiefer, als Schulze es getan hatte. Man betrachtete als die zu lösende Aufgabe nicht eine bloße Ersparung von Ausgaben und sonstige untergeordnete materielle Vorteile, sondern man glaubte, mit Hilfe der Genossenschaften eine fundamentale Umgestaltung des Wirtschaftslebens herbeiführen zu können, die, ohne das sozialistische Ideal unmittelbar zu verwirklichen, doch dessen Zielen mehr oder weniger nahe kam. Insbesondere wollte man den Ertrag der Arbeit für den Arbeiter dadurch steigern, daß man den Handel, der sich, ohne wirtschaftlichen Nutzen zu stiften, zwischen Produktion und Konsumtion eingedrängt habe, wieder ausschalte und unter diesen beiden unmittelbaren Beziehungen herstelle. Den Weg hierzu boten die Konsumvereine. Aber selbst den Unternehmergewinn hoffte man beseitigen zu können, indem die Vereine dazu übergingen, die für ihre Mitglieder erforderlichen Waren in eigenen Fabriken anzufertigen.

So entwickelte sich ein System, das man als Genossenschaftssozialismus zu bezeichnen pflegt und das, obgleich es von den überzeugten Marxisten heftig bekämpft wurde, doch in den Arbeiterkreisen eine von Jahr zu Jahr steigende Anhängerschaft gewann.

Ist das aus den angegebenen Gründen völlig begreiflich, so kann es auf der anderen Seite nicht überraschen, daß dieser sozialistische Einschlag die neue Bewegung solchen Kreisen verdächtig machte, die der Ansicht huldigten, daß zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Wirtschaftsordnung eine unüberbrückbare Kluft bestehe, und daß jedes Entgegenkommen gegen einen dem Sozialismus Rechnung tragenden Gedanken die Gefahr mit sich bringe, schließlich in dem Zukunftsstaate zu landen. Verstärkt wurde dieser Verdacht und die auf ihm beruhende Abneigung durch den weiteren Umstand, daß die Personen, die in erster Linie das neue System verteidigten, politisch der sozialdemokratischen Partei angehörten, ja in ihr vielfach eine führende Stellung inne hatten. Damit bot sich zugleich ein brauchbares Mittel, um die unbeteiligten Kreise und die Regierungen gegen solche Bestrebungen einzunehmen, indem man darauf hinwies, daß sie eine schwere Gefahr für die bestehende Ordnung oder wohl gar für den Staat selbst bedeuteten ¹⁾.

Begann aus den angegebenen Gründen sogar in den ausgesprochen sozialistischen Kreisen eine gewisse Sympathie für die Konsumvereine sich geltend zu machen, so galt das in noch höherem Maße für die Gewerkschaften. Die großindustrielle Entwicklung beschränkte in zunehmendem Umfange das Tätigkeitsgebiet des gewerblichen Mittelstandes. Ein großer Teil der hierdurch ausgeschalteten Personen suchte seine Zuflucht im Kleinhandel, und so vermehrten sich dessen Angehörige in einem Maße, wie es dem Wachstum der Bevölkerung nicht entfernt entsprach. Da sie keine ausreichende Beschäftigung fanden, so konnten sie ihren Lebensunterhalt nur gewinnen durch einen sachlich ungerechtfertigten Aufschlag auf die Preise, und so mußten die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bald die Beobachtung machen, daß die von ihnen erkämpften Lohn-

¹⁾ Das Verhältnis zwischen Genossenschaften und Sozialismus wird an anderer Stelle ausführlich behandelt werden,

steigerungen überwiegend in die Taschen der Händler flossen. Das beste Mittel, sich hiergegen zu schützen, bot die Bildung von Konsumvereinen ¹⁾.

Der Umschwung in der Stellung der Arbeiterschaft zu der Genossenschaftsbewegung trat zuerst zutage im Königreich Sachsen, wo diese eine steigende Verbreitung fand und bereits 1893 der Verband sächsischer Konsumvereine „Vorwärts“ gegründet wurde. Dieser rief 1894 die für das ganze Gebiet der Elbe bestimmte Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit dem Sitze in Hamburg ins Leben, die bald begann, die Führung der Bewegung in die Hand zu nehmen. Daß man als Sitz der Gesellschaft Hamburg wählte, war lediglich durch die Bedeutung dieser Stadt veranlaßt, denn die Konsumvereinsbewegung hatte bis dahin dort wenig Sympathie gefunden. Allerdings beschloß 1898 das Hamburger Gewerkschaftskartell, die von den dortigen Konsumvereinen beabsichtigte Gründung des Konsum-, Bau- und Sparvereins „Produktion“, der eine Zentralstelle des Konsumvereinswesens sein sollte, mit allen Kräften zu unterstützen, aber dieser Beschluß hatte lebhaft Auseinandersetzungen in den gewerkschaftlichen Kreisen zur Folge und fand teilweise starken Widerspruch.

An sich war kein Grund vorhanden, der die Kreditgenossenschaften hätte veranlassen müssen, zu der Konsumvereinsbewegung in Gegensatz zu treten. Daß es trotzdem geschah, hatte überwiegend seinen Grund darin, daß, wie schon früher bemerkt, die Personenkreise, auf welche die beiden Zweige des Genossenschaftswesens sich stützten, völlig verschieden waren. An den Kreditgenossenschaften waren im wesentlichen die selbständigen Kleingewerbetreibenden, insbesondere also die Handwerker, beteiligt, während die neue Richtung der Konsumvereine von den Arbeitern getragen wurde. Stand bei den ersteren ihre Stellung als Produzenten im Vordergrund, so waren die letzteren ausgesprochene Vertreter des reinen Konsumenteninteresses. Dazu gab es einen Punkt, in dem man unmittelbar aufeinanderstieß: diesen bildeten die Spargelder. Hatten bisher die Kreditgenossenschaften Geld-

¹⁾ Auch das Verhältnis zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften wird an anderer Stelle zur Erörterung gelangen.

einlagen nicht nur von ihren Mitgliedern, sondern in erheblich größerem Umfange auch von dritten Personen einschließlich der Arbeiter entgegengenommen und dem Kleingewerbe zur Verfügung gestellt, so pflegten jetzt die Konsumvereine ebenfalls Sparkassen einzurichten und waren bemüht, die von den Arbeitern eingezahlten Summen diesen selbst nutzbar zu machen.

Es konnte nicht ausbleiben, daß dieser Gegensatz auch in dem Allgemeinen Verbands sich geltend machte, da er Kreditgenossenschaften und Konsumvereine gemeinsam umfaßte. Aber in ihm hatten die ersteren durchaus das Übergewicht. Wenn trotzdem die Führer der neuen Bewegung beabsichtigten, die von ihnen gegründeten Konsumvereine dem Verbands anzuschließen, so taten sie das in der Hoffnung, dadurch auch deren Interessen innerhalb des Verbandes ausreichende Beachtung zu verschaffen. Allerdings hatte der bereits erwähnte sächsische Verband „Vorwärts“, der früher dem Allgemeinen Verbands angehörte, später seinen Austritt erklärt, da er seine Interessen in ihm nicht gewahrt fand. Aber in den folgenden Jahren hatte sich das Verhältnis gebessert, und insbesondere der Anwalt Dr. Crüger war bestrebt gewesen, beide Gruppen im Verbands festzuhalten. Deshalb hatte er schon 1893 auf dem Genossenschaftstage in Stettin den dort gestellten Antrag, die Konsumvereine aus dem Verbands auszuschließen, bekämpft und dessen Ablehnung durchgesetzt. Dementsprechend war 1899 der Wiederbeitritt des Verbandes „Vorwärts“ auf beiden Seiten ins Auge gefaßt. Auch 1900 bei dem Kampfe gegen die in mehreren Bundesstaaten geplante Umsatzsteuer war man gemeinsam vorgegangen, und in demselben Jahre hatte die Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine sich dem Allgemeinen Verbands angeschlossen.

So schien ein Zusammenwirken beider Gruppen ermöglicht zu sein und die Aussicht geboten, daß der Allgemeine Verband zu einer Gesamtorganisation wenn nicht aller, so doch wenigstens der städtischen Genossenschaften hätte werden können. Aber Crüger scheint in dieser Zeit seinen Standpunkt geändert zu haben. Zweifellos war er ein Vertreter des schon von Schulze-Delitzsch verfolgten Planes, die Interessen aller genossenschaftlichen Organisationen auf dem Boden einer mittleren Linie zu vereinigen. Aber wie bei Schulze, so stand auch bei ihm die

Rücksicht auf die selbständigen Gewerbetreibenden im Vordergrund. Solange die Konsumvereine, deren Mitglieder überwiegend Arbeiter waren, sich in der Minderheit befanden und deshalb die Kreditgenossenschaften die Führung hatten, war ihm die Beteiligung beider Gruppen willkommen gewesen. Aber dieses Verhältnis hatte sich im Laufe der Jahre immer mehr verschoben. Waren die Kreditgenossenschaften von 514524 Mitgliedern im Jahre 1892 nur auf 526874 im Jahre 1902 gestiegen und die Zahl der Organisationen sogar von 1074 auf 904 zurückgegangen, so waren dagegen die Konsumvereine in derselben Zeit von 302 Organisationen mit 229126 Mitgliedern auf 638 Vereine mit 630785 Mitgliedern angewachsen. Nahm diese Entwicklung ihren Fortgang, so mußte das Übergewicht bald den Konsumvereinen zufallen.

Das widersprach dem von Crüger vertretenen Standpunkte. Schon bei einigen Gelegenheiten hatte er seine Abneigung gegen die nach seiner Auffassung dem Mittelstande nachteiligen und deshalb zu verwerfenden Pläne der Konsumvereine zum Ausdruck gebracht. Insbesondere hatte er gegen die Bildung von Bezirkskonsumvereinen und die Zentralisierung des Großeinkaufs Stellung genommen, indem er vielmehr die letztere Aufgabe den für einzelne Bezirke zu bildenden Einkaufsvereinigungen zuweisen wollte. Ebenso bekämpfte er den Übergang zur Eigenproduktion, die er mindestens zurzeit noch für verfehlt erklärte. Um das Gegengewicht gegen die Konsumvereine zu verstärken, hielt er die weitergehende Hinzuziehung der Kleinhändler für ein geeignetes Mittel, und auf dem Genossenschaftstage in Hannover 1900 wurden sie auf seinen Antrag hin aufgefordert, sowohl den Kreditgenossenschaften beizutreten wie Einkaufsgenossenschaften zu gründen, die zu Verbänden zusammengefaßt werden und sich dem Allgemeinen Verbands anschließen sollten.

Die Vertreter der Konsumvereine hatten diesen Antrag mit dem Hinweise darauf bekämpft, daß ihre Interessen denen der Kleinhändler durchaus entgegengesetzt seien, und daß deshalb nicht beide Gruppen in derselben Organisation vereinigt werden könnten; aber da sie die Minderheit bildeten, so war trotzdem der erwähnte Beschluß gefaßt.

Der weitere Verlauf des Streites, insbesondere die Hinein-

tragung des politischen Gesichtspunktes und die daraufhin von dem Engeren Ausschusse beschlossene Einführung des Reverses ist bereits an anderer Stelle geschildert. Um dem Eindringen der von ihm bekämpften Elemente in den Allgemeinen Verband vorzubeugen, wurde zunächst der von dem Verbands „Vorwärts“ beantragte Beitritt abgelehnt und ihm anheimgegeben, die ihm angehörigen Genossenschaften möchten unter Beibringung des Reverses als einzelne ihre Aufnahme nachsuchen. Als sie dann dies taten, ging Crüger noch einen Schritt weiter und verweigerte anderen Vereinen, deren Richtung er für feindlich hielt, ohne Angabe von Gründen die Aufnahme.

So wurde es erreicht, daß die Kreditgenossenschaften ihre frühere Mehrheit behielten und daß nicht allein in Baden-Baden 1901 die auf Ablehnung der Eigenproduktion gerichteten Leitsätze mit 42 gegen 25 Stimmen angenommen, sondern auch im folgenden Jahre in Kreuznach die Ausschließung von 96 Konsumvereinen sowie der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine mit 268 gegen 84 Stimmen beschlossen wurde. Das letztere Vorgehen erfolgte, obgleich ein solcher Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt und deshalb den beteiligten Genossenschaften die Möglichkeit genommen war, ihre Stellungnahme vorher eingehend zu beraten.

Es war als selbstverständlich anzusehen, daß die ausgeschlossenen Genossenschaften die Schaffung einer eigenen Organisation ins Auge faßten. Sie beschränkten sich jedoch dabei nicht auf ihren eigenen Kreis, sondern verfolgten das Ziel, alle deutschen Konsumvereine zu einem Gesamtverbande zusammenzufassen. Unmittelbar nach der Annahme des Ausschließungsbeschlusses am 4. September 1902 versammelten sich die Vertreter nicht nur der von ihm betroffenen Vereine, sondern auch derjenigen, die das Geschehene nicht billigten. Man beschloß, gegen das Vorgehen der Mehrheit Protest zu erheben, sowie eine neue Zentralorganisation ins Leben zu rufen. Ein Ausschuß wurde beauftragt, die weiteren Schritte zu unternehmen und insbesondere darauf hinzuwirken, daß möglichst alle Konsumvereine sich an dem neuen Verbands beteiligten.

Für den Erfolg dieser Bestrebungen war es von der größten Bedeutung, daß in der bereits erwähnten Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine eine Organisation

vorhanden war, die schon bisher in der neuen Bewegung eine führende Stellung eingenommen hatte und an die man sich jetzt anlehnen konnte. Insbesondere waren die von ihr herausgegebenen und früher nur vertraulich versandten Warenberichte und Preislisten seit dem 1. Juni 1900 zu einem Fachblatte, dem „Wochenberichte der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine“ ausgebaut, das sich rasch zu einem literarischen Mittelpunkt entwickelt hatte. In Verbindung mit dem Blatte war auch eine Druckerei sowie ein Zeitungs- und Buchverlag geschaffen.

Der in Kreuznach eingesetzte Ausschuß hatte hauptsächlich die Aufgabe, die Satzungen auszuarbeiten und mit der Großeinkaufsgesellschaft zu verhandeln, um den Übergang der erwähnten Unternehmungen auf die neue Organisation herbeizuführen. Nachdem beides gelungen war, wurden alle deutschen Konsumvereine durch eine an sie gerichtete Einladung zur Beschickung einer Versammlung aufgefordert, die am 17./18. Mai 1903 in Dresden stattfand. Hier wurde die Gründung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine einstimmig beschlossen, dem zunächst 7 Revisionsverbände des Allgemeinen Verbandes, sowie die Großeinkaufsgesellschaft beitraten.

Nach den ebenfalls einstimmig angenommenen Satzungen verfolgt der Zentralverband als Zweck:

1. die Sammlung und Organisation der deutschen Konsumvereine und Produktivgenossenschaften zur Pflege und Wahrnehmung ihrer gemeinsamen Interessen mit vereinten Mitteln und Kräften;
2. die Fortbildung der Verfassung und der Einrichtung der verbundenen Vereine, sowie die Pflege des Genossenschaftsrechts und die Förderung des Genossenschaftswesens im allgemeinen.
3. die Förderung des gemeinsamen Wareneinkaufs und Warenbezuges.

Die Gründung des Zentralverbandes fand unter den Konsumvereinen lebhafte Zustimmung, und die neue Organisation erhielt rasch die Führung der Bewegung. Seitens des Verbandes war man in erster Linie darauf bedacht, der Auffassung entgegenzutreten, als ob dieser einen sozialdemokratischen Charakter trage. Schon in der Gründungsversammlung wurde das von Heinrich Kaufmann, der die Stellung als Generalsekretär

erhielt und zu den leitenden Personen gehört, mit großem Nachdruck betont. Ebenso sind später mehrfach Beschlüsse gefaßt, welche die völlige politische und religiöse Neutralität als maßgebende Grundlage bezeichnen. Das politische Gebiet hat man allerdings insofern betreten, als auf einer am 3./4. Oktober 1911 in Frankfurt a. M. abgehaltenen Konferenz beschlossen wurde, daß zur Abwehr konsumvereinsfeindlicher Bestrebungen in jedem Wahlkreise, in dem Konsumvereine bestehen, von den Mitgliedern besondere Kommissionen einzusetzen sind, die allen aufgestellten Kandidaten gewisse Fragen über ihre Stellung zu dem Konsumvereinswesen vorzulegen und die Antworten zur Kenntnis der Mitglieder zu bringen haben. Wenn sie ungünstig ausfallen, soll die Kommission die Mitglieder auffordern, dem betreffenden Kandidaten ihre Stimme nicht zu geben. Aber man hat sich nicht allein darauf beschränkt, ausschließlich die Stellung zu dem Konsumvereinswesen zum Gegenstande der Befragung zu machen, sondern bezweckt auch eine Beeinflussung der Mitglieder lediglich nach der negativen Seite, indem man von der Wahl ausgesprochener Gegner abrät, ohne positiv bestimmte Kandidaten zu empfehlen. Jedenfalls ist damit in dem Streite der politischen Parteien keine Stellung genommen.

Dagegen steht man auf dem Standpunkte, daß die Konsumvereine nicht, wie es seitens des Allgemeinen Verbandes vertreten wird, nur die Aufgabe haben, eine Ergänzung der kleingewerblichen Betriebe zu schaffen in dem Sinne, daß die Vermittelung zwischen Produktion und Konsumtion normalerweise dem Handel zufalle, und daß deshalb Konsumvereine nur da eingzugreifen hätten, wo in dessen Organisation Mängel hervortreten, sondern man ist der Ansicht, daß eine möglichst weitgehende Ausschaltung des Zwischenhandels anzustreben sei, um die durch ihn bedingte Erhöhung der Preise zu vermeiden. Zu diesem Zwecke beziehen die Konsumvereine ihre Waren tunlichst aus erster Hand, also nicht allein vom Großhändler, sondern auch vom Fabrikanten. Da das nur bei umfangreichem Betriebe ausführbar ist, so ist man bestrebt, diesen dadurch zu erzielen, daß man sowohl die Einzelvereine über den Bereich eines Ortes hinaus zu Bezirksvereinen erweitert, wie auch die Genossenschaften größerer Gebiete zu Einkaufsvereinigungen zusammenfaßt, die zu diesem Zwecke regelmäßige Einkaufs-

tage veranstalten. Den zentralen Abschluß bildet die Großeinkaufsgesellschaft, mit der die meisten Vereine in Geschäftsverbindung stehen.

Auf dem Wege einer Vereinfachung des Warenaustausches, den man bereits durch die Ausschaltung des Handels betreten hat, geht man dann aber noch einen Schritt weiter, indem man bestrebt ist, durch die Eigenproduktion die Trennung zwischen Produktion und Konsumtion aufzuheben und so zu einer fundamentalen Umgestaltung des gesamten Wirtschaftslebens zu gelangen. Die Großeinkaufsgesellschaft hat bereits 21 Fabriken eingerichtet, in denen Seife, Teigwaren, Textilwaren, Zuckerwaren, Mostrich, Räucherfische und Fischmarinaden, Schokolade, Zigarren, Zigaretten, Kau- und Rauchtabak, Zündhölzer, Kisten, Bürsten und dergleichen hergestellt werden. Außerdem bestehen bei den meisten Einzelvereinen Einrichtungen dieser Art, insbesondere Bäckereien, Schlächtereien, Mühlen, Weinmostereien, Sauerkrautfabriken, Milchversorgungsanstalten, Mineralwasseranstalten usw.

Naturgemäß ist man mit diesen Bestrebungen in den schärfsten Gegensatz getreten nicht allein zu der Mittelstandsbewegung, sondern auch zu den Handelskreisen im allgemeinen und sogar zu der Großindustrie. Insbesondere haben vielfach die Händlervereinigungen mit den Kartellen und Syndikaten der Fabrikanten Verträge geschlossen, die den letzteren die Lieferung an Konsumvereine verbieten. Wiederholt sind die hieraus sich ergebenden Konflikte Gegenstand der Verhandlungen auf den Genossenschaftstagen gewesen. Dasselbe gilt von den seitens dieser Kreise geforderten staatlichen Maßregeln zur Beschränkung der Konsumvereine, insbesondere auf dem Gebiete der Besteuerung. Ebenso hat man entschieden Stellung genommen gegen die durch den Antrag Faßbender im Reichstage angeregte, auf staatliche Überwachung abzielende Revision des Genossenschaftsgesetzes.

Dem dargelegten grundsätzlichen Standpunkte entspricht es, daß man den von Schulze-Delitzsch als Ziel bezeichneten Produktivgenossenschaften, deren Aufgabe es ist, Erzeugnisse für den Markt herzustellen, eine geringe Bedeutung zuerkennt, da sie nicht allein, wie die Erfahrung zeigt, nicht imstande sind, die Konkurrenz mit der privaten Großindustrie aufzunehmen, sondern vor allem nicht die Kraft besitzen, die Mängel unseres

Wirtschaftslebens zu beseitigen, die sich aus dessen „anarchischen Charakter“, d. h. aus dem Fehlen einer organischen Verbindung zwischen Produktion und Konsumtion ergeben. Man hat deshalb stets vor der übereilten Gründung solcher Produktivgenossenschaften gewarnt, wozu man aus dem Grunde Veranlassung hatte, weil öfters Arbeiter, die infolge eines Streiks ihre Beschäftigung verloren hatten, es unternahmen, sich auf diesem Wege zu helfen. Man ist vielmehr der Ansicht, daß die Aufgabe, eine bessere Ordnung des Wirtschaftslebens zu schaffen, angegriffen werden müsse von der Seite des Konsums, d. h. in der Weise, daß die Konsumenten es in die Hand nehmen, ihren Bedarf selbst zu decken, indem sie Fabriken errichten, die in den hinter ihnen stehenden Konsumenten von vornherein ein gesichertes Absatzgebiet besitzen. Seit dem 1. Januar 1913 werden die Produktivgenossenschaften zur Mitgliedschaft überhaupt nicht mehr zugelassen.

Der Betrieb eines Konsumvereins erfordert die Verwendung einer großen Zahl von Hilfskräften. Gilt das schon für die bloße Warenverteilung, so in noch wesentlich höherem Maße für die Eigenproduktion. Das Verhältnis zu diesen Personen bringt die Konsumvereine, soweit ihre Mitglieder Arbeiter sind, in die eigenartige Lage, daß die letzteren in dieser Eigenschaft zu ihren eigenen Klassengenossen in die Stellung von Arbeitgebern treten. Handelt es sich hier um bloß ausführende Organe, so entsteht jedoch eine ähnliche Schwierigkeit bei den Personen, denen die Leitung der Geschäfte übertragen ist, und die dadurch Angestellte des Vereins geworden sind. Da die beiderseitigen Interessen sich nicht allein nicht decken, sondern vielfach geradezu gegensätzlich sind, so konnten Reibungen kaum ausbleiben, und es lag nahe, daß die genannten Personen sich zu Organisationen zusammenschlossen, soweit nicht die bereits bestehenden Gewerkschaften es übernahmen, auch die Interessen ihrer im Dienste der Genossenschaften stehenden Mitglieder diesen gegenüber zu vertreten. Der erstere Weg ist eingeschlagen von dem „Verbande der Vorstandsmitglieder genossenschaftlicher Unternehmungen“¹⁾ und dem „Verbande

¹⁾ Vgl. Kulemann: Die Berufsvereine, Band II, S. 431. Er hat sich später mit dem Zentralverband der Angestellten vereinigt.

der Lagerhalter und Lagerhalterinnen Deutschlands¹⁾, der zweite von den bei den Genossenschaften beschäftigten Bäckern, Schlachtern, Tabakarbeitern, Handlungsgehilfen, Handels- und Transportarbeitern²⁾. Dadurch, daß die beteiligten Gewerkschaften der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angeschlossen waren, hatte auch diese Veranlassung, mit dem Zentralverbände in Verhandlungen zu treten. Diese verliefen anfangs nicht ohne Reibungen, haben aber jetzt eine befriedigende Regelung erfahren³⁾.

Übrigens hat der Zentralverband für das Personal der ihm angeschlossenen Genossenschaften auch im Wege der Wohltätigkeit gesorgt, insbesondere durch Gründung einer Unterstützungskasse und Förderung der auf Errichtung von Ferienheimen gerichteten Bestrebungen. Die „Produktion“ hat ein besonderes Kindererholungsheim geschaffen.

In der eigentlich genossenschaftlichen Tätigkeit steht im Vordergrund die Beschaffung guter Waren zu billigen Preisen. Da man sie nur dann erhalten kann, wenn man imstande ist, große Mengen gleichzeitig zu bestellen, so ist man darauf bedacht, den Einkauf zu zentralisieren, wie es durch die bereits erwähnten Einkaufsvereinigungen geschieht. Bei der Großeinkaufsgesellschaft besteht seit 1909 eine besondere Bankabteilung, deren Aufgabe es ist, die Geldgeschäfte der Konsumvereine zu besorgen. Diese sind um so umfangreicher, als die Vereine neben der Beschaffung von Waren auch die Sammlung von Spargeldern in die Hand genommen haben. Die Nahrungsmittel bemüht man sich, unmittelbar von den Produzenten zu beziehen. Man ist deshalb mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften in unmittelbarem Geschäftsverkehr getreten. Die zu dem Zentralverbände in engen Beziehungen stehende Genossenschaft „Produktion“ hat sogar in Schwanheide ein eigenes Landgut erworben, das sie selbst bewirtschaftet. Denselben Schritt hat der Konsumverein Düsseldorf getan. Übrigens sucht man

¹⁾ A. a. O. II, 432.

²⁾ Heute bestehen Reichstarife nur noch für die Bäcker und die Transportarbeiter, während für die übrigen Berufe die Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch Orts- und Bezirkstarife geregelt sind.

³⁾ Eingehender wird das Verhältnis zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften an anderer Stelle behandelt werden.

auch noch auf andere Weise den Mitgliedern behilflich zu sein, insbesondere durch Auskunftserteilung in genossenschaftlichen Angelegenheiten rechtlicher und praktischer Art, durch Unterrichtskurse, Vorträge, Ausstellungen und literarische Veranstaltungen. Große Sorgfalt hat man auf das Versicherungswesen verwandt, insbesondere auf die Feuer-, Lebens-, Unfall-, Haftpflicht- und Pferdeversicherung. Um die Vereine hierbei mit Rat zu unterstützen, ist bei der Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine eine besondere Versicherungsabteilung eingerichtet. Gemeinsam mit der Generalkommission der Gewerkschaften hat man die „Volksfürsorge“ ins Leben gerufen. Auch mit der Wohnungsfrage hat man sich wiederholt beschäftigt; man hat als Ziel ins Auge gefaßt, mit Hilfe von Spargeldern den Mitgliedern den Bau eigener Häuser zu erleichtern.

Von der tiefgreifendsten Bedeutung für die Entwicklung des Verbandes war der Krieg. Das gilt zunächst hinsichtlich der wirtschaftlichen Verhältnisse. Nicht allein wurde die Mehrzahl der Mitglieder und unter ihnen die leitenden Personen zu den Fahnen einberufen, sondern vor allem wurde in steigendem Maße die Versorgung der Bevölkerung mit Bedarfsgegenständen den Organen des Staates und der Gemeinden übertragen. Außerdem begann bald nach Ausbruch des Krieges die wucherische Ausbeutung der allgemeinen Notlage durch die einsetzende Preissteigerung, die dann wieder die Gewährung von Teuerungszulagen an Arbeiter, Angestellte und Beamte erforderlich machte. Der Zentralverband hat bei der Regelung aller dieser Angelegenheiten eifrig mitgewirkt sowohl durch Eingaben an die Behörden wie durch Beteiligung an den zahlreichen, teils von diesen, teils von privater Seite veranstalteten Konferenzen. Auf den Verbandstagen in Frankfurt a. M. am 14. Juni 1915, Hannover am 19. Juni 1916, Nürnberg am 18. Juni 1917 und Köln am 17. Juni 1918 wurden diese Fragen eingehend behandelt. Man erklärte nachdrücklich, daß bei der Lösung der gestellten verantwortungsvollen Aufgabe die staatlichen Organe völlig versagt hätten. Den Grund des Mißerfolges sah man insbesondere darin, daß man nicht die Genossenschaften, und zwar sowohl die landwirtschaftlichen wie die Konsumvereine, in ausreichendem Maße zur Mitarbeit herangezogen habe.

Der Krieg gab dem Zentralverband auch Gelegenheit, sich

auf politischem Gebiete zu betätigen. Schon am 31. Juli 1914 richtete der Vorstand an die angeschlossenen Genossenschaften ein Rundschreiben, in dem er die Pflicht betonte, in dem Deutschland aufgezwungenen Kriege alle Kraft einzusetzen, um ihn zu einem siegreichen Ende zu führen. Ebenso wurde in der Folgezeit der nationale Standpunkt stets mit Nachdruck zur Geltung gebracht. Es war deshalb nur natürlich, daß auch die Behörden ihre frühere Abneigung gegen den als sozialdemokratisch angefeindeten Verband aufgaben und die für Beamte bestehenden Beitrittsverbote außer Kraft setzten. Schwieriger wurde die Lage, als im Laufe des Krieges die anfänglich vorhandene Begeisterung nachzulassen begann und innerhalb der Arbeiterschaft sich eine Gruppe bildete, die nicht allein im allgemeinen einen radikalen Standpunkt vertrat, sondern insbesondere die Schuld am Kriege nicht den feindlichen Mächten, sondern der deutschen Regierung und der Kapitalistenklasse zuschrieb. Auf den Verbandstagen fanden hierüber wiederholt Auseinandersetzungen statt, die um so erregter waren, als dabei zugleich der innerhalb der sozialdemokratischen Partei bestehende Gegensatz, der zu deren Spaltung geführt hatte, eine Rolle spielte. Das kam insbesondere zum Ausdruck in Frankfurt a. M. 1915. Von dem Referenten Dr. August Müller war eine Resolution beantragt, die sich freilich scharf gegen die von der Regierung verfolgte Preispolitik wandte, aber zugleich nachdrücklich gegen den Aushungerungsplan der Engländer protestierte und aussprach, daß die Genossenschaften die Pflicht hätten, ihre gesamten Kräfte in den Dienst der Verteidigung der nationalen und wirtschaftlichen Existenz des deutschen Volkes zu stellen. Von einigen Rednern wurde diese Erklärung beanstandet, da sie das politische Gebiet betrete und dadurch das Prinzip der Neutralität verletze. Man beantragte deshalb die Streichung des Wortes „nationale“. Aber nachdem andere Redner die Verpflichtung der Genossenschaften betont hatten, das Vaterland in dem ihm aufgedrängten Kampfe mit allen Mitteln zu unterstützen, wurde der Antrag mit allen gegen 6 Stimmen abgelehnt.

Eine Fortsetzung fand diese Auseinandersetzung in Köln 1918. Der Konsumverein „Vorwärts“ in Dresden hatte eine Resolution eingebracht, die sich gegen alle indirekten Steuern

richtete, und die Vertreter des Antrages beriefen sich in erster Linie darauf, daß er dem von der sozialdemokratischen Partei bisher stets eingenommenen Standpunkte entspreche. Hiergegen wurde insbesondere von Kasch geltend gemacht, daß in dieser Frage nicht allein die beiden innerhalb der Sozialdemokratie bestehenden Richtungen auseinandergingen, sondern daß der angeführte Gesichtspunkt für den Verband um so weniger maßgebend sein könne, als dieser aus Mitgliedern der verschiedensten politischen Parteien zusammengesetzt sei. Nach sehr erregten Verhandlungen wurde der Antrag abgelehnt.

In einer noch wesentlich verschärften Form trat der Gegensatz zutage auf dem am 12.—14. Juni 1920 in Harzburg abgehaltenen Genossenschaftstage, auf dem die Opposition sich offen als solche bezeichnete und die Hoffnung aussprach, bald die Herrschaft zu erlangen. Gegenstand des Streites war zunächst die von dem Referenten Bästlein beantragte Resolution, in der die Aufhebung der Zwangswirtschaft gefordert wurde, während bis dahin die Sozialdemokratie für deren Aufrechterhaltung eingetreten war. Bei der Abstimmung wurde der Antrag gegen 15 Stimmen angenommen. Zu einer weiteren gereizten Erörterung führte ein von der Opposition gegen die Leitung der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau gerichteter Angriff, der darauf gestützt war, daß diese einem Aufsätze die Aufnahme verweigert hatte, der für die Sowjetregierung in Rußland und die von ihr eingerichteten Konsumkommunen eintrat. Ein Tadelsvotum, das diese Zurückweisung rügen wollte, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Ferner machte man der Leitung des Verbandes zum Vorwurf, daß sie den Betriebsräten unfreundlich gegenüberstehe, wobei behauptet wurde, daß die Betriebsräte in den genossenschaftlichen Betrieben eine prinzipiell andere Stellung hätten als in den kapitalistischen. Beide Vorstöße hatten keinen Erfolg. Den Hauptstreitpunkt jedoch bildete auch jetzt wieder die Neutralitätsfrage. Ein Vertreter der kommunistischen Richtung, Dr. Bittel, behauptete, daß große Kreise mit der von dem Verbande eingenommenen Haltung nicht einverstanden seien, da in ihr ein reaktionärer Geist und eine kleinbürgerliche Ideologie zum Ausdruck komme. Der Grundsatz der Neutralität könne unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr aufrechterhalten werden, vielmehr sei

die bisherige sozialreformerische Orientierung durch eine sozialrevolutionäre zu ersetzen. Andere Redner unterstützten diese Auffassung und forderten, daß die Genossenschaftsbewegung in den Dienst des Proletariats gestellt werde. Die Referenten Bästlein und Kaufmann traten diesen Ausführungen, die nur vereinzelt Beifall fanden, mit großer Schärfe entgegen; die Redner der Opposition erklärten jedoch, daß sie den Kampf rücksichtslos fortsetzen würden.

Betrafen diese Verhandlungen die Stellung zu den politischen Parteien, insbesondere das Verhältnis zu der Sozialdemokratie, so hat man sich aber auch sonst mit Fragen der Politik beschäftigt. Auf dem Genossenschaftstage in Hamburg am 23./24. Juni 1919 bildete einen Gegenstand der Tagesordnung: „die Konsumgenossenschaftsbewegung und die Neuordnung in Deutschland“. Der Referent Kasch entwickelte in einem ausführlichen Vortrage den Standpunkt, den der Zentralvorstand sogleich nach der Revolution durch einen am 23. November 1918 veröffentlichten Aufruf zum Ausdruck gebracht hatte. In diesem war ausgeführt, Demokratie bedeute Volksherrschaft im Gegensatz zu der Herrschaft einzelner Personen oder Gruppen. Die Entscheidung habe die Mehrheit zu treffen, nicht aber dürfe die Minderheit der Mehrheit ihren Willen aufzwingen. Unter Sozialismus sei zu verstehen die Wirtschaft des Volkes als Gesamtheit im Gegensatz zu einer Wirtschaft, die durch die Interessen einzelner Gruppen bestimmt werde, wie sie früher bestanden habe. Sie sei zu beseitigen, aber bei der Durchführung der Sozialisierung sei die größte Vorsicht zu beobachten, ganz abgesehen davon, daß diese überhaupt nicht zwangsweise geschaffen werden könne, sondern sich organisch entwickeln müsse. Unüberlegte Sozialisierungsexperimente würden das ohnehin tief zerrüttete Wirtschaftsleben völlig vernichten. Das gleiche gelte von einer zu weit getriebenen Kommunalisierung. Auf beiden Gebieten dürfe nichts überstürzt, sondern müsse planmäßig vorgegangen werden; leider fehle den Führern der Mut, den unaufgeklärten Massen entgegenzutreten. Begreiflicherweise fanden diese Ausführungen lebhaften Widerspruch bei der Opposition, die für die Diktatur des Proletariats, die rücksichtslose Sozialisierung und die Einführung des Rätesystems eintrat. Eine ziffernmäßige Feststellung des Stärkeverhältnisses beider Gruppen fand nicht statt, viel-

mehr wurde die von dem Referenten beantragte Resolution, die eine planmäßig durchgeführte Sozialisierung forderte und sie für identisch mit dem Ziele der Genossenschaftsbewegung erklärte, einstimmig angenommen.

Auch das Ziel einer Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften hat man ins Auge gefaßt. Bereits 1911 hatte in Frankfurt a. M. eine Konferenz sich mit der Frage beschäftigt und die Revisionsverbände aufgefordert, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen für die Aufstellung von Genossenschaftern als Kandidaten zu wirken. Bei der Beratung eines Entwurfes des Einkommensteuergesetzes im preußischen Landtage hatte man Vertreter nach Berlin geschickt, die mit den Führern der politischen Parteien Fühlung nehmen sollten, und es war in der Tat gelungen, hierdurch einige Verbesserungen zu erzielen. Gegen Ende des Krieges wurde die Angelegenheit von neuem aufgegriffen, und in einer am 9./10. Mai 1918 in Frankfurt a. M. abgehaltenen gemeinsamen Sitzung des Vorstandes, Ausschusses und Generalrates beschloß man die Einsetzung von Parlamentsausschüssen für die einzelnen Bundesstaaten, um mit den Regierungen und den politischen Parteien Fühlung über solche Fragen zu nehmen, die das Interesse der Genossenschaften berühren. Als nach der Revolution die Wahlen zur Nationalversammlung und zu den Einzellandtagen ausgeschrieben wurden, bemühte man sich ebenfalls in dieser Richtung und erzielte, daß insgesamt 168 Genossenschafter gewählt wurden, von denen 14 der Nationalversammlung angehörten. Sie waren freilich sämtlich Mitglieder der beiden sozialdemokratischen Fraktionen, aber auch in der Zentrums-partei wurden einige Vertreter des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine gewählt.

Auf dem Genossenschaftstage in Hamburg wurde auch dieses Thema behandelt und eine Entschließung angenommen, die das bisherige Vorgehen billigte und den Wunsch aussprach, daß auch weiterhin die politischen Parteien bei der Aufstellung ihrer Kandidaten in möglichst weitem Umfange praktische Genossenschafter berücksichtigen möchten. Der Referent, der den Antrag begründete, betonte, daß durch ein solches Verhalten die politische Neutralität nicht verletzt werde, da man lediglich den Zweck verfolge, die Interessen der Konsu-

menten zur Geltung zu bringen. Er stellte in Aussicht, daß man auch ein besonderes Sekretariat einrichten werde, das dauernd bemüht sein müsse, Gesetzesvorlagen zu prüfen und mit den Parlamentariern zu verhandeln.

Die erwähnte sozialrevolutionäre Richtung innerhalb der Konsumvereine hat sich durch die Niederlage, die sie in Frankfurt, Köln und Harzburg erlitten hatte, in der Verfolgung ihrer Bestrebungen nicht hindern lassen. Sie stellt sich auf den Boden der sogenannten Moskauer Thesen, d. h. des von der III. Internationale programmatisch festgesetzten Standpunktes. Er kann kurz dahin bezeichnet werden, daß „nicht nur die Bourgeoisie, sondern auch ihre Helfershelfer, die Reformisten aller Schattierungen, zu brandmarken und zu bekämpfen“ seien. „Insbesondere sollen auch in den Konsumvereinen alle einflußreichen Posten durch sichere Kommunisten besetzt werden, um sie für den Kommunismus zu gewinnen.“ In Deutschland betrachtet die kommunistische Bewegung als ihre Hauptstützen die Betriebsräte. In der Tat beschäftigten sich solche auf einer am 11. November 1919 abgehaltenen Konferenz eingehend mit der Stellung zu den Genossenschaften und forderten in den dort beschlossenen Richtlinien ein weit über das in dem Betriebsrätegesetz den Betriebsräten eingeräumte Maß hinausgehendes Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung der Betriebe. Diese Forderungen werden von den Konsumvereinen überwiegend abgelehnt.

Am 7. November 1920 wurde eine Reichskonferenz der Konsumvereinsbetriebsräte in Leipzig veranstaltet, die von 94 Personen aus 47 Orten besucht war und von Dr. Bittel, ihrem geistigen Leiter, ausdrücklich als „erster oppositioneller Genossenschaftstag“ bezeichnet wurde. Sie stellte ein umfassendes Programm auf, in dem gefordert wird, daß „sowohl die Gewerkschaften wie die Genossenschaften zielklare sozialrevolutionäre Politik treiben und den Standpunkt des konsequenten Klassenkampfes vertreten, insbesondere aber jeden Versuch bekämpfen müßten, die Konsumvereine zu Arbeitsgemeinschaften mit den Unternehmern herabzuwürdigen.“ Zur Lösung dieser Aufgabe wurde eine besondere Organisation, die Arbeitsgemeinschaft deutscher Konsum- und Produktivgenossenschaften, gebildet.

Auch auf dem am 13.—15. Juni 1921 in Baden-Baden abgehaltenen 18. Genossenschaftstage kam es zu erneuten Kämpfen. Der Geschäftsführer Kaufmann hatte in seinem namens des Vorstandes erstatteten Berichte erklärt: „Wir wollen an die Stelle einer individualistischen und kapitalistischen, auf Profitstreben beruhenden Produktion für den Markt, die uns heute mit Gütern aller Art versorgt, eine gemeinwirtschaftliche, genossenschaftliche Bedarfsdeckungswirtschaft der Produktion für den organisierten Konsum setzen.“ Allerdings hatte er hinzugefügt, daß die Durchführung dieses Zieles nicht allein Jahrhunderte erfordern würde, sondern daß ihr auch Grenzen gesetzt seien, und daß die genossenschaftliche Wirtschaftsordnung nicht die alleinige, sondern nur die vorherrschende sein würde; insbesondere hinsichtlich der Landwirtschaft sei nicht daran zu denken, daß die Konsumvereine die für ihre Mitglieder erforderlichen Produkte in eigenen Betrieben würden herstellen können. Auch Kasch, der über die Frage der Neutralität referierte, entwickelte ähnliche Auffassungen. Aber obgleich hierdurch immerhin ein erhebliches Entgegenkommen gegen die sozialistische Richtung bewiesen war, forderten zwei Anträge weitergehende Schritte. Der radikalste von ihnen (Ertinger) wollte es für eine Pflicht aller genossenschaftlichen Organisationen und Funktionäre erklären, „den Übergang aus der bürgerlich-kapitalistischen Epoche in die Epoche der Arbeit mit allen Kräften zu unterstützen“. Der andere [Fleißner¹⁾] wollte aussprechen: „Die Tätigkeit aller Genossenschaften muß bewußt darauf gerichtet sein, die privatkapitalistische Warenerzeugung sowie den privatkapitalistischen Warenverkauf auszuschalten und dem Sozialismus zu dienen.“ Nach erregter Aussprache, in der dem Antragsteller Ertinger entgegengehalten wurde, daß auf seinen Antrag der kommunistische Parteitag die schärfste Bekämpfung des angeblich antisozialistischen Zentralverbandes beschlossen habe, wurden beide Anträge gegen 26 (Ertinger) bzw. 94 (Fleißner) Stimmen abgelehnt; vielmehr wurde ein vom Vorstande empfohlener Antrag Feuerstein, der es für erforderlich erklärte, „an dem Grundsatz striktester parteipolitischer Neutralität als der wichtigsten Voraussetzung für die weitere Entwicklung

¹⁾ Fleißner ist Mitglied der USPD. und sächsischer Minister.

einer nach allen Richtungen unabhängigen und selbständigen konsumgenossenschaftlichen Bewegung mit dem Ziele gemeinnütziger genossenschaftlicher Bedarfsdeckungswirtschaft festzuhalten“, mit überwältigender Mehrheit angenommen. —

Die Organisation des Zentralverbandes ist auf dem außerordentlichen Genossenschaftstage in Hamburg am 25. November 1912 in wesentlichen Punkten umgestaltet. Während bis dahin außer den Konsumvereinen auch Produktivgenossenschaften zur Mitgliedschaft zugelassen waren, ist diese jetzt auf die ersteren beschränkt. Der Vorstand, der früher nur aus drei ehrenamtlich tätigen Personen bestand, wird jetzt gebildet aus vier besoldeten und fünf unbesoldeten Mitgliedern. Die ersteren haben die laufenden Geschäfte selbständig zu erledigen. Dem Vorstande ist auch der Aufgabenkreis des früheren Generalsekretärs übertragen, den man an die Stelle des bei dem Allgemeinen Verbands vorhandenen Anwalts gesetzt hatte, und der jetzt in Wegfall gekommen ist. Dem Vorstande steht ein Ausschuß zur Seite; er wird gebildet aus je einem Vertreter der 10 Revisionsverbände und der Großeinkaufsgesellschaft sowie vier von dem Genossenschaftstage auf je ein Jahr gewählten Personen. In Hamburg wurde ihm ein Generalrat zur Seite gestellt, der sich aus je 12 Vertretern der Revisionsverbände und der Großeinkaufsgesellschaft zusammensetzt. Das oberste Organ ist der Genossenschaftstag, auf dem die Genossenschaften je nach ihrer Größe 1—6 Stimmen haben. Die Großeinkaufsgesellschaft, die dem Zentralverbande selbständig gegenübersteht, erhielt dieselbe Stellung wie die Revisionsverbände. Die Verlagsanstalt Kaufmann & Co. wurde unter dem Namen Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine zu einer selbständigen Gesellschaft m. b. H. umgewandelt, der alle Genossenschaften beizutreten verpflichtet sind. Zwischen ihr und dem Zentralverbande besteht eine enge Verbindung durch Personalunion, indem der Vorstand und Ausschuß der letzteren zugleich den Vorstand und den Aufsichtsrat der ersteren bilden. Die Verlagsgesellschaft besorgt die Herausgabe der literarischen Organe des Verbandes, nämlich des Jahrbuches, der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau, des Konsumgenossenschaftlichen Volksblattes und einer Zeitungskorrespondenz. Daneben werden genossenschaftliche Volksbücher und ein konsumgenossenschaftlicher Taschenkalender

sowie Literatur anderer Art hergestellt und vertrieben. Die Gesellschaft besitzt eine Druckerei nebst Papierwarenfabrik. Für die Erledigung besonderer Aufgaben besteht eine Fortbildungskommission, der eine Fortbildungsschule unterstellt ist, eine Bauberatungskommission und eine Berufsgenossenschaftskommission. Die durch Beschluß des Genossenschaftstages in Stuttgart vom 19. bis 21. Juni 1905 errichtete Unterstützungskasse ist durch Beschluß der Generalversammlung vom 30. September 1919 in eine Pensionskasse umgewandelt, die unter der Aufsicht des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung steht, und deren Mitglieder auf die festgelegten Sätze ein klagbares Recht haben. Zum Beitritt sind die dem Zentralverbande angeschlossenen Genossenschaften und deren Arbeitnehmer berechtigt.

Die Großeinkaufsgesellschaft hatte nach ihren ursprünglichen Satzungen den Zweck, „Konsumvereinen und sonstigen wirtschaftlichen Vereinigungen Kononialwaren, Produkte und Fabrikate in der Lebensmittelbranche, Lebens-, Haushaltungs- und Wirtschaftsbedürfnisse durch Verkauf oder andere Handelsgeschäfte gut und preiswert zu beschaffen.“ Danach

Zentralverband deutscher Konsumvereine.

Jahr	Zahl der Vereine	davon haben be- richtet	Zahl der Mitglieder	beschäftigte Personen	Umsatz	Eigen- produktion	Eigenes und fremdes Kapital
					Mk.	Mk.	Mk.
1903	685	639	575 449	7 081	176 456 549	14 712 751	39 446 901
1904	760	725	649 588	8 281	202 646 189	17 092 080	44 588 496
1905	855	808	719 239	9 595	230 656 440	20 911 593	51 859 262
1906	929	886	781 369	10 716	258 514 822	25 453 791	61 593 045
1907	990	964	885 074	12 783	303 794 452	32 634 305	72 557 282
1908	1 060	1 060	975 605	19 916	349 728 334	44 482 900	83 783 489
1909	1 119	1 108	1 058 142	16 285	382 066 681	53 921 084	101 147 183
1910	1 151	1 143	1 181 360	18 923	432 866 402	56 061 921	123 148 409
1911	1 183	1 175	1 324 722	21 939	506 011 287	80 990 422	151 580 447
1912	1 200	1 169	1 495 501	26 402	602 979 099	103 956 053	189 084 291
1913	1 197	1 169	1 633 644	29 276	673 579 979	125 024 564	222 122 303
1914	1 149	1 134	1 729 858	30 522	699 445 212	131 925 271	243 866 372
1915	1 114	1 106	1 860 962	28 173	684 131 996	155 822 024	261 831 576
1916	1 110	1 100	2 063 404	29 368	743 007 394	191 369 303	302 388 140
1917	1 112	1 104	2 200 781	28 400	726 609 189	185 122 224	375 346 697
1918	1 119	1 107	2 242 368	28 170	802 910 838	190 548 144	509 011 351
1919	1 161	1 116	2 319 142	34 763	1 461 521 451	232 182 780	625 539 513
1920	1 320	1 225	2 724 704	40 498	4 233 188 535	560 907 353	790 395 075

Großeinkaufsgesellschaft.

Jahr	Eigenes Kapital Mk.	Fremdes Kapital Mk.	Umsatz Mk.	Eigen- produktion Mk.	Rein- gewinn Mk.
1894	34 500	4 120	541 471	—	3 425
1895	34 749	4 160	1 878 751	—	18 972
1896	74 473	—	3 264 726	—	32 213
1897	105 954	—	4 956 407	—	25 771
1898	108 372	3 021	5 579 035	—	40 720
1899	154 769	2 034	6 296 072	—	43 216
1900	219 502	88 450	7 956 335	—	62 812
1901	330 693	226 654	15 137 761	—	95 565
1902	350 155	657 935	21 568 549	—	92 233
1903	559 500	1 233 977	26 445 889	—	115 816
1904	690 190	1 635 017	33 929 405	—	200 344
1905	996 408	1 669 476	38 780 199	—	238 605
1906	1 382 398	2 411 629	46 503 237	—	281 070
1907	1 544 476	3 305 601	59 866 220	—	504 910
1908	2 400 090	3 998 539	65 778 277	—	544 786
1909	3 273 394	7 321 877	74 915 813	—	869 478
1910	4 260 241	11 000 466	88 669 649	3 400 000	1 015 757
1911	5 401 970	21 776 385	109 605 469	6 542 940	1 108 779
1912	6 669 004	32 107 626	135 605 469	7 922 895	1 941 039
1913	10 606 734	28 567 585	154 047 316	10 089 591	1 862 972
1914	14 053 531	24 353 171	157 524 041	10 475 519	2 174 358
1915	16 207 130	29 658 216	152 858 636	19 026 692	1 759 101
1916	18 854 251	51 215 597	133 896 015	28 312 907	2 176 151
1917	25 670 410	78 970 623	107 737 282	23 095 427	1 486 200
1918	27 256 422	136 071 902	104 500 972	18 365 741	1 306 364
1919	33 650 828	142 847 440	352 698 075	26 064 602	2 076 954
1920	41 017 054	124 911 900	1 351 224 382	156 429 449	4 436 378

waren zunächst nur Kommissionsgeschäfte beabsichtigt. Im Laufe der Zeit machte sich jedoch das Bedürfnis geltend, die Geschäfte auf eigene Rechnung abzuschließen. Man hat in verschiedenen größeren Städten Zentrallager eingerichtet, aus denen die Vereine die von ihnen gewünschten Waren beziehen können. Auch hat man die Tätigkeit auf Bekleidungsgegenstände ausgedehnt. Endlich ist man, wie bereits erwähnt, in steigendem Maße zur Eigenproduktion übergegangen. Der Beschluß, dies zu tun, wurde bereits 1904 von der außerordentlichen Generalversammlung in Chemnitz gefaßt, aber erst 1910 waren die entgegenstehenden Schwierigkeiten so weit überwunden, daß mit der Gründung der Seifenfabrik in Gröba der erste Schritt zur Ausführung des Planes getan werden konnte. Im April 1915 wurde eine zweite Seifenfabrik in Düsseldorf eröffnet, und seit-

dem hat man mit den oben angegebenen anderen Unternehmungen die eingeschlagene Bahn nachdrücklich weiterverfolgt. —

Die Entwicklung des Zentralverbandes und der Großeinkaufsgesellschaft zeigen vorstehende Tabellen (S. 84 u. 85).

Die Verschiebung der Mitglieder auf die verschiedenen Berufsschichten ergibt sich aus folgender Tabelle:

Beruf	Mitglieder	Prozentsatz
Selbständige Gewerbetreibende. . . .	157 846	5,98
Selbständige Landwirte	73 718	2,80
Freie Berufe und Beamte.	178 421	6,77
Gewerbliche Arbeiter und Angestellte	1 814 703	68,85
Landwirtschaftl. Arbeiter u. Angestellte	69 606	2,64
Berufslose	341 564	12,96
	2 635 858 ¹⁾	100

F. Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften.

Die Bestrebungen von Schulze-Delitzsch waren darauf gerichtet gewesen, allgemein den unbemittelten Bevölkerungsklassen eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse zu bieten, insbesondere aber dem Kleingewerbe durch den genossenschaftlichen Zusammenschluß die Vorteile des Großbetriebes zu verschaffen. Sein erster Fehler bestand darin, daß er die völlige Verschiedenheit übersah, die zwischen den Interessen der beiden Hauptgruppen dieser Klasse, nämlich den Arbeitern und den selbständigen Handwerkern, besteht und das Zusammenwirken in einer einheitlichen Organisation außerordentlich erschweren mußte. Das gilt nicht nur für das eigentliche Handwerk, sondern auch die in der Großindustrie beschäftigten Arbeiter befinden sich zu den Gewerbetreibenden in dem durch das Verhältnis zwischen Konsumenten und Produzenten bzw. Händlern gegebenen Gegensatz. Ihren praktischen Ausdruck erhielt diese Sachlage in der oben mitgeteilten Loslösung der Konsumvereine von dem Allgemeinen Verbands.

¹⁾ Bei 78251 Mitgliedern war die Berufszugehörigkeit nicht angegeben.

Aber auch soweit es sich lediglich um die Handwerker handelt, trifft Schulze der Vorwurf, daß er die in Betracht kommenden Verhältnisse unrichtig beurteilte und wichtige Faktoren nicht hinreichend würdigte. Nach seiner Theorie bildete, wie oben bemerkt, den Abschluß der Entwicklung die Produktivgenossenschaft. Zu ihr stehen die Rohstoff-, Werk- und Magazingenossenschaften in dem Verhältnisse bloßer Vorstufen. Die Kreditgenossenschaft endlich erscheint überhaupt noch nicht als eine eigentliche Verwirklichung des mit dem genossenschaftlichen System verfolgten Zieles, sondern nur als eine Vorbereitungsmaßregel, indem sie dazu dient, dem Handwerker das erforderliche Kapital zu verschaffen; der Betrieb selbst bleibt völlig unberührt. Betrachten wir gegenüber dieser theoretischen Auffassung die Entwicklung, wie sie tatsächlich stattgefunden hat, so sehen wir, daß sie nicht allein ihr nicht entspricht, sondern ihr gerade entgegengesetzt verlaufen ist. Den Produktivgenossenschaften ist es nicht gelungen, irgendwelche größere praktische Bedeutung zu gewinnen. Aber auch die Rohstoff-, Werk- und Magazingenossenschaften sind zunächst in recht dürftigen Anfängen steckengeblieben. Etwas zahlreicher sind die Baugenossenschaften, deren Mitglieder jedoch nur zu einem geringen Teile den Handwerkerkreisen angehören. Weitaus das Übergewicht haben die Kreditvereine erlangt, denen, wie bemerkt, nach der Auffassung von Schulze der eigentliche genossenschaftliche Charakter nur in beschränktem Maße zukommt.

Der Grund dafür, daß die von Schulze aufgestellte Theorie zu den praktischen Ergebnissen in einem so augenfälligen Mißverhältnisse steht, liegt, wie schon gesagt, darin, daß er die in Betracht kommenden Verhältnisse unrichtig beurteilte. Dabei kann man zwei voneinander unabhängige Fehlerquellen unterscheiden.

Der erste Irrtum bezieht sich auf die objektive Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens. Die Arbeiter sind hinsichtlich der gemeinsamen Geltendmachung ihrer Interessen in einer wesentlich besseren Lage als die Handwerker, da sie untereinander sehr viel weniger in Konkurrenz treten als diese. Das gilt schon auf dem Gebiete der Produktion. Allerdings können in derselben Weise, wie die Unternehmer daran interessiert sind,

möglichst gute und billige Arbeitskräfte zu haben, und deshalb untereinander insofern in einem Gegensatze stehen, auch die Arbeiter hinsichtlich der Arbeitslöhne sich gegenseitig unterbieten. Aber der Unternehmer, also auch der Handwerker, ist insofern ungünstiger gestellt, als er nicht nur mit den Arbeitern zu tun hat, sondern auch mit den Personen, von denen er die Rohstoffe und Hilfsstoffe bezieht. Er tritt deshalb zugleich in einen Gegensatz zu seinen Berufsgenossen. In noch höherem Grade gilt das für die Konsumtion. Alle Arbeiter ohne Unterschied ihrer Beschäftigungsart haben ein Interesse an niedrigen Preisen. Die Unternehmer dagegen haben umgekehrt Vorteil davon, die Preise ihrer Erzeugnisse möglichst zu steigern, aber da der Kreis der Abnehmer beschränkt ist und in der Regel auf dem Warenmarkte in normalen Zeiten das Angebot stärker ist als die Nachfrage, so sind sie darauf angewiesen, einen möglichst großen Teil des Absatzes an sich zu ziehen, wodurch ein weiteres Konkurrenzverhältnis unter ihnen begründet wird. Schon diese objektive Sachlage macht es verständlich, daß die Handwerker geneigt sind, den unter ihnen bestehenden Gegensatz der Interessen stärker zu empfinden als deren Gemeinsamkeit, und daß es ihnen deshalb schwer wird, sich zu einem geschlossenen Vorgehen auf dem Wege der Genossenschaftsbildung zu vereinigen.

Erheblich unterstützt wird dies jedoch durch weitere trennende Momente, überwiegend subjektiv-psychologischer Art. Die Entwicklung des modernen Wirtschaftslebens vollzieht sich offensichtlich in der Richtung der Konzentration. Das bedeutet nicht, wie vielfach angenommen wird, daß der Kleinbetrieb völlig ausgeschaltet werden wird, denn es gibt Gebiete, auf denen die realen Verhältnisse ihn fordern, aber zweifellos wird er in Zukunft eine noch weitere Zurückdrängung erfahren, als sie schon heute eingetreten ist. Gegen solche elementare Bewegungen ist der Mensch machtlos, und diejenigen, die sich bemühen, dem Handwerk die Stellung zu bewahren, die es in früheren Zeiten inne hatte, führen einen Kampf, in dem sie notwendig unterliegen müssen. Nun gibt es große Kreise unter den Handwerkern, die dies nicht einsehen wollen und vielmehr mit Zähigkeit daran festhalten, daß alles so bleiben müsse, wie es zu der Zeit ihrer Großeltern gewesen ist. Sie klammern sich an Formen und

Einrichtungen der Vergangenheit und bringen allen Vorschlägen, die eine Anpassung an die veränderten Verhältnisse bezwecken, ein unüberwindliches Mißtrauen entgegen. Aber auf der anderen Seite können sie sich trotz alles Widerstrebens doch innerlich der Einsicht nicht völlig verschließen, daß auf dem ihnen zusagenden Wege das Ziel nicht zu erreichen ist. Das Ergebnis dieser widerstreitenden Empfindungen ist eine Verzweiflungsstimmung, die sich in bloßen Klagen und Hilferufen erschöpft, aber zu irgendwelchen tatkräftigen Entschlüssen unfähig macht. Diese Kreise sind offenbar völlig ungeeignet, einer genossenschaftlichen Bewegung als Stützpunkte zu dienen, und da sie heute noch die große Mehrheit der Handwerker darstellen, ist es begreiflich, daß das Genossenschaftswesen auf solchem Boden bisher nur in beschränktem Umfange hat Wurzeln treiben können.

Aber selbst die Minderheit, in der man Intelligenz und Verständnis für die realen Verhältnisse findet, steht nicht in ihrer Gesamtheit für genossenschaftliche Zwecke zur Verfügung. In ihr gibt es viele, die an solchen Bestrebungen aus dem Grunde sich nicht beteiligen, weil sie sich stark genug fühlen, ohne Unterstützung ihrer Berufsgenossen den Existenzkampf zu führen. Ein Teil von ihnen ist sogar bemüht, sich auch äußerlich von diesen Berufsgenossen zu trennen, indem sie, obgleich ihr Geschäftsbetrieb durchaus handwerksmäßig ist, nicht als Handwerker angesehen werden wollen, sondern vorziehen, sich als Fabrikanten zu bezeichnen, weil sie glauben, dadurch ihre soziale Stellung zu erhöhen. Gerade in dieser Minderheit befinden sich wertvolle Elemente, die von Natur berufen sein würden, in der Handwerkerbewegung die Führung zu übernehmen. Da sie ihre Mitwirkung versagen, wird der Kreis derjenigen um so kleiner, die als Grundlage für eine genossenschaftliche Organisation des Handwerks in Betracht kommen.

Alle diese Umstände ließ Schulze-Delitzsch unberücksichtigt, als er für das Genossenschaftswesen den abstrakten Standpunkt der Selbsthilfe nicht allein als Grundsatz aufstellte, sondern auch als echter Dogmatiker rücksichtslos auf seine äußerste Spitze trieb. Da aber von anderer Seite Versuche, auf genossenschaftlichem Wege den Handwerkern zu helfen, nicht gemacht wurden, so konnte es nicht ausbleiben, daß die kleingewerblichen Kreise für diese Bestrebungen zunächst ein unfruchtbarer Boden blieben

und überwiegend der rückständigen Mittelstandsbewegung sich anschlossen. —

Die Gründung des Hauptverbandes deutscher gewerblicher Genossenschaften ist in erster Linie die Folge der Schaffung der Preussischen Zentralgenossenschaftskasse. Wir werden uns unten eingehender mit ihr beschäftigen, müssen aber zum Verständnisse des Folgenden schon hier die von ihr befolgten Grundsätze kurz berühren.

Die Männer, von denen die Anregung ausging, dem Genossenschaftswesen eine staatliche Unterstützung zu gewähren, hatten Verständnis genug, um einzusehen, daß eine Bevölkerungsschicht, die nicht imstande ist, sich übermächtiger Gegner aus eigener Kraft zu erwehren, deshalb noch nicht für die Volkswirtschaft wertlos ist, und daß man ein Unrecht begeht, sie als rettungslos verloren einfach ihrem Schicksal zu überlassen. Sie überzeugten sich, daß es falsch ist, Selbsthilfe und Staatshilfe als unvereinbare und sich gegenseitig ausschließende Gegensätze zu betrachten, daß vielmehr beide sich ergänzen müssen. Wenn man die Formel geprägt hat: „Selbsthilfe ergänzt durch Staatshilfe“, so ist es zweifelhaft, ob man mit ihr das Verhältnis am treffendsten bezeichnet. Beide sind nicht, wie durch diese Fassung gesagt zu werden scheint, gleichgestellt, sondern die Selbsthilfe ist das höhere und deshalb übergeordnete Prinzip. Sie muß desalb das Ziel sein, Aber um zu einem Ziele zu gelangen, muß man einen Weg einschlagen, und es kommt oft genug vor, daß dieser recht lang ist. Diesem Gedanken wird am besten gerecht die Fassung: „Durch Staatshilfe zur Selbsthilfe“. Ebenso kann die staatliche Mitwirkung verschiedene Grade haben und verschiedene Abstufungen erfahren. Die stärkeren Dosen werden stets den Anfang, die schwächeren den Abschluß bilden. Freilich soll die Staatshilfe nicht weiter gehen, als sie durchaus geboten ist, aber darüber, welches Maß im Einzelfalle am Platze ist, kann nur der praktische Versuch entscheiden.

Die Tätigkeit der Zentralgenossenschaftskasse hat sich den gegebenen Verhältnissen angepaßt. Anfangs glaubte man, sich auf die bloße Anregung der Gründung von genossenschaftlichen Organisationen beschränken zu können. Dann sah man ein, daß man einen Schritt weitergehen müsse, und daß eine Unterstützung durch Geldmittel erforderlich sei. Endlich mußte man

sich überzeugen, daß auch das nicht ausreichte, da die beteiligten Kreise nicht imstande waren, aus sich heraus die erforderlichen Kräfte und leitenden Köpfe zu liefern. So war man gezwungen, ihnen auch Personen zur Verfügung zu stellen, deren Aufgabe es ist, da einzugreifen, wo die Personen, denen formell die Geschäftsleitung obliegt, sich dieser Aufgabe nicht gewachsen zeigen.

Wenn man dabei in einen gewissen Gegensatz zu dem Schulzeschen Allgemeinen Verbands treten mußte, so lag der Grund zunächst schon in dessen ablehnender Haltung gegenüber allen staatlichen Eingriffen überhaupt und der Zentralgenossenschaftskasse im besonderen, außerdem aber auch darin, daß er an Einrichtungen eigensinnig festhielt, die sich mindestens für die besonderen Verhältnisse des Handwerks als unzweckmäßig erwiesen. Dazu gehörte in erster Linie die Forderung, daß Kreditgenossenschaften nur auf dem Boden der unbeschränkten Haftpflicht aufgebaut werden dürften. Sein Ziel, durch Bildung von Geschäftsanteilen auf die Schaffung eines eigenen Vermögens der Genossenschaften hinzuwirken, erkannte man freilich als an sich richtig an, man glaubte aber, den mittellosen kleinen Handwerkern den Beitritt dadurch erleichtern zu müssen, daß man diese Geschäftsanteile in geringerer Höhe festsetzte, als es in dem Allgemeinen Verbands üblich war. Endlich war man der Ansicht, daß, so sehr es sich empfiehlt, den einzelnen Genossenschaften mögliche Selbständigkeit einzuräumen, doch der Grundsatz der Dezentralisation von Schulze übertrieben sei, und daß leistungsfähige Kassen eine straffere Zusammenfassung erfordern.

Der Plan, die Genossenschaftsbewegung einer Hebung der Lage des Handwerks dienstbar zu machen und dabei die erwähnten Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, ist in dem Direktorium der Zentralgenossenschaftskasse entstanden und fand in deren Präsidenten Dr. Heiligenstadt einen eifrigen Förderer. Auf seine Anregung hin wurde von dem Vorsitzenden einiger bereits bestehender Handwerkerorganisationen in Berlin und Hannover am 25. März 1901 ein Rundschreiben erlassen, das außer an sämtliche Verbände auch an die Preussischen Handwerkskammern gerichtet war und die Aufforderung enthielt, sich über die Schaffung einer genossenschaftlichen Zentralstelle zu äußern. Nach Eingang einer Anzahl von Erklärungen wurde

zu einer Versammlung eingeladen, die am 15. Mai 1901 in Berlin unter Mitwirkung von Heiligenstadt tagte. Auf seinen Antrag wurde beschlossen, die Gründung einer solchen Zentralstelle als notwendig anzuerkennen; ein Ausschuß wurde mit der Erledigung der weiteren Arbeiten beauftragt. Nachdem dieser in mehreren Sitzungen die Satzung entworfen hatte und dabei zu dem Beschlusse gelangt war, die Organisationen nicht, wie man anfangs beabsichtigt hatte, auf Preußen zu beschränken sondern auf ganz Deutschland auszudehnen, wurde in einer neuen, am 6. Dezember 1901 in Berlin abgehaltenen Versammlung der Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften ten endgültig ins Leben gerufen.

Anfangs war die Tätigkeit der neuen Organisation recht unbedeutend und beschränkte sich im wesentlichen auf die Veranstaltung einiger genossenschaftlicher Lehrkurse. Der Grund hierfür lag darin, daß, obgleich als Sitz des Verbandes Berlin bezeichnet war, der zum Geschäftsführer ernannte Handwerkskammersekretär Korthaus in Osnabrück wohnte und die Leitung des Verbandes nur im Nebenamte besorgte, was seinerseits wieder durch den Mangel an Geldmitteln veranlaßt war. Um hierin eine Besserung zu schaffen, bewilligte der preußische Handelsminister einen fortlaufenden jährlichen Zuschuß, der schließlich auf 18 000 Mark erhöht wurde. Als Gegenleistung wurde gefordert, daß der Verband Einrichtungen treffen solle, um den angeschlossenen Genossenschaften bei Durchführung des Revisionswesens behilflich zu sein, ferner, daß er über seine Tätigkeit den staatlichen Behörden regelmäßige Berichte erstatte, um über die Verwendung der bewilligten Mittel einen Überblick zu haben, und endlich, daß er zu diesem Zwecke die Leitung der Geschäfte auch tatsächlich nach Berlin verlege. Auf dem am 14. August 1903 in Berlin abgehaltenen ersten Genossenschaftstage wurde diesen Forderungen entsprochen und außerdem der bis dahin in der Zentralgenossenschaftskasse beschäftigte Bankinspektor Mager neben Korthaus zum Direktor gewählt.

Nach den Satzungen verfolgt der Verband als Zweck die Förderung und Ausbreitung des gewerblichen Genossenschaftswesens, insbesondere durch Abhaltung von Lehrkursen, Überlassung beruflicher Revisoren und Instruktoren an die beteiligten Verbände, Fortbildung der Verfassungen und Einrichtungen

der angeschlossenen Genossenschaften und deren Verbände sowie Wahrung der Interessen der letzteren.

Der Verband hat eine ausgedehnte und vielfach erfolgreiche Wirksamkeit entfaltet. Sein grundsätzlicher Standpunkt ist, daß die Besserung der Lage des Handwerks durch Ausbildung des Genossenschaftswesens nötig und möglich sei, daß dabei der Schwerpunkt auf die eigene Kraft gelegt werden müsse, daß aber die staatliche Hilfe so lange nicht zu entbehren sei, bis man die Anfangsschwierigkeiten überwunden habe. Er fordert deshalb für das Genossenschaftswesen möglichst weitgehende Selbständigkeit und hat gegen den in neuester Zeit aufgetauchten und durch den Antrag Faßbender im Reichstage verfolgten Plan, diese Selbständigkeit durch eine staatliche Aufsicht einzuschränken, energisch Stellung genommen.

Im Vordergrund der praktischen Tätigkeit stehen die Bestrebungen, für die Handwerker einen größeren Anteil an dem Wirtschaftsleben zu erlangen. Als eins der wichtigsten Mittel betrachtet man dabei die Rohstoffgenossenschaften, von denen man eine größere Anzahl, insbesondere für Schuhmacher, Schneider, Bäcker, Fleischer und Maler, ins Leben gerufen hat. Um dem Unwesen der langen Kreditfristen entgegenzuwirken und die Barzahlung einzubürgern, hat man die gemeinsame Beitreibung ausstehender Forderungen organisiert und Einziehungsgenossenschaften gegründet. Auf dem Genossenschaftstage in Hildesheim am 6. Juni 1914 wurde beschlossen, die Zusammenfassung mit ähnlichen Einrichtungen der Gewerbetreibenden, insbesondere der Innungen und der Rabattsparvereine, herbeizuführen. Den billigen Bezug der Bedarfsmittel sucht man durch Einkaufsgenossenschaften zu erreichen. Von noch größerer Bedeutung ist es, den Handwerkern die Beteiligung an den von den öffentlichen Behörden ausgeschrieben Lieferungen zu ermöglichen. Bei dem bisher beobachteten Verfahren ist das meistens ausgeschlossen, weil die gestellten Bedingungen, insbesondere in betreff der Kautionsleistung, nur von Großunternehmern erfüllt werden können. Man hat deshalb neben den bereits in einigen Staaten eingerichteten Verdingungsämtern, in deren Hände das gesamte Submissionswesen gelegt ist, die Bildung von Handwerkerorganisationen ins Auge gefaßt, wobei jedoch die Ansichten darüber auseinander-

gehen, ob die Aufgabe von den Innungen oder von besonderen Lieferungsgenossenschaften oder endlich von den zu diesem Zwecke auszugestaltenden Rohstoffgenossenschaften zu übernehmen sei. Der letzte Vorschlag hat den meisten Beifall gefunden.

Es liegt auf der Hand, daß man bei diesen und ähnlichen Bestrebungen auf den Widerstand der Industrie und der Handelskreise stoßen mußte. Besonders die letzteren haben versucht, den Bemühungen der Handwerker dadurch entgegenzuwirken, daß sie die Fabrikanten, und zwar in erster Linie die Produzenten der Rohstoffe, mit Entziehung der Kundschaft bedrohten, falls sie mit den Handwerker-genossenschaften unmittelbare Beziehungen anknüpften. Der Verband hat jedoch beschlossen, diesen Kampf aufzunehmen und energisch durchzuführen.

Eigenartig ist die Stellung gegenüber den Banken, indem sie einerseits geneigt sind, mit den genossenschaftlichen Organisationen der Handwerker in Geschäftsverkehr zu treten, andererseits aber das Bestreben haben, die von diesen geschaffenen Kreditkassen durch Fusionierung sich anzugliedern und aufzusaugen.

Auch zu den Konsumvereinen besteht ein etwas unklares Verhältnis. Anfangs stand man ihnen nicht unfreundlich gegenüber, in den letzten Jahren jedoch macht sich eine Richtung geltend, die sie als Gegner bekämpft, und es sind mehrfach Stimmen laut geworden, die im Sinne des engherzigen Kleinhändlerstandpunktes ein Verbot oder wenigstens die tunlichste Einschränkung der Konsumvereine fordern. Aber im allgemeinen hat man die Undurchführbarkeit dieses Verlangens eingesehen und begnügt sich mit der Forderung, die Konsumvereine hinsichtlich der Besteuerung und der Gewerbepolizei denselben Vorschriften zu unterstellen, wie sie für die Gewerbetreibenden gelten.

Unter den übrigen Gegenständen der Verhandlungen der Verbandstage standen im Vordergrund diejenigen, die sich auf die Geschäftsführung der Genossenschaften bezogen. Man empfahl ihnen möglichste Vorsicht bei der Kreditgewährung und Einführung des Barverkehrs, Befolgung kaufmännischer Grundsätze bei Aufstellung der Bilanz sowie bankmäßige Ausgestaltung des gesamten Kreditwesens, Sonderung des Geldgeschäftes von dem Warengeschäfte, Herstellung eines an-

gemessenen Verhältnisses zwischen dem eigenen und dem fremden Kapital und des Barvermögens zu der Haftsumme sowie Auseinanderhaltung der Tätigkeit der Rohstoff-, Werk- und Magazin-genossenschaften. Daneben beschäftigte man sich mit der Frage der Revision, der Beleihung und Diskontierung von Buchforderungen, der Zinspolitik, der Kreditauskunft, der Beschaffung zweiter Hypotheken und der Depositenversicherung, für die man eine in Verbindung mit der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse zu gründende staatliche Anstalt forderte. Durch Lehrkurse und Schulen ist man bemüht, den im Genossenschaftswesen tätigen Personen eine gute Ausbildung zu verschaffen. Für die Angestellten ist eine Pensionsversicherung im Anschlusse an die entsprechende Einrichtung des Allgemeinen Verbandes ins Auge gefaßt.

Das Verhältnis des Verbandes zu der Zentralgenossenschaftskasse ist andauernd durchaus freundlich. Allerdings sind gelegentlich Stimmen laut geworden, die sich über zu geringes Entgegenkommen der Kasse und insbesondere über zu hohe Zinssätze und ungünstige Bestimmungen für die Kreditgewährung beklagten. Auf dem 9. Verbandstage in Straßburg am 24./25. Juni 1912 bildeten diese Vorwürfe, die auch von den leitenden Personen in gewissem Umfange als berechtigt anerkannt wurden, den Mittelpunkt der Verhandlungen, bei denen unter fast allseitiger Zustimmung eine wesentliche Umgestaltung der Zentralgenossenschaftskasse und insbesondere die Umwandlung in eine Reichsanstalt gefordert wurde. Man nahm aber davon Abstand, bestimmte Beschlüsse zu fassen, und begnügte sich mit einer bloßen Aussprache.

Auf dem Verbandstage in Leipzig am 9./10. Juni 1913 beschäftigte man sich eingehend mit grundsätzlichen Fragen sowie mit dem Verhältnis der verschiedenen Genossenschaftsarten zueinander. Der gefaßte Beschluß erklärte, die Grundlage des praktischen Genossenschaftswesen müßten die Kreditgenossenschaften bilden. Von den übrigen Formen seien die Rohstoffgenossenschaften in die erste Linie zu stellen. Diese beiden Arten seien am meisten geeignet, den gewerblichen Mittelstand für weitere und schwierigere Aufgaben vorzubilden. Durch die systematische Regelung von Rohstoff- und Einkaufsgenossenschaften werde das Kapital gewonnen, das erforderlich sei als

Grundlage für die Schaffung der übrigen gewerblichen Genossenschaften. Bei der Gründung von Werkgenossenschaften soll große Vorsicht angewandt werden. Sie darf nur dann geschehen, wenn das Bedürfnis unzweifelhaft nachgewiesen ist, das nötige Kapital zur Verfügung steht, die erforderlichen tüchtigen Kräfte für die kaufmännische und technische Leitung vorhanden sind und die Rentabilität gesichert ist.

Der Krieg brachte schwerwiegende Eingriffe wie in die private Tätigkeit überhaupt, so vor allem in diejenige der Handwerker. Insbesondere das Hilfsdienstgesetz vom 5. Dezember 1916 gab den Behörden das Recht, kleine Betriebe stillzulegen und mit anderen zusammenzufassen. Naturgemäß erregte das bei den Beteiligten lebhaftes Unzufriedenheit. Der am 7. Juli 1919 in Berlin abgehaltene Verbandstag faßte deshalb einen Beschluß, in dem die Planwirtschaft als die Vorstufe einer Kommunalisierung des selbständigen Gewerbes mit der Begründung bekämpft wird, daß sie den letzten Rest des deutschen Wirtschaftslebens zerstören werde. Bei etwaiger Kommunalisierung sollen deshalb die selbständigen Gewerbetreibenden und deren Genossenschaften jedenfalls ausgeschlossen werden. —

Für die Organisation des Hauptverbandes ist oberster Grundsatz die weitgehendste Selbständigkeit der einzelnen Genossenschaften. Nur deshalb, weil die Preußenkasse nicht mit diesen in Geschäftsverkehr tritt, hat man Zentralkassen für die verschiedenen Verbandsbezirke gebildet. Beitrittsberechtigt sind neben den Revisionsverbänden auch allein-stehende Genossenschaften sowie Handwerks-, Gewerbe- und Kleinhandelskammern. Der Genossenschaftstag setzt sich zusammen aus Vertretern der unmittelbaren und der mittelbaren Mitglieder. Den Vorstand bilden zwei Verbandsdirektoren und je ein Vertreter der Revisionsverbände, der Zentralkassen und der Handwerks- oder Gewerbekammern sowie deren Syndikus. Der Verbandsausschuß besteht aus dem Vorstande, den Direktoren der Revisionsverbände und je einem Vertreter der Handwerks- oder Gewerbekammern sowie drei vom Ausschusse selbst hinzugewählten Personen. Literarisches Organ ist das Deutsche Genossenschaftsblatt.

Auf dem Genossenschaftstage in Naumburg am 20./23. April

1920 hat sich der Hauptvorstand mit dem Allgemeinen Verbands zu dem Deutschen Genossenschaftsverbande verschmolzen¹⁾. —

Die äußere Entwicklung des Hauptverbandes hat sich in folgender Weise vollzogen:

Jahr	Kreditgenossenschaften		Rohstoff-, Magazin-, Werk- und Produktiv- genossenschaften		Insgesamt	
	Vereine	Mitglieder	Vereine	Mitglieder	Vereine	Mitglieder
1904	224	38 393	105	4 784	329	43 177
1905	283	50 681	199	4 594	482	55 375
1906	304	55 332	300	7 138	604	62 470
1907	317	59 991	329	9 500	646	69 491
1908	329	65 219	370	10 692	699	75 911
1909	365	70 770	312	14 287	677	85 057
1910	362	85 350	337	16 954	699	102 304
1911	363	71 772	341	19 708	704	91 480
1912	448	116 728	375	25 176	823	141 904
1913	427	119 698	349	28 294	776	147 992
1914	438	118 453	365	29 711	803	148 164
1915	435	114 320	430	36 007	865	150 327
1916	432	103 240	534	39 548	966	142 788
1917	432	108 723	822	54 043	1254	162 766
1918	353	92 809	991	66 506	1344	159 315
1919	334	91 451	1096	97 727	1430	189 178

Jahr	Genossen- schaften	davon haben berichtet	Mit- glieder	Geschäfts- anteile, Geschäfts- guthaben M	Haftsumme		Umsatz M	Rein- gewinn M
					Reserven M	fremde Gelder M		
1904	224	224	38 393	6 650 046	2 326 655	62 960 323	616 632 736	694 917
1905	283	250	50 681	8 643 913	2 862 798	75 995 722	756 417 076	928 916
1906	304	267	55 332	9 924 950	3 337 551	86 352 066	900 677 523	1 218 684
1907	317	290	59 991	11 393 204	3 835 927	98 397 963	1 034 078 424	1 339 453
1908	329	304	65 219	12 575 464	4 477 902	109 661 099	1 114 961 197	1 296 610
1909	365	326	70 770	14 400 031	4 772 718	118 511 889	1 292 491 112	1 393 593
1910	362	328	65 350	14 197 010	5 088 378	113 524 695	1 559 019 822	1 514 410
1911	363	340	71 772	16 004 990	5 639 571	123 353 354	1 663 912 987	1 790 527
1912	448	406	116 728	30 323 953	11 981 789	291 612 677	3 854 362 903	3 854 184
1913	472	427	119 698	31 943 322	13 230 113	302 192 377	899 354 556	3 897 384
1914	479	438	118 453	33 246 578	14 926 636	304 058 745	887 979 224	3 528 968
1915	489	435	114 320	31 710 047	15 586 345	308 507 852	878 348 476	3 329 950
1916	498	432	103 240	29 620 691	14 958 377	339 379 354	1 005 151 965	3 406 218
1917	504	432	108 723	32 253 269	15 688 378	458 472 315	1 427 028 046	4 296 706
1918	476	353	92 809	33 402 449	16 521 420	576 666 562	1 878 633 019	4 014 503
1919	—	334	91 451	39 287 700	14 616 240	682 342 054	3 413 873 247	5 248 672

¹⁾ Vgl. S. 29 u. 111.

Wie die Zahlen der oberen Tabelle auf S. 97 zeigen, bildeten bis in die neueste Zeit, in der sich das Verhältnis verschoben hat, die Kreditgenossenschaften die weitaus bedeutendste Gruppe. Ihre Entwicklung zeigt die vorstehende Tabelle.

G. Reichsverband deutscher Konsumvereine.

Als die christlichen Gewerkschaften in den 1890er Jahren am Niederrhein und in dem rheinisch-westfälischen Gebiete unter den Arbeitern eine zahlreiche Anhängerschaft fanden, machte sich bei ihnen das Bedürfnis geltend, ihren Mitgliedern Waren aller Art, insbesondere Kartoffeln und Kohlen zu billigen Preisen zu verschaffen. Man versuchte dies zu erreichen durch Einkaufskassen, die von den Ortsgruppen gebildet wurden. Die Beteiligung war auf die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften beschränkt. Am 11. August 1901 wurde eine Zentraleinkaufsgenossenschaft mit dem Sitze in München-Gladbach geschaffen.

Unabhängig von dieser Bewegung fand auch der Gedanke der Gründung allgemeiner Konsumvereine Eingang, aber man wollte dabei den Einfluß der Sozialdemokratie ausschließen. In Mülheim war 1901 ein Konsumverein ins Leben gerufen, der sich ausdrücklich auf den Boden des Klassenkampfes gestellt hatte. Obgleich er nachträglich auch die christlich-nationalen Arbeiter zum Beitritte einlud, lehnten diese die Aufforderung ab und gründeten vielmehr auf Anregung des Vorsitzenden des christlichen Gewerkschaftskartells, Peter Schlack, am 31. Mai 1902 die Konsumgenossenschaft „Eintracht“. Nachdem an anderen Orten dieses Beispiel Nachfolge gefunden hatte, wurde 1904 der Vorschlag gemacht, die auf demselben Boden stehenden Vereine zu einem Revisionsverbände zusammenzuschließen, und obgleich Kaufmann, der Sekretär des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, durch ein Schreiben vom 1. Oktober 1904 darauf hinwies, daß die Gründung besonderer christlich-nationaler Organisationen eine Zersplitterung der Konsumvereinsbewegung bedeute, und daß die bestehenden Vereine sich einem Revisionsverbände des Zentralverbandes anschließen könnten, der einen durchaus neutralen Charakter trage, wurde doch auf einem am 16. Juli 1905 in Neuß abgehaltenen Delegiertentage, der von 42 Vereinen mit 12538 Mitgliedern beschickt war,

den Gewerkschaftskonsumvereinen die Umbildung in Allgemeine Konsumvereine und der Zusammenschluß aller auf nationalem Boden stehenden derartigen Vereine zu einem Gesamtverbande empfohlen. Da die Anstellung eines eigenen Revisionsbeamten einstweilen noch nicht möglich war, so schloß man zu diesem Zwecke ein Abkommen mit dem Verbande der rheinpreußischen landwirtschaftlichen Genossenschaften in Bonn, der eine besondere Konsumvereinsabteilung einrichtete. Aber nach kurzer Zeit war die Bewegung so weit erstarkt, daß das Verhältnis gelöst und am 27. Dezember 1908 der Verband westdeutscher Konsumvereine gegründet werden konnte.

Der Verband war zunächst nur für Westdeutschland bestimmt, aber da auch Vereine aus den übrigen Teilen von Deutschland den Anschluß wünschten, so wurde auf dem am 12./14. Juli 1913 in Duisburg abgehaltenen 6. Genossenschaftstage diese Beschränkung aufgehoben und der Name Reichsverband deutscher Konsumvereine angenommen.

Nach den Satzungen ist der Zweck des Verbandes die Förderung des Konsumvereinswesens durch Neugründung von Vereinen, Unterstützung des gemeinschaftlichen Bezuges von Waren und die Verbreitung von Einkaufsvereinigungen.

Der Sitz des Verbandes war zunächst Mülheim, ist jedoch am 1. Januar 1920 nach Düsseldorf-Reisholz verlegt.

Um den angeschlossenen Vereinen die Beschaffung von Waren zu erleichtern, wurde 1912 die Großeinkaufszentrale deutscher Konsumvereine geschaffen, die in Berlin, Dresden und Nürnberg Zweigstellen sowie in Hamburg ein Importbureau besitzt. Im Jahre 1913 hat der Verband auch eine Verlags- und Versicherungsgesellschaft mit eigener Druckerei gegründet. Der Übergang zur Eigenproduktion wurde 1918 beschlossen, aber zunächst nur in der Form einer Fleischkonservenfabrik zur Ausführung gebracht. Später wurde auch eine Kaffeerösterei sowie eine Druckerei nebst Buchbinderei eingerichtet. Für die Angestellten und Arbeiter der dem Verbande angeschlossenen Organisationen ist eine Unterstützungskasse geschaffen.

Da der Verband zu den christlichen Gewerkschaften in freundschaftlichen Beziehungen steht und deren Mitglieder zum Teil auch ihm angehören, so wird er vielfach als eine Organisation der christlichen Konsumvereine bezeichnet. Er lehnt dies

jedoch durchaus ab und betont, daß ihm Vereine jeder Richtung angehören können, die seine Grundauffassung völliger Neutralität teilen. Der vertretene Standpunkt und der Gegensatz zu anderen Richtungen wird ¹⁾ in folgender Weise zum Ausdruck gebracht:

„Was uns von dem Zentralverbande Hamburg trennt, ist die konsequente Ablehnung, die Konsumgenossenschaftsbewegung weder direkt noch indirekt in den Dienst einer politischen Partei zu stellen. Vom Allgemeinen Verbande trennt uns die klar erkannte Tatsache, daß die Konsumentenbewegung alle Kraft und Energie anwenden muß, um ein Machtfaktor in der Volkswirtschaft Deutschlands zu werden. Nicht eine Ergänzung des privaten Handels, sondern eine neue, selbständige, rationellere, profitausschaltende Warenverteilung soll dieselbe sein, die einen solchen großen Raum und eine solche große Ausdehnung in der Volkswirtschaft erkämpfen will, als die Bereitwilligkeit der Teilnehmer, der Konsumenten es ermöglicht. Wir betonen, daß wissenschaftlich wie praktisch die Tatsache erwiesen ist, daß die genossenschaftliche Warenverteilung und auch die genossenschaftliche Warenproduktion, soweit sie für den organisierten Konsum geschieht, besser ist als die privatkapitalistische. Trotzdem lehnen wir jene Phantasien ab, die auf Grund der konsumgenossenschaftlichen Organisation glauben, eine neue Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Uns genügt die praktische soziale Wirksamkeit der Konsumgenossenschaftsbewegung auf dem Boden der heutigen gegebenen Verhältnisse. Die genossenschaftliche Organisation wird die kapitalistische Wirtschaftsweise nicht verdrängen und nicht ablösen, aber sie wird, wenn sie die in ihr liegenden Kräfte auslöst, der genossenschaftliche Gegenpart des profitheischenden Großkapitals. Sie wird mit unüberwindlicher Kraft mit der Zeit den privatkapitalistischen Profit in die Grenzen zurückdrängen, die volkswirtschaftlich richtig und für die Konsumenten erträglich sind.“

Diesen Grundsätzen entsprechend, führt der Verband einen energischen Kampf nach zwei Richtungen, nämlich einerseits gegen das Großkapital und die kapitalistische Tendenz unseres

¹⁾ Vgl. Jahrbuch des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, Jahrgang 1914.

Wirtschaftslebens, indem er die Notwendigkeit betont, die konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen von den Fesseln des privaten Kapitals zu emanzipieren, aber andererseits auch gegen die Mittelstandsbewegung, wie sie in dem Kartell der schaffenden Stände, dem Reichsdeutschen Mittelstandsverbände, dem deutschen Handwerker- und Gewerbekammertage, dem Zentralverbände deutscher Vereine für Handel und Gewerbe, dem Verbände der Rabattsparvereine Deutschlands und der Mehrzahl der Handelskammern vertreten wird. Wiederholt hat man dagegen protestiert, die Konsumvereine durch Maßregeln der Steuerpolitik zu schädigen oder den Beamten die Beteiligung an ihnen zu erschweren, wobei man beklagte, daß im Reichstage die Verteidigung der Konsumvereine ausschließlich den sozialdemokratischen Abgeordneten überlassen bleibe.

Der prinzipielle Standpunkt des Verbandes wurde auf dem 7. Genossenschaftstage in Saarbrücken am 12./13. Juli 1913 in folgendem Beschlusse ausgesprochen:

„1. Wir sprechen den konsumvereinsfeindlichen Mittelstandsorganen das Recht ab, im Namen des gesamten Mittelstandes zu sprechen, da weite mittelständlerische Kreise der Konsumvereinsbewegung angehören und weitere derselben freundlich gegenüberstehen.

2. Die Genossenschaften der Mittelstandsschichten haben dieselbe Wirkung wie die Konsumvereine, nämlich Zwischenglieder des Handels auszuschalten. Reich, Staat und Kommune fördern die Genossenschaftsbewegung auf alle mögliche Art und Weise. Die Konsumenten betonen demgegenüber auch ihr unantastbares Staatsbürgerrecht auf genossenschaftliche Organisation und lehnen jede Kürzung desselben entschieden ab.

3. Auf Grund dessen ersucht der 7. Genossenschaftstag des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine die gesetzgebenden Körperschaften, allen ausnahmegesetzlichen Maßregeln gegen die Konsumvereine ihre Zustimmung zu versagen.“

Um die Leistungsfähigkeit zu erhöhen, empfahl man die Bildung von Bezirkskonsumvereinen.

Großen Wert legt man darauf, die Festbesoldeten, also Beamte und Privatangestellte, zum Anschlusse an den Verband zu bewegen. Nachdem bereits am 11. November 1913 in Elber-

feld zu diesem Zwecke eine Konferenz von Vertretern einer größeren Anzahl von Beamtenkonsumvereinen veranstaltet war, wurde das Thema auf dem 9. Genossenschaftstage in Münster am 15./16. Juli 1916 eingehend behandelt. Die angenommene EntschlieÙung betonte, die von den Beamtenorganisationen bisher befolgte einseitige Gehaltspolitik sei verfehlt und müsse durch Bestrebungen auf Ermäßigung der Ausgaben ergänzt werden. Die Festbesoldeten würden deshalb aufgefordert, sich an den Konsumvereinen zu beteiligen und sich dem Reichsverbande anzuschließen.

Der am 7./8. September 1919 in Hagen abgehaltene 12. Genossenschaftstag empfahl den direkten Bezug der Nahrungsmittel von den landwirtschaftlichen Genossenschaften und forderte Anerkennung der Konsumvereine als gemeinnütziger Einrichtungen seitens der Gesetzgebung sowie Sitz und Stimme in den Verwaltungskörperschaften sämtlicher wirtschaftlicher Institute des Reiches. Mit Nachdruck erklärte man sich gegen alle Pläne der Sozialisierung und Kommunalisierung bei der Herstellung und Verteilung von Lebensmitteln.

In derselben Richtung bewegten sich die von dem 13. Genossenschaftstage in Bielefeld am 23./26. Juni 1920 gefaÙten Beschlüsse, die neben der Aufhebung der Zwangswirtschaft auch die Ablehnung aller auf die Bildung von Zwangs-genossenschaften gerichteten Bestrebungen forderten und gegen die Hineintragung politischer Tendenzen in die Genossenschaftsbewegung protestierten.

Der am 24./25. Juli 1921 in Köln abgehaltene 14. Genossenschaftstag behandelte u. a. die Warenversorgung durch die gewerkschaftlichen Organisationen und die Betriebsräte, gegen die er sich erklärte. Außerdem forderte er die Einrichtung von Konsumentenkammern als öffentlich-rechtlicher Organe zur Vertretung der Konsumenteninteressen und empfahl den unmittelbaren Warenbezug der Konsumvereine von den landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Daneben hat man sich eingehend mit der Geschäftsführung der Genossenschaften, insbesondere der Aufstellung der Bilanz und der Revision beschäftigt. Lebhaftes Interesse bringt man der Wohnungsfrage und dem Versicherungswesen entgegen; in letzterer Beziehung hat der Verband sich an der Gründung der

Volksversicherung und der Deutschen Feuerversicherungsgesellschaft beteiligt. Gegen die im Reichstage angeregte und in dem Antrage Faßbender zum Ausdruck gelangte Tendenz, das Genossenschaftswesen unter staatliche Aufsicht zu stellen, hat man nachdrücklich Stellung genommen.

Lebhaftes Interesse bringt man der gesetzlichen Organisation der Verbraucher, der Heranziehung der Frauen zu der genossenschaftlichen Arbeit und dem Bildungswesen entgegen. In fast allen Teilen des Reiches hat der Verband Verbraucherammern ins Leben gerufen. Ebenso ist auf seine Anregung die „deutsche Frauengilde für Gemeinwirtschaft auf verbraucher-genossenschaftlicher Grundlage“ ins Leben gerufen. Dem Bildungszwecke dienen das Genossenschaftsseminar und die Bezirkslehrgänge. Das Seminar ist für die Beamten und Beamtenanwärter der Vereine bestimmt, während in den Lehrgängen die im Nebenamte beschäftigten Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder unterrichtet werden.

Der Verband war 1909 dem Internationalen Genossenschaftsbunde beigetreten, hat aber am 10. Dezember 1913 dieses Verhältnis aus dem Grunde gelöst, weil sein Verlangen, ihm einen Sitz im Vorstande einzuräumen, von dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine, der die ausschließliche Vertretung der deutschen Genossenschaften für sich in Anspruch nahm, bekämpft und daraufhin abgelehnt wurde. Die eingeleiteten Ausgleichsverhandlungen haben nicht zum Ziele geführt. Seine Weigerung, sich mit dem Zentralverbande zu verschmelzen, begründete er damit, daß der letztere unter sozialdemokratischem Einflusse stehe.

Den bei dieser Gelegenheit eingenommenen Standpunkt, daß die Genossenschaftsbewegung durchaus neutral sein müsse, hat der Verband auch zur Geltung gebracht, als der Gedanke auftauchte, eine besondere internationale Organisation der christlichen Genossenschaften ins Leben zu rufen, der zuerst auf einer im Anfang April 1921 in Innsbruck abgehaltenen Konferenz erörtert und dann in einer zweiten Konferenz, die am 21. August 1921 in Zürich tagte, durch die Gründung eines solchen Bundes mit dem Sitze in Rom verwirklicht wurde. Der Verband hatte sich freilich in Zürich vertreten lassen, aber seine Stellungnahme

zu dem Unternehmen vorbehalten. Er hat dann seinen Beitritt mit der Begründung abgelehnt, daß er als Ziel betrachte, die Genossenschaftsbewegung streng auf die Verfolgung genossenschaftlicher Aufgaben zu beschränken und alle fremdartigen Beimischungen von ihr fernzuhalten, daß aber die Gründung einer internationalen Organisation auf spezifisch christlicher Grundlage mit dieser Auffassung um so weniger vereinbar sei, als befürchtet werden müsse, daß die Organisation einen einseitigen katholischen Charakter tragen werde.

Der Verband besteht aus den ihm beigetretenen Genossenschaften, die in zwei Bezirke (Westdeutschland und Süddeutschland) geteilt sind, sowie den beiden ihm angeschlossenen Zentralinstituten: der Großeinkaufszentrale und der Verlags- und Versicherungsgesellschaft. Beide sind formell selbständig als Gesellschaften m. b. H. organisiert. Oberste Instanz ist der Verbandstag. Er wählt den aus 7 Personen bestehenden Verbandsvorstand und einen aus diesem hervorgehenden geschäftsführenden Vorstand von drei Personen. Der erstere in Verbindung mit dem Vorsitzenden der Bezirksvorstände sowie 6 vom Verbandstage zu wählenden Beisitzern und je einem Vertreter der beiden Zentralinstitute bilden den Verbandsausschuß. Literarische Organe sind die „Konsumgenossenschaftliche Praxis“ und der „Konsumverein“. —

Die äußere Entwicklung des Verbandes und der Großeinkaufszentrale ergeben folgende Tabellen:

I. Verband.

Jahr	Vereine	Mitglieder	Umsatz <i>M</i>
1910	78	52 715	18 658 316
1911	101	76 002	29 723 407
1912	127	97 606	36 439 834
1913	159	143 144	53 200 017
1914	185	171 249	65 826 086
1915	191	189 086	61 675 122
1916	233	285 871	79 600 955
1917	249	308 865	71 892 461
1918	274	354 293	85 595 025
1919	331	411 324	166 958 119
1920	418	493 621	529 597 834

II. Großeinkaufszentrale.

Jahr	Kapital <i>M</i>	Umsatz <i>M</i>	Gewinn <i>M</i>	Reserven <i>M</i>	Gewinn- anteile <i>M</i>	Waren- rückver- gütungen <i>M</i>
1912	120 000	3 185 828,60	14 361,83	11 500,—	2 945,84	9 444,56
1913	200 000	9 480 267,65	61 364,70	56 659,74	6 143,55	18 218,62
1914	200 000	11 487 355,09	68 736,97	124 000,—	7 864,83	21 907,07
1915	200 000	10 412 674,10	76 568,12	185 485,83	8 744,75	18 879,85
1916	200 000	7 403 263,49	78 597,57	253 445,15	9 218,70	35 454,30
1917	500 000	3 095 085,38	18 567,78	324 006,96	14 349,70	5 765,40
1918	800 000	5 296 922,42	32 252,01	343 332,24	21 545,42	6 344,70
1919	800 000	26 845 514,86	129 965,10	390 766,72	27 587,63	35 412,85
1920	1210 000	105 973 346,47	50 094,48	343 169,53		

H. Preußische Zentral-Genossenschaftskasse.

Mit der Entwicklung des wirtschaftlichen Lebens und der Wohlhabenheit in Deutschland war auch das Geld- und Bankwesen zu hoher Blüte gelangt, aber die sich hieraus ergebenden Vorteile waren im wesentlichen nur den Großbetrieben zugute gekommen, da die geschaffenen Einrichtungen lediglich deren Verhältnissen angepaßt waren. Das hatten auch Männer wie Schulze und Raiffeisen richtig erkannt, und ihre Bestrebungen, dem gewerblichen und landwirtschaftlichen Mittelstande zu helfen, waren deshalb in erster Linie darauf gerichtet gewesen, ihnen durch genossenschaftliche Organisation des Kredits das fehlende Betriebskapital zu verschaffen.

Aber das war bis dahin nur in recht beschränktem Maße gelungen, und zwar aus mehreren Gründen. Zunächst waren die Genossenschaftsbanken wegen der unzureichenden Ausdehnung ihres Betriebes, die schon durch die Zersplitterung des Genossenschaftswesens gegeben war, nicht imstande, mit den bestehenden großen Vermittelungsanstalten des privaten Geldverkehrs in Konkurrenz zu treten und den Anschluß an den freien Geldmarkt zu gewinnen. Aber diesem quantitativen Mangel trat ein qualitativer zur Seite. Das Bank- und Börsenwesen hatte, wie bereits bemerkt, seine Ausbildung erhalten im Interesse der gewerblichen Großbetriebe und war deshalb auf dessen Bedürfnisse zugeschnitten. Das galt in doppelter Beziehung, nämlich einerseits insofern, als nur kurzfristiger Kredit gewährt und auf rasche Abwicklung der eingegangenen Verbindlichkeiten Gewicht gelegt wurde, andererseits in der Beziehung, daß man

als Grundlage, auf welcher der Kredit bewilligt wurde, nur das vorhandene Barvermögen anerkannte. Beide Bedingungen konnten von den Genossenschaften nicht erfüllt werden; denn nicht allein bedurften ihre Mitglieder längerer Kreditfristen als die Großbetriebe, sondern sie waren auch außerstande, ausreichende bare Geldmittel anzusammeln, die Grundlage ihres Kredites bestand vielmehr in erster Linie in der Haftpflicht ihrer Mitglieder.

Als das Genossenschaftswesen in immer weiteren Kreisen und insbesondere auch bei den politischen Parteien und der Regierung Sympathien fand, machten sich Bestrebungen geltend, die darauf gerichtet waren, diesen Mängeln durch einen Eingriff des Staates abzuhelpen. Auf eine von konservativer Seite ausgegangene Anregung im preußischen Landtage erklärte der Finanzminister Miquel am 3. Mai 1895, daß die Regierung bereit sei, den geäußerten Wünschen Rechnung zu tragen, und schon am 10. Juni wurde ein Gesetzentwurf vorgelegt, der diese Zusage einlöste. Er fand die Zustimmung der Volksvertretung, und das Gesetz wurde am 31. Juli 1895 verkündet. Die durch dasselbe geschaffene Preußische Zentral-Genossenschaftskasse begann am 1. Oktober ihre Tätigkeit.

Man wählte als Form weder die einer Genossenschaft noch die einer Aktiengesellschaft, sondern die einer staatlichen Anstalt, die aber ein selbständiges Rechtssubjekt bildet, so daß ihr Vermögen von dem des Staates getrennt ist und dieser für ihre Verbindlichkeiten nicht haftet. Das Grundkapital, das anfangs 5 Millionen Mark betrug und durch die Gesetze vom 8. Juni 1896, 20. April 1898, 13. Juni 1909 und 5. September 1918 auf 20, 50, 75 und 125 Millionen erhöht wurde, ist der Kasse aus staatlichen Mitteln gegen mäßige Verzinsung zur Verfügung gestellt. Die Verwaltung liegt in der Hand eines kollegial zusammengesetzten Direktoriums, dem ein weiterer und ein engerer Ausschuß mit beratender Stimme zur Seite steht. Die Mitglieder dieser Organe werden von den zuständigen Ministern der Finanzen, des Handels und der Landwirtschaft ernannt. Außerdem ist die Anstalt der Aufsicht des Finanzministers unterstellt und hat dessen Anordnungen Folge zu leisten.

Aufgabe der Kasse ist nach dem Gesetz: „die Förderung des Personalkredits, insbesondere des genossenschaftlichen Personal-

kredits“. Zu diesem Zwecke soll sie den Geldausgleich unter den Genossenschaften besorgen, indem sie zeitweilig überflüssige Bestände verzinslich aufnimmt und entweder an andere Genossenschaften möglichst billig weiterverleiht oder dem allgemeinen Geldmarkte zuführt. Daneben werden auch die sonst üblichen Bankgeschäfte betrieben. Bei ihrer Tätigkeit soll die Kasse den besonderen Bedürfnissen der Kreise Rechnung tragen, zu deren Gunsten sie geschaffen ist, insbesondere durch langfristige Kredite und dadurch, daß diese nicht nur nach dem vorhandenen Barvermögen, sondern auch nach den Haftsummen bemessen werden. Dabei ist jedoch Rücksicht auf deren Realisierbarkeit ¹⁾, d. h. darauf zu nehmen, ob die Verpflichteten in der Lage sind, im Notfalle die Beträge, für die sie haften, in der Tat zu zahlen. Endlich soll die Kasse überhaupt die Ausbreitung der Genossenschaften fördern, ohne jedoch selbst solche zu gründen. Sie tritt übrigens in Geschäftsverkehr nicht mit den einzelnen Genossenschaften, sondern nur mit den Verbänden. Deren Sache bleibt es, das erhaltene Geld, für das sie haften, nach ihrem Ermessen an die ihnen angeschlossenen Organisationen weiterzugeben.

In das Selbstverwaltungsrecht der Genossenschaften soll grundsätzlich nicht eingegriffen werden, aber es liegt im Interesse der Verbände, ihren Geschäftsbetrieb der Aufsicht der Kasse zu unterstellen sowie darüber die vorgeschriebenen Nachweise zu liefern und außerdem eine „Ausschließlichkeitserklärung“ abzugeben, durch die sie sich verpflichten, ihre überschüssigen Beträge nur an diese abzuliefern und Geld nur von ihr zu beziehen, denn Verbände, die diese Bedingungen erfüllen, erfahren in mehrfacher Beziehung, insbesondere auch hinsichtlich der Höhe der Zinsen, eine Vorzugsbehandlung.

Die Gründung der Zentralgenossenschaftskasse sowie ihre Geschäftstätigkeit fand bei den bestehenden genossenschaftlichen Organisationen eine sehr verschiedene Beurteilung, wobei

¹⁾ Im Gesetze wird von „Vertretbarkeit“ gesprochen. Das ist ein juristisch völlig verfehelter Ausdruck, denn vertretbar (fungibel) nennt man solche Gegenstände, die generisch, d. h. nach Maß und Zahl bestimmt werden, im Gegensatze zu individuellen. Eine vertretbare Handlung ist eine solche, für die der betreffende Mensch die Verantwortung trägt. Beides trifft hier nicht zu.

zum Teil deren grundsätzliche Stellung und Auffassung sich geltend machte.

Völlig ablehnend verhielt sich der Allgemeine Verband, der das Genossenschaftswesen ausschließlich auf die Selbsthilfe gründen will und in der Einmischung des Staates eine schwere Schädigung erblickt.

Zu einem ähnlichen Ergebnisse gelangte der Zentralverband deutscher Konsumvereine, wenngleich aus anderen Gründen. So wenig er auf dem Standpunkte steht, jeden Einfluß des Staates auf das Wirtschaftsleben grundsätzlich zu verwerfen, so brachte er doch der preußischen Regierung, bei der er eine wenig arbeiterfreundliche Gesinnung voraussetzte, kein Vertrauen entgegen, und zwar im vorliegenden Falle um so weniger, als die Tendenz des ganzen Unternehmens, nämlich die Förderung des Mittelstandes, in den Kreisen der Mitglieder nicht gebilligt wurde. Übrigens sind auch die Konsumvereine von allen Arten der Genossenschaften diejenige, die am wenigsten darauf angewiesen ist, größere Geldmittel zu beanspruchen.

Der Raiffeisensche Generalverband beschloß auf dem Verbandstage in Kassel am 28. Mai 1895, zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen, aber jedenfalls die volle Selbstständigkeit seiner Einrichtungen zu wahren. Später wurden die Beziehungen freundlicher, und als die Zentraldarlehnskasse das Bedürfnis empfand, über größere Geldmittel zu verfügen, als ihr von den beteiligten Genossenschaften zuflossen, wurde am 11./18. April 1905 zwischen ihr und der Zentralgenossenschaftskasse eine Interessengemeinschaft vereinbart. Nach dem abgeschlossenen Vertrage beteiligte sich die Zentraldarlehnskasse an der Zentralgenossenschaftskasse durch den Eintritt von 6 Mitgliedern in deren weiteren Ausschuß sowie mit einer Einlage von mindestens 2 Millionen Mark, wofür ihr in dieser Höhe ein Vorzugszinssatz bewilligt wurde. Der Geld- und Kreditverkehr mit den preußischen Verbandskassen der Zentraldarlehnskasse sollte von dieser auf die Zentralgenossenschaftskasse übergehen; dasselbe sollte auch für die Einzelgenossenschaften, soweit sie auf Preußen entfallen, angestrebt werden.

Aber bald machten sich Meinungsverschiedenheiten geltend, welche die Auslegung des Vertrages und die künftige Gestaltung des beiderseitigen Verhältnisses betrafen. Die Zentralgenossen-

schaftskasse erklärte deshalb am 1. März 1911 die Interessengemeinschaft für aufgelöst. Allerdings war sie zu neuen Verhandlungen bereit, stellte aber für sie die Bedingung, die Zentraldarlehnskasse sollte ihren gesamten Geld-, Kredit- und Bankverkehr mit den Einzelgenossenschaften auf die provinziellen Verbandskassen übertragen. Da dies tatsächlich die Auflösung der Zentraldarlehnskasse bedeutet haben würde, lehnte diese den gemachten Vorschlag ab, und seitdem besteht eine nähere Verbindung zwischen den beiden Organisationen nicht mehr.

Mit großer Freude wurde die Gründung der Zentralgenossenschaftskasse begrüßt von dem Reichsverbande der ländlichen Genossenschaften, der auf den Tagungen in Neustadt 1895, Stettin 1896 und Dresden 1897 das Unternehmen als eine sozialreformerische Tat im Interesse der schwer gedrückten Landwirtschaft feierte. Aber bald machte sich auch hier ein Konkurrenzverhältnis geltend, welches darauf beruhte, daß die Zentralgenossenschaftskasse das Ziel verfolgte, zunächst wenigstens für Preußen das gesamte landwirtschaftliche Kreditwesen an sich zu ziehen. Verschärft wurde dieser Gegensatz, als 1902 der Reichsverband die „Landwirtschaftliche Reichsgenossenschaftsbank“ ins Leben rief, die sich die Aufgabe stellte, ihre Tätigkeit auf ganz Deutschland auszudehnen. Das verstieß, soweit es sich um Preußen handelt, gegen die bezeichneten Bestrebungen der Zentralgenossenschaftskasse. Diese forderte deshalb, die Reichsgenossenschaftsbank sollte ihre Tätigkeit auf die außerpreußischen Gebiete beschränken, und da das abgelehnt wurde, so kam es zu einem Kampfe, in dem die Zentralgenossenschaftskasse alle Genossenschaften, die zu der Reichsgenossenschaftsbank in Beziehungen traten, von dem Geschäftsverkehr mit ihr ausschloß. Da sie über die größere Machtstellung verfügte, so war schließlich der Reichsverband gezwungen, nachzugeben, und 1904 wurde ein Abkommen getroffen, das der gestellten Forderung entsprach. Die Reichsgenossenschaftsbank erwies sich jedoch auf dem ihr jetzt zugewiesenen beschränkten Gebiete als nicht existenzfähig; sie mußte deshalb 1912 in Liquidation treten, und ihre Geschäfte wurden zum größten Teil von der Zentralgenossenschaftskasse übernommen, die dadurch ihre Tätigkeit auch auf nichtpreußisches Gebiet ausdehnte.

Daß der Hauptverband gewerblicher Genossenschaf-

ten mit der Zentralgenossenschaftskasse engere Beziehungen unterhält, ergibt sich aus dessen oben mitgeteilter Entstehungsgeschichte. Er steht allerdings nicht auf dem Standpunkte, die Organisation des Handwerks grundsätzlich unter staatliche Leitung zu stellen, und wünscht nicht dessen dauernde Unterstützung, aber er hält eine feste Anlehnung an die staatlichen Schutzeinrichtungen so lange für erforderlich, bis die eigene Kraft ausreichend entwickelt ist, um zu größerer Selbständigkeit übergehen zu können. Daß bisher die dem Hauptverbande angeschlossenen Genossenschaften von der ihnen durch die Zentralgenossenschaftskasse zur Verfügung gestellten Hilfe noch nicht in dem als möglich und wünschenswert anzusehenden Maße Gebrauch gemacht haben, hat seinen Grund darin, daß ihre Entwicklung noch nicht weit genug fortgeschritten ist, um den von der Kasse aufgestellten Bedingungen genügen zu können.

Die Zentralgenossenschaftskasse wurde unter einem doppelten Gesichtspunkte gegründet: einerseits dem banktechnischen des Geldausgleiches und des Anschlusses der Mittelstandskreise an den allgemeinen Geldmarkt, andererseits dem sozialen, nämlich der billigen Geldbeschaffung für diese Kreise. Anfangs stellte sie die letztere Aufgabe durchaus in den Vordergrund, aber dabei ergab sich die Gefahr, daß die in dieser Weise Begünstigten das ihnen gegebene Geld zum Zwecke der Spekulation benutzten. Man sah sich deshalb gezwungen, hinsichtlich der Zinspolitik dasselbe Verfahren zur Anwendung zu bringen wie die Reichsbank.

Die Tätigkeit der Zentralgenossenschaftskasse ist in erster Linie den landwirtschaftlichen Genossenschaften zugute gekommen, und die gewerblichen sind dabei stark zurückgetreten. Das ergibt sich aus folgenden Ziffern. Am Schlusse des Finanzjahres 1918/19 stand die Kasse im Geschäftsverkehr mit 53 Verbandskassen und Vereinigungen, unter denen sich 9 außerpreußische befanden. Sie umfaßten 15101 Genossenschaften mit 1791016 Mitgliedern. Von den 53 Organisationen entfielen 23 mit 1130 Genossenschaften und 217003 Mitgliedern auf die gewerblichen, dagegen 30 mit 13971 Genossenschaften und 1574013 Mitgliedern auf die landwirtschaftlichen Kreise.

J. Einigungsbestrebungen.

Wie die Darstellung der geschichtlichen Entwicklung zeigt, beruht die Mannigfaltigkeit der bestehenden genossenschaftlichen Organisationen nicht auf zufälligen und nebensächlichen Umständen, sondern auf Verschiedenheiten der prinzipiellen Auffassung. Es ist deshalb begreiflich, daß zwischen ihnen zunächst ein starker Gegensatz bestand, der wiederholt in heftigen Kämpfen zum Ausdruck gelangte. Später überzeugte man sich jedoch in steigendem Maße, daß nicht allein auf diese Weise das, was man gemeinsam erstrebte, beeinträchtigt wurde, sondern daß eine gewisse Arbeitsteilung auch sachlich berechtigt und nützlich ist. So besserten sich die gegenseitigen Beziehungen, und teilweise kam es sogar untereinander zu formellen Vereinigungen oder wenigstens zu losen Bündnissen.

Einen Vorgang dieser Art haben wir bereits mitgeteilt, nämlich die 1905 zwischen dem Generalverbande der Raiffeisen-Organisationen und dem Reichsverbande landwirtschaftlicher Genossenschaften erfolgte Vereinigung, die freilich keine völlige Verschmelzung bedeutete, aber immerhin einer solchen ziemlich nahe kam. Wie ebenfalls erwähnt, wurde sie 1913 wieder gelöst, aber trotzdem ist das gegenseitige Verhältnis beider Verbände durchaus freundlich geblieben, und bei vielen Gelegenheiten haben sie wichtige Schritte gemeinsam unternommen.

Auch zwischen dem Allgemeinen Verbande und dem Hauptverbande gewerblicher Genossenschaften bestand ein Gegensatz prinzipieller Art. Allerdings hatten beide Verbände insofern dasselbe Ziel, als sie die günstigere Stellung der Handwerker erstrebten, aber indem der Allgemeine Verband jede Staatshilfe verwarf und es deshalb auch ablehnte, zu der preußischen Zentralgenossenschaftskasse in Beziehungen zu treten, während der Hauptverband nicht allein eine andere Grundauffassung hatte, sondern die ihm angeschlossenen Genossenschaften größtenteils gerade mit der Unterstützung der Kasse ins Leben gerufen wurden, waren beide durch eine Verschiedenheit der Ansichten von tiefgreifender Bedeutung getrennt. Immerhin machte sich im Laufe der Zeit das Gefühl für die natürliche Bundesgenossenschaft in steigendem Maße geltend,

und da auch die Zentralorganisationen der Handwerker, insbesondere der Deutsche Handwerker- und Gewerbekammertag durch seinen Generalsekretär Dr. Meusch, sich bemühten, einen Ausgleich herbeizuführen, so gelang es, nachdem zunächst Verhandlungen dieser Art, die im Herbst 1915 eingeleitet waren, sich zerschlagen hatten, am 24. Oktober 1917 eine Interessengemeinschaft abzuschließen. Die Vereinbarung lautete: „Die Verbände werden in allen das gewerbliche Genossenschaftswesen betreffenden Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung vor Ergreifung ihrer Maßnahmen miteinander Fühlung nehmen, um ein gemeinschaftliches Vorgehen zu ermöglichen. Soweit hierbei Einvernehmen erzielt wird, werden die Verbände die weiteren Schritte gemeinsam unternehmen.“

Die Interessengemeinschaft war nur die Vorläuferin einer engeren Verbindung¹⁾, über die man Anfang 1919 in Verhandlungen eintrat. Gefördert wurden diese Bestrebungen durch die bereits früher erwähnte, am 16. Oktober 1919 erfolgte Gründung des Reichsverbandes des deutschen Handwerks, der alle Organisationen der Handwerker zu einem Einheitsverbande zusammenfaßte, und dem sowohl der Allgemeine Verband wie der Hauptverband beitrug. Schwierigkeiten ergaben sich allerdings daraus, daß der erstere zu der Dresdener Bank in einer festen Geschäftsbeziehung stand, während der letztere zur Besorgung seines Geldverkehrs sich der preußischen Zentralgenossenschaftskasse bediente. Nach längeren Verhandlungen gelang es jedoch dem aus Vertretern beider Verbände zusammengesetzten Ausschusse, der unter dem Vorsitz des Dr. Meusch tagte, in den Sitzungen vom 19. September und 28. November 1919, zu denen auch die beiden Banken zugezogen wurden, eine Verständigung zu erzielen, die am 12. und 27. Januar 1920 von den beiderseitigen Zentralorganen gebilligt wurde und darauf hinauslief, daß der Hauptverband zugunsten des Allgemeinen Verbandes, der den Namen „Deutscher Genossenschaftsverband“ annehmen sollte, sich aufzulösen und diesem sein Vermögen zu übertragen habe. Hinsichtlich der Geschäftsverbindung

¹⁾ In Nr. 13 der Blätter für Genossenschaftswesen, Jahrg. 1919, schreibt Dr. Crüger, an der Interessengemeinschaft habe weder der eine noch der andere Verband eine besondere Freude erlebt.

wurde vereinbart, daß die Genossenschaften in dieser Beziehung volle Freiheit haben, und daß an den bisher bestehenden Verbindungen nichts geändert werden solle, so daß es auch dabei bleibe, daß die Preußenkasse nur mit den Zentralkassen, dagegen die Dresdener Bank mit den Einzelgenossenschaften arbeite; doch soll ein Zusammenwirken beider Institute angestrebt werden.

Das so getroffene Abkommen wurde dann auf den am 20. bis 23. April 1920 in Nauheim abgehaltenen Tagungen beider Verbände einstimmig genehmigt, und nachdem der Hauptverband seine Auflösung beschlossen hatte, wurde in unmittelbarer Verbindung damit die erste Tagung des Deutschen Genossenschaftsverbandes eröffnet.

In organisatorischer Hinsicht wurde die Änderung vorgenommen, daß eine Anwaltschaft eingerichtet wurde, die aus dem Anwalte und zwei anderen Mitgliedern besteht und über alle grundlegenden Fragen zu entscheiden hat. Ist in diesem Organe keine Einstimmigkeit zu erreichen, so ist ein Beschluß des engeren Ausschusses herbeizuführen.

Hat hierdurch der Allgemeine Verband einen erheblichen Zuwachs erhalten, so hat er auf der anderen Seite einen Verlust dadurch erlitten, daß die große Mehrzahl der Konsumvereine, die ihm bisher angehört hatten, zu dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine übergetreten ist. Wie oben mitgeteilt, hatten in dem Allgemeinen Verbande die Kreditgenossenschaften ein so erhebliches Übergewicht erlangt, daß ihnen gegenüber die Konsumvereine sich in die zweite Linie zurückgedrängt fühlten. Dazu kam die starke Anziehungskraft, welche die gewaltige Organisation des Zentralverbandes naturgemäß auf die außerhalb seines Rahmens stehenden Vereine ausübte, und die durch die von der Großeinkaufsgesellschaft gewährten Vorteile noch weiter unterstützt wurde. So machte sich unter den dem Allgemeinen Verbande angeschlossenen Konsumvereinen Bestrebungen geltend, die auf eine Verbindung mit dem Zentralverbande abzielten. Unter diesen Umständen entschloß sich Dr. Crüger, mit dem letzteren in Verhandlungen zu treten. Sie hatten nach längerer Dauer das Ergebnis, daß am 27. März 1920 ein Abkommen getroffen wurde, durch das man sich über gewisse Richtlinien verständigte. In ihnen wurde ausgesprochen, daß denjenigen Konsumvereinen, die von dem

Allgemeinen Verbands zu dem Zentralverbande überzutreten wünschten, von dem ersteren keine Schwierigkeiten in den Weg gelegt werden sollten, während andererseits der letztere sich verpflichtete, in dieser Richtung keinerlei Druck auszuüben und sich jeder Agitation gegen den Allgemeinen Verband zu enthalten. Den übertretenden Vereinen wurde eine Vertretung im Ausschusse des Zentralverbandes gewährt sowie zugesichert, daß auf ihre Eigenart tunlichste Rücksicht genommen werden solle.

Ist schon durch diese Vorgänge der Gegensatz zwischen Gruppen, die bis dahin sich vielfach offen und heftig bekämpft hatten, teils beseitigt, teils wenigstens wesentlich gemildert, so ist man sich in neuerer Zeit auch sonst näher getreten. Nicht allein die beiden großen landwirtschaftlichen Zentralverbände pflegen gegenseitig zu ihren Tagungen Vertreter zu entsenden, sondern auch bei den übrigen Organisationen ist dies üblich geworden. Außerdem hat man mehrfach gemeinsame Schritte unternommen, um bei der Sicherung der Beschaffung und Verteilung der Nahrungsmittel mitzuwirken, den sich breit machenden Wucher zu bekämpfen und die Rechte der Arbeiter, Angestellten und Beamten zur Geltung zu bringen. Insbesondere traten zu diesem Zwecke im Dezember 1914 die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen aller Richtungen nebst einer Reihe von gemeinnützigen Vereinigungen mit einer Gesamtzahl von 7 Millionen Mitgliedern zusammen und bildeten den Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen, der einen geschäftsführenden Vorstand wählte, ein festes Bureau einrichtete und während der gesamten Dauer des Krieges tätig war.

Am 12. Dezember 1916 wurde in Mannheim auf Anregung der dortigen Handelshochschule eine Konferenz veranstaltet, die den Zweck verfolgte, gemeinsame genossenschaftliche Angelegenheiten in unverbindlicher Weise zu besprechen und dadurch die verschiedenen Richtungen gegenseitig näher zu bringen. An der Konferenz beteiligten sich außer der Großeinkaufsgesellschaft des Zentralverbandes auch Vertreter der Raiffeisenorganisationen, des Allgemeinen Verbandes und verschiedener Baugenossenschaften. Es wurde ein Ausschuß eingesetzt mit dem Auftrage, die erforderlichen Schritte zu tun, um einen „Neutralverein zur Förderung des Genossenschaftswesens“ ins Leben zu rufen. Einen praktischen Erfolg hat das

Unternehmen nicht gehabt, da der gleich zu erwähnende „Freie Ausschuß“ in seiner Sitzung vom 14. Februar 1917 erklärte, es nicht unterstützen zu wollen, denn die in Mannheim ins Auge gefaßte Aufgabe sei bereits von dem Ausschusse übernommen.

Von wesentlich größerer Bedeutung war die Gründung dieses Freien Ausschusses. Schon 1907 hatte Dr. Crüger auf dem Genossenschaftstage des Allgemeinen Verbandes in Leipzig betont, daß eine Verständigung der genossenschaftlichen Zentralorganisationen über eine Reihe wichtiger Fragen nicht bloß in hohem Maße erstrebenswert, sondern auch möglich sei. Im November desselben Jahres wurde von Haas, dem Anwalt des Reichsverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften, eine vertrauliche Besprechung von Vertretern seines Verbandes mit solchen des Raiffeisen-Verbandes und des Allgemeinen Verbandes vorgeschlagen. Sie fand am 7. Januar 1908 in Würzburg statt und beschäftigte sich neben der Stellungnahme zu der Preußenkasse hauptsächlich mit der Frage einer Verbindung des Geld- und Warenverkehrs. Eine Wiederholung dieser Besprechung, die man in Aussicht genommen hatte, unterblieb zunächst, so daß Crüger auf der Tagung seines Verbandes in Stettin 1911 sich veranlaßt sah, den Gedanken von neuem anzuregen. In der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 7. März 1913 gab er ihm bereits die konkrete Ausprägung, daß ein auf völliger Freiwilligkeit beruhender und die Selbständigkeit der beteiligten Verbände unberührt lassender freier Ausschuß aller genossenschaftlichen Organisationen gebildet werden möge, um das Genossenschaftswesen in seiner Gesamtheit zu verfolgen, sowie über wichtigere Angelegenheiten Besprechungen zu veranstalten und gegebenenfalls über sie Beschlüsse zu fassen. Da der Plan von anderer Seite lebhaft begrüßt wurde, erließ er im Oktober 1913 Einladungen an den Reichsverband und den Raiffeisen-Verband zu einer Konferenz. Diese fand am 8. Dezember 1913 in Berlin statt und behandelte in erster Linie die Frage einer Revision des Genossenschaftsgesetzes; daneben beriet man über die Schaffung einer Ausbildungsanstalt für Genossenschaftsbeamte. In einer ferneren, am 28. April 1914 ebenfalls in Berlin abgehaltenen Konferenz verhandelte man über die Handhabung des Revisionsverfahrens.

Der Krieg brachte zunächst eine Unterbrechung dieser

Bestrebungen, aber die neuen Steuergesetze ließen es zweckmäßig erscheinen, sie wieder aufzunehmen. So traten am 16. März 1916 Vertreter des Allgemeinen Verbandes, des Reichsverbandes, des Raiffeisen-Verbandes, des Hauptverbandes gewerblicher Genossenschaften und des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Berlin zu einer Aussprache zusammen, bei der man sich über eine Petition einigte, die an den Bundesrat und den Reichstag gerichtet werden sollte. Damit trat man zum ersten Male an die Öffentlichkeit. Außerdem war damit im praktischen Ergebnis der Freie Ausschuß, wie er vor dem Kriege bestanden hatte, in der erweiterten Form wieder hergestellt, daß an ihm nunmehr auch der Hauptverband und der Zentralverband beteiligt waren. Diese beantragten denn auch formell ihre Aufnahme, die in der Sitzung vom 15. Mai 1916 beschlossen wurde.

Der Ausschuß hat seitdem in unregelmäßigen Zwischenräumen zahlreiche Sitzungen abgehalten und bedeutungsvolle Beschlüsse gefaßt. Grundlegende Meinungsverschiedenheiten sind bei ihnen niemals hervorgetreten. Die wichtigsten Angelegenheiten betrafen: das Reichsstempelgesetz, die Besteuerung der Kriegsgewinne, die Abwendung des Konkursverfahrens, die Verhinderung des Kettenhandels, die Stellung der Genossenschaften in den kriegswirtschaftlichen Organisationen, das Hilfsdienstgesetz, die Versorgung der Kriegshinterbliebenen, den Streit zwischen Sparkassen und Kreditgenossenschaften, die prinzipielle Förderung des Genossenschaftswesens durch die Organe des Reiches, insbesondere die Vertretung im Reichswirtschaftsrate, die Aufsaugung von Kreditgenossenschaften durch die Banken, den Depotzwang, die Körperschaftssteuer, die Zahlung der Steuern durch Kriegsanleihe, die Verhinderung der Kapitalflucht, die Reichsverfassung, den Entwurf des Kommunalisierungsgesetzes und die Genossenschaftsstatistik. Auch auf politischem Gebiete hat sich der Ausschuß betätigt, und zwar im patriotischen Sinne, indem er nicht allein sich um möglichst umfassende Zeichnung der Kriegsanleihe bemühte, sondern auch einen energischen Protest gegen die Deutschland auferlegten Friedensbedingungen erließ und lebhaft für die Einheit des Reiches eintrat.

In dem Ausschusse ist der Reichsverband deutscher Konsumvereine nicht vertreten. Während er zu den beiden

landwirtschaftlichen Organisationen in freundschaftlichen Beziehungen steht und man gegenseitig zu den Verbandstagen Vertreter entsendet, ist das Verhältnis nicht bloß zu dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine, wo es mit Rücksicht auf die Konkurrenzstellung, die insbesondere bei den später zu erörternden Verhandlungen in dem Internationalen Genossenschaftsbunde zum Ausdruck kam, mehr oder weniger erklärlich ist, sondern auch zu dem Allgemeinen Verbande durchaus gegensätzlich. Man erhebt gegen den Verband vor allem den Vorwurf, daß er die Bildung gesonderter Konsumvereine für die Festbesoldeten, also Beamten und Angestellten, empfehle und diese durch unlautere Mittel an sich zu ziehen suche. Allerdings haben zwischen dem Reichsverbande und dem Allgemeinen Verbande im Jahre 1916 Verhandlungen über eine Verschmelzung stattgefunden, aber sie haben, da man sich über die dabei zu stellenden Bedingungen nicht einigen konnte, keinen Erfolg gehabt. Zeitungs-meldungen, die von ähnlichen Verhandlungen zwischen dem Reichsverbande und dem Zentralverbande berichteten, sind von beiden Seiten für unrichtig erklärt.

Dagegen hat das Interesse, eine engere Fühlung zwischen den Organisationen der Verbraucher und der Erzeuger landwirtschaftlicher Bedarfsgegenstände herbeizuführen, das schon früher bei gelegentlichen Besprechungen zum Ausdruck gebracht wurde, in neuester Zeit dahin geführt, eine dauernde feste Verbindung zu schaffen. Dies geschah auf einer am 12. Januar 1922 in Hamburg abgehaltenen Konferenz, an der sich einerseits der Zentralverband deutscher Konsumvereine nebst der Großeinkaufsgesellschaft sowie der Reichsverband deutscher Konsumvereine nebst der Großeinkaufszentrale, andererseits der Generalverband und der Reichsverband landwirtschaftlicher Genossenschaften beteiligte. Nachdem man volles Einverständnis darüber erzielt hatte, daß es erwünscht sei, daß die Verbraucherorganisationen ihre Bedarfsgegenstände unmittelbar von den Erzeugerorganisationen beziehen, wurde der „Wirtschaftsausschuß deutscher Erzeuger- und Verbrauchergenossenschaften“ gegründet, der diesem Zwecke dienen soll und am 18. Januar 1922 seine erste Sitzung abhielt.

Hiernach ist in der deutschen Genossenschaftsbewegung die Bildung einer Einheitsfront bisher noch nicht erreicht, aber

immerhin sind die ersten Schritte in dieser Richtung geschehen, und es ist zu erwarten, daß die gegenseitige Annäherung in der Zukunft noch weitere Fortschritte machen wird. —

Über den Gesamtumfang des deutschen Genossenschaftswesens werden in der Statistischen Korrespondenz Nr. 48 vom 24. Dezember 1921 Ziffern für die Jahre 1919 und 1920 veröffentlicht, die sich freilich nur auf die Zahl der Organisationen beziehen, dagegen diejenige der Mitglieder nicht ersehen lassen. Danach gab es:

	am 1. I. 1920	am 1. I. 1921
Kreditgenossenschaften	19 115	19 983
Rohstoffgenossenschaften, gewerbliche . .	1 679	2 045
„ landwirtschaftl.	3 234	3 669
Wareneinkaufsgenossenschaften	1 027	1 305
Werkgenossenschaften, gewerbliche . . .	302	345
„ landwirtschaftliche	3 285	3 955
Einkaufsgenossenschaften für Maschinen und Geräte	13	17
Magazingenossenschaften, gewerbliche . .	128	140
„ landwirtschaftl.	686	859
Rohstoff- und Magazingenossenschaften, gewerbliche	332	392
Rohstoff- und Magazingenossenschaften, landwirtschaftliche	38	41
Produktivgenossenschaften, gewerbliche .	1 168	1 288
„ landwirt- schaftliche	3 716	3 751
Zuchtvieh- und Weidegenossenschaften .	628	738
Konsumvereine	2 215	2 438
Wohnungs- und Baugenossenschaften . .	2 126	2 546
Vereinshäuser	134	144
Sonstige Genossenschaften	471	656
Insgesamt	40 298	44 307

K. Die Organisation des Kleinhandels.

Die Interessen der Konsumenten stehen im Widerspruche mit denen der Produzenten. Nun ist allerdings jeder Mensch Konsument, aber bei denjenigen Personen, die zugleich selbständige Träger der Produktion sind, überwiegt das hieraus sich

ergebende Produzenteninteresse. Unter den Begriff der Produktion im weiteren Sinne fällt auch der Handel.

Hieraus ergibt sich ein natürlicher Interessengegensatz der Konsumvereine gegen alle Gruppen der Produzenten. Soweit sie die Ausschaltung des Handels erstreben, stoßen sie auf den Widerstand der Kaufleute, soweit sie selbst Waren herstellen, greifen sie in das Gebiet des Handwerks und der Industrie. Da die meisten Handwerker neben ihren eigenen Erzeugnissen zugleich auch fremde feilbieten, also zugleich Kaufleute sind, werden auch sie durch die Konsumvereine geschädigt. Aus diesem Grunde würde eine Darstellung der Genossenschaftsbewegung lückenhaft sein, wenn sie diese gegnerischen Organisationen unberücksichtigt ließe. Wollte man nun das ganze Gebiet erschöpfen, so wäre erforderlich, die gesamte Mittelstandsbewegung zu behandeln. Das ist mit Rücksicht auf den Raum nicht ausführbar. Zunächst müssen die Industrie und das Handwerk außer Betracht bleiben, da hier der Interessengegensatz nur geringe Bedeutung hat. Aber auch hinsichtlich des Handel sind mehrfache Einschränkungen geboten. Zunächst kann nicht der Großhandel, sondern nur der Kleinhandel Berücksichtigung finden. Ferner kann auch dessen Organisation nur insoweit zur Darstellung gelangen, wie sie das ganze Reichsgebiet umfaßt, so daß die lokalen und provinziellen Vereinigungen außer Betracht bleiben müssen. Endlich ist es nicht möglich, selbst die Reichsverbände sämtlich zu behandeln, sondern wir können uns grundsätzlich nur mit denjenigen beschäftigen, deren Aufgabe es ist, die Gesamtinteressen des Kleinhandels zur Geltung zu bringen, nicht aber diejenigen, die sich auf bestimmte Arten von Waren beschränken. Lediglich für eine Gruppe muß hier eine Ausnahme gemacht werden, weil sie die weitaus stärkste ist und in der Kleinhandelsbewegung durchaus die Führung übernommen hat: das sind die Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler ¹⁾.

¹⁾ Außer ihnen bestehen Reichsverbände für Textilwaren, Herrenkleider, Damenkleider, Putzwaren, Wäsche, Herrenausstattungsartikel, Drogen, Feinkost, Lederwaren, Fahrräder und Nähmaschinen, Eisenwaren, Schuhwaren, Beleuchtungsartikel, Porzellan und Glaswaren, Haus- und Küchengeräte, Seife, Spielwaren und Tabak sowie die Deutsche Buchhändlergilde.

a) Einzelne Organisationen.

Wiederholt hat man sich bemüht, den Kleinhändlern günstigere Existenzbedingungen dadurch zu verschaffen, daß man ihnen in irgendeiner Form die Vorteile des Großhandels zugänglich zu machen suchte. In dieser Beziehung verdienen zwei Unternehmungen besonderes Interesse, die freilich gescheitert sind, aber immerhin zeigen, daß es auch in den Kreisen des Kleinhandels nicht an Personen fehlt, die geneigt sind, den Plan einer Besserung in großem Stile anzugreifen.

Die erste dieser beiden Unternehmungen setzte sich das Ziel, nicht nur den Großhandel auszuschalten und dadurch dessen Verdienstanteil dem Kleinhandel zuzuführen, sondern sogar die zum Verkauf zu bringenden Waren selbst herzustellen. Um die Jahrhundertwende war das damals bestehende Zuckersyndikat zu einer Preispolitik übergegangen, durch welche die Handelskreise sich empfindlich geschädigt fühlten. Um dem entgegenzutreten, wurde der Gedanke angeregt, eigene Zuckerfabriken zu errichten. Ein Aufruf, der diesen Vorschlag machte, fand vielfach Zustimmung, und obgleich sich warnende Stimmen erhoben, wurde am 14. Juli 1902 die „Genossenschaft zur Erbauung von Zuckerfabriken“ ins Leben gerufen. In der Tat wurde zunächst in Barby der Bau einer Fabrik in Angriff genommen. Aber man hatte die Schwierigkeiten, die der Ausführung des Planes im Wege standen, erheblich unterschätzt, insbesondere fehlte es an dem erforderlichen Kapital. Dazu kam ein weiterer ungünstiger Umstand. Bis dahin waren durch Schutzzölle und Ausfuhrprämien die Zuckerpreise künstlich hoch gehalten. Durch den am 5. März 1902 von der Brüsseler Zuckerkonferenz gefaßten Beschluß wurden die Prämien beseitigt und die Zölle erheblich herabgesetzt, was einen starken Rückgang der Preise zur Folge hatte. Endlich beschloß das Zuckersyndikat am 31. August 1903 seine Auflösung. Als deshalb Ende 1904 der Bau der Fabrik beendet war, stand man vor wesentlich veränderten Verhältnissen. Trotzdem eröffnete man den Betrieb, aber schon im Februar 1905 mußte der Konkurs angemeldet werden.

Das zweite Unternehmen wollte den Kleinhändlern die Vorteile der Warenhäuser verschaffen. Es ging aus von der Auffassung, die von diesen auf die Kunden ausgeübte Anziehungs-

kraft beruhe überwiegend darauf, daß Waren jeder Art gleichzeitig zum Verkauf ausgebaut und dadurch die Mühe erspart werde, sich in verschiedene Läden zu begeben. Im Juni 1904 wurde in Hagen ein Warenhaus eröffnet, das seine Räume je einem Verkäufer der einschlägigen Warengattung zur Verfügung stellte. Aber man hatte übersehen, daß der Vorsprung der normalen Warenhäuser in ihrer einheitlichen Leitung liegt, die nicht bloß bei der Verwaltung, sondern ebenso auch bei dem Einkauf und dem Verkauf sich geltend macht. In der Tat mußte das Unternehmen schon nach kaum einjährigem Bestehen aufgegeben werden. Noch ungünstiger war das Schicksal eines Ende September 1908 in Berlin gegründeten derartigen Warenhauses, das nur 6 Monate sich halten konnte und dann an Tietz verkauft wurde. Wird man den Grund des Mißerfolges bei den hier erwähnten Unternehmungen in erster Linie darin zu sehen haben, daß sie sich ein zu hohes Ziel gesteckt hatten, so ist es begreiflich, daß man mehr erreichte, als man sich in engeren Grenzen hielt und sich weitergehend an bereits Bestehendes anlehnte. Die beiden Einrichtungen, auf denen hauptsächlich das Übergewicht der Konsumvereine über den Kleinhandel in seiner alten Form beruht, besteht einerseits in dem Rabattsystem, andererseits in dem Großeinkauf. In beiden Beziehungen hat die vorwärtsstrebende Richtung innerhalb der Kleinhandelsbewegung sich bemüht, dem von den Konsumvereinen gegebenen Beispiele zu folgen durch Gründung von Rabattspartvereinen und Einkaufsgenossenschaften. In der Tat hat man dabei bereits beachtenswerte Erfolge erzielt. Das ist in erster Linie darauf zurückzuführen, daß es gelang, die bestehenden Einzelvereine zu zwei Verbänden für ganz Deutschland zusammenzuschließen. Sie sollen im folgenden kurz geschildert werden.

1. Verband der Handelsschutz- und Rabattspartvereine Deutschlands.

Einer der Vorzüge, welche die Konsumvereine gegenüber den Kleinhändlern für sich in Anspruch nehmen, besteht darin, daß sie in der Lage seien, die Waren zu billigeren Preisen zu liefern. Es lag deshalb nahe, daß jene bestrebt waren, hier einen Ausgleich zu schaffen durch Gewährung von Rabatt, indem sie so

zugleich die Barzahlungen begünstigten und dadurch das Borgunwesen bekämpften. Um endlich den Kunden auch den Vorteil zu verschaffen, den die Konsumvereine ihren Mitgliedern dadurch bieten, daß sie die Rückvergütung zu einer bestimmten Zeit in einer größeren Summe zur Auszahlung bringen, tat man den weiteren Schritt, daß man den Rabatt nicht sogleich bei dem Verkauf durch Abzug vom Preise gewährte, sondern Marken ausgab, die am Schlusse des Jahres eingelöst werden. Anfangs versuchten einzelne Unternehmer und Gesellschaften dieses System als Erwerbsquelle für sich zu verwerten, indem sie mit einer Anzahl von Kaufleuten das Abkommen trafen, daß diese gegen die von dem Unternehmer ausgegebenen Marken auf die von ihnen verkauften Waren Rabatt gaben; aber bald gingen die Kaufleute dazu über, sich ihrerseits zu Vereinen zusammenzuschließen, die den gleichen Zweck verfolgen.

Der erste Verein dieser Art wurde am 22. November 1898 in Hannover gegründet. Im April 1899 folgte Bremen, 1900 Stettin, und seitdem hat die Bewegung einen immer steigenden Aufschwung genommen. So konnte man schon bald daran gehen, die einzelnen Vereine zu einer Gesamtorganisation zusammenzuschließen, was dadurch geschah, daß am 12. Juli 1903 auf einer in Magdeburg abgehaltenen Konferenz, an der 30 Vereine teilnahmen, der Verband der Rabattsparvereine Deutschlands gegründet wurde, der 1914 den in der Überschrift bezeichneten Namen annahm. Ihm sind zurzeit 485 Vereine mit 50000 Mitgliedern angeschlossen. Nach den Satzungen bezweckt der Verband, die Entwicklung des Barverkehrs zu fördern, eine gesunde Preisbildung zu bewirken, den Konkurrenzkampf zu mildern, dem unlauteren Wettbewerbe entgegenzutreten, die Interessen der Mitglieder und des Kleinhandels wahrzunehmen sowie die Standesehre und das Standesbewußtsein der Mitglieder zu pflegen. Der Verein besitzt in der Deutschen Rabatt-Sparvereins-Zeitung ein eigenes Blatt.

Als seine wichtigste Aufgabe betrachtet der Verband die Bekämpfung der Konsumvereine und Warenhäuser, indem er bestrebt ist, dem kaufenden Publikum dieselben Vorteile zu bieten wie diese. Er fordert von seinen Mitgliedern, daß sie auf alle Waren mit Ausnahme gewisser Nettoartikel einen Rabatt gewähren, der in der Regel 5 % beträgt. Dieser Rabatt darf

aber nicht in bar, sondern muß in Marken gegeben werden, die am Jahresschlusse einzulösen sind. Dies soll im allgemeinen in barem Gelde geschehen; nur einzelne Vereine liefern statt dessen Waren. Die Rabattmarken sollen den Kunden nicht erst auf Verlangen, sondern unaufgefordert angeboten werden. Die Gewährung von Sonderrabatten an bestimmte Gruppen von Kunden wird ebenso bekämpft wie das Zugabewesen, die Schleuderei, die Wanderlager und das Hausierertum. Dagegen wird der gemeinsame Einkauf gefördert. Kaufleute, die einstweilen einem Vereine nicht beitreten wollen, können Erlaubnisscheine erhalten, die ihnen das Recht geben, die Rabattmarken eines solchen zu benutzen.

Der Verband ist bei seinen Bestrebungen vielfach auf Widerstand gestoßen, und zwar sowohl bei den Fabrikanten wie bei Bäcker- und Schlachterinnungen, die eine Rabattgewährung nicht dulden wollten. Das gilt insbesondere von den Fabrikanten der sog. Markenartikel. Ebenso hat er lebhaft Kämpfe gegen die bereits erwähnten Erwerbs-Rabattgesellschaften geführt, Um dem System entgegenzuwirken, daß die Fabrikanten Niederlagen einrichten, in denen ihre Waren unmittelbar an das Publikum verkauft werden, hat der Verband eine „gelbe Liste“ angelegt, die den Mitgliedern mit der Aufforderung zugestellt wird, von solchen Fabrikanten nichts zu beziehen. Endlich steht der Verband, wie seine Entstehungsgeschichte als selbstverständlich erscheinen läßt, im schroffsten Gegensatze zu den Konsumvereinen, denen er jede Existenzberechtigung bestreitet.

2. Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften.

Der Gedanke, die Kleinhandelsgeschäfte einer Stadt zu Einkaufsvereinen zusammenzuschließen, wurde zuerst 1882 angeregt. Aber damals fehlte es an einer für diesen Zweck geeigneten Rechtsform, da für die Genossenschaften die unbeschränkte Solidarhaft vorgeschrieben war, der sich die beteiligten Kreise nicht unterwerfen mochten. Aus diesem Grunde entstand zunächst nur in Frankfurt a. O. im Jahre 1888 ein solcher Verein. Das Hindernis kam in Wegfall, als durch das Genossenschaftsgesetz vom 1. Mai 1889 die beschränkte Haftpflicht zugelassen wurde. Allerdings fand der Vorschlag, in dieser Weise

vorzugehen, auch jetzt noch starken Widerspruch, der sich insbesondere darauf stützte, daß man es vermeiden müsse, zu den Grossisten in Gegensatz zu treten. Man berief sich darauf, daß, da man den Konsumvereinen illoyale Konkurrenz zum Vorwurfe mache, man nicht gegenüber den Grossisten dasselbe tun dürfe. Vergeblich wurde von den Vertretern des Vorschlages gegen diesen Einwand geltend gemacht, daß die Grossisten die natürlichen Gegner der Detaillisten seien, und daß man auf deren Interesse durchaus keine Rücksicht zu nehmen habe. Trotzdem wurde auf mehreren Versammlungen des Zentralverbandes für Handel und Gewerbe, auf denen man das Thema behandelte, der Gedanke überwiegend abgelehnt. Immerhin wurden in einigen Städten Einkaufsvereine gegründet, und am 1. September 1892 gelang es, auch im Zentralverbande einen Beschluß zur Annahme zu bringen, der eine Zentraleinkaufskommission einsetzte mit dem Auftrage, das erforderliche Material zu beschaffen und den Plan im einzelnen durchzuarbeiten.

Die nächsten Jahre waren der Verwirklichung des Gedankens aus dem Grunde nicht günstig, weil die Mittelstandsbewegung stark in das politische Fahrwasser geriet. Das hatte zur Folge, daß sie sich nicht allein in verschiedene Richtungen spaltete, sondern daß auch die Hoffnung auf staatliche Hilfe die Neigung zur Selbsthilfe erheblich beeinträchtigte. Erst nachdem hierin eine gewisse Ernüchterung eingetreten war, fand der Vorschlag wieder Beifall, und nachdem auch der am 17./18. September 1899 in Antwerpen abgehaltene internationale Mittelstandskongreß sowie die Tagung des Allgemeinen Genossenschaftsverbandes in Hamburg 1900 die Bildung von Einkaufsgenossenschaften empfohlen hatte, gelang es, am 20. Januar 1904 die Zentraleinkaufsgesellschaft deutscher Kolonialwarenhändler mit dem Sitze in Hamburg ins Leben zu rufen. Sie nahm anfangs einen großen Aufschwung, aber bald zeigte es sich, daß die Kleinhandelskreise dem Unternehmen kein ausreichendes Interesse entgegenbrachten, und am 21. Oktober 1907 mußte die in Leipzig abgehaltene Generalversammlung die Auflösung beschließen.

Trotzdem wollte man den Gedanken des Zentraleinkaufs als solchen nicht preisgeben, man hielt es vielmehr für erforderlich, dessen Verwirklichung dadurch vorzubereiten, daß man

zunächst die bestehenden einzelnen Einkaufsvereinigungen untereinander in engere Beziehungen brachte. Diesen Zweck verfolgte der an demselben Tage gegründete Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften. Er ist ein bloßer Revisionsverband und beschränkt sich neben der Besorgung der Revisionen darauf, den angeschlossenen Vereinen Rat und Auskunft zu erteilen sowie zu der Gründung neuer Vereine anzuregen. Er besitzt besondere Abteilungen für Versicherung, Korrespondenz, Verlag und Reklame. Sein literarisches Organ ist die Deutsche Handelsrundschau.

Beschränkt sich hiernach der Verband auf die allgemeine Interessenvertretung, so wollte man doch auch den gemeinsamen Einkauf beibehalten. Man hielt es aber für besser, beide Aufgaben gesonderten Organisationen zu überweisen. Deshalb wurde neben dem Verbandsverbande und formell unabhängig von ihm die Zentral-Einkaufsgenossenschaft gegründet. Während anfangs der Beitritt jedem Kleinhändler frei stand, wurde dies 1910 dahin abgeändert, daß er nur den Mitgliedern des Verbandes gestattet ist; eine Verpflichtung in dieser Beziehung besteht nicht. Die Genossenschaft ist bemüht, die ihr angehörenden Vereine zu möglichst umfassenden Bestellungen dadurch zu veranlassen, daß sie sich nicht auf den schriftlichen Verkehr beschränkt, sondern zu diesem Zwecke Reisende umherschickt. Die Einrichtung von Zentrallagern in den Verkehrsmittelpunkten ist bereits vorgeschlagen, aber noch nicht zur Ausführung gekommen. Dasselbe gilt von der Inangriffnahme der Eigenproduktion, insbesondere der angeregten Gründung einer Selterswasserfabrik seitens der Genossenschaft und von Bäckereien und Kaffeeröstereien seitens der angeschlossenen Vereine.

Der Krieg, der mit seinen Einschränkungen des freien Verkehrs für den Kleinhandel viele Erschwerungen mit sich brachte, führte auf der anderen Seite zu einer erheblichen Ausdehnung des Einkaufswesens. Auf Grund des Reichstagsbeschlusses vom 14. Januar 1916, der dahin ging, auf die Zusammenfassung der Kleinhändler zu Vereinigungen hinzuwirken, wurden durch die Bundesratsverordnung vom 25. Juni 1916 die Gemeinden ermächtigt, die Versorgung mit Lebensmitteln entweder selbst in die Hand zu nehmen oder bestimmten Gewerbetreibenden zu übertragen. Daraufhin traten diese vielfach

zu Vereinigungen zusammen, die von den Verteilungsbehörden als Großhändler anerkannt wurden. Als der Krieg die Kreditbeschaffung wesentlich erschwerte, wandte sich der Verband an die Preußische Zentralgenossenschaftskasse, und da diese nicht mit einzelnen Genossenschaften, sondern nur mit Zentralkassen in Geschäftsbeziehungen tritt, wurde 1914 die Genossenschaftsbank EDEKA gegründet, die den Zweck verfolgt, den Einkaufsvereinen größeren Kredit zu verschaffen.

Die Tätigkeit des Verbandes beschränkt sich nicht auf die Einkaufsvermittlung, vielmehr sucht er auch in anderen Beziehungen das Interesse des Kleinhandels wahrzunehmen. Insbesondere bekämpft er den heimlichen Warenhandel, das Zugabewesen und die Heranziehung der Einkaufsvereine zur Einkommensteuer. Er steht im Gegensatz zu dem von den Fabrikanten von Markenartikeln gegründeten Markenschutzverbände, der dem Kleinhandel die Innehaltung bestimmter Mindestpreise vorschreiben will, sowie zu dem Zentralverbände des deutschen Großhandels, der in den Einkaufsgenossenschaften eine seine Interessen schädigende Organisation sieht. Dagegen ist er dem Hansabunde und dem Handelsvertragsvereine beigetreten. Zu den übrigen Vereinigungen des Kleinhandels steht er in freundschaftlichen Beziehungen, insbesondere ist er der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels angeschlossen. Der Verband umfaßt zurzeit 350 Genossenschaften mit 25000 Mitgliedern.

b) Zentralisationsbestrebungen.

Von den Freunden der Mittelstandsbewegung und insbesondere der Bestrebungen des Kleinhandels wird allgemein als das Haupthindernis, an dem die Erreichung größerer Erfolge bisher gescheitert ist, die Zersplitterung der bestehenden Organisationen empfunden, als deren Grund man eine tadelnswerte Eigenbrödelei bezeichnet. Es sind deshalb mannigfache Versuche gemacht, die einzelnen Vereine zu Zentralverbänden zusammenzuschließen, die entweder den gesamten Kleinhandel umfassen sollen oder sich auf bestimmte Fachgruppen beschränken. Wie oben bemerkt, können von den Verbänden der letzteren Art hier nur diejenigen des Kolonialwaren- und Lebensmittelhandels berücksichtigt werden.

Das älteste Unternehmen auf diesem Gebiete war der 1878

gegründete Zentralverband deutscher Kaufleute in Berlin, der jedoch schon nach kurzer Zeit sich wieder auflösen mußte. An seine Stelle trat 10 Jahre später eine neue Organisation, die auf einer am 13. August 1888 in Leipzig abgehaltenen Konferenz unter dem Namen „Zentralvorstand kaufmännischer Vereine und Verbände“ ins Leben gerufen wurde und am 6. September 1891 die Bezeichnung „Zentralverband deutscher Kaufleute“ annahm. Um den Wirkungskreis zu erweitern, wurde am 20. August 1900 der Zusatz „und Gewerbetreibender“ beschlossen. Endlich wurde der Verband am 13. August 1907 mit dem einige Jahre vorher gegründeten „Deutschen Bunde für Handel und Gewerbe“ verschmolzen und deshalb der Name in „Deutscher Zentralverband für Handel und Gewerbe“ umgeändert. Seine Aufgabe sah der Verband teils in der Vertretung der Interessen des Kleingewerbes gegenüber der Gesetzgebung und den Behörden, teils in der Bekämpfung solcher wirtschaftlichen Erscheinungen, durch die nach seiner Auffassung der gewerbliche Mittelstand geschädigt wird, insbesondere der Konsumvereine und Warenhäuser, der Abzahlungsgeschäfte, des Hausierhandels und Detailreisens, der Wanderlager und Bazare, der Warenauktionen, des heimlichen Warenhandels und Reklameschwindels, des Zugabewesens und des unlauteren Wettbewerbes, sowie in der Abschaffung des billigen Paketportos. Hinsichtlich der Konsumvereine vertrat er den Standpunkt, daß bei der heutigen Entwicklung des Kleinhandels deren Existenzberechtigung überhaupt nicht anzuerkennen sei. Auch regte er an, um der Überfüllung des Berufes mit minderwertigen Elementen entgegenzuwirken, als Vorbedingung für den Betrieb eines Kleinhandelsgeschäftes den Befähigungsnachweis zu fordern. Zur Unterstützung der Hinterbliebenen seiner Mitglieder wurde 1910 eine Sterbekasse geschaffen.

Der Verband bildete längere Zeit hindurch den Mittelpunkt der Kleinhandelsbewegung, und mehrere der später zu erwähnenden Sonderunternehmungen sind aus seinem Schoße hervorgegangen. Aber gerade dadurch, daß dies in erheblichem Umfange geschah, wurde ihm ein großer Teil seiner Kräfte entzogen, und nachdem seine Bedeutung allmählich stark zurückgegangen war, sah er sich gezwungen, auf der Generalversammlung in Kassel 1919 seine Auflösung zu beschließen.

Schon 1904, also während der Zentralverband noch bestand, bildete sich in der „Zentralvereinigung deutscher Vereine für Handel und Gewerbe“ in Berlin eine Konkurrenzorganisation, die ähnliche Zwecke verfolgte, aber mit der Leitung des Zentralverbandes unzufrieden war. Der Vereinigung ist es jedoch nicht gelungen, außerhalb Berlins Boden zu gewinnen, und obgleich sie noch heute besteht, ist ihr Einfluß sehr gering ¹⁾.

Dagegen boten die Verhältnisse, wie sie sich während des Krieges entwickelten, Veranlassung, die an dem Lebensmittelhandel beteiligten Einzelvereine zu einer Gesamtorganisation zusammenzuschließen. In einer am 27. September 1917 in Berlin abgehaltenen Konferenz, an der sich 20 Vereine beteiligten, wurde der Reichsverband deutscher Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler gegründet. Der Verband, der in Berlin seinen Sitz hat, verfolgt im wesentlichen dieselben Zwecke wie der bereits erwähnte Zentralverband für Handel und Gewerbe; er will insbesondere diejenigen Bildungen im wirtschaftlichen Leben bekämpfen, die er als Schädigungen des legitimen Handels betrachtet; außerdem will er eine gerechtere Verteilung der Steuern herbeiführen. Daneben beabsichtigt er, übertriebene Forderungen der Angestelltenverbände abzuwehren und den Sozialisierungsbestrebungen entgegenzutreten. Um das letztere zu erreichen, ist auf seine Anregung im März 1919 in Berlin der Hauptausschuß für freie Nahrungsmittelwirtschaft ins Leben gerufen und ein besonderer Abwehrfonds für freie Nahrungsmittelwirtschaft gebildet. Ebenso bekämpft er die sog. Planwirtschaft sowie alle Einrichtungen, welche der freien Preisbildung Hindernisse in den Weg legen, insbesondere die Preisprüfungsstellen und die Wuchergerichte sowie die Vorschrift, daß in den Schaufenstern die Preise der Waren bezeichnet werden müssen. Dagegen ist er lebhaft dafür eingetreten, bei der Rationierung der Lebensmittel die Verdienstspanne der Kleinhändler auf mindestens 30 % zu erhöhen. Auch der gemeinschaftliche Wareneinkauf wird von ihm unterstützt. Endlich hat er dadurch, daß er bei Kommunalwahlen seine Mitglieder zur Wahl bestimmter Kandidaten auffordert, auch das politische Gebiet betreten.

¹⁾ Auf meine Bitte um Übersendung von Material habe ich keine Antwort erhalten.

Der Verband glaubt sein Ziel der Zusammenfassung des gesamten Lebensmittelhandels nur dadurch erreichen zu können, daß er alle Sonderzwecke ausschließt. Zu diesen rechnet er auch die Bestrebungen auf Beförderung des Rabattwesens, die er zugleich sachlich nicht billigt. Dadurch geriet er in Gegensatz zu dem oben erwähnten Verbands der Rabattsparvereine, dessen Leiter Beythien deshalb am 3. November 1917 als Gegenorganisation den Reichsbund der Verbände des deutschen Lebensmittelhandels mit dem Sitze in Hannover gründete. An diesem beteiligten sich außer dem Verbands der Rabattsparvereine der Verband deutscher kaufmännischer Genossenschaften, der Reichsverband der Süßwarenhändler und einige andere Organisationen. Der Bund will die Freiheit und Selbstverantwortlichkeit des deutschen Lebensmittelhandels schützen und alle diesem feindlichen Bestrebungen abwehren. Insbesondere bekämpft er sowohl die Konsumvereine und sonstigen Vereinigungen der Verbraucher wie auch die großkapitalistischen Unternehmungen (Syndikate, Ringe, Warenhäuser) nebst den Fabrikfilialen und den Lieferantenkonventionen. Dagegen erstrebt er die Verbesserung der Verkaufssitten einschließlich der Einführung der Barzahlung und des gemeinsamen Einkaufs, sowie die tüchtige Fachausbildung seiner Mitglieder.

Da der Reichsbund und der Reichsverband im wesentlichen dieselben Ziele verfolgen, so lag der Gedanke einer Verschmelzung nahe. Aber keine von beiden Organisationen war geneigt, sich der anderen unterzuordnen. Auch sachliche Gründe wurden hiergegen geltend gemacht. Der Reichsbund berief sich insbesondere darauf, daß die Rabattsparvereine und die kaufmännischen Genossenschaften, da sie sich nicht auf den Lebensmittelhandel beschränkten, in dem Reichsverbande, der sich diese Grenze gezogen habe¹⁾, keinen Platz finden könnten, während man sie doch ebenfalls einschließen müsse. Deshalb sei es erforderlich, daß diese Verbände ihre Mitglieder, soweit sie Lebensmittelhändler seien, dem Reichsverbande zuführten, daß aber dieser dann seinerseits dem Reichsbunde beitrete. Dieser Gedanke fand anfangs Zustimmung, und in zwei Konferenzen, die

¹⁾ Mit der Absicht, sich nicht auf den Lebensmittelhandel zu beschränken, scheint der gewählte Name nicht im Einklange zu stehen.

am 24. Januar und am 18. März 1919 in Berlin stattfanden, wurde dessen Ausführung ins Auge gefaßt. Aber nachträglich scheiterte der Plan teils an persönlichen Momenten, teils daran, daß das Rabattsystem als solches in den Kreisen des Reichsverbandes auf Widerspruch stieß. Eine Verschmelzung ist deshalb bisher nicht zustande gekommen, doch haben beide Organisationen gelegentlich gemeinsame Schritte unternommen.

Wie die vorstehende Darstellung zeigt, sehen die Kleinhandelskreise ihren Hauptgegner in den Konsumvereinen und den Warenhäusern. Trotzdem sind sie mit diesen auf Grund gesetzlicher Bestimmung in der Kleinhandels-Berufsgenossenschaft zusammengeschlossen. Um so mehr lag es nahe, die ungeachtet des vorhandenen Gegensatzes bestehende Interessengemeinschaft auch in der Form einer freien Organisation zum Ausdruck zu bringen. In der Tat wurde von dem Vorsitzenden der Berufsgenossenschaft in dessen Vorstandssitzung vom 6. Dezember 1915 dieser Gedanke angeregt und ein Arbeitsausschuß eingesetzt, um die Durchführung vorzubereiten. Dieser berief eine Konferenz, die am 6. April 1916 in Berlin tagte, und an der neben dem Zentralverbände für Handel und Gewerbe, der Zentralvereinigung für Handel und Gewerbe und der im Jahre 1908 gegründeten Interessengemeinschaft des deutschen Kleinhandels sowie einer Reihe anderer Kleinhandelsverbände auch der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser teilnahm, während der Zentralverband deutscher Konsumvereine die an ihn ergangene Einladung abgelehnt hatte. Nach längeren Verhandlungen gelang es, in dem Bunde deutscher Kleinhändler eine Organisation zu schaffen, deren Aufgabe darin bestehen soll, die gemeinsamen Interessen des Kleinhandels zur Geltung zu bringen. Alle vertretenen Organisationen erklärten ihren Beitritt.

Aber ein Zusammenwirken mit den Warenhäusern, die man stets als die Todfeinde des Kleinhandels betrachtet hatte, erregte in dessen Kreisen lebhafte Entrüstung. Deren Träger waren insbesondere der Verband der Rabattsparvereine, der Verband kaufmännischer Genossenschaften und der Reichsdeutsche Mittelstandsverband. Schon bevor die erwähnten Verhandlungen zum Abschluß gelangt waren, kamen diese Verbände am 29. Januar 1916 in Berlin zusammen und gründeten als Gegenorganisation den Reichsausschuß des deutschen Kleinhandels.

In neuester Zeit ist ein weiterer Versuch in der Richtung einer Zentralisation unternommen. Er ist ausgegangen von dem Reichsschutzverbände für Handel und Gewerbe. Dieser hat sich aus kleinen Anfängen zu der größten der heute bestehenden Kleinhandelsorganisationen entwickelt. Am 3. Oktober 1903 wurde der Schutzverein für Handel und Gewerbe in Braunschweig gegründet, der sich zunächst auf diese Stadt beschränkte, aber schon am 29. Juli 1907 unter dem Namen „Landesverband zum Schutz f. H. u. G. für das Herzogtum Braunschweig“ seinen Wirkungskreis auf das ganze Land ausdehnte. Da ihm auch Mitglieder aus den benachbarten preußischen Provinzen beitraten, erweiterte er sich am 25. April 1909 zu dem „Niedersächsischen Schutzverbände f. H. u. G.“ und endlich am 30. Juni 1913 zu der „Reichsschutzgemeinschaft f. H. u. G.“. Nach den Satzungen ist der verfolgte Zweck: Aufklärung der Mitglieder über Mittelstandsfragen und Stellungnahme zu einschlägigen Gesetzen, Bekämpfung aller Mißstände in Handel und Gewerbe, Schaffung von gemeinsamen Einrichtungen sowie Veranstaltung von Mittelstandstagen. Der geführte Kampf richtet sich insbesondere gegen Konsumvereine, Warenhäuser, Wanderlager, Hausierhandel, Ausverkaufswesen, übermäßige Steuerlasten und unlauteren Wettbewerb sowie gegen Sozialisierung und Kommunalisierung. Gleichzeitig macht man Front gegen das großkapitalistische Unternehmertum sowie gegen Proletarisierung des Mittelstandes. Zur Erreichung der aufgestellten Ziele sollen dienen: Rat und Auskunft, Rechtsschutz, Pflege des Schiedsgerichtswesens, Schuldeneinziehung durch Mahnverfahren und schwarze Listen, Regelung des Rabattwesens, Kredithilfe, Versicherungsschutz, gemeinsamer Wareneinkauf, Unterweisung in der Buchführung und dergleichen. Auch an politischen Wahlen sowohl im Lande wie im Reiche hat der Verband sich dadurch beteiligt, daß er Kandidaten empfahl, die hinsichtlich ihrer Stellung zu den Mittelstandsfragen befriedigende Erklärungen abgegeben hatten. Ebenso hat er sich auf den wiederholt abgehaltenen Mittelstandskongressen vertreten lassen und eigene Mittelstandskurse veranstaltet. Das Verbandsorgan ist die „Schutzwehr“.

Als besondere, neben ihm bestehende Organisationen hat er die Niedersächsische Einkaufszentrale der Kolonialwarenhändler

(N. E. Z.), den Einkaufsverband G. m. b. H. (E. V. A.) und die Treuhandgesellschaft f. H. u. G. (TreuhaG) für die Unterstützung von Kriegsbeschädigten ins Leben gerufen. Der Verband umfaßte im Sommer 1921 620 Ortsgruppen mit 30000 Mitgliedern; außerdem waren ihm 50 körperschaftliche Mitglieder mit etwa demselben Bestande angeschlossen.

Die Reichsschutzgemeinschaft hat, wie bemerkt, jetzt auch die Durchführung der Zentralisationsbestrebungen in die Hand genommen. Eine am 3. Dezember 1920 in Braunschweig abgehaltene zahlreich besuchte Versammlung beschloß zu diesem Zwecke die Verschmelzung der Reichsschutzgemeinschaft mit dem Verbands der Handelsschutz- und Rabattsparevereine, dem Verbands sächsisch-thüringischer Schutzgemeinschaften, dem Reichsbunde der Verbände des deutschen Lebensmittelhandels, dem Reichsverbande der deutschen Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler und dem Verbands kaufmännischer Genossenschaften zu dem Reichsschutzverbande für Handel und Gewerbe auszubauen. Die Satzungen wurden beraten und angenommen. Der Sitz des Verbandes sollte Hannover sein.

Aber das scheinbar endgültig zustande gekommene Unternehmen hat keine praktische Verwirklichung erfahren. Zunächst ergaben sich in Hannover Schwierigkeiten hinsichtlich der Beschaffung der erforderlichen Räumlichkeiten, so daß im Juni 1921 beschlossen wurde, den Sitz in Braunschweig zu belassen. Ferner gelang es nicht, die Verschmelzung der beiden Lebensmittelhändler-Verbände, dem Berliner und dem Hannoverschen, zur Ausführung zu bringen, vielmehr wurde zwischen ihnen lediglich eine Interessengemeinschaft abgeschlossen. Die Verschmelzung mit dem sächsisch-thüringischen Verbands scheiterte an dem Widerstande einiger Ortsgruppen. Endlich nahm man Abstand von der Einbeziehung des Verbandes kaufmännischer Genossenschaften, da man sich überzeigte, daß dieser besser als selbständige Organisation bestehen bleibe. —

Wie sich aus diesen Mitteilungen ergibt, ist bisher eine feste Zentralisation des Kleinhandels nicht zu erreichen gewesen. Dagegen besteht eine lose Zusammenfassung unter Einschluß der Warenhäuser. Schon seit einigen Jahren hatte sich unter dem Namen „Arbeitsgemeinschaft des deutschen Einzelhandels“ eine Vereinigung gebildet, die den Zweck verfolgte,

die gemeinsamen Interessen durch Eingaben an die Behörden zur Geltung zu bringen. Anfangs hatte man von der Abfassung von Satzungen abgesehen und sich auf die Feststellung einiger Richtlinien beschränkt. Am 19. November 1918 wurde dieses Verhältnis dahin abgeändert, daß in einer in Berlin abgehaltenen Versammlung die „Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels“ gegründet wurde, der Ende 1920 33 Verbände angeschlossen waren. Zu ihnen gehören u. a. der Verband deutscher Waren- und Kaufhäuser, der Verband der Handelschutz- und Rabattsparvereine, die Reichsschutzgemeinschaft für Handel und Gewerbe und der Verband deutscher Filialbetriebe. Die Tätigkeit der Vereinigung ist bisher in erster Linie darauf gerichtet gewesen, geeignete Personen in die städtischen, staatlichen und Reichsvertretungen sowie in die Handelskammern und ähnlichen Organisationen zu bringen; ebenso ist man den Kommunalisierungsbestrebungen nachdrücklich entgegengetreten. Die Verhandlungen mit den Behörden betrafen die Preistreiberei und deren Bekämpfung durch Preisabbau, die Warenversorgung durch die Behörden, die Begünstigung der Gewerkschaften und Konsumentenvereinigungen, die Entwürfe zu den Steuergesetzen und die Festsetzung der Lieferungsfristen.

Zweiter Abschnitt

Die außerdeutschen Länder¹⁾.

A. Großbritannien.

Die Genossenschaftsbewegung in Großbritannien hat sich in jedem der drei Länder England, Schottland und Irland zunächst selbständig entwickelt und trägt auch heute noch nicht überall

¹⁾ Die Sammlung des bei den folgenden Darstellungen benutzten Materials war mit großen Schwierigkeiten verbunden. Die Buchliteratur läßt uns auf diesem Gebiete aus den im Vorwort angegebenen Gründen vollständig im Stich; die einzigen Quellen bilden vielmehr die Zeitschriften, die sich mit dem Genossenschaftswesen beschäftigen. Es bleibt also nichts übrig, als die in ihnen zerstreuten zahllosen Einzelangaben herauszusuchen und wie Fäden zu einem Gewebe zusammenzuflechten. Das ist nicht allein eine äußerst mühsame Arbeit, sondern bietet nicht einmal eine völlig gesicherte Grundlage, da diese Angaben keineswegs immer untereinander übereinstimmen, sondern mehrfach Widersprüche enthalten.

Das Gesagte gilt insbesondere von der wichtigsten der von mir benutzten Quellen, aus der auch die Zeitschriften überwiegend geschöpft haben, nämlich dem von dem Internationalen Gewerkschaftsbunde herausgegebenen und seit 1907 in monatlichen Heften erscheinenden Internationalen Genossenschaftsbulletin. Die in ihm enthaltenen Aufsätze leiden jedoch neben der bereits erwähnten Ungenauigkeit noch ferner an einem anderen wesentlich schwerer wiegenden Mangel. Sie scheinen nämlich gar nicht das Ziel zu verfolgen, den Leser über die Tatsachen zu unterrichten, sondern ergehen sich in den mannigfachsten Betrachtungen, die entweder darauf gerichtet sind, den Wert des Genossenschaftswesens im allgemeinen und den der behandelten Organisation im besonderen nachzuweisen, oder dem Verfasser Gelegenheit bieten sollen, über gewisse Fragen seine persönliche Ansicht zu äußern. Mag man diese Ansichten teilen oder nicht, in jedem Falle sind solche Ausführungen, in welche greifbare Tatsachen sich nur vereinzelt eingeflochten finden wie Rosinen in einem Kuchen, eine Tortur für den Chronisten, der sich die Aufgabe gestellt hat, einen geordneten Überblick über die geschichtliche Entwicklung zu geben.

Ganz besonders unbefriedigend ist in dem Bulletin die Statistik behandelt. Allerdings enthält es Ziffern über eine große Menge von

völlig denselben Charakter. Insbesondere hat Irland dadurch eine Sonderstellung, daß hier die Mehrzahl der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig ist, während diese in England und Schottland stark zurücktritt. Deshalb stehen in den beiden letzteren Ländern die Konsumvereine und die Produktivgenossenschaften im Vordergrund, in Irland dagegen liegt der Schwerpunkt in den landwirtschaftlichen Genossenschaften, die allerdings teilweise auch die Beschaffung von Nahrungsmitteln übernommen haben. Nachdem die Entwicklung in den drei Ländern eine gewisse Stufe erreicht hatte, machte sich dann jedoch das Bedürfnis geltend, sie durch einen gemeinsamen Oberbau zusammenzuschließen.

1. England.

In England finden sich die ersten Anfänge genossenschaftlicher Bestrebungen in der Zeit von 1800 bis 1820, in der einige Konsumvereine entstanden, die aber größere Bedeutung nicht erlangten ¹⁾. Außerdem trugen sie einen völlig anderen Charakter als die späteren, indem sie lediglich geschäftliche Unternehmungen waren. Insbesondere verkauften sie in ihren Läden Waren an jeden beliebigen Käufer und verteilten den Reingewinn unter die Mitglieder nach dem Verhältnis ihrer Einlagen.

Stärkere Anregung erhielt das Genossenschaftswesen einerseits durch die Owenistische Bewegung, die jedoch nicht

Einzelheiten in einer geradezu erdrückenden Fülle, aber fast ausnahmslos nur für das in dem Aufsatz erwähnte einzelne Jahr. Man scheint sich nicht überlegt zu haben, daß solche Angaben ephemerer Natur einen Wert kaum besitzen, daß sie vielmehr einen solchen erst dann erhalten würden durch eine mehrere Jahre umfassende Zusammenstellung, da nur diese geeignet wäre, eine gewisse Tendenz der Entwicklung hervortreten zu lassen.

Wenn der Leser endlich bedenkt, daß die Überwindung dieser Schwierigkeiten noch wesentlich gesteigert wurde durch die Rücksicht auf den Raum, die eine weitgehende Beschränkung des Stoffes unabweislich forderte, so wird er geneigt sein, das im folgenden Gebotene als das unter diesen Umständen allein Erreichbare anzuerkennen.

¹⁾ Totomianz: Theorie, Geschichte und Praxis der Konsumentenorganisation, S. 91, erwähnt einen 1794 durch den Bischof von Durham gestifteten Verein und mehrere in den Jahren 1796, 1812 und 1816 an verschiedenen Orten von Arbeitern gegründete Mühlen, macht aber über sie keine näheren Angaben.

spezifisch genossenschaftlich, sondern kommunistisch war und zugleich einen wesentlich politischen Einschlag hatte, andererseits durch den Arzt William King in Brighton, der dort 1827 einen Konsumverein ins Leben rief und seit 1828 ein ständiges Blatt „The Co-operator“ herausgab, in dem er ähnliche Anschauungen vertrat, wie sie später in den Genossenschaften allgemein zur Anerkennung gelangten. Der Gegensatz dieser beiden Richtungen beherrschte die folgenden Jahre. Owen stand den Konsumvereinen, die er als „Krämerläden“ verspottete, durchaus ablehnend gegenüber und empfahl statt ihrer die Produktivgenossenschaften, die mit Hilfe der von ihm gegründeten Arbeitsbörse ihre Erzeugnisse ohne Vermittelung des Geldes untereinander austauschen sollten. Auf drei Genossenschaftskongressen in Manchester am 4. Mai 1831, in Liverpool am 4. bis 6. Oktober 1831 und in London am 23.—28. April 1832 kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen, bei denen jedoch Owen den Sieg davontrug. Denselben Verlauf hatten die folgenden vier Kongresse, die bis 1835 stattfanden. Aber als dann die Arbeitsbörse zusammenbrach und dadurch auch die ihr angeschlossenen Produktivgenossenschaften gezwungen waren, ihren Betrieb einzustellen, begann eine allgemeine Auflösung. Die übriggebliebenen Reste gingen in den Stürmen der Chartistenunruhen zugrunde, und so war um das Jahr 1839 die Genossenschaftsbewegung als erloschen anzusehen.

Die zweite Periode wurde eingeleitet durch die am 24. Oktober 1844 erfolgte Gründung des Konsumvereins der Redlichen Pioniere in Rochdale durch 28 arme Flanellweber ¹⁾. Der geistige Führer dieser neuen Bewegung war Charles Howarth, ein intelligenter Arbeiter, der mit den Schriften von King bekannt geworden war. Die von ihm aufgestellten Grundsätze, die man sich gewöhnt hat, als charakteristisch für den Rochdaletypus anzusehen, bestanden in folgenden Punkten: 1. gleiches Stimmrecht der Mitglieder ohne Rücksicht auf die Höhe ihrer Anteile, 2. Lieferung guter Waren und vollen Gewichts, 3. Verkauf zu den ortsüblichen Marktpreisen, 4. Bildung von Geschäftsanteilen durch Einzahlungen der Mitglieder, 5. Barzahlung,

¹⁾ Eingehende Angaben über die Gründung und Entwicklung des Vereins gibt Totomianz a. a. O. S. 98—110.

6. Verteilung des Reinerlöses nach dem Maßstabe des Warenbezuges, 7. unbedingte Neutralität auf politischem und religiösem Gebiete.

Obgleich man so die Grundlage gewonnen hatte, die später allgemein als richtig anerkannt wurde, gelang es zunächst noch nicht, größere äußere Erfolge zu erzielen; um 1850 bestanden erst etwa 130 kleine Konsumvereine. Als Grund hierfür wird von V. A. Huber der „Pfennigmammonismus“ bezeichnet, d. h. die Auffassung, die den Wert der Vereine lediglich in Geldvorteilen sah. Dieser Mangel wurde erst behoben, als die Christlichen Sozialisten, insbesondere Maurice, Ludlow, Kingsley, Reale u. a. den Genossenschaftsgedanken aufgriffen. Sie waren vor allem bestrebt, der Bewegung zunächst eine gesicherte Rechtsgrundlage zu verschaffen. Das gelang ihnen dadurch, daß am 30. Juni 1852 das von ihnen ausgearbeitete Genossenschaftsgesetz (Industrial and Provident Societies Act) vom Parlament beschlossen wurde. Außerdem erkannten sie die Notwendigkeit, die einzelnen Genossenschaften untereinander föderativ zusammenzuschließen, was zunächst durch die Gründung der Central Co-operative Agency versucht wurde. Der Propaganda diente daneben die im März 1852 geschaffene Co-operative League.

Der Einfluß, den die Christlichen Sozialisten auf die englische Genossenschaftsbewegung geübt haben, kann kaum hoch genug geschätzt werden und tritt noch heute darin hervor, daß es üblich ist, die Genossenschaftskongresse, die jährlich zu Pfingsten abgehalten werden, durch eine kirchliche Feier zu eröffnen. Sie erwärmten sich freilich mehr für die Produktivgenossenschaften als für die Konsumvereine, lehnten es aber nicht ab, auch diese zu unterstützen. In erster Linie jedoch betrachteten sie es als ihre Aufgabe, den Genossenschaftsgedanken theoretisch zu entwickeln und die Organisationsbewegung zu leiten. Ihr Grundgedanke bestand darin, daß sie im Gegensatz zu dem bereits erwähnten Pfennigmammonismus den Zweck der Konsumvereine darin sahen, nicht den Mitgliedern gewisse Vermögensvorteile zu verschaffen, sondern deren Abhängigkeit von den Händlern und Fabrikanten zu beseitigen, um sie schließlich zu Herren der Produktion zu machen. Als Ziel betrachteten sie, das kapitalistische durch das genossenschaftliche System

zu ersetzen. Deshalb legten sie auch, wie bereits bemerkt, geringen Wert auf die Konsumvereine, die sie vielmehr nur als eine Übergangsform ansahen, und stellten vielmehr in den Vordergrund die Schaffung von Produktivgenossenschaften. Das bedeutete einen gewissen Gegensatz zu den bis dahin von den Vertretern des Genossenschaftswesens verfolgten vorwiegend praktischen Aufgaben, und dieser Gegensatz beherrscht in der Tat die englische Genossenschaftsbewegung der nächsten Jahrzehnte in hervorragendem Maße.

Von großer Bedeutung war die 1860 erfolgte Gründung eines literarischen Organs, dem man wieder den Namen Co-operator gab, und das noch heute besteht. In ihm wurde sogleich ein Gedanke von großer Tragweite angeregt, nämlich die Schaffung einer Großeinkaufsgesellschaft. Allerdings bedurfte es zu diesem Zwecke einer Änderung des Gesetzes, aber es gelang, sie zu erreichen, und Weihnachten 1862 wurde auf einer in Oldham abgehaltenen Konferenz die North of England Co-operative Wholesale Industrial and Provident Society in Manchester ins Leben gerufen, die bald darauf die Bezeichnung Co-operative Wholesale Society annahm. Sie kaufte anfangs nur auf Grund fester Bestellungen und gab die Waren zu Einkaufspreisen mit einem Zuschlage für die Vermittlungskosten an die Genossenschaften ab, änderte dies aber bald dahin, daß die Waren auf eigene Rechnung gekauft und auf Lager genommen sowie zu Marktpreisen verkauft wurden. Ebenso verteilte man die Reingewinne auf die Genossenschaften nicht mehr, wie anfangs, nach der Mitgliederzahl, sondern nach dem Werte der bezogenen Waren. Endlich beschloß die im November 1872 abgehaltene Generalversammlung, grundsätzlich zur Eigenproduktion überzugehen. Dieser Beschluß wurde auch sogleich in der Weise verwirklicht, daß man eine Fabrik zur Herstellung von Biskuits und von Zuckerwaren sowie eine Schuhfabrik einrichtete.

Ein Streitpunkt von großer prinzipieller Bedeutung erwuchs aus der Frage der Gewinnbeteiligung der von den Genossenschaften beschäftigten Arbeiter. Die Christlichen Sozialisten sahen, wie erwähnt, das Ziel der Genossenschaftsbewegung darin, die Arbeiter zu Herren der Produktion zu machen. Dem entsprach es, diese zunächst wenigstens bis zu einem gewissen Grade an dem Ertrage des Unternehmens zu beteiligen. Man begründete

diese Forderung theoretisch in der Weise, daß man den Satz aufstellte, der Erfolg des Unternehmens beruhe auf dem Zusammenwirken von drei Faktoren: nämlich des Kapitals, der Arbeit und der Konsumtion. Der Wert der Arbeit sei zu bestimmen durch Kapitalisierung des jährlichen Lohnes. Die Konsumenten erhielten ihren Anteil in der Form ermäßigter Preise. Deshalb müsse der Reinertrag zwischen dem Grundkapital und dem kapitalisierten Lohne nach dem ziffernmäßigen Betrage geteilt werden. Dieser Gedankengang wurde von den Vorständen der Genossenschaften und der Großeinkaufsgesellschaft durchaus abgelehnt, indem sie sich darauf beriefen, daß die Gewinnbeteiligung den von den Konsumvereinen beschäftigten Arbeitern vor ihren Klassengenossen einen unberechtigten Vorzug gewähren würde. Da es sich um einen Punkt nicht nur prinzipieller Art, sondern zugleich von großer praktischer Tragweite handelte, kam es zu sehr erregten Verhandlungen. Um den Christlichen Sozialisten entgegenzukommen, beschloß man zunächst, den Arbeitern einen Gewinnanteil einzuräumen, aber da sich hieraus Schwierigkeiten ergaben, wurde dieser Beschluß 1875 wieder aufgehoben. Seitdem bildet die Frage dauernd den Gegenstand lebhafter Erörterungen.

Da der Streit hauptsächlich bei der Eigenproduktion praktische Bedeutung hatte und die christlichen Sozialisten auch dieser ablehnend gegenüberstanden, so sah man einstweilen davon ab, sie weiter auszubauen, und verlegte den Schwerpunkt in die Beschaffung fertiger Erzeugnisse. Aber schließlich mußte doch eine grundsätzliche Entscheidung herbeigeführt werden, und diese erfolgte durch die Generalversammlung 1886 dahin, daß die Eigenproduktion ausdrücklich als Zweck in die Satzungen aufgenommen wurde. In der Tat wurden jetzt gewerbliche Anlagen der mannigfachsten Art errichtet. Im Jahre 1920 besaß die englische Großeinkaufsgesellschaft 10 Getreidemöhlen, 2 Fabriken von Futtermitteln und Ölkuchen, 2 Fabriken von Zuckerwaren und Biskuits, 4 Konservenfabriken, 9 Molkereien und 2 Anlagen für Molkereiprodukte, 1 Margarinefabrik, 1 Ölmühle, 3 Seifenfabriken, 2 Schmalzraffinerien, 4 Speckräuchereien, 2 Fischkonservenfabriken, 2 Essig- und Hefefabriken, 2 Tabak- und Zigarrenfabriken, 2 chemische Fabriken, 3 Baumwollwebereien, 6 Wollwebereien, 12 Kleider- und Wäschefabriken,

1 Strumpffabrik, 2 Korsettfabriken, 8 Schuhfabriken, 3 Gerbereien, 4 Motorfabriken, 3 Fabriken für Metallwaren, 1 Messerfabrik, 1 Konservenfabrik, 1 Bürsten- und Mattenfabrik, 1 Farben- und Firnisfabrik, 5 Sattlereien, 1 Kofferfabrik, 1 Bilderrahmenfabrik, 1 Porzellan- und Topfwarenfabrik, 3 Sägemühlen, 5 Druckereien, 1 Flaschenfabrik, 1 Automobilfabrik, 1 Kohlenbergwerk und zahlreiche Reparaturwerkstätten. Die Christlichen Sozialisten, die anfangs entschlossen gewesen waren, wenn sie mit ihrem Standpunkte nicht durchdrängen, sich ganz von der Genossenschaftsbewegung zurückzuziehen, haben dies schließlich doch nicht getan, sondern sich dem gefaßten Beschlusse gefügt.

2. Schottland.

In Schottland läßt sich die Genossenschaftsbewegung noch weiter zurückverfolgen als in England, denn schon in den Jahren 1760—1770 werden Vereinigungen erwähnt, die einen genossenschaftlichen Charakter trugen ¹⁾. Sie scheinen aber keine größere Bedeutung gehabt zu haben, denn in der späteren Zeit wird von solchen Organisationen nichts mehr berichtet. Erst als in England die Bewegung sich stärker entwickelt hatte, griff sie auch nach Schottland über. Insbesondere die Gründung der Großeinkaufsgesellschaft Ende 1862 bewirkte, daß man den gleichen Plan ins Auge faßte. Schon im Sommer 1863 wurde in dem Co-operator ein Aufsatz veröffentlicht, der einen dahinzielenden Vorschlag machte. Anfangs trug man Bedenken, ihm zu folgen, da sich allerlei Schwierigkeiten ergaben, und eine im April 1864 in Glasgow abgehaltene Konferenz beschloß, statt der Gründung einer eigenen Organisation vielmehr bei dem Vorstande der englischen Großeinkaufsgesellschaft die Gründung einer Filiale in Glasgow zu beantragen. Aber dies wurde abgelehnt, und so war man schließlich doch zum selbständigen Vorgehen gezwungen. Nach längerer Vorbereitung wurde in einer am 1. August 1868 in Glasgow abgehaltenen Konferenz die Gründung der Scottish Co-operative Wholesale Society mit dem Sitze in Glasgow beschlossen und die Satzungen festgestellt. Schon am 8. September 1868 wurde der Betrieb eröffnet. Der Erfolg war befriedigend,

¹⁾ Einige Angaben über Vereinigungen, die 1769, 1777 und 1812 entstanden, finden sich bei Totomianz a. a. O. S. 92.

und 1879 belief sich der Jahresumsatz bereits auf 12 Millionen Mark. Im Jahre 1881 beschloß man auch hinsichtlich des Übergangs zur Eigenproduktion dem englischen Beispiele zu folgen und brachte dies zunächst durch Gründung einer Hemdenfabrik zur Ausführung. Seit 1887 folgten dann eine Schuhfabrik mit Gerberei und Lederzurichtung, eine Tischlerei, eine Bürstenmacherei, eine Seifenfabrik sowie Fabriken für Konserven, Zuckerwaren, Mäntel, Tabak, Zinnwaren, Pickels, Kleidungsstücke, Strumpfwaren, Zündhölzer und Tuchwaren, endlich eine Zuckerraffinerie und mehrere Mühlen. In Kanada hat man eine Weizenfarm erworben.

Auch in Schottland bildet die Frage der Gewinnbeteiligung einen Gegenstand des Streites, aber während sie, wie wir sahen, in England abgelehnt wird, ist sie bei den schottischen Genossenschaften eingeführt. Ein anderer Unterschied besteht darin, daß die schottische Co-operative Wholesale Society in der Nähe von Glasgow ein großes Gut erworben und auf ihm 8 Farmen errichtet hat, während die englische, die anfangs in Irland landwirtschaftliche, insbesondere Molkereibetriebe gegründet hatte, sie später wieder aufgeben und an Bauernvereine abgetreten hat.

3. Irland.

Auch in Irland lassen sich die Anfänge der Genossenschaftsbewegung weiter zurückverfolgen als in England. Schon 1816 wurde in Dublin unter dem Namen „Liberties“ eine Produktivgenossenschaft der Weber ins Leben gerufen, und 1820 folgte ihr eine zweite. Beide hatten jedoch nur eine kurze Dauer. Als 1823 Owen Irland bereiste, wurde die genossenschaftliche Bewegung stark angeregt, und in mehreren Städten entstanden Organisationen, jedoch meist kommunistischer Art. Aber mit dem Zusammenbruch seiner Schöpfungen erlosch auch das Interesse für Genossenschaften überhaupt. Im Jahre 1859 wurden in Belfast und Dublin zwei kleine Vereine gegründet, die jedoch nach einiger Zeit ihre Tätigkeit wieder einstellen mußten. Erst seit 1889 beginnt die Genossenschaftsbewegung einen Aufschwung zu nehmen. Zunächst wurde die Belfast Society geschaffen, ein großer Konsumverein, der heute in hoher Blüte steht. Ihm trat 1905 in Dublin eine Produktivgenossenschaft der Schiffbauer zur Seite, die aber zugleich die Aufgabe

eines Konsumvereins übernommen hat und sogar zur Eigenproduktion übergegangen ist, indem sie eine Bäckerei errichtet hat. Ähnliche Organisationen bestehen in einigen anderen Städten, aber im ganzen ist das gewerbliche Genossenschaftswesen in Irland schwach entwickelt.

Anders steht es auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Hier ist die Bewegung ausgegangen von zwei Männern der gebildeten Kreise, nämlich dem protestantischen Schriftsteller und Politiker Horace Plunket und dem katholischen Geistlichen Finlay. Beide begannen 1889 das große Werk der Schaffung landwirtschaftlicher Genossenschaften nach ähnlichen Grundsätzen wie Raiffeisen in Deutschland. Sie hatten rasch wachsende Erfolge; während 1889 erst eine einzige Genossenschaft bestand, gab es 1894 schon 33, 1906 873 und 1912 947 mit einem Umsatz von 65 Millionen Mark. Die Mitgliederzahl belief sich auf 101991. Eine Großeinkaufsgesellschaft, die Irish Agricultural Wholesale Society, die 1897 in Dublin unter Leitung von Plunket errichtet wurde, besorgt in erster Linie die Beschaffung von Saatgut, Düngemitteln, Maschinen und Gerätschaften, hat aber auch eine Kolonialwarenabteilung und eine Bank eingerichtet. Der Organisation und Propaganda dient die 1894 gegründete Irish Agricultural Organisation Society. Sie umfaßt alle landwirtschaftlichen Genossenschaften ohne Unterschied der Richtung.

4. Der Genossenschaftsbund.

Nachdem die Bildung von Genossenschaften in England und Schottland eine gewisse Ausdehnung erlangt hatte, lag es nahe, unter ihnen eine Verbindung herzustellen. Dieser Plan wurde von den Christlichen Sozialisten ins Auge gefaßt, und zwar aus einem besonderen Grunde. Wie wir sahen, bestand zwischen ihnen und den übrigen Führern der Genossenschaftsbewegung ein nicht unerheblicher Gegensatz hinsichtlich der mehr idealistischen und der mehr realistischen Auffassung des anzustrebenden Zieles. Da nun die beiden Großeinkaufsgesellschaften den letzteren Standpunkt vertraten, so hatten die Christlichen Sozialisten den Wunsch, gegen sie ein Gegengewicht zu schaffen, und diesen Zweck glaubten sie am besten zu erreichen durch die Veranstaltung von Genossenschafts-

kongressen, die ihnen Gelegenheit zur Vertretung ihrer Ansichten geben sollten. Der erste Kongreß wurde 1869 in London abgehalten und hatte das wichtige Ergebnis, daß unter dem Namen Co-operative Union ein allgemeiner Genossenschaftsbund mit einem Zentralvorstande und einem Generalsekretär geschaffen wurde. Den letzteren Posten erhielt Reale. Der Sitz des Bundes ist Manchester. Die große Mehrzahl der Mitglieder bilden die Konsumvereine, während Produktivgenossenschaften nur schwach und Kreditgenossenschaften überhaupt nicht in ihm vertreten sind.

Die Bedeutung des Bundes und der von ihm veranstalteten jährlichen Kongresse leidet darunter, daß die erwähnten beiden Grundauffassungen sich gegenüberstehen. Dies führte in den ersten Jahren zu heftigen Kämpfen, insbesondere über die Frage der Eigenproduktion und der Gewinnbeteiligung. Auf den Kongressen in Carlisle 1887 und Dewsbury 1888 kam es zu so erregten Auseinandersetzungen, daß eine Spaltung unvermeidlich schien. Schließlich wurde jedoch mit 213 gegen 160 Stimmen eine vermittelnde Resolution angenommen, die sich auf allgemeine Wendungen beschränkte und eine klare Entscheidung umging.

Als 1889 die Genossenschaftsbewegung in Irland festen Fuß faßte, erweiterte man die Organisation dahin, daß auch eine irische Sektion des Bundes errichtet wurde. Der 1894 bereits 33 Molkereigenossenschaften und 13 Konsumvereine angehörten. Damals mußte sie infolge von Streitigkeiten aufgelöst werden, indem man ihre Aufgaben der schottischen Sektion übertrug, aber 1903 wurde wieder eine selbständige irische Sektion geschaffen, die noch jetzt besteht.

Der Genossenschaftsbund ist die anerkannte Zentralorganisation der Genossenschaften des vereinigten Königreichs; sämtliche Genossenschaften mit verschwindenden Ausnahmen sind ihm angeschlossen. Er besitzt einen Zentralvorstand, der jedoch nur die geschäftlichen Angelegenheiten besorgt. Die entscheidende Instanz bildet der Genossenschaftskongreß, der seit 1869 jährlich zu Pfingsten abgehalten wird. Der Bund betont mit dem größten Nachdruck seine unbedingte Neutralität auf politischem und religiösem Gebiete. Deshalb steht er freilich zu den Gewerkschaften in freundschaftlichen Beziehungen und hat, um Rei-

bungen zu vermeiden, mit ihnen eine Vereinbarung dahin getroffen, daß Streitigkeiten zwischen den Genossenschaften und den von ihnen beschäftigten Arbeitern von einem gemeinsamen Ausschusse entschieden werden; dagegen hat er es bisher abgelehnt, zu der Labour Party in ein ähnliches Verhältnis zu treten. Das ist um so leichter verständlich, als diese Partei, so wenig sie sozialistisch ist, immerhin eine Klassenvertretung der Arbeiter darstellt, während die Genossenschaften das größte Gewicht darauf legen, die Interessen aller Konsumenten ohne Unterschied zu vertreten. Diese Abneigung gegen die Arbeiterpartei wird noch dadurch unterstützt, daß die überwiegende Mehrzahl der Mitglieder der Genossenschaften einer der beiden großen historischen Parteien, den Whigs und den Tories, angehören.

Die Erörterung dieses Themas hat in neuerer Zeit wiederholt die Genossenschaftskongresse beschäftigt. Zuerst geschah dies in Aberdeen 1913. Hier wurde von Maxwell beantragt, die Genossenschaften sollten künftig sich auch politisch betätigen und mit allen Organisationen, die Arbeiterinteressen vertreten, gemeinsam vorgehen, um die endgültige Emanzipation der Arbeiterklasse zu erreichen. Noch weiter ging James Deans, indem er forderte, die Genossenschaften sollten die wirtschaftliche Suprematie im Lande und die Umwandlung des politischen Staates in einen genossenschaftlichen erstreben; sie sollten deshalb die Leitung nicht nur der Verteilung, sondern auch der Erzeugung der Güter in die Hand nehmen. Nach erregter Verhandlung wurden jedoch beide Anträge mit 1358 gegen 580 Stimmen abgelehnt und vielmehr ein Beschluß gefaßt, in dem das Zusammengehen mit den Gewerkschaften gebilligt, dagegen erklärt wurde, daß, um die Neutralität zu wahren und der Gefahr von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Genossenschaften vorzubeugen, jede Berührung mit den politischen Parteien vermieden werden müsse; es dürften weder gemeinsame Konferenzen mit diesen abgehalten, noch deren Versammlungen besucht, noch Gelder für politische Zwecke, insbesondere für die Arbeiterpartei verwandt werden.

Im Widerspruche mit diesem Beschlusse wurde im Mai 1914 von einigen Vertretern des Genossenschaftsbundes eine Konferenz veranstaltet, an der außer dem parlamentarischen Aus-

schusse des Gewerkschaftskongresses auch der Exekutivausschuß der Arbeiterpartei teilnahm, und in der ein Regulativ vereinbart wurde, um bei gewissen praktischen Aufgaben gemeinsam vorzugehen. Auf dem folgenden Genossenschaftskongresse in Dublin 1914 bildete diese Konferenz den Gegenstand erregter Auseinandersetzungen, die zu dem Ergebnis führten, daß der in Aberdeen gefaßte Beschluß bestätigt wurde.

Auch noch ein anderer Punkt gab Veranlassung, die Stellung zur Politik zu erörtern. In dem Geschäftsberichte des Vorstandes war gesagt: „Unsere Bewegung folgt im allgemeinen der Politik der liberalen Partei; die meisten unserer Mitglieder unterstützen die Regierung.“ Von Anhängern der Tories wurde beantragt, diese Bemerkungen zu streichen, da sie den Grundsatz der Neutralität verletzen; aber nachdem der Vorstand sich darauf berufen hatte, daß anerkanntermaßen die überwiegende Mehrheit der Genossenschaftsmitglieder der liberalen Partei angehörte, wurde der Antrag abgelehnt.

Einen Bruch mit dieser bis dahin ständig festgehaltenen Tradition bedeutete der am 28. Mai 1917 abgehaltene Kongreß in Swansea. Man war sehr unzufrieden damit, daß die Genossenschaften bei der Verteilung der Nahrungsmittel nicht in dem von ihnen gewünschten Umfange berücksichtigt waren, insbesondere aber darüber, daß Lloyd George es abgelehnt hatte, in dieser Angelegenheit eine Abordnung der Genossenschaften zu empfangen. Hierin wird der Grund dafür zu sehen sein, daß gegen eine starke Minderheit, die an der Ablehnung politischer Betätigung festhielt, ein Beschluß gefaßt wurde, in dem gesagt ist, es sei die Zeit gekommen, um die Schritte zu unternehmen, die erforderlich seien zur Schaffung einer direkten Vertretung der Genossenschaften im Parlament und in den lokalen Verwaltungen als dem einzigen Wege zur wirksamen Geltendmachung der genossenschaftlichen Interessen und Forderungen. Der Zentralvorstand wurde beauftragt, die hierzu erforderlichen Schritte zu unternehmen. Es soll ein parlamentarischer Fonds gebildet werden, zu dem die Genossenschaften für je 1000 Mitglieder 2 Pfund Sterling aufzubringen haben. Aus ihm sollen die sachlichen Kosten der Wahlbewegung bestritten werden. Die Kandidaten sind durch Verhandlungen des eingesetzten parlamentarischen Zentralausschusses

von 12 Mitgliedern mit den lokalen Organisationen der Wahlkreise aufzustellen. Sie müssen sich auf ein vom Kongreß beschlossenes Programm verpflichten. Die gewählten Abgeordneten sollen auf den Bänken der Arbeiterpartei sitzen, aber eine besondere Gruppe bilden, die mit denen der Arbeiterpartei und der Gewerkschaften enge Fühlung unterhält.

Den ersten Schritt auf dem in Swansea betretenen Wege bildete ein am 17./18. Oktober 1918 in London abgehaltener außerordentlicher Genossenschaftskongreß, auf dem man beschloß, der Regierung ein formelles Mißtrauensvotum zu erteilen, weil sie nicht bloß bei der Verteilung der Lebensmittel, sondern auch bei dem Gesetze über die Kriegsabgaben und die Einkommensteuer die Arbeiterinteressen nicht hinreichend berücksichtigt habe.

Die Folge dieses Vorgehens war, daß auch die liberale Partei einen besonderen Ausschuß zu dem Zwecke einsetzte, die innerhalb des Genossenschaftsbundes bestehende Opposition zu unterstützen. Es ist deshalb darauf zu rechnen, daß noch weitere Kämpfe zwischen Mehrheit und Minderheit geführt werden.

Nachdem die Bewegung einmal in das Fahrwasser der Politik eingelenkt hatte, lag es nahe, daß man auch sonst die bisher gezogenen Grenzen nicht mehr innehielt. Der Kongreß in Bristol 1919 beschäftigte sich nicht allein insofern mit politischen Fragen, als er gegen die von der Regierung vertretene Neigung zum Schutzzoll protestierte und die Einführung der Verhältniswahl forderte, sondern auch für eine enge Verbindung mit der Arbeiterpartei eintrat. Der gefaßte Beschluß lautete: „Der Kongreß erkennt den Erfolg an, den die Bemühungen um eine direkte Vertretung im Parlament und in den lokalen Körperschaften erzielt haben, und billigt durchaus die Beschlüsse der Kongresse in Swansea und in London. Aber er glaubt, daß die Zeit gekommen ist, im allgemeinen Interesse noch nähere Beziehungen zwischen allen demokratischen Organisationen herzustellen. Er beauftragt daher den parlamentarischen Zentralausschuß, mit der Arbeiterpartei und dem parlamentarischen Ausschusse der Gewerkschaften über ein Bündnis zu Wahlzwecken und mit dem Ziele zu verhandeln, eine einheitliche demokratische oder Volkspartei zu gründen.“

Andere Beschlüsse forderten die Überführung des Kohlenbergbaues in die Bewirtschaftung durch die Gesamtheit und die Abschaffung des Privateigentums am Grund und Boden, da er Privatpersonen eine ungerechte Macht über das Leben und die Freiheit anderer Menschen gebe. Für die Angestellten der Genossenschaften soll ein Pensionsfonds geschaffen werden.

Die veränderte Grundrichtung des Bundes gab auch Anlaß dazu, dessen Organisation einer Umgestaltung zu unterziehen. Das geschah auf einem im Februar 1920 in Blackpool abgehaltenen außerordentlichen Kongreß, dessen Beschlüsse eine stärkere Zentralisation bedeuteten. Gegen einen lebhaften Widerstand, der vor Bürokratisierung warnte, wurde ein leitender Ausschuß eingesetzt, der dauernd, also auch in der Zeit zwischen den Kongressen, bestehen soll. In ihm wurde der Vereinigung, zu der sich die Angestellten der Genossenschaften zusammengeschlossen haben, ein Sitz eingeräumt. Außerdem wurde die Gründung einer eigenen Verlagsanstalt und einer Genossenschaftsschule beschlossen.

Auch auf dem am 16.—18. Mai 1921 in Scarborough abgehaltenen Kongreß bildete die politische Betätigung den wichtigsten Beratungsgegenstand. Der Bericht des Zentralvorstandes zeigte, daß man sich der Tragweite der seit kurzem eingeschlagenen Richtung sehr wohl bewußt war, denn es hieß darin, die Zusammenfassung aller genossenschaftlichen Kräfte mit denjenigen der Arbeiterbewegung im Parlament und in den lokalen Verwaltungen solle dazu dienen, „die neue soziale Ordnung durchzuführen, zu unterstützen und schließlich die genossenschaftliche Ordnung (commonwealth) aufzurichten“. Der gestellte Antrag lautete: „Der Kongreß beschließt, einen Bund der Arbeiterpartei und der Genossenschaftsbewegung zu gründen, und verpflichtet sich, mit voller Kraft für die von diesem Bunde aufgestellten Ziele zu wirken.“ Eine andere Gruppe wollte diesen Schritt noch nicht endgültig tun, sondern sich auf die Einsetzung eines Ausschusses zur Prüfung der Angelegenheit beschränken. Bei der Abstimmung wurde freilich dieser Antrag mit 1953 gegen 1199 Stimmen abgelehnt, aber auch der Antrag des Vorstandes blieb mit 4 Stimmen in der Minderheit, so daß ein Beschluß überhaupt nicht zustande kam.

War man hiermit hinsichtlich der politischen Betätigung

hinter den in Swansea gefaßten Beschluß zurückgegangen, so verlief die Verhandlung ähnlich hinsichtlich der Organisation. Um den in Blackpool eingesetzten leitenden Ausschuß in Tätigkeit treten zu lassen, waren erhebliche Geldmittel erforderlich. Mit Rücksicht auf diese Schwierigkeit empfahl der Zentralvorstand, die Ausführung zu vertagen, was von dem Kongresse gebilligt wurde.

Dagegen wiederholte man den Protest gegen die Absicht der Regierung, zum Schutzzollsystem überzugehen. Endlich forderte man die Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen zu Rußland und erklärte in einer einstimmig angenommenen Resolution: „Der Kongreß ist der Meinung, daß die Gründung eines wirtschaftlichen Völkerbundes auf genossenschaftlicher Grundlage eine wesentliche Voraussetzung für den künftigen Weltfrieden ist.“ Der internationale Gewerkschaftsbund soll zu einem solchen Völkerbunde ausgestaltet werden. —

Die englischen Genossenschaften sind ganz überwiegend Konsumvereine. Anfangs hatten, wie oben erwähnt, die Christlichen Sozialisten sich bemüht, Produktivgenossenschaften ins Leben zu rufen, aber diese Versuche waren daran gescheitert, daß den Mitgliedern die erforderlichen Fähigkeiten fehlten. Auch heute gibt es in England nur wenig Produktivgenossenschaften, von denen übrigens auch nur die Minderzahl selbständige Organisationen bilden, während die Mehrzahl von den Konsumvereinen gegründet sind und sich an diese anlehnen ¹⁾. Die ersteren pflegen aus Streiks hervorzugehen, indem die Arbeiter, die durch sie ihre Beschäftigung verloren haben, sich zu Genossenschaften zusammenschließen. Noch geringer ist die Zahl der Kreditgenossenschaften. Sie stehen in der Regel in enger Verbindung mit einer Produktivgenossenschaft und haben den Zweck, dieser die erforderlichen Geldmittel zu verschaffen.

Über die Statistik der Genossenschaften werden in den *People's Year Book* regelmäßig ausführliche Angaben veröffentlicht. Die Entwicklung der Gesamtbewegung seit 1913 ergibt sich aus folgender Tabelle:

¹⁾ Ende 1914 gab es insgesamt 1137 Produktivgenossenschaften, in denen 62095 Personen beschäftigt wurden; aber von ihnen waren nur 137 selbständig.

Jahr	Zahl der Genossenschaften	Zahl der Mitglieder	Betrag des Kapitals in £	Umsatz in £	Reingewinn in £	Zahl der beschäftigten Personen	Betrag der Löhne und Gehälter in £
1913	1508	3 011 390	54 919 381	130 035 894	14 260 414	144 154	8 491 448
1914	1511	3 188 140	57 809 566	138 473 025	15 204 098	148 264	9 213 464
1915	1497	3 310 524	62 230 430	165 034 195	17 003 956	155 379	9 928 926
1916	1481	3 566 241	67 348 808	197 295 322	19 150 021	158 715	10 838 075
1917	1478	3 835 376	69 355 148	224 913 795	18 194 600	162 503	12 086 853
1918	1474	3 894 999	80 473 150	248 983 685	17 702 567	164 383	14 734 284
1919	1467	4 182 019	98 801 231	324 781 079	21 809 563	187 535	20 962 169
1920	1501	4 559 311	114 568 475	404 144 150	26 993 396	201 509	29 634 941

Die Verteilung auf die einzelnen Arten von Genossenschaften im Jahre 1920 zeigt die folgende Tabelle:

Genossenschaftsart	Genossenschaften	Mitglieder	Kapital £	Umsatz £	Reingewinn £	Beschäftigte Personen	Löhne u. Gehälter £
Konsumvereine .	1379	4 504 852	86 553 168	254 158 144	25 458 555	138 955	19 978 118
Absatzvereinigungen . . .	5	61	44 145	193 695	13 405	34	4 693
Produktivgenossenschaften . .	105	42 855	2 788 573	9 222 699	539 733	11 873	1 673 461
Unterstützungsvereinigungen .	4	8 525	486 997	2 486 662	61 433	1 687	282 145
Spezialgenossenschaften . . .	5	899	89 899	1 412 892	10 600	1 490	162 650
Großeinkaufsgesellschaften . .	3	2 119	24 605 694	136 676 058	909 669	47 470	7 533 874

Die weitaus stärkste Gruppe der Genossenschaften bilden die Konsumvereine. Ihre Verteilung auf die drei Länder zeigt die folgende Tabelle:

		Ver-eine	Mit-glieder	Kapital £	Umsatz £	Rein-gewinn £
England und Wales . .	{ 1918	1055	3 239 702	51 109 501	121 174 847	12 319 269
	{ 1919	1051	3 477 056	62 197 822	155 551 727	14 933 244
	{ 1920	1062	3 797 666	72 625 793	197 742 081	18 536 485
Schottland . .	{ 1918	261	575 385	9 947 149	32 654 903	—
	{ 1919	258	617 069	11 735 613	41 544 195	—
	{ 1920	264	662 294	13 356 303	54 034 963	6 782 492
Irland	{ 1918	48	31 444	338 058	1 828 213	77 771
	{ 1919	48	37 352	477 871	1 834 516	101 880
	{ 1920	53	44 892	571 072	2 381 100	139 578

Die Entwicklung der englischen Großeinkaufsgesellschaft seit 1913 ergibt sich aus folgender Tabelle:

Jahr	Angeschlossene Vereine	Kapital £	Umsatz £	Rein- gewinn £	Beschäftigte Personen	Löhne und Gehälter £
1913	1168	6 320 763	31 371 976	636 119	20 994	1 983 254
1914	1193	6 301 017	34 910 813	840 069	23 190	1 539 354
1915	1195	6 641 598	43 101 747	1 086 962	23 924	1 777 406
1916	1189	7 109 291	52 230 074	1 519 005	22 215	1 819 727
1917	1192	6 937 325	57 710 133	1 315 155	22 777	1 983 809
1918	1200	11 896 941	65 167 960	160 538	24 100	2 529 137
1919	1209	15 772 555	89 349 318	248 168	32 205	4 042 357
1920	1222	18 530 596	105 439 628	159 470	36 391	5 954 867

Die Entwicklung der schottischen Großeinkaufsgesellschaft in demselben Zeitraum zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	Angeschlossene Vereine	Kapital £	Umsatz £	Rein- gewinn £	Beschäftigte Personen	Löhne und Gehälter £
1913	268	3 696 415	8 964 033	340 730	8 685	405 815
1914	266	4 130 170	9 425 383	393 115	8 877	530 378
1915	264	4 464 633	11 363 075	456 516	9 103	554 634
1916	262	4 564 637	14 502 410	501 531	8 307	593 165
1917	263	4 257 818	17 079 812	500 915	8 522	655 874
1918	261	4 546 296	19 519 485	547 993	8 324	797 510
1919	266	5 518 216	24 789 040	536 662	10 523	1 081 853
1920	272	5 795 895	29 549 314	271 514	10 887	1 542 962

Die englische und die schottische Großeinkaufsgesellschaft haben vielfach auch gemeinsame Unternehmungen ins Leben gerufen. Sie haben Landgüter von 34000 acres¹⁾ erworben, die sie selbst bewirtschaften. In Südindien und in Ceylon besitzen sie Teeplantagen im Umfange von 46000 acres. Eine Flotte von 4 Dampfern und 10 Leichterfahrzeugen dient dem überseeischen Verkehr. Endlich haben sie eine Versicherungsgesellschaft für alle Arten von Versicherungen geschaffen.

¹⁾ 1 acre = 40,5 Ar.

Die bis dahin stetig aufsteigende Entwicklung der Genossenschaften hat eine erhebliche Störung erfahren durch die im Jahre 1920 einsetzende und auch heute noch fortdauernde Wirtschaftskrise. Sie bewirkte ein starkes Sinken der Preise, und da die Konsumvereine die Waren teuer eingekauft hatten, so erlitten sie so große Verluste, daß sie an ihre Mitglieder nur geringe Rückvergütungen auszahlen konnten. Dazu kam der gewaltige Bergarbeiterstreik, der das ganze Wirtschaftsleben lahmlegte. Da die Vereine ihre streikenden Mitglieder unterstützten, so veranlaßte das eine weitere Vermehrung der Ausgaben. Alle diese Umstände nötigten dazu, die Löhne und Gehälter des Personals herabzusetzen, was dann wieder umfassende Streiks zur Folge hatte. Endlich bewirkte die gesunkene Kaufkraft der Mitglieder einen starken Rückgang des Umsatzes, und die Geschäftsverluste der beiden Großeinkaufsgesellschaften waren so bedeutend, daß die Genossenschaftspresse das Jahr 1920 als ein kritisches Jahr erster Ordnung bezeichnet, während die Gegner der Konsumvereine sogar deren völligen Zusammenbruch erhofften. Diese Hoffnung erscheint jedoch unbegründet, vielmehr haben die Vereine bewiesen, daß sie stark genug sind, um auch derartige Rückschläge zu ertragen. Sie sind bemüht, ihre Betriebsmittel zu vermehren und durch Zusammenfassung der an demselben Orte bestehenden Organisationen an Verwaltungskosten zu sparen. Immerhin hat man die beabsichtigte Schaffung einer genossenschaftlichen Tageszeitung und die Gründung einer Genossenschaftsschule einstweilen zurückstellen müssen.

B. Frankreich.

Die Sammlung von Tatsachenmaterial über das französische Genossenschaftswesen ist mit großen Schwierigkeiten verbunden, da es an den erforderlichen literarischen Arbeiten durchaus fehlt und die in der Bewegung stehenden Personen nicht geneigt sind, über sie Auskunft zu erteilen ¹⁾. Dazu kommt, daß es frei-

¹⁾ In der schweizerischen Zeitschrift *La Coopération* vom 8. Januar 1915 gibt der französische Genossenschafter Carnesson eine sehr anschauliche Schilderung seiner erfolglosen Versuche, sich Kenntnis über die Bewegung zu verschaffen. Er behauptet, stets mit der größten Liebenswürdigkeit empfangen, aber auf unüberwindlichen Widerstand gestoßen zu sein, sobald er nach greifbaren Tatsachen gefragt habe.

lich zahlreiche Vereinigungen genossenschaftlicher Art gibt, daß aber die meisten eine sehr geringe Mitgliederzahl haben. Ferner bildet die Abneigung der Franzosen zur Zahlung von Beiträgen für ihre Organisationen, die auch bei den Gewerkschaften eine kräftige Entwicklung ausschließt, ein Hindernis für die Erzielung größerer Erfolge. Endlich ist auch der im Volkscharakter begründete ausgeprägte Individualismus eine Ursache dafür, daß die auf Zusammenfassung zu Zentralverbänden gerichteten Bestrebungen bisher keinen allgemeinen Beifall gefunden haben. Alle diese Faktoren haben zusammengewirkt zu dem Ergebnis, daß die französische Genossenschaftsbewegung nicht die Ausdehnung gewonnen hat, die man nach den wirtschaftlichen Verhältnissen des Landes erwarten dürfte.

Französische Schriftsteller nehmen für ihr Vaterland in Anspruch, die Geburtsstätte des modernen Genossenschaftswesens zu sein, indem sie sich darauf berufen, daß schon vor den Redlichen Pionieren von Rochdale, nämlich am 7. Mai 1835 in Lyon die Seidenweber unter dem Namen „Der wahrhafte und soziale Handel“ eine Vereinigung gegründet hätten, die auf denselben Grundsätzen aufgebaut gewesen sei. Die Tatsache ist richtig, aber es scheint nicht so, als ob sie den Ausgangspunkt für die spätere Entwicklung gebildet hat. In Wahrheit wird man den Ursprung der französischen Genossenschaftsbewegung zu sehen haben in den als *fruitières* bezeichneten Organisationen, die bereits zu Anfang des 19. Jahrhunderts erwähnt werden. Sie waren Vereinigungen, die den Zweck verfolgten, Erzeugnisse der Landwirtschaft gemeinsam zu verwerten; man kann sie vielleicht am besten als Molkereigenossenschaften bezeichnen. In den 1830er Jahren wurde der Genossenschaftsgedanke von den älteren Sozialisten, wie Saint-Simon und Fourier, insbesondere aber von Buchez aufgegriffen; jedoch beschränkte man sich im wesentlichen lediglich auf theoretische Pläne. An diese Bestrebungen knüpfte Louis Blanc an, als er 1848 eine Reihe von Genossenschaften ins Leben rief, deren Zweck es sein sollte, die Emanzipation der Arbeiter von der Herrschaft des Kapitals durchzuführen. Als die von ihm befürworteten Nationalwerkstätten aufgelöst wurden, stellte die Regierung, um der dadurch herbeigeführten Erregung entgegenzuwirken, durch das Dekret vom 5. Juli 1848 3 Millionen Franken zur Verfügung, um das

Genossenschaftswesen zu fördern. Das hatte ein wahres Gründungsfieber zur Folge, aber die damals geschaffenen Vereinigungen waren fast ausschließlich Produktivgenossenschaften und hatten ein sehr kurzes Leben, zumal in der folgenden Zeit die Regierung sich gegen die ganze Bewegung ablehnend verhielt und 1852 alle bestehenden Organisationen polizeilich auflöste.

Als 1863 die Erfolge der Pioniere von Rochdale in Frankreich bekannt wurden, entstand eine Anzahl von Vereinen, die diesem Vorbilde folgen wollten, also den Gedanken der Produktivgenossenschaft fallen ließen und vielmehr die Regelung des Konsums in den Vordergrund stellten. Da gleichzeitig der Kaiser Napoleon der Bewegung eine größere Freiheit einräumte, schien sie zunächst einen gewissen Aufschwung nehmen zu sollen. Aber jetzt begannen die Sozialisten ihr gegenüber eine feindliche Haltung zu beobachten, und insbesondere der am 30. Oktober 1879 in Marseille abgehaltene III. französische Arbeiterkongreß, auf dem die Marxisten die Mehrheit hatten und die *Fédération du parti des travailleurs socialistes de France* gründeten, führte zu einem völligen Bruche. Obgleich auf dem Kongreß 11 Produktivgenossenschaften und 30 Konsumvereine vertreten waren, wurde doch ein Beschluß gefaßt, der erklärte, daß die Genossenschaften freilich im Interesse der Propaganda für den Sozialismus Nutzen bringen könnten, aber als Mittel für die Emanzipation des Proletariats nicht in Betracht kämen.

Ebenso hatte das Syndikatsgesetz vom 21. März 1884, obgleich es auch für genossenschaftliche Bestrebungen anwendbar war, zunächst wenig Einfluß; nur die landwirtschaftlichen Genossenschaften bedienten sich der dadurch geschaffenen Vorteile, indem sie sich als *syndicats agricoles* eintragen ließen. Diese haben seitdem eine große Ausdehnung erlangt. Sie stehen meistens unter dem Einflusse der katholischen Partei, während die protestantischen und liberalen Kreise mit wenig Erfolg bemüht sind, Kreditvereine nach deutschem Muster ins Leben zu rufen.

Eine wesentliche Änderung dieser Verhältnisse ist erst eingetreten durch die Tätigkeit der Schule von Nîmes. Hier gründete der bekannte Nationalökonom Professor Gide in Verbindung mit de Boyve und Fabre, einem Schüler von Fourier, unter Beteiligung einiger Arbeiter 1884 die *Société d'économie populaire*, die sich mit sozialwissenschaftlichen Studien befaßt

und insbesondere dem Genossenschaftswesen ihre Aufmerksamkeit zuwandte. In dem aufgestellten Programm wird der Standpunkt vertreten, daß die Konsumvereine bei ausreichender Ausbildung ihrer Organisation geeignet seien, die heutige wirtschaftliche Ordnung umzugestalten, und daß sie vor dem revolutionären Sozialismus den Vorzug hätten, daß sie ihr Ziel ohne Anwendung von Gewalt und Expropriation erreichen könnten. Sie dürften sich aber nicht darauf beschränken, ihren Mitgliedern Waren zu verschaffen, sondern müßten Kapital ansammeln, um Fabriken zu errichten und Banken zu gründen. Zugleich sollen sie den Produktivgenossenschaften Geld zur Verfügung stellen, um deren Kapitalmangel abzuhefen. Beide Arten von Genossenschaften sollen die Keime der künftigen Gesellschaft bilden, die sich aus ihnen heraus entwickeln werde. Zu diesem Zwecke müßten sie sich ebenso wie in England zu großen Organisationen zusammenschließen.

Um diese Anschauungen zu verbreiten, wurde 1885 in Paris ein Genossenschaftskongreß abgehalten, dem jedoch auch ausgesprochene Sozialisten beiwohnten und auf dem die Union Coopérative, die unter der Leitung eines Zentralkomitees steht, als Mittelpunkt der verfolgten Bestrebungen gegründet wurde. Aber schon 1895 kam es zwischen den Anhängern von Gide und den Sozialisten zu einer Spaltung, indem die letzteren unter dem Namen Bourse des Coopératives Socialistes eine Gegenorganisation ins Leben riefen, die das belgische System vertrat, während der neutrale Verband dem englischen Beispiele folgt. Obgleich man offene Feindschaft möglichst zu vermeiden suchte, entstanden doch mehrfach Streitigkeiten, die sich auf dem 1909 in Paris abgehaltenen internationalen Genossenschaftskongreß so zuspitzten, daß es fast zum Handgemein gekommen wäre.

Begreiflicherweise hatte die Trennung eine erhebliche Schädigung der Gesamtbewegung zur Folge. Das Verständnis hierfür beförderte die Neigung, den Streit beizulegen und eine Wiedervereinigung herbeizuführen. Nach längeren Vorbereitungen gelang dies in der Weise, daß ein gemeinsames Programm aufgestellt wurde, bei dem jede Gruppe Opfer brachte. Nachdem die beiderseitigen Generalversammlungen in Paris und Roannes die Einigung gebilligt hatten, wurde auf dem am 28.—30. Dezember

1912 in Tours abgehaltenen gemeinsamen Kongreß, auf dem 603 Vereine durch 375 Abgesandte vertreten waren, die neue Gesamtorganisation unter dem Namen *Fédération nationale des coopératives de consommation*, *organe d'émancipation des travailleurs* endgültig ins Leben gerufen. Jeder der dem Bunde angeschlossenen Vereine hat eine Stimme. Die Beiträge sind abgestuft nach dem Umsatze. Den Vereinen wurde empfohlen, sich zu „offenen Organisationen“ umzugestalten, d. h. die Mitgliedschaft nicht auf bestimmte Berufskreise zu beschränken, was bis dahin vielfach üblich gewesen war. Das literarische Organ des Bundes ist *L'Action Coopérative*.

Zugleich wurde eine Neuordnung des Großeinkaufs beschlossen. Der neutrale Verband hatte schon bei seiner Gründung sich eine Großeinkaufsgesellschaft (*Magazin de Gros*) geschaffen. Der sozialistische war erst 1906 dahin gelangt, denselben Schritt zu tun, indem die bei dem größten Pariser Konsumvereine *La Bellevilloise* bestehende derartige Einrichtung ihren Geschäftskreis auf ganz Frankreich ausdehnte und die Bezeichnung *Coopérative de Gros* annahm. Jetzt faßte man die Verschmelzung beider Organisationen ins Auge, und in der Tat wurde sie im Juni 1913 erreicht. Die neue Gesellschaft nahm sogleich die Eigenproduktion in großem Umfange in Angriff, geriet aber dadurch in erhebliche finanzielle Schwierigkeiten. Um sich aus ihnen zu befreien, wandte sie sich um Hilfe an die englische *Co-operative Wholesale Society*, die ihr einen monatlichen Kredit von 100000 Pfund Sterling bewilligte, jedoch gegen die Verpflichtung, ihr Eigenvermögen dadurch zu vermehren, daß die Geschäftsanteile von 25 auf 100 Franken erhöht würden. Dies wurde auf einer am 18. Januar 1914 abgehaltenen außerordentlichen Generalversammlung beschlossen. Gleichzeitig wurde zur Erledigung der Geldangelegenheiten eine besondere Bankabteilung sowie zur Unterstützung von in Not geratenen Genossenschaften die *Caisse de Solidarité* eingerichtet ¹⁾. Als selbständiges Unternehmen hatte man außerdem bereits 1913 eine Altersrentenklasse geschaffen.

¹⁾ Die französischen Konsumvereine verkaufen nicht bloß an ihre Mitglieder, sondern auch an fremde Personen, trennen aber die Erträge, indem sie den durch den Verkauf an die letzteren erzielten Gewinn nicht zur Verteilung bringen, sondern für Wohltätigkeitszwecke verwenden.

Einstweilen bestanden der Nationalverband und die Großeinkaufsgesellschaft selbständig nebeneinander, und obgleich man Reibungen möglichst vermied, wurde doch dieser Zustand als unbefriedigend empfunden. Auf dem III. Nationalkongreß am 24./25. September 1916 wurde deshalb der Gedanke einer Verschmelzung angeregt. Aber er fand überwiegend Widerspruch, und man begnügte sich zunächst mit der Einrichtung, daß der Sekretär des Nationalverbandes zugleich dem Vorstände der Großeinkaufsgesellschaft angehörte. Auf dem IV. Kongreß, der vom 30. September bis 2. Oktober 1917 ebenfalls in Paris tagte, kam man jedoch auf den Plan zurück, und dieses Mal siegten dessen Anhänger, indem mit 395 gegen 122 Stimmen die Unterstellung beider Organisationen unter einen gemeinsamen Verwaltungsausschuß beschlossen wurde. Das sollte an sich nur eine Vereinheitlichung in organisatorischer Hinsicht bedeuten, doch war man überwiegend der Ansicht, daß es den ersten Schritt zu einer völligen Verschmelzung darstelle.

Nachdem so die beiden Zentralorganisationen sich gegenseitig erheblich genähert hatten, bemühte man sich, auch die lokalen Gruppen zusammenzuschließen. Im Vordergrund stand Paris, wo das Konsumvereinswesen außerordentlich zersplittert war, denn neben der bereits erwähnten Bellevilloise gab es noch zwei große Vereine, nämlich L'Égalitaire und L'Avenir de Plaisance, sowie zahllose kleinere. Nachdem die Verhandlungen mit der Bellevilloise gescheitert waren, gelang es, die meisten anderen zu der Union des Coopérateurs de Paris zu verschmelzen. Ende 1918 waren ihr 24000 Mitglieder mit einem Jahresumsatz von 30 Millionen und einem Reingewinn von 3333000 Franken angeschlossen. Unter der Führung der Bellevilloise bildete sich dann eine Gegenorganisation, die Union des Coopératives. Aber nach anfänglichen Reibungen gelang es am 16. Mai 1920, beide Gruppen zu einem einheitlichen Verbands zusammenzuschließen. Er umfaßte Ende 1920 55000 Mitglieder mit einem Kapital von $5\frac{1}{2}$ Millionen in Geschäftsanteilen und einem Jahresumsatz von $78\frac{1}{2}$ Millionen Franken.

Von großer Bedeutung war der am 27.—30. September 1919 in Paris abgehaltene VI. Kongreß des Verbandes, auf dem 2030 Vereine in 40 Bezirksverbänden sowie 14 Produktiv-

genossenschaften durch 700 Delegierte vertreten waren. Hier wurde zum ersten Male offen das politische Gebiet betreten. Allerdings war man darüber einig, daß bei der politischen Betätigung strenge Neutralität beobachtet werden müsse, aber unter diesem Vorbehalte beschloß man, bei den Parlamentswahlen eigene Kandidaten aufzustellen, um die Interessen der Konsumenten, über deren Vernachlässigung seitens der Regierung man sich lebhaft beklagte, mit größerem Erfolge zur Geltung zu bringen. Zugleich forderte man die Anerkennung der Genossenschaften als öffentlich-rechtlicher Organisationen und die Errichtung eines besonderen Lehrstuhles für Genossenschaftswesen bei der Akademie. Nachdrücklich erklärte man sich gegen eine von der Regierung begünstigte Gründung von besonderen Konsumvereinen für Beamte und Offiziere sowie gegen Vereine, die unter dem Einflusse der Fabrikleitung stehen. Um Streitigkeiten mit den im Betriebe der Genossenschaften beschäftigten Arbeitern nach Möglichkeit friedlich zu erledigen, sollen die Arbeitsbedingungen in gemeinsamen Verhandlungen mit den Gewerkschaften festgesetzt werden. Man war darüber einig, daß in der Organisation der Konsumvereine eine größere Konzentration angestrebt werden müsse. Ebenso soll die Eigenproduktion weiter ausgebaut werden durch die Gründung von Bäckereien, Schlachtereien und Mühlen.

Daß die in Paris beschlossene politische Betätigung für die Genossenschaften die Gefahr mit sich bringt, in das Getriebe der Parteien hineingezogen zu werden, zeigte der am 24. bis 26. September 1920 in Straßburg abgehaltene, durch 438 Delegierte als Vertreter von 2164 Genossenschaften besuchte VII. Kongreß, indem hier zum ersten Male die Kommunisten einen Vorstoß unternahmen. Sie erhoben gegen die Leitung des Verbandes den Vorwurf, daß sie den Klassenkampf verleugne. Im Gegensatze dazu empfahlen sie die Bildung von Arbeiterräten nach russischem Vorbilde und forderten die Anerkennung des von der III. Internationale in Moskau aufgestellten Programms. Daß der kommunistische Standpunkt bisher bei den französischen Genossenschaften keine Zustimmung gefunden hat, bewies die Abstimmung, indem der gestellte Antrag mit 2416 gegen 20 Stimmen abgelehnt wurde. Im übrigen beschloß man, die bisherige, stark zentralistische Organisation des Verbandes etwas zu

lockern und außerdem auf eine Verbindung der Konsumvereine mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften hinzuwirken.

Die Kommunisten ließen sich durch die erlittene Niederlage nicht abschrecken, ihre Bestrebungen weiter zu verfolgen. In einem Manifest stellten sie folgende Forderungen: 1. Alle Beziehungen zu kapitalistischen Regierungen sind abzubrechen. 2. Dagegen ist die enge Verbindung mit den von der Sowjetregierung organisierten russischen Genossenschaften herzustellen. 3. Die Organisation der Produktion ist den Gewerkschaften zu überlassen, die sie im Sinne der kommunistischen Wirtschaftsordnung auszubauen haben. 4. Die Genossenschaften haben deshalb die Eigenproduktion einzustellen sowie von der Verteilung des Erlöses an die Mitglieder Abstand zu nehmen und sich vielmehr auf die Verteilung der Waren zu beschränken. Außerdem hatte der Vorstand der kommunistischen Partei die Arbeiter aufgefordert, in die Genossenschaften einzutreten, um in ihnen für diese Bestrebungen tätig zu sein und für die Diktatur des Proletariats zu wirken.

Auf dem am 5.—8. Mai 1921 in Lyon abgehaltenen VIII. Kongreß, auf dem 2193 Genossenschaften durch 385 Delegierte vertreten waren, kam es hierüber von neuem zu erregten Verhandlungen. Poisson, der Sekretär des Verbandes, trat den Kommunisten energisch entgegen. Er betonte, die Genossenschaften müßten autonome Organisationen sein und jede ihnen fremde Beimischung von sich fernhalten. Sein Standpunkt fand die Billigung der erdrückenden Mehrheit, und der kommunistische Antrag wurde mit 3786 gegen 58 Stimmen abgelehnt. Daneben hatte sich der Kongreß noch mit der anderen wichtigen Frage zu beschäftigen, ob der Grundsatz der Barzahlung durchbrochen und vielmehr den Mitgliedern für die Bezahlung der gekauften Waren Kredit gegeben werden solle. Es wurde beantragt, dies in der Form zu verwirklichen, daß die Konsumvereine zugleich Sparkassen einrichten sollten, um den Mitgliedern Gelegenheit zu geben, ihre Einlagen zur Bezahlung der bezogenen Waren zu verwenden. Der Antrag wurde schließlich einem Ausschusse zur Vorprüfung überwiesen. —

Wie die bisherige Darstellung zeigt, haben sich in Frankreich die verschiedenen Arten von Genossenschaften un-

abhängig voneinander entwickelt. In neuester Zeit macht sich das Bestreben geltend, unter ihnen eine Verbindung herzustellen. Die eingeleiteten Verhandlungen haben den Erfolg gehabt, daß in einer am 23. Oktober 1918 abgehaltenen Konferenz ein gemeinsamer Generalrat für Konsumvereine und Produktivgenossenschaften eingesetzt wurde, der aus je 14 Vertretern beider Gruppen nebst 13 von der Regierung ernannten Personen besteht. Zu gewissen Schwierigkeiten führt es, daß die Großeinkaufsgesellschaft bemüht ist, ihre Eigenproduktion dadurch auszudehnen, daß sie bestehende Produktivgenossenschaften sich angliedert, was von den Vertretern dieser Gruppe aus dem Grunde bekämpft wird, weil dadurch die Mitglieder, die bisher die Leitung ihres Unternehmens selbst besorgten, in die Rolle von Lohnarbeitern herabgedrückt würden. Sie forderten deshalb, daß, soweit man nicht solche Angliederungen ganz unterlassen wolle, mindestens den Arbeitern ein Gewinnanteil von $\frac{1}{4}$ des Reinerlöses zufallen müsse. Eine Verständigung hierüber konnte zunächst nicht erzielt werden.

Das Verhältnis der Genossenschaftsbewegung zu der Regierung und den öffentlichen Körperschaften war bisher sehr kühl, was sich daraus erklärt, daß im Parlament diejenigen Bevölkerungsschichten das Übergewicht haben, die insbesondere den Konsumvereinen wenig freundlich gegenüberstehen. Hierin hat es auch seinen Grund, daß in Frankreich ein besonderes Genossenschaftsgesetz nicht besteht, vielmehr die Genossenschaften dem Gesetze vom 24. Juli 1867 über die Aktiengesellschaften unterstellt sind. Während des Krieges hat sich dies insofern geändert, als zunächst 1915 den Produktivgenossenschaften ein staatlicher Kredit bewilligt wurde. Durch Gesetz vom 9. Mai 1917 wurde auch den Konsumvereinen dieselbe Unterstützung gewährt, wobei zugleich einige Vorschriften über deren Organisation geschaffen wurden. Außerdem wurde 1919 bei dem Arbeitsministerium ein Beirat für Genossenschaftswesen unter dem Namen Conseil supérieur de la coopération eingesetzt. Die Bestrebungen auf Schaffung einer Vertretung im Parlament haben einen unerwarteten Erfolg gehabt, indem der dort gebildeten Gruppe für Genossenschaftsinteressen 114 Abgeordnete beigetreten sind. —

Über den Umfang der französischen Genossenschafts-

bewegung werden in dem Jahrbuche, das der Nationalverband regelmäßig herausgibt (*Annuaire de la Coopération*), Ziffern veröffentlicht, die jedoch aus dem Grunde kein völlig zuverlässiges Bild liefern, weil in den durch den Krieg verwüsteten Gegenden auch die Genossenschaften zum Teil sich aufgelöst haben und erst von neuem geschaffen werden müssen. Außerdem beziehen sie sich ausschließlich auf die Konsumvereine. Nach diesen Angaben bestanden am 1. Januar 1914 3261 Konsumvereine mit 880000 Mitgliedern und einem Umsatze von 321 Millionen Franken. Am 1. Juli 1919 war die Zahl der Vereine auf 3724 gestiegen, wobei jedoch 3 Departements nicht mitgerechnet waren. Die 2352 Vereine, von denen Berichte vorlagen, hatten 1312997 Mitglieder mit einem Umsatz von 636699319 Franken. Dem Nationalverbände waren am 1. Juli 1919 1944 Vereine angeschlossen, von denen 1156 zusammen 742494 Mitglieder mit 433838200 Franken Umsatz hatten¹⁾. Außerhalb des Verbandes standen 1196 Vereine mit 570503 Mitgliedern und 202869119 Franken Umsatz.

An Produktivgenossenschaften gab es 1919 38 mit 251363 Mitgliedern und 220 Millionen Franken Umsatz.

Die Entwicklung der Großeinkaufsgesellschaft zeigen folgende Ziffern:

Jahr	Angeschlossene Genossen- schaften	Umsatz ²⁾ Fr.
1917	428	16 909 028
1918	670	31 467 607
1919	1088	38 510 504
1920	1445	121 406 362
1921	1591	165 930 376

¹⁾ Die Zusammenrechnung der dem Verbands angeschlossenen und der außerhalb stehenden Vereine ergibt eine höhere als die Gesamtziffer; eine Aufklärung der Differenz ist aus dem Jahrbuche nicht zu entnehmen.

²⁾ In Frankreich hat, wie in den meisten Ländern, seit Beendigung des Krieges eine starke Entwertung des Geldes stattgefunden. Die Ziffern der einzelnen Jahre sind deshalb nicht ohne weiteres vergleichbar.

C. Belgien ¹⁾.

Die belgische Genossenschaftsbewegung wurde zuerst dadurch angeregt, daß das in Frankreich durch die Bewilligung staatlicher Mittel bewirkte Gründungsfieber auch auf Belgien übergriff. Eine starke Unterstützung erhielt die Bewegung dadurch, daß Rogier, der 1848 Minister des Inneren war, in der Einrichtung von Konsumvereinen, die zugleich mit Sparkassen verbunden wurden, das Hauptmittel sah, die ausgedehnte Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Unter dem Einflusse dieser beiden Faktoren entstanden in den nächsten Jahren eine große Anzahl von Vereinigungen, die als Genossenschaften im weiteren Sinne angesehen werden können. Unter ihnen befanden sich insbesondere Produktivgenossenschaften der Schneider, Schuhmacher, Schlachter, Buchdrucker und sonstiger Gewerbetreibenden. Aber sie hatten sämtlich nur eine kurze Lebensdauer, und gegen Ende der 1850er Jahre war die Bewegung völlig erloschen.

Besaßen die Vereinigungen, abgesehen von einer gewissen allgemeinen demokratischen Tendenz, keinen politischen Charakter, so änderte sich das vollständig, als die Internationale auf ihren Kongressen in Genf 1866 und Brüssel 1868 die Gründung von Genossenschaften empfahl in der erklärten Absicht, die Arbeiter von dem Joche des Kapitalismus zu befreien. Es entstanden jetzt zahlreiche derartige Organisationen, die sich sogar 1871 zu einem Verbande zusammenschlossen. Gleichzeitig fand die in Deutschland durch Schulze-Delitzsch geschaffene Bewegung auch in Belgien Verbreitung. Aber diese zweite Entwicklungsperiode dauerte ebenso wie die erste nur wenige Jahre, und 1875 gab es nur noch 20 nach dem Schulzeschen System errichtete Volksbanken sowie 16 sozialistische Genossenschaften, unter denen sich 8 Konsumvereine und 3 Produktivgenossenschaften befanden. Selbst der Erlaß des Genossenschaftsgesetzes vom 18. Mai 1873, das den Genossenschaften eine weitgehende Freiheit gewährt, war nicht imstande, eine stärkere Bewegung hervorzurufen. Am 1. Januar 1878 gab es

¹⁾ Eine eingehendere Darstellung des belgischen Genossenschaftswesens habe ich in Band IV S. 313 ff. meines Buches „Die Berufsvereine“ gegeben.

nicht mehr als 13 gesetzlich anerkannte Genossenschaften, eine Zahl, die sich in den beiden folgenden Jahren nur um 8 vermehrte.

Der Aufschwung begann erst, als 1880 die sozialdemokratische Partei sich von der außerordentlichen Bedeutung des Genossenschaftswesens überzeugte und dessen Förderung mit aller Kraft betrieb. Insbesondere einer ihrer Führer, Anseele, betrachtete die Schaffung von Genossenschaften als seine Lebensaufgabe, und auf seine Tätigkeit ist in erster Linie der seitdem erreichte große Erfolg zurückzuführen.

Der erste Schritt auf diesem Wege war die 1880 geschehene Gründung des „Vooruit“ in Gent, der noch heute den Mittelpunkt der Bewegung bildet und den neuen Typus am besten darstellt. Nach den Satzungen ist der Zweck des Vereins, „durch das Mittel der Genossenschaft die wirtschaftlichen und moralischen Verhältnisse der Mitglieder zu verbessern und zur völligen Emanzipation der Arbeiterklasse mitzuwirken.“ Als Mitglieder werden nur solche Personen aufgenommen, die seit mindestens einem Jahre der belgischen Arbeiterpartei angehören. Nach dem Vorbilde des Vooruit wurden dann eine Anzahl ähnlicher Schöpfungen ins Leben gerufen, von denen La Maison du Peuple in Brüssel und Le Progrès in Jolimont die bedeutendsten sind.

Auch den Zusammenschluß aller sozialistischen Genossenschaften zu einem Zentralverbande faßte man schon früh ins Auge, und ein von dem Vooruit einberufener Kongreß, der im September 1887 in Gent tagte und von 23 Vereinen beschickt war, verfolgte diesen Zweck. Aber sowohl hier wie auf dem Parteitage in Löwen 1890 kam man über einige platonische Beschlüsse nicht hinaus, da die einzelnen Genossenschaften sich nicht entschließen konnten, Opfer an ihrer Selbständigkeit zu bringen. Erst in einer 1898 in Brüssel veranstalteten Versammlung gelang es, ein ständiges Generalsekretariat einzusetzen. Auf einem im Februar 1900 ebenfalls in Brüssel abgehaltenen Kongresse, auf dem 72 Genossenschaften vertreten waren, wurde dann endlich die Gründung eines Verbandes beschlossen, der den Namen Föderation der belgischen Arbeiterkonsumvereine erhielt und im Dezember 1900 seine Tätigkeit begann.

Die belgischen sozialistischen Genossenschaften unterscheiden

sich von denen anderer Länder durch ihren „integralen Charakter“. Er besteht darin, daß sie sich nicht auf das wirtschaftliche Gebiet beschränken, sondern das ganze Leben des Arbeiters zu umfassen suchen. Daneben stehen sie in den engsten Beziehungen zu der Arbeiterpartei, die sich darin äußern, daß die Genossenschaften nicht allein an diese jährliche Beiträge zahlen, sondern auch ihre Mitglieder im sozialistischen Geiste erziehen und auf deren Beitritt zur Partei hinwirken. In den Satzungen der Genossenschaften ist ausdrücklich hervorgehoben, daß sie eine sozialistische Organisation sein wollen und ihre Tätigkeit in erster Linie der Agitation für die Partei widmen. Die erzielten Überschüsse sind überwiegend diesem Zwecke und der Unterstützung von Arbeitseinstellungen gewidmet, so daß nur ein kleiner Rest an die Mitglieder verteilt wird. Auch die Räumlichkeiten der Genossenschaften dienen der sozialistischen Propaganda. In ihnen werden Unterhaltungen und Unterrichtskurse veranstaltet; sie bilden den Mittelpunkt, um den sich das gesamte Leben der Arbeiter bewegt. Der Beitritt zu der Genossenschaft ist, wie bereits bemerkt, nur den Mitgliedern der belgischen Arbeiterpartei gestattet und hat die Anerkennung des Parteiprogramms zur Voraussetzung ¹⁾).

Auch für den erwähnten Zentralverband hatte man anfangs das gleiche System ins Auge gefaßt, und der im September 1887 in Gent abgehaltene Kongreß hatte beschlossen, daß 50 % der Überschüsse an die Parteikasse abgeliefert werden sollten. In die Satzungen des Verbandes ist dies jedoch später nicht aufgenommen, vielmehr wird nach ihnen der Reingewinn, soweit er nicht dem vorgesehenen Reservefonds zufließt, an die einzelnen Genossenschaften verteilt.

Gleichzeitig mit dem Zentralverbande hatte man auch eine Großeinkaufsgesellschaft ins Leben gerufen, die jedoch nur eine Abteilung desselben bildete, so daß beide dieselbe Ver-

¹⁾ Vandervelde: *La coopération neutre et la coopération socialiste*, S. 29, bezeichnet die sozialistische Genossenschaft als die Melkkuh der Arbeiterpartei. Sorel, der geistige Führer der französischen Syndikalist, bemerkt in seinem Buche „*Introduction à l'économie moderne*“ S. 168: „Die Genossenschaften Belgiens sind Ökonome, welche von der politischen Partei zur Sicherung ihrer Herrschaft über die Arbeiterbevölkerung ins Leben gerufen sind.“

waltung hatten. Auf dem 1920 in Charleroi abgehaltenen Genossenschaftskongreß wurde dies dahin geändert, daß heute der Verband und die Großeinkaufsgesellschaft formell voneinander unabhängig sind.

Wie die Genossenschaften zur Arbeiterpartei in einem engen Verhältnis stehen, so gilt dasselbe auch von den sozialistischen Gewerkschaften. Mehrfach hat man zu bestimmten Zwecken gemeinsame Ausschüsse eingesetzt. Trotzdem sind gelegentlich auch Reibungen dadurch entstanden, daß die von den Genossenschaften beschäftigten Arbeiter Forderungen stellten, die von den Verwaltungen beanstandet wurden. Diese Angelegenheit bildete auf dem am 19./20. Juni 1921 in Antwerpen abgehaltenen Genossenschaftskongresse, an dem auch die Führer der Gewerkschaften teilnahmen, den Gegenstand eingehender Erörterungen. Man beschloß die Einsetzung eines gemischten Ausschusses, der auch die Frage prüfen soll, ob die Genossenschaftsarbeiter ihren Berufsgewerkschaften angehören oder eine eigene Gewerkschaft bilden sollen.

Das Vorgehen der Sozialisten hatte zur Folge, daß auch die Liberalen und die Klerikalen die Gründung von Genossenschaften ins Auge faßten. Endlich gibt es noch eine Anzahl von „unabhängigen“ oder „neutralen“ Vereinigungen, die sich auf die rein genossenschaftliche Tätigkeit beschränken und jede Berührung mit der Politik ablehnen.

Die wichtigste nicht sozialistische Organisation ist der 1887 gegründete Verein Volksbelang. Anfangs lag die Leitung in den Händen der Klerikalen, aber bald gewannen auch die Liberalen Einfluß, was dahin führte, daß die ersteren nach einigen Jahren als Gegenorganisation Het Volk ins Leben riefen.

Während die liberalen und die unabhängigen Genossenschaften keine große Ausdehnung erlangt haben, stehen sich die sozialistischen und die katholischen in annähernd gleicher Stärke gegenüber. Die ersteren überwiegen in den Städten, die letzteren auf dem Lande. Immerhin ist diese Teilung nicht streng durchgeführt, sondern sowohl in den Städten wie auf dem Lande gibt es beide Arten; vielfach stehen sie sich an demselben Orte in erbittertem Kampfe gegenüber. Auch tragen beide den erwähnten integralen Charakter, indem sie das gesamte Leben der Mitglieder in ihren Kreis ziehen; gerade hierauf beruht ihr

großer Einfluß. Dagegen unterscheiden sie sich nach den Bevölkerungsschichten, auf die sie sich stützen. Die sozialistischen Genossenschaften, die den Standpunkt des unveröhnlichen Klassenkampfes vertreten, beschränken sich durchaus auf die Arbeiter und lehnen die Beteiligung anderer Kreise ab als einen Versuch, die ersteren in Abhängigkeit zu erhalten. Die katholischen dagegen sind umgekehrt bestrebt, durch die genossenschaftliche Tätigkeit die verschiedenen Klassen einander näher zu bringen und, haben zu Mitgliedern außer Arbeitern auch Bauern, Handwerker, Industrielle und Angehörige der gebildeten Kreise. Besonders stark sind in ihnen die Geistlichen vertreten, in deren Hand meistens die Leitung liegt.

Eine Sonderstellung haben die landwirtschaftlichen Genossenschaften (*syndicats agricoles*), die sich überwiegend auf die Kleinbauern beschränken und den gemeinsamen Bezug von Saatgut, Futterstoffen und Düngemitteln sowie den Absatz von Getreide und Vieh bezwecken. —

Die statistischen Angaben über die belgischen Genossenschaften sind sehr unzuverlässig, da die Listen in der Weise geführt werden, daß neu eintretende Mitglieder mit fortlaufenden Ziffern eingereiht, jedoch die ausscheidenden nicht gestrichen werden¹⁾. Außerdem sind sie ziemlich dürftig. Im Jahre 1911 gab es 406 Konsumvereine mit 326000 Mitgliedern, darunter 199 sozialistische mit 157478 Mitgliedern und einem Umsatz von 44 920 920 Franken.

D. Holland.

Die Genossenschaftsbewegung in Holland ist bisher schwächer entwickelt als in einigen anderen gleichgroßen Ländern. Der Grund dafür liegt in ihrer Entstehungsgeschichte.

Der erste, der die Bedeutung der Genossenschaften erkannte und sich bemühte, sie in Holland einzuführen, war Dr. Kerdyn, der 1860 auf einer Studienreise in England die dortigen Verhältnisse kennen gelernt hatte. Es gelang ihm, für seine Bestrebungen in den Arbeiterkreisen Sympathien zu finden, aber er beging den Fehler, daß er das Produzenteninteresse des Arbei-

¹⁾ Vandervelde a. a. O. S. 176.

ters zum Ausgangspunkte nahm. Er betrieb deshalb vor allem die Gründung von Kreditvereinen und Produktivgenossenschaften, während er die Konsumvereine in die zweite Linie stellte. Die ersteren wurden in großer Zahl ins Leben gerufen, scheiterten aber sämtlich nach kurzer Zeit wegen mangelnder Erfahrung.

Zu Beginn der 1870er Jahre wurden dann diese Bestrebungen zunächst von den Zivil- und Militärbeamten wieder aufgenommen. Sie gründeten 1874 den Verein Eigen Hulp, der anfangs sich auf die bloße Unterstützungstätigkeit beschränkte, bald jedoch dazu überging, auch Waren für seine Mitglieder zu besorgen. Nachdem dann auch andere Kreise denselben Weg betreten und das 1876 erlassene Genossenschaftsgesetz die früher bestehenden rechtlichen Schwierigkeiten beseitigt hatte, konnte schon 1882 der Versuch unternommen werden, die Bewegung in einer einheitlichen Spitze zusammenzufassen durch Gründung der noch heute bestehenden Großeinkaufsgesellschaft De Handelskamer in Rotterdam.

Aber ähnlich wie Schulze-Delitzsch in Deutschland, wollte man sich weniger auf die Arbeiter stützen, als auf den Mittelstand, und gab deshalb den Satzungen eine Fassung, nach denen den ersteren der Beitritt sehr erschwert war.

So blieb die Bewegung zunächst auf die bürgerlichen Kreise beschränkt, und auch dem 1889 gegründeten Niederländischen Genossenschaftsbunde (Nederlandsche Cooperatieven Bond), der seinen Sitz im Haag hat, gelang es, obgleich er durchaus parteilos war, nur in geringem Umfange, die Arbeiter an sich zu ziehen. Allerdings hatte jetzt auch unter diesen der Genossenschaftsgedanke Wurzel geschlagen, aber, soweit sie dem Sozialismus huldigten, stand das Klassenkampfdogma einer gemeinsamen Organisation im Wege. Deshalb wurde 1900 ein besonderer Verband der Arbeitergenossenschaften (Bond von Nederlandschen Arbeiders Cooperaties) mit dem Sitze in Amsterdam ins Leben gerufen, der zu der 1895 gegründeten sozialdemokratischen Partei in enge Beziehungen trat und sogar in seine Satzungen die Bestimmung aufnahm, daß der Jahresüberschuß in die Parteikasse abgeführt werden müsse.

Eine weitere Zersplitterung erfolgte dadurch, daß 1914 auch die unter klerikalem Einfluß stehenden Vereinigungen sich zu dem Verband der katholischen Genossenschaften (Katholieke

Cooperative Bond) zusammenschlossen, der seinen Sitz in Utrecht hat. Endlich besteht eine große Zahl von landwirtschaftlichen Genossenschaften, die in mehreren Verbänden organisiert sind.

Das Verhältnis zwischen diesen Gruppen war von Anfang an nicht das einer ausgesprochenen Feinschaft, sondern mehr das der Gleichgültigkeit. Eine Verbindung unter den drei Gruppen von Konsumvereinen war sogar dadurch hergestellt, daß sie sämtlich der Großeinkaufsgesellschaft „De Handelskamer“ in Rotterdam angeschlossen sind, die ursprünglich von dem neutralen Verbands gegründet war, aber 1914 von ihm getrennt wurde. Eine weitere Annäherung wurde dadurch herbeigeführt, daß der Buchdruckereibesitzerverband 1917 die genossenschaftlichen Betriebe von der Mitgliedschaft ausschloß, was für diese insofern eine Schädigung bedeutete, als sie infolge hiervon auch an der im Buchdruckereigewerbe bestehenden Tarifgemeinschaft nicht teilnehmen konnten. Um diesen Angriff abzuwehren, bildeten die drei Verbände in Gemeinschaft mit der Großeinkaufsgesellschaft einen Zentralausschuß, der einen Boykott gegen die gegnerischen Buchdruckereien einleitete und dadurch erreichte, daß schließlich eine Verständigung erzielt wurde. Dieser Erfolg legte den Gedanken nahe, den Zentralausschuß auch sonst für die Vertretung gemeinsamer Interessen nutzbar zu machen. Den Hauptpunkt bildete hierbei die Verteilung der Lebensmittel und die Mitwirkung bei ihr. Um nach dieser Richtung hin einen Einfluß auf die Regierung auszuüben, berief der Ausschuß einen allgemeinen Genossenschaftskongreß, der am 27. März 1918 in Utrecht tagte und von $\frac{2}{3}$ aller Genossenschaften besucht war. Ein einstimmig gefaßter Beschluß protestierte gegen die Preistreiberei und sonstige Unehrlichkeiten im privaten Handel.

Aber die Entwicklung drängte weiter. Der Niederländische Genossenschaftsverband hatte von jeher den Grundsatz strengster politischer und religiöser Neutralität vertreten. Der Arbeitergenossenschaftsverband stand, wie bemerkt, anfangs in engen Beziehungen zu der sozialdemokratischen Partei und hatte an sie einen Beitrag geleistet. Obgleich der Verband nach wie vor die Sozialisierung der Produktion als Ziel betrachtete, war 1918 dieses Verhältnis beseitigt. Dadurch war die Vorbedingung für eine Verschmelzung gegeben, und in der Tat führten die zwischen

den Vorständen geführten Verhandlungen im Dezember 1918 zu einer Vereinbarung, nach der beide Verbände sich zu einem Zentralverbande vereinigen sollten. Der Zweck ist nach den Satzungen: 1. die Organisierung der niederländischen Konsumvereine zur Wahrung ihrer gemeinsamen Interessen mit allen gesetzlichen Mitteln; 2. die Förderung und der Schutz der Verbraucherinteressen; 3. die Ausbreitung der Genossenschaftsbewegung durch Förderung des gemeinschaftlichen Einkaufs und der Eigenproduktion, damit ihre genossenschaftliche Aufgabe stärker zum Ausdruck kommt, die neben der Ausschaltung des Zwischenhandels in einer Produktionsweise besteht, die auf dem organisierten Verbrauch aufgebaut, und bei der der Zweck der Gewinnerzielung ausgeschlossen ist; 4. die Förderung der Konsumvereinsbewegung. Der Vorstand besteht aus 11 Mitgliedern, von denen 6 durch den neutralen, 5 durch den sozialistischen Verband bestimmt werden. Die beiden literarischen Organe „Cooperatör“ und „Cooperatiegids“ wurden zu einem Blatte, „Cooperative Nieuws“, vereinigt, dessen Leitung jährlich wechseln soll. Nachdem die Vereinbarung von den beiderseitigen Generalversammlungen gebilligt war, hat sich der neue Verband unter dem Namen Zentralverband der niederländischen Konsumvereine“ (Centrale Bond van Nederlandsche Verbruiks Cooperaties) am 28. März 1920 konstituiert. Der Vorsitz wurde Goedhart, dem langjährigen Vorsitzenden des neutralen Verbandes, übertragen.

Daneben wird durch den Zentralausschuß und die Großeinkaufsgesellschaft auch mit dem katholischen Verbande eine Verbindung hergestellt. Endlich hat man mit Erfolg Beziehungen zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften angebahnt, um einen Austausch von Produktion und Konsumtion zu schaffen. Auf einer im Juli 1917 in Rotterdam abgehaltenen gemeinsamen Konferenz wurden bestimmte Grundsätze hierfür vereinbart.

In neuester Zeit ist die Entwicklung zur Einheitsorganisation dadurch unterbrochen, daß am 27. Oktober 1921 unter dem Namen „Verband der christlichen Konsumvereine“ sich diejenigen Vereine zusammengeschlossen haben, die auf protestantisch-orthodoxem Standpunkte stehen. —

Die Gesamtzahl aller Konsumvereine in Holland wird auf 420 angegeben, von denen im Jahre 1918 165 mit 140000 Mit-

gliedern dem neutralen Verbands, 45 mit 48000 Mitgliedern dem sozialistischen und 45 mit 15000 Mitgliedern dem katholischen Verbands angehörten. Am 1. Januar 1921 umfaßte der Zentralverband im Haag 150 Vereine mit 161286 Mitgliedern, der katholische Verband in Utrecht 200 Vereine mit 40000 Mitgliedern. Die Mitgliederzahl des protestantischen Verbandes ist nicht bekannt, aber da ihm als größter Verein der Vooruitgang in Rotterdam mit 35000 Mitgliedern angehört, so wird sie hinter derjenigen der katholischen Organisation nicht zurückbleiben. Der Großeinkaufsgesellschaft waren Ende 1920 1385 Genossenschaften mit 192401 Mitgliedern angeschlossen; ihr Umsatz betrug 14612535 Gulden. Sie besitzt eine Seifenfabrik, eine Zuckerwarenfabrik, eine Getreidemühle, eine Kaffeerösterei und eine Holzschuhfabrik. Der Zuivelbond, eine Vereinigung von Molkereien, umfaßt 600 Genossenschaften. Die Gartenbaugenossenschaften mit 80000 Mitgliedern haben sich 1919 ebenfalls zu einem Zentralverbande zusammengeschlossen. Daneben bestehen noch zahlreiche andere landwirtschaftliche Vereine zur Beschaffung von Saatgut, Düngemitteln, Futterstoffen und Maschinen. Ebenso gibt es eine Anzahl landwirtschaftlicher Kreditgenossenschaften.

E. Schweiz.

Die Anregung zur Aufnahme der genossenschaftlichen Tätigkeit wurde in der Schweiz zuerst gegeben durch die außerordentliche Teuerung der Lebensmittel, die 1845 einsetzte und mehrere Jahre dauerte. Um ihr zu steuern, wurde nicht allein von den staatlichen und den Gemeindebehörden Nahrungsmittel angekauft und zu billigen Preisen an die unbemittelte Bevölkerung abgegeben, sondern es bildeten sich auch zu diesem Zwecke gemeinnützige Gesellschaften unter der Leitung wohlmeinender Angehöriger der gebildeten Kreise. In diesen Gesellschaften, die man als Fruchtvereine bezeichnete, wird man, obgleich sie lediglich Zwecken der Wohltätigkeit dienten, die Anfänge der Genossenschaftsbewegung zu sehen haben.

Der erste von den Arbeitern selbst unternommene Versuch zur Abhilfe war die Allgemeine Arbeitergesellschaft in Basel, die 1847 gegründet wurde und ebenfalls den Zweck der Beschaffung billiger Lebensmittel verfolgte. Sie scheiterte jedoch

nach zwölfjährigem Bestehen an der ungenügenden Sachkunde ihrer Mitglieder. Daneben entstanden vielfach Fabrikkonsumvereine, die von den Industriellen in Gemeinschaft mit ihren Arbeitern ins Leben gerufen wurden.

Eine Organisation von größerer Bedeutung war der am 26. September 1851 gegründete Konsumverein in Zürich. Er hatte einen unerwarteten Erfolg und war schon nach einem Jahre in der Lage, eine eigene Bäckerei und eine Sparkasse einzurichten. Die Bewegung ergriff auch die Landbevölkerung und die übrigen Kantone. Insbesondere in Bern wurde im Oktober 1853 ein Konsumverein nach dem Züricher Vorbilde geschaffen.

Auch der Gedanke wurde ausgesprochen, sämtliche bestehenden Organisationen zusammenzuschließen, und eine am 4. Dezember 1853 in Zürich abgehaltene Konferenz, an der sich 34 Vereine mit 8000 Mitgliedern beteiligten, billigte diesen Plan, indem sie zugleich einen Zentralauschuß einsetzte und mit der Ausarbeitung der Satzungen beauftragte. Aber zur Ausführung kam es zunächst nicht. Der Grund lag teils darin, daß die Teuerung anfang nachzulassen, teils in inneren Streitigkeiten, teils endlich darin, daß die Vereine das System befolgten, die Waren zu den Selbstkostenpreisen mit einem geringen Aufschlage abzugeben, so daß sie nicht in der Lage waren, Reserven anzusammeln. Als nun die Preise heruntergingen, war man gezwungen, für die teuer eingekauften Waren die alten hohen Preise zu fordern, was den Händlern die Möglichkeit gewährte, die Konsumvereine zu unterbieten. So ging die Beteiligung stark zurück, und auch der Berner Verein mußte im September 1855 seine Liquidation beschließen. Der Züricher war fast der einzige, der die Krise überdauerte, aber dies gelang ihm nur dadurch, daß er seinen bis dahin befolgten Grundsatz, nämlich die Beschränkung auf den Kreis der Mitglieder, preisgab. Am 14. November 1858 verwandelte er sich in eine Aktiengesellschaft, deren Läden jedermann offenstanden. Dazu kamen Streitigkeiten persönlicher Art, die zugleich insofern einen politischen Hintergrund hatten, als die sozialistische Richtung mit der bürgerlich-liberalen um die Herrschaft kämpfte, wobei die erstere unterlag.

Einen neuen Typus in der schweizerischen Genossenschaftsbewegung bedeutet der am 9. September 1865 gegründete

Allgemeine Konsumverein in Basel. In ähnlicher Weise wie 20 Jahre vorher die Not des Lebens die Anregung zu dem genossenschaftlichen Vorgehen überhaupt gegeben hatte, war es jetzt die Krise, in welche die schweizerische Seiden- und Bandwaren-Industrie sowie dadurch auch die in ihr beschäftigten Arbeiter unter dem Drucke der ausländischen Konkurrenz und infolge der Abschneidung des amerikanischen Marktes durch den Bürgerkrieg geraten waren. Von größter Bedeutung war es, daß man jetzt die bisher gemachten Fehler vermied, indem man im wesentlichen das System von Rochdale zugrunde legte, also insbesondere die Waren zu den Tagespreisen verkaufte und den Erlös nach dem Maße des Bezuges verteilte. Außerdem hielt man streng fest an der genossenschaftlichen Form, also an der Zulassung der Mitglieder ohne Beschränkung auf bestimmte Berufskreise. Am 9. September 1865 wurde der erste Laden eröffnet, und im Laufe desselben Jahres folgten bereits 4 andere. So kam es, daß bald der Baseler Verein ausgesprochenermaßen die Führung der Genossenschaftsbewegung übernommen hatte, und daß die meisten größeren Städte seinem Beispiele folgten.

In einem gewissen Gegensatz zu dieser Bewegung stand eine andere, die durch die Internationale angeregt wurde. Sie legte das Hauptgewicht auf die Gründung von Arbeiter-Produktivgenossenschaften und ließ die Konsumvereine stark zurücktreten. Aber ihr Erfolg war nicht erheblich, und die geschaffenen Organisationen waren schon nach einigen Jahren wieder verschwunden.

Auch der 1853 gescheiterte Plan, die bestehenden Genossenschaften einheitlich zusammenzufassen, wurde jetzt wieder aufgenommen, indem der Baseler Verein eine Einladung zu einer Konferenz ergehen ließ, die am 8. August 1869 in Olten stattfand, und auf der 34 Genossenschaften durch 104 Delegierte vertreten waren. Man beschloß die Gründung eines Verbandes, dessen Satzungen sogleich festgesetzt wurden, während man die Schaffung einer Einkaufsvereinigung einstweilen zurückstellte. Jedoch auch dieser zweite Versuch, das erstrebte Ziel zu erreichen, hatte keinen praktischen Erfolg. Zunächst entstand ein Hindernis durch den Ausbruch des deutsch-französischen Krieges und die durch ihn herbeigeführte Stockung des Wirtschaftslebens. Aber auch nach deren Beendigung unterließ man die Durchführung des in Olten gefaßten Beschlusses, und das

Unternehmen blieb unvollendet. Das ist um so überraschender, als die Bewegung jetzt rasch große Fortschritte machte. In der ganzen Schweiz wurden nicht allein in den Städten zahlreiche Konsumvereine ins Leben gerufen, sondern auch die bauerliche Bevölkerung überzeugte sich allmählich von den Vorteilen des Genossenschaftswesens, und bald entstanden in den meisten Kantonen Vereinigungen, die den gemeinsamen Einkauf von Saatgut, Futter- und Düngemitteln besorgten, zum Teil aber auch die Beschaffung anderer Bedarfsgegenstände in die Hand nahmen.

Erst nach 20 Jahren gelang es endlich, das 1853 und 1869 in Angriff genommene Werk zur Ausführung zu bringen. Am 25. September 1889 erließ der Vorstand des Allgemeinen Konsumvereins in Basel ein Einladungsschreiben an alle schweizerischen Konsumvereinigungen zu einer Konferenz in Olten, die in der Tat am 12. Januar 1890 zusammentrat und von 27 Konsumvereinen durch 42 Delegierte besetzt war. Den Anlaß bildete auch dieses Mal eine gemeinsame Gefahr, die dadurch geschaffen war, daß der Bundesrat beabsichtigte, erhebliche Zollerhöhungen für Fleisch, Korn, Wein usw. vorzunehmen. Hiergegen richtete sich eine von der Versammlung erlassene Protesterklärung. Außerdem beschloß man die Gründung des noch heute bestehenden Verbandes schweizerischer Konsumvereine, dessen Satzungen festgesetzt wurden. Am 1. Februar 1890 wurde die geschäftliche Tätigkeit begonnen, die sich allerdings zunächst darauf beschränkte, eine Verbindung unter den angeschlossenen Vereinen herzustellen und den Kampf gegen die Lebensmittelzölle zu führen. Auf der Delegiertenversammlung am 18. Juni 1892 in Bern wurde angeregt, auch den gemeinsamen Wareneinkauf in Angriff zu nehmen. Man beschränkte sich einstweilen auf die Schaffung einer Zentralstelle, deren Aufgabe es sein sollte, die an sie gelangenden Bestellungen der einzelnen Vereine entgegenzunehmen und zur Ausführung zu bringen. Aber bald überzeugte man sich, daß man auch den weiteren Schritt tun und selbständig einkaufen müsse. Die am 16. Mai 1893 in Baden abgehaltene Delegiertenversammlung beschloß deshalb die Umwandlung der Zentralstelle in eine Großhandels-gesellschaft, die nach freiem Ermessen Waren auf dem Markte kauft, um sie mit entsprechendem Nutzen an die angeschlossenen

Vereine weiterzugeben. Der Reingewinn wird nach Abzug eines Reservefonds nach dem Umfange des Warenbezugs verteilt.

Der Verband hat sich seitdem stetig in aufsteigender Richtung fortentwickelt, insbesondere ist er 1913 zur Eigenproduktion übergegangen und hat seitdem nicht allein Mühlen und ein Torfwerk sowie eine Schuhfabrik, eine Kaffeerösterei und eine Buchdruckerei eingerichtet, sondern auch mehrere Bauernhöfe angekauft, die er selbst bewirtschaftet. Der Vorschlag, dies zu tun, stieß freilich anfangs auf lebhaften Widerstand, wurde aber von der am 24./25. Juni 1916 in Schaffhausen tagenden Delegiertenversammlung mit 255 gegen 110 Stimmen zum Beschluß erhoben. In Verbindung mit den landwirtschaftlichen Betrieben ist ein chemisches Laboratorium eingerichtet. Ebenso hat der Verband sich lebhaft an dem Bau von Wohnungen beteiligt und 1920 sogar eine Siedlungsgenossenschaft „Freidorf“ geschaffen. Endlich hat er unter dem Namen „Schweizer Volksfürsorge“ eine große Versicherungsanstalt sowie eine Ferienheimgenossenschaft ins Leben gerufen.

Um Streitigkeiten mit den beschäftigten Arbeitern gütlich auszugleichen, wurden mit den betreffenden Gewerkschaften Tarifverträge abgeschlossen. Als trotzdem die in den Genossenschaftsbetrieben tätigen Arbeiter sich an dem im Juli 1919 ausgebrochenen Generalstreik als Protest gegen die hohen Lebensmittelpreise beteiligten, beschränkte man sich darauf, ihnen für die Streiktage keinen Lohn zu zahlen.

Zu Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Verbandes führte es, als der Vorstand mit der Großschlachtereï Bell in Verbindung trat und 1911 mit ihr eine Interessengemeinschaft abschloß, durch die er sich verpflichtete, solange Bell eine rationelle Fleischversorgung der Konsumvereine durchführe, von der Errichtung eigener Anstalten für die Produktion von Fleischwaren abzusehen. Im Jahre 1913 beteiligte sich der Verband mit 877000 Franken an dem Unternehmen, und 1919 erwarb er sogar die Mehrheit der Aktien im Gesamtbetrage von 2223700 Franken, so daß tatsächlich die Leitung in seiner Hand liegt. Diese Verbindung mit einem kapitalistischen Betriebe erregte in den Mitgliederkreisen Unzufriedenheit. In der Delegiertenversammlung in Genf 1918 wurde deshalb von dem Konsumverein Zürich beantragt, die Mißbilligung über die Beteiligung an einem Privat-

unternehmen auszusprechen und zu beschließen, daß in Zukunft nur mit Produktivgenossenschaften zusammengearbeitet werden dürfe. Der Antrag wurde jedoch mit großer Mehrheit abgelehnt.

Der Verband hält streng fest an bedingungsloser politischer und religiöser Neutralität. Sogar der in der Delegiertenversammlung in Interlaken 1919 gestellte Antrag, der die Mitglieder auffordern wollte, bei den Wahlen zum Nationalrate die Stimmen ohne Ansehen der Parteien nur solchen Kandidaten zu geben, die bereit seien, das Genossenschaftswesen zu fördern, wurde mit 223 gegen 60 Stimmen abgelehnt. Demgemäß haben die Genossenschaften sich an den Wahlen niemals weder unmittelbar noch mittelbar beteiligt. Auch als der Bundesrat eine Erhöhung der Zölle plante, beschloß die am 26. Juni 1920 in Lugano abgehaltene Delegiertenversammlung: „Um die Einheit und die Fortentwicklung des Verbandes nicht zu gefährden, nimmt der Verband als solcher den Beschlüssen des Bundesrats, betr. die Abänderung des Zolltarifs gegenüber eine neutrale Haltung ein. Die dem Verbande angeschlossenen Genossenschaften und ihre Mitglieder haben deshalb volle Freiheit, ihrer Überzeugung gemäß zu handeln.“

Das literarische Organ des Verbandes ist „Der schweizerische Konsumverein“. Ihm steht zur Seite für die welsche Schweiz „Le Coopérateur Suisse“.

Auch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen ist in der Schweiz stark entwickelt. Schon seit langer Zeit gab es in den meisten Gegenden Bauernvereine, die den mannigfaltigsten Zwecken dienten; insbesondere besorgten sie den gemeinsamen Einkauf von Saatgut, Dünger, Futtermitteln und Geräten. Am 17. Oktober 1886 schlossen sich eine Anzahl dieser Vereine zu dem Verbande ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften zusammen. Er fordert von den ihm beitretenden Vereinen, daß sie die Rechtsform der Genossenschaft annehmen und außerdem sämtliche Waren ausschließlich durch die Verbandsleitung beziehen. War der Verband zunächst nur eine Rohstoffgenossenschaft, so tat er 1890 den wichtigen Schritt, daß er seine Tätigkeit auf die Beschaffung von Kolonialwaren und anderen Bedarfsgegenständen sowie auf die Errichtung und den Betrieb von Sparkassen ausdehnte. Zu diesem Zwecke wurde bei der Zentralstelle neben der landwirtschaftlichen auch

eine Konsumabteilung geschaffen. Die erstere besteht aus denjenigen Genossenschaften, die sich auf die bloße Vermittlung von Vertragsabschlüssen mit den Lieferanten beschränken; die letztere dagegen umfaßt solche, bei denen ein selbständiger Geschäftsbetrieb stattfindet, indem sie ein eigenes Lager halten. Diese Ausdehnung auf die Konsumvereinstätigkeit bewirkte nicht allein eine starke Ausdehnung des Verbandes, sondern auch eine wichtige Umgestaltung, indem sie zur Folge hatte, daß den Genossenschaften außer den Bauern auch ländliche Arbeiter beitraten, was dazu mitwirkt, zwischen beiden Gruppen freundlichere Beziehungen herzustellen. —

Nach der amtlichen Statistik gab es am 31. Dezember 1920 in der Schweiz insgesamt 11209 Genossenschaften, von denen rund 4000 landwirtschaftliche und 2300 solche waren, die nur die juristische Form der Genossenschaft haben. Etwa 1000 entfallen auf die Konsumvereine sowie die Versorgung mit Elektrizität und Wasser. Die Spar- und Darlehnskassen sind nur spärlich vertreten. Nach dem Jahresberichte des Verbandes der schweizerischen Genossenschaften waren ihm Ende 1920 493 Genossenschaften mit 362284 Mitgliedern, einem Vermögen von 19364799 Franken und einem Umsatz von 330822645 Franken angeschlossen. Der Umsatz der mit ihm verbundenen Großeinkaufsgesellschaft betrug 172023068 Franken, war jedoch 1921 auf 144419697 Franken zurückgegangen. Der Verband ostschweizerischer landwirtschaftlicher Genossenschaften umfaßte Ende 1920 226 Vereine mit 20771 Mitgliedern und einem Umsatz von 29 Millionen. Es besteht außerdem noch ein Verband von Concordia-Genossenschaften, der nahe Beziehungen zu den christlichen Gewerkschaften unterhält, aber Angaben über seine Mitgliederzahl nicht veröffentlicht hat.

F. Spanien.

Spanien ist von der stolzen Höhe als Weltmacht, die es am Ausgange des Mittelalters einnahm, tief herabgesunken. Das gilt nicht nur in politischer, sondern ebenso in wirtschaftlicher Beziehung. Daraus erklärt es sich, daß auch das Genossenschaftswesen bisher noch sehr wenig entwickelt ist. Die Regierung begünstigt seit Jahrzehnten die Bewegung, und die beiden

Genossenschaftsgesetze von 1887 und 1906 sind darauf berechnet, die Organisation zu erleichtern.

Von allen Provinzen des Königreichs ist Catalonien weitaus am meisten entwickelt, insbesondere besteht dort eine nicht unbedeutende Industrie. Hier wurden deshalb um 1860 einige Konsumvereine und Produktivgenossenschaften gegründet, aber nach wenigen Jahren hatten sie sich sämtlich wieder aufgelöst. Nicht günstiger war ein zu Anfang der 1880er Jahre unternommener zweiter Versuch. Erst als das Genossenschaftsgesetz von 1887 einige Erleichterungen geschaffen hatte, gelang es dem für die Ausbreitung des Genossenschaftswesens unermüdlich tätigen Salas Anton, der in England als Mitglied der spanischen Gesandtschaft die dortigen Organisationen kennen gelernt hatte, auch in Spanien und insbesondere in Catalonien eine Anzahl von Genossenschaften ins Leben zu rufen, von denen 40 sich 1897 zu einem Verbands, der *Camera Regional de Societades Cooperativas* für Catalonien und die Balearischen Inseln zusammenschlossen. Er veranstaltete 1900 und 1902 die ersten Genossenschaftstage und gründete eine eigene Zeitschrift, die *Revista Cooperativa di Catalona*; 1908 zählte er 8000 Mitglieder.

Die landwirtschaftliche Genossenschaftsbewegung begann erst nach dem Erlasse des Gesetzes von 1906, das gerade diese Art begünstigt. Auch die Bank von Spanien unterstützt sie durch Gewährung von Darlehen. Diese Genossenschaften haben überwiegend die Form der Raiffeisenvereine; vielfach stehen sie unter der Leitung von Geistlichen.

In neuester Zeit hat man sich auch bemüht, sämtliche spanischen Genossenschaften zu einer einheitlichen Organisation zusammenzufassen. Auf einem von dem Catalonischen Verbands einberufenen Genossenschaftskongreß, der im Dezember 1913 in Barcelona tagte, wurde beschlossen, eine Großeinkaufsgenossenschaft zu schaffen; sie hat am 15. Februar 1915 ihre Tätigkeit begonnen.

Ihren Abschluß fanden diese Bestrebungen dadurch, daß auf dem am 13. Mai 1921 in Madrid abgehaltenen Nationalkongreß, auf dem 300 Genossenschaften durch 200 Delegierte vertreten waren, der Nationalverband der Arbeitergenossenschaften gegründet wurde, der seinen Sitz in Madrid hat. In einer angenommenen Programmerkklärung wurde gesagt,

daß die Genossenschaftsbewegung ein Mittel zur Umwandlung der Gesellschaftsordnung sei. Das Verhältnis der Genossenschaften zu den Gewerkschaften wurde eingehend geregelt. Die Genossenschaften dürfen nur gewerkschaftlich organisierte Arbeiter beschäftigen und sollen die von den Gewerkschaften beschlossenen Arbeitsbedingungen zugrunde legen; doch dürfen sie die gegebenen Zugeständnisse zurücknehmen, wenn es den Gewerkschaften nicht gelingt, ihre Forderungen auch in den Privatbetrieben zur Durchführung zu bringen. Streiks dürfen gegen Genossenschaften nicht verhängt werden, vielmehr sind Arbeitsstreitigkeiten durch das eingesetzte Schiedsgericht zu erledigen. —

Über die Ausdehnung der spanischen Genossenschaftsbewegung stehen nur dürftige Ziffern zur Verfügung. Nach der amtlichen Statistik gab es 1908 insgesamt 182 Konsumvereine mit 29000 Mitgliedern, 42 Kredit-G. mit 6500 Mitgliedern, 17 Produktiv-G. mit 4900 Mitgliedern, 3 Bau-G. mit 700 Mitgliedern, 22 Vereine mit 19150 Mitgliedern, die sich gleichzeitig mit Kreditgewährung und Warenvermittlung befassen. Im Jahre 1914 war die Zahl der Konsumvereine in Catalonien auf 308 mit 27947 Mitgliedern und einem Umsatz von 14574000 Pesetas gestiegen.

G. Italien.

Die soziale Bewegung in Italien zeigt gegenüber derjenigen in den meisten anderen Ländern mehrfache Besonderheiten. Ein wesentlicher Punkt der Verschiedenheit besteht darin, daß die einzelnen Zweige, in die sie zerfällt, also das Bildungswesen, die gewerkschaftliche, die politische, die genossenschaftliche und die reine Unterstützungstätigkeit, sich nicht so scharf voneinander geschieden haben, wie es sonst in der Regel geschehen ist. Die Erklärung hierfür ist in erster Linie darin zu sehen, daß alle diese Zweige im wesentlichen aus einer gemeinsamen Wurzel hervorgewachsen sind, nämlich aus den von Mazzini geschaffenen Organisationen, der noch heute fast wie ein Nationalheiliger verehrt wird. Er verfolgte neben der staatlichen Einigung Italiens vor allem den Zweck, die Lage der unteren Volksschichten zu verbessern. Den Mittelpunkt seiner hierauf gerichteten Bestrebungen bildeten die Hilfsvereine (*Società di mutuo*

soccorso). Sie gewähren ihren Mitgliedern Unterstützungen in den verschiedensten Notlagen des Lebens, insbesondere bei Krankheit, Tod und Arbeitslosigkeit, stellen sich aber vielfach zugleich die Aufgabe, das Arbeitsverhältnis, insbesondere die Höhe des Lohnes zu beeinflussen, indem sie auch Arbeits-einstellungen unterstützen. Sie haben sich 1900 zu der Federazione nazionale dei società di mutuo soccorso zusammengeschlossen, die schon damals etwa 800000 Mitglieder umfaßte.

Aus den Hilfsvereinen, die gewissermaßen den Urgrund der Arbeiterbewegung darstellen, sind neben den Gewerkschaften (Federazioni di resistenza), den Besserungsvereinen (leghe di miglioramento), die ähnliche Zwecke verfolgen, den Arbeitskammern (camere di lavoro) und den politischen Organisationen auch die ersten Konsumvereine hervorgegangen, indem die von den Hilfsvereinen geschaffenen Verkaufslager (magazzini di consumo) sich allmählich zu selbständigen Einrichtungen entwickelten. Man bezeichnet sie deshalb ebenfalls als Konsummagazine. Aber während diese nicht allein daran festhielten, die Waren ausschließlich an die Mitglieder abzugeben, und zwar zu Einkaufspreisen mit einem geringen Aufschlage zur Deckung der Verwaltungskosten, fanden später auch die in England und Deutschland ausgebildeten eigentlichen Konsumvereine (consorzi di consumo) Eingang und überflügelten bald die ältere Form. Von den heute bestehenden sind die bedeutendsten: die Unione militare in Rom, die einen ähnlichen Charakter trägt wie der Deutsche Offizierverein, die Unione cooperativa in Mailand, die 1886 aus einem Beamtenverein hervorging, und die Alleanza Torinese in Turin, die 1899 durch Verschmelzung des Allgemeinen Arbeiterkonsumvereins mit der Genossenschaft der Eisenbahner entstand. Diese drei Vereinigungen hatten 1918 einen Jahresumsatz von 74742000, 58482000 und 37348000 Lire. In neuester Zeit ist ihnen der Konsumverein in Triest zur Seite getreten, der 1921 eine Mitgliederzahl von 41717 und einen Umsatz von 112243701 Lire erreicht hatte.

Die mehrfach unternommenen Versuche, sämtliche Konsumvereine zu einer Gesamtorganisation zusammenzuschließen, hatten längere Zeit hindurch keinen Erfolg. Erst 1909 gelang dies durch die Gründung des Consorzio Italiano delle Co-

operative di Consumo mit dem Sitze in Mailand, einer Großeinkaufsgesellschaft, an der alle Konsumvereine sich beteiligen können. Dadurch war der erste Schritt zur Herbeiführung einer festen Verbindung getan. Auf einem 1918 veranstalteten allgemeinen Kongreß wurde die Großeinkaufsgesellschaft in einen Zentralverband der Konsumvereine umgewandelt, der am 1. September 1920 2008 Konsumvereine mit einem Jahresumsatz von 156 Millionen umfaßte. Neben den Konsumvereinen wurden während des Krieges noch die sog. enti autonome di consumo geschaffen. Sie waren Veranstaltungen zur Verteilung der Lebensmittel, an denen die Gemeinden, die Konsumvereine und andere Wohlfahrtsanstalten beteiligt waren. Nach der Beendigung des Krieges haben sie sich größtenteils aufgelöst, doch sind noch einige bestehen geblieben.

Die Produktivgenossenschaften, die wie in anderen Ländern, so auch in Italien von den Theoretikern anfangs als die Krone des Gebäudes betrachtet wurden, haben sich nur in recht geringem Maße entwickelt, da den Arbeitern die erforderlichen kaufmännischen Kenntnisse fehlen. Eine Ausnahme bilden nur die Maurer-Genossenschaften (*società muratori*). Schon im Mittelalter bildeten die Maurer Gesellschaften, die gemeinschaftlich in ganz Europa den Bau von Kirchen und Schlössern übernahmen. Heute beschränken sie sich auf ihr Heimatland, üben aber hier ihre Tätigkeit in weitem Umfange. Sie bestehen in der Regel ausschließlich aus Berufsgenossen, also Maurern, Steinsetzern, Hafen- und Transportarbeitern; in einigen Organisationen werden aber auch andere Personen zur Mitgliedschaft zugelassen.

Von größerer Bedeutung sind die Arbeitsgenossenschaften (*società di braccianti*), d. h. Vereinigungen von ungelernten Arbeitern, die Erdarbeiten an Wegen, Eisenbahnen, Flüssen, Kanälen, Deichen sowie bei Trockenlegung von Sümpfen übernehmen, aber gelegentlich auch Erntearbeiten besorgen. Bei den staatlichen und Gemeindebehörden ist es üblich, derartige Arbeiten in Form der Submission zu vergeben, aber die hierbei eintretende Unterbietung im Preise hat eine Herabdrückung der Löhne zur Folge. Dem suchen die Arbeiter auf dem angegebenen Wege entgegenzuwirken. Die erste Genossenschaft dieser Art wurde 1883 in Ravenna gegründet. In ihren Satzungen

wird als Zweck bezeichnet, „ein Vereinsvermögen anzusammeln, welches die Genossenschaft in den Stand setzt, auf eigene Rechnung die Ausführung öffentlicher und privater Arbeiten zu übernehmen, die heute einer zügellosen und oft ehrlosen Spekulation überlassen sind“. Bald fand dieses Beispiel an anderen Orten Nachahmung. Die Regierung und das Parlament begünstigten diese Bestrebungen, und ein am 11. Juni 1889 erlassenes Gesetz bestimmt, daß den Genossenschaften öffentliche Arbeiten ohne Submission übertragen werden können, wenn es sich um ungelernte Arbeit handelt und die Gesamtsumme den Betrag von 100000 Lire nicht übersteigt. Die Bezahlung erfolgt schon vor der Fertigstellung der Arbeiten in Raten. Kautions wird nicht gefordert.

Nach Erlaß des Gesetzes, das seitdem mehrfach verbessert ist, hat die Organisation sich so ausgedehnt, daß am 31. Dezember 1910 bereits 336 Arbeitsgenossenschaften mit 55387 Mitgliedern und einem Vermögen von 1409000 Lire nebst einem Reservefonds von 668500 Lire bestanden. Daneben gab es 419 Maurergenossenschaften mit 39353 Mitgliedern und einem Vermögen von 1432000 Lire. Die Arbeitsgenossenschaften pflegen nur aus Arbeitern zu bestehen, die auch allein den Vorstand bilden. Dagegen haben sie einen technischen Direktor und einen juristischen Beirat. Die Arbeiter erhalten wöchentlich den Betrag des ortsüblichen Lohnes ausgezahlt; der erzielte Gewinn wird nach Beendigung der Arbeiten und erfolgter Abrechnung nach Köpfen verteilt. Die einzelnen Genossenschaften sind zu Verbänden zusammengeschlossen. Um bei der Übernahme von Arbeiten die gegenseitige Konkurrenz auszuschalten, wird nur von einer einzelnen Genossenschaft ein Gebot abgegeben, während trotzdem die Arbeiten unter alle verteilt werden. Außerdem pflegen die Maschinen und Gerätschaften von den Verbänden angeschafft zu werden. Das Betriebskapital wird von den Volksbanken vorgeschossen.

Von welcher Bedeutung die Arbeitsgenossenschaften sind, ergibt sich daraus, daß sie in der Zeit von 1889 bis 1909 bereits 4378 größere Unternehmungen im Gesamtwerte von 88557992 Lire ausgeführt haben. Darunter befand sich der Bau der Eisenbahn Reggio—Ciano und die Korrektur des Renoflusses. Im Jahre 1920 haben sie sogar ein Konsortium in Palermo gebildet, um

den Bau von Schiffswerften und Trockendocks in verschiedenen Häfen zu übernehmen. Die Sozialisten sehen in dieser Tätigkeit den ersten Schritt zur völligen Beseitigung des privaten Unternehmertums und Einführung der sozialistischen Produktion. Die Regierung und die bürgerlichen Parteien lassen sich dadurch nicht abhalten, die Bewegung so lange zu unterstützen, wie sie die ihr gesetzlich gezogenen Schranken innehält.

Die Mehrzahl der Produktiv- und Arbeitsgenossenschaften ist, nachdem das Gesetz vom 25. Juni 1909 dafür die erforderlichen Vorbedingungen geschaffen hatte, zu einem Nationalverbande, der *Federazione delle cooperative di produzione e lavoro*, vereinigt, die in Rom ihren Sitz hat. Sie übernimmt Arbeiten, welche die Leistungsfähigkeit der einzelnen Genossenschaft oder eines Verbandes übersteigen. Daneben sind die meisten Arbeitsgenossenschaften dem Verbande der Konsumvereine angeschlossen.

Eine ebenso wichtige Besonderheit der italienischen sozialen Entwicklung wie die Arbeitsgenossenschaften bilden die landwirtschaftlichen. Als solche kommen zunächst in Betracht die eigentlichen Bauernvereine. Sie sind entstanden aus den auf Grund des Dekrets vom 29. Dezember 1883 eingesetzten landwirtschaftlichen Ausschüssen (*comitati agrari*), deren Mitglieder von den Gemeinden und Provinzen gewählt wurden, und die aus staatlichen Mitteln Zuschüsse erhielten. Aus diesen Ausschüssen, die eine ähnliche Stellung haben wie die deutschen Landwirtschaftskammern, sind dann vielfach selbständige Vereinigungen hervorgegangen, oder sie haben sich auch selbst zu solchen umgebildet. Ihre Aufgabe besteht neben der Kreditbeschaffung in dem gemeinsamen Einkauf von Saatgut, Futter- und Düngemitteln sowie dem Absatz der Produkte, der Förderung der Fachbildung und des Versicherungswesens.

Aber außer diesen Bauernvereinigungen, die teilweise nach dem deutschen Raiffeisensystem eingerichtet sind¹⁾, gibt es

¹⁾ Nach dem auf dem Bundestage des Internationalen Bundes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Wien vom 22. bis 24. Mai 1907 erstatteten Bericht haben die Raiffeisenvereine, die man nach ihrem hauptsächlichsten Förderer als System Wellenborg bezeichnet, aus dem Grunde wenig Sympathie gefunden, weil sie den Grundsatz der politischen und religiösen Neutralität vertreten. Sie umfassen nur etwa $\frac{1}{6}$ der

noch andere landwirtschaftliche Organisationen, und gerade diese dürfen ein besonderes Interesse beanspruchen. In Italien überwiegt der Großgrundbesitz, der sich in der Hand teils von Privatleuten, teils von juristischen Personen befindet. Diese Besitzer pflegen ihre Güter weder selbst zu bewirtschaften noch sich der Mühe einer Verpachtung in kleinen Stücken zu unterziehen, sondern überlassen dies einem Großpächter, der ihnen eine gewisse, meist nicht sehr hohe Summe zu zahlen hat und eine ausreichende Sicherheit stellen muß. Er verpachtet dann seinerseits das Land an selbstwirtschaftende Personen, und zwar entweder gegen einen festen Pachtzins oder so, daß der Pächter einen Teil des Ertrages abzuliefern hat. Diese Kleinpächter oder Teilpächter (Halb- oder Viertelpächter) werden von den Großpächtern in unerhörter Weise ausgebeutet. Ihre Stellung hat deshalb eine gewisse Ähnlichkeit mit derjenigen der Tagelöhner.

Diese Ähnlichkeit der Lage beider Klassen wird noch dadurch gesteigert, daß auch die Tagelöhner, also die eigentlichen Landarbeiter, sich nicht darauf beschränken, eine Erhöhung der Löhne anzustreben, sondern ebenfalls bemüht sind, sich Land zu verschaffen und die Wirtschaft auf eigene Rechnung zu betreiben. Das geschieht in der Form, daß sie sich zu Genossenschaften zusammenschließen, die gemeinsam ein größeres Gut pachten und bewirtschaften, so daß die Zwischenpächter ausgeschaltet werden. Diese Pachtgenossenschaften bilden eine charakteristische Erscheinung der italienischen Landarbeiterbewegung. Sie werden sowohl von der sozialistischen wie von der katholischen Partei begünstigt, obgleich beide dabei eine verschiedene Tendenz verfolgen. Die Sozialisten sehen in der pachtweisen Kollektivbewirtschaftung die Vorstufe des späteren Kollektiveigentums und versprechen sich von ihr außerdem den Vorteil, daß die Arbeiter allmählich die für die Zukunftsgestaltung der Gesellschaft erforderlichen Eigenschaften erlangen. Endlich versucht man auf diese Weise den Arbeitslosen eine Beschäftigung zu bieten. Die Klerikalen betrachten als Ziel neben der Stärkung des kirchlichen Einflusses die Umwandlung der Arbeiter in klein-

bestehenden Organisationen, während $\frac{4}{5}$ ausschließlich katholischen Charakter tragen.

bäuerliche Besitzer. Übrigens beschränken sich die katholischen Pachtgenossenschaften darauf, den Mitgliedern ein Stück Land zu mäßigem Pachtpreise zu verschaffen, und lassen die individuelle Art des Wirtschaftsbetriebes bestehen (*conduzione divisa*), während die sozialistischen auch die Bewirtschaftung gemeinsam ausführen (*conduzione unita*).

Wie hiernach begreiflich ist, sind in Italien nicht, wie in den meisten Ländern, die Bauern ein konservatives Element, sondern zählen sich überwiegend zu der Sozialdemokratie; ja, sie sind in derselben Weise wie in Rußland innerhalb der Partei die Vertreter nicht etwa der gemäßigten, sondern der radikalen Richtung.

Unter diesen Umständen lag es nahe, alle genannten Gruppen, also Landarbeiter, Kleinpächter, Teilpächter und Kleinbauern einheitlich in Organisationen zusammenzufassen. Der erste Versuch dieser Art war die am 11. Oktober 1891 erfolgte Gründung des Verbandes der Arbeiter- und Bauernvereine in Mantua (*Federazione Mantuana delle associazioni de operai e contadini*). Sie zerfiel in vier Abteilungen für: 1. Konsumvereine, 2. Produktiv- und Arbeitgenossenschaften, 3. Hilfsvereine, 4. Bildungsvereine. Aber während man anfangs den Grundsatz der politischen Neutralität aufgestellt hatte, wurde in der am 30. Juli 1893 abgehaltenen Konferenz beschlossen, das Prinzip des Klassenkampfes anzunehmen und der sozialdemokratischen Partei beizutreten. Die Folge davon war, daß der Verband im Oktober 1894 von der Regierung aufgelöst wurde.

Das konnte jedoch nicht verhindern, daß die Bewegung sich weiter ausbreitete, und nachdem in den folgenden Jahren eine große Anzahl neuer Vereine entstanden war, wurde auf dem am 25. November 1901 in Bologna abgehaltenen allgemeinen Landarbeiterkongreß der Nationale italienische Landarbeiterbund (*Federazione Nazionale italiana fra i lavoratori delle terra*) mit dem Sitze in Bologna ins Leben gerufen. Beitrittsberechtigt sind neben den auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Widerstandsvereinen (Gewerkschaften) auch solche Organisationen der in der Landwirtschaft tätigen Personen, die als Endziel die Sozialisierung des Bodens anerkennen. Damit waren also auch Pächter zugelassen, und zwar wurde für sie eine besondere Sektion geschaffen. Die engste Fühlung mit

anderen Arbeiterorganisationen, insbesondere den Arbeitskammern, den Hilfsvereinen und den Genossenschaften, sollte angestrebt werden. Nachdem der Bund einige Jahre bestanden hatte, mußte er am 7. Februar 1904 aufgelöst werden, weil die zahllosen Streiks nach anfänglichem Erfolge sämtlich gescheitert waren, was ungünstig auf den Mitgliederbestand eingewirkt hatte.

Auf einem zweiten Kongreß in Bologna am 7./8. April 1906 wurde dann unter dem Namen *Federazione delle cooperative agricole* ein neuer Bund mit dem Sitze in Bologna gegründet, zu dem beitriffsberechtigt sind: die Besserungsvereine, die Widerstandsvereine, die Genossenschaften, falls sie ausschließlich aus Arbeitern, Halbpächtern oder solchen Kleinbauern bestehen, die ihr Land selbständig bearbeiten. Als Zweck war bezeichnet: die Interessenvertretung des landwirtschaftlichen Proletariats bei den gesetzgebenden Körperschaften sowie die Durchführung aller Maßregeln zur Hebung der Arbeiter und die Unterstützung bei Arbeitskämpfen. In den am 7. März 1908 beschlossenen neuen Satzungen ist ausdrücklich erklärt, daß die gewerkschaftliche mit der genossenschaftlichen Tätigkeit verbunden werden soll. Kleinbauern, Kleinpächter und Teilpächter sollen in besonderen Sektionen neben den Arbeitern organisiert werden. Ende 1910 betrug die Mitgliederzahl 157 099 in 1517 Vereinen.

Die letzte genossenschaftliche Gruppe, die Kreditgenossenschaften, sind in Italien wenig entwickelt, was sich zum Teil daraus erklärt, daß ihre Aufgaben bereits von den Hilfsvereinen wahrgenommen werden. Diese haben Volksbanken (*Banche popolari*) geschaffen, die aber vielfach auch selbständig ins Leben gerufen sind. Sie sind zugleich Sparkassen und Vorschußvereine und unterscheiden sich von ähnlichen Einrichtungen in anderen Ländern hauptsächlich dadurch, daß sie bedürftigen Personen auch ohne Sicherheit Darlehen auf bloßes Ehrenwort geben. Während sie auf dem System der beschränkten Haftpflicht aufgebaut sind, wurde seit 1870 versucht, auch Kreditvereine (*società di credito*) nach deutschem Muster mit unbeschränkter Haftpflicht zu gründen; doch ist der Erfolg nicht bedeutend gewesen.

Schon früh hat man die Zusammenfassung sämtlicher Arten von Genossenschaften zu einer einheitlichen Organisation ins

Auge gefaßt, und bereits auf dem im Oktober 1886 in Mailand abgehaltenen I. Genossenschaftskongreß wurde der Landesverband der italienischen Genossenschaften (*Lega nazionale delle cooperative italiane*) gegründet, der seinen Sitz in Mailand hat, und dessen Tätigkeit hauptsächlich der Erlaß des Genossenschaftsgesetzes vom 11. Juni 1889 zu verdanken ist. Er besitzt in der Wochenschrift „*Cooperazione italiana*“ ein eigenes literarisches Organ. Im Jahre 1907 waren ihm 1400 Genossenschaften angeschlossen, unter denen sich 600 Konsumvereine befanden. Ende 1920 war der Bestand an Genossenschaften auf 3693 mit etwa 300000 Mitgliedern gestiegen. Der Bund gliedert sich in die bereits erwähnten drei Zentralverbände:

1. *Consorzio italiano delle cooperative di consumo* in Mailand,
2. *Federazione delle cooperative di produzione e lavoro* in Rom,
3. *Federazione delle cooperative agricole* in Bologna.

Für die Kreditgenossenschaften ist die Bildung eines Zentralverbandes noch nicht gelungen.

Die Regierung steht schon seit einer längeren Reihe von Jahren, insbesondere seitdem Luzzati Minister wurde, der Genossenschaftsbewegung sehr freundlich gegenüber. Um ihr auch eine gesicherte finanzielle Grundlage zu geben, wurde durch Erlaß vom 13. August 1913 das Nationale Genossenschaftsinstitut (*istituto nazionale di credito per la cooperazione*) mit dem Sitze in Rom geschaffen, dessen Aufgabe u. a. auch darin besteht, die Genossenschaften mit Geldmitteln zu unterstützen. Das geschieht durch eine Zentralgenossenschaftsbank von halb staatlichem, halb genossenschaftlichem Charakter, indem das Kapital teils von der Staatsbank, teils von den Genossenschaften hergegeben ist. Die Bank stand 1918 in geschäftlichen Beziehungen mit 2123 Konsumvereinen, 640 Produktiv- und Arbeitsgenossenschaften, 119 landwirtschaftlichen und 119 anderen Genossenschaften. Der Jahresumsatz betrug 1087157550 Lire. Der Reingewinn 708397 Lire.

Wie wir eingangs bemerkten, stehen in Italien die verschiedenen Zweige der Arbeiterbewegung untereinander in wesentlich engeren Beziehungen als in den anderen Ländern. Das hat auch in einem formellen Bündnis seinen Ausdruck erhalten. Anfangs beschränkte es sich auf Hilfsvereine und Genossenschaften, da die unter dem Einflusse der Anarchosozialisten stehenden Arbeits-

kammern es ablehnten, mit Vereinigungen, die auch andere Personen als Arbeiter umfaßten, in nähere Beziehungen zu treten. Als dann aber in der Gewerkschaftsbewegung die reformsozialistische Richtung das Übergewicht erlangt hatte, wurde am 7. Januar 1907 die *alleanza fra la lega nazionale delle cooperative, la confederazione generale del lavoro e la federazione italiana delle società di mutuo soccorso* gegründet. Sie bezeichnet in ihrem Programm als Aufgabe die Hebung der rechtlichen, wirtschaftlichen und industriellen Lage der Arbeiter und will dieses Ziel durch Zusammenwirken der genannten Gruppen erreichen, doch soll deren Selbständigkeit durchaus gewahrt bleiben.

Da die meisten Genossenschaften und insbesondere der Nationalverband unter dem Einflusse der Sozialdemokratie stehen, ist es begreiflich, daß die klerikale Partei sich eine eigene Organisation geschaffen hat. Sie hat insbesondere auf dem Lande zahlreiche Konsumvereine gegründet und beginnt in neuerer Zeit ihre Tätigkeit auch auf die kleinen Städte auszuweiten. Seit einigen Jahren besitzt sie auch einen Zentralverband in der *Confederazione cooperativa italiana*, der am 2./3. April 1921 in Treviso seinen ersten Nationalkongreß abhielt. Das Verhältnis zwischen den beiden Richtungen ist nicht so schroff gegensätzlich wie in den meisten anderen Ländern. Im allgemeinen befolgt man den Grundsatz, sich gegenseitig nicht zu bekämpfen, sondern zusammenzuarbeiten. Das findet seinen deutlichsten Ausdruck darin, daß im Parlament eine aus Abgeordneten aller Parteien zusammengesetzte Gruppe von „Freunden der Genossenschaften“ besteht, die ihre Anträge gemeinsam stellt. Sie zählte im Jahre 1913 83 Abgeordnete. Auch die einzelnen Genossenschaften, selbst wenn sie einer politischen Partei nahestehen, pflegen sich um die Ansichten ihrer Mitglieder nicht zu kümmern. —

Über den Umfang des iatlienischen Genossenschaftswesens sind oben bereits einige Angaben gemacht. Im allgemeinen fehlen genaue Ziffern; insbesondere die Berichte der Genossenschaften und des Nationalen Verbandes sind sehr dürftig ¹⁾.

¹⁾ Vgl. Konsumgenossenschaftliche Rundschau, Jahrg. XII, Nr. 12, S. 168. Auch in dem Internationalen Genossenschaftsbulletin, Jahrg. 1917,

Die amtliche Statistik hat zweimal Erhebungen veranstaltet, nämlich 1910 und 1914. Nach ihnen betrug die Gesamtzahl der Genossenschaften in den beiden Jahren 5064 bzw. 7429. Von den letzteren waren 2408 (1756) Konsumvereine, 3022 (1879) Produktiv- und Arbeits-G., 752 (379) Bau-G., 1142 (925) landwirtschaftliche G. und 105 (125) Versicherungs-G. Angaben über die Mitgliederzahl hatten nur 5036 (4122) G. gemacht; bei ihnen betrug sie 956085 (769442). Danach ist die Gesamtzahl auf 1300000 zu schätzen. Nach dem Kriege hat eine starke Vermehrung stattgefunden. Der Nationalverband umfaßte im Mai 1921 7430 Genossenschaften, von denen 3986 auf Konsumvereine, 2420 auf Produktiv- und Arbeits-G., 527 auf landwirtschaftliche und 497 auf andere G. entfielen. Die Mitgliederzahl wurde auf rund 2 Millionen berechnet.

H. Österreich.

In Österreich liegen die Verhältnisse für die Genossenschaftsbewegung in mehrfacher Hinsicht ungünstig. Schon die geringe industrielle Entwicklung des Landes und der Umstand, daß es an größeren und selbst an mittleren Städten fehlt, während die kleinen Städte einen mehr ländlichen Charakter tragen, bedeutet eine Erschwerung. In noch höherem Maße gilt das von der nationalen Zersplitterung und den auf ihr beruhenden Gegensätzen. Endlich herrscht in Österreich eine Vorliebe für die Wiederherstellung zünftlerischer Einrichtungen und für den Kleinhandel. Deshalb stehen die meisten Gemeindeverwaltungen den Konsumvereinen ausgesprochen ablehnend gegenüber.

Die ersten Anregungen zur Gründung von Genossenschaften kamen aus Deutschland, und schon seit 1850 wurden in verschiedenen Orten derartige Vereinigungen nach den Systemen sowohl von Schulze-Delitzsch wie von Raiffeisen ins Leben gerufen. Aber da die Bewegung nicht allein bei der Regierung auf Widerstand stieß, sondern auch das allgemeine Vereinsgesetz von 1852, auf das man sich stützen mußte, der freien Entwicklung alles Vereinswesens die größten Hindernisse in den Weg legte, so konnten sie zunächst wenig Boden gewinnen. Das änderte

S. 17, aus dem die hier benutzten Ziffern entnommen sind, wird dies beklagt.

sich, als 1873 das Genossenschaftsgesetz erlassen wurde, das dem deutschen nachgebildet ist. Leider brachte die in demselben Jahre einsetzende Wirtschaftskrisis, die bis etwa 1880 dauerte, von neuem wesentliche Hindernisse.

Der erste Versuch einer organisatorischen Zusammenfassung der Genossenschaften wurde 1884 unternommen durch die Gründung des Allgemeinen Verbandes der auf Selbsthilfe beruhenden Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, der in allen Punkten dem System von Schulze-Delitzsch folgt. Sein literarisches Organ ist „Der Genossenschaftler“. Da der Verband jede staatliche Mitwirkung grundsätzlich ablehnt, so bildete sich bald eine Gegenströmung, die den Standpunkt vertrat, daß eine Hebung des Kleingewerbes ohne staatliche Hilfe nicht möglich sei. Auch die Nieder-Österreichische Landesverwaltung teilte diese Auffassung. Mit ihrer Unterstützung wurde 1880 der Zentralverband der gewerblichen, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften ins Leben gerufen. Er trägt einen ähnlichen Charakter wie der deutsche Hauptverband gewerblicher Genossenschaften und beschränkt sich auf solche. Konsumvereine und Arbeiter-Produktivgenossenschaften sind von der Mitgliedschaft ausgeschlossen. Eine Vereinigung mit dem Allgemeinen Verbands ist mehrfach versucht, aber bisher nicht zustande gekommen.

Ähnlich wie in Deutschland entstanden innerhalb des Allgemeinen Verbandes Streitigkeiten, die teils auf einem Gegensatz zwischen den Konsumvereinen und den übrigen Gruppen, teils auf einer Verschiedenheit der politischen Richtung beruhten, indem die Leitung des Verbandes in der Hand der Liberalen lag, während bei den Arbeitern überwiegend sozialistische Sympathien bestanden. So kam es auf dem Genossenschaftstage in Graz 1901 zu einer Spaltung und zur Gründung einer Gegenorganisation, die sich zunächst als Verband der Arbeiter-, Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften Österreichs bezeichnete, aber auf dem am 28. Juni 1902 abgehaltenen Verbandstage den Namen Zentralverband der österreichischen Konsumvereine annahm. In Verbindung damit wurde auch eine Großeinkaufsgesellschaft gegründet. Übrigens sind dem Verbands nicht ausschließlich Konsumvereine, sondern auch Produktiv- und Baugenossenschaften angeschlossen.

Literarisches Organ ist „Der Konsumverein“. Der Verband hat in dem „Versicherungsschutz für österreichische Konsumvereine“ eine Versicherungsanstalt für die Mitglieder der ihm angeschlossenen Vereine und seit 1914 in Verbindung mit den Gewerkschaften ein Tarifamt zur Regelung des Arbeitsverhältnisses seiner Angestellten geschaffen.

Neben diesen beiden großen Organisationen, in denen vorwiegend die städtische Bevölkerung ihre Vertretung findet, besteht noch der Allgemeine Verband der landwirtschaftlichen Genossenschaften Österreichs, der dem System Raiffeisen folgt.

Schon die beiden Balkankriege brachten für die österreichische Genossenschaftsbewegung eine schwere Schädigung. In noch wesentlich höherem Maße gilt das von dem 1914 ausgebrochenen Weltkriege. Da die Behörden sich ihrer Aufgabe durchaus nicht gewachsen zeigten, was z. B. darin zutage trat, daß die Rationierung der Lebensmittel erst im Dezember 1916 eingeführt wurde, kam es vielfach zu den schwersten Störungen der Ernährung. Die Abneigung gegen die Konsumvereine hinderte die Gemeindebehörden, sie zur Mithilfe heranzuziehen. Schließlich gelang es jedoch unter Beteiligung der Regierung, der Konsumvereine, der Großeinkaufsgesellschaft und der Gewerkschaften, eine Lebensmittelgesellschaft ins Leben zu rufen mit der Aufgabe, die Verteilung der Lebensmittel möglichst zu organisieren. Sie beschränkte sich anfangs auf Wien, wurde dann aber auf Niederösterreich und Böhmen ausgedehnt.

Als der Friede geschlossen war, stand man vor gänzlich veränderten Verhältnissen. Die österreichische Monarchie war vernichtet und in einzelne Staaten zerfallen. Große Gebiete waren an fremde Länder abgetreten. Die deutsch-österreichische Republik umfaßte nur noch 7 Kronländer. Das forderte auch für die Organisation der Genossenschaften eine völlige Umgestaltung.

Der Allgemeine Verband hatte auf seinem am 18. und 19. Oktober 1919 in Wien abgehaltenen Verbandstage zu der schwierigen Frage Stellung zu nehmen, ob, nachdem er den größten Teil seiner Mitglieder verloren hatte, es nicht am richtigsten sei, sich aufzulösen. Aber obgleich die Stimmung außerordentlich gedrückt war und man sich hinsichtlich der Zukunft

keiner Hoffnung hingab, beschloß man doch, den Verband in der durch die politische Umgestaltung gegebenen Beschränkung fortbestehen zu lassen, jedoch zugleich dafür zu sorgen, daß er auf festere Grundlagen gestellt werde. Deshalb sollten die Genossenschaften die Anteile der Mitglieder wesentlich erhöhen und den Reinerlös zur Schaffung eines unverzinslichen Reservefonds verwenden. Ein anderer Beschluß wandte sich gegen die Sozialisierung und Kommunalisierung mit der Begründung, daß die Genossenschaften selbst die beste Form der Sozialisierung darstellten, und daß man deshalb fordern müsse, jedenfalls sie von weiteren sozialistischen Experimenten auszuschließen. Ebenso lehnte man es ab, den Angestellten, soweit sie nicht Mitglieder sind, einen Einfluß auf die geschäftliche Leitung einzuräumen; dagegen soll ihnen hinsichtlich des Arbeitsverhältnisses ein Mitbestimmungsrecht zugestanden werden.

Ein anderes Ergebnis hatten die Verhandlungen des am 9. April 1919 ebenfalls in Wien abgehaltenen Genossenschaftstages des Zentralverbandes der österreichischen Konsumvereine. Man beschloß die Auflösung des alten Verbandes und die Gründung eines neuen, der sich auf Deutsch-Österreich beschränkt und deshalb den Namen „Zentralverband der deutsch-österreichischen Konsumvereine“ führt, während 84 Vereine, die ihren Sitz in Böhmen haben, dem Nationalverbande tschechischer Konsumvereine beitraten. Zwischen dem neuen Zentralverbande und der Großeinkaufsgesellschaft wurde ein enges Verhältnis in der Weise hergestellt, daß der Verbandsausschuß und der Vorstand der Großeinkaufsgesellschaft aus denselben Personen besteht. Außerdem wurden sämtliche Vereine verpflichtet, nach dem Maße ihrer Größe Anteilscheine der Großeinkaufsgesellschaft zu erwerben. Ebenso wurden die Verbandsbeiträge der Vereine nach dem Jahresumsatze abgestuft. Das literarische Organ erhielt den Titel „Der freie Genossenschafter“.

Auch auf dem am 13./14. November 1920 in Linz abgehaltenen II. Genossenschaftstage war man darüber einig, daß die Vermögenslage der Vereine in besserer Weise als bisher gesichert werden müsse, um den durch die Geldentwertung geschaffenen Schwierigkeiten gerecht zu werden. Die Vereine wurden deshalb verpflichtet, die Geschäftsanteile ihrer Mitglieder auf mindestens

500 Kronen zu erhöhen und starke Rücklagen zu machen. Ebenso sollen die Vereine durch Ausdehnung des Sparbetriebs sich größere Geldmittel zu verschaffen suchen. Zur Errichtung oder Erweiterung von Produktionsbetrieben ist die Zustimmung des Verbandsvorstandes erforderlich. Hinsichtlich der bisherigen Zwangswirtschaft war man der Ansicht, daß sie gegenüber der Preistreiberei und Schieberei sowie dem Schleichhandel völlig versagt habe. Man forderte deshalb deren Ersetzung durch eine Gemeinwirtschaft, an der auch die Konsumvereine beteiligt werden sollen. Der Vorstand wurde beauftragt, die Errichtung einer selbständigen Genossenschaftsbank sowie die Gründung einer Alters- und Invalidenunterstützung für die Angestellten der Genossenschaften in Angriff zu nehmen. Ebenso soll ein Rahmentarif für die gesamte Republik mit den Gewerkschaften vereinbart werden.

Der Verband ist ebensowenig wie die ihm angeschlossenen Genossenschaften satzungsgemäß auf Arbeiter beschränkt, aber tatsächlich bestehen die Mitglieder ganz überwiegend aus solchen. Daraus hat sich ein schwieriges Verhältnis zu den Gewerkschaften entwickelt, da die von den Genossenschaften beschäftigten Personen zu diesen sich in der Stellung von Arbeitnehmern befinden. Wie bereits erwähnt, hat man sich bemüht, durch Vereinbarung von Tarifverträgen Meinungsverschiedenheiten und Reibungen möglichst vorzubeugen.

Noch eigenartiger sind die Beziehungen zu der sozialdemokratischen Partei. Diese stand längere Zeit hindurch der Genossenschaftsbewegung ablehnend gegenüber, was sich daraus erklärt, daß in der österreichischen Sozialdemokratie anfangs die radikale Richtung überwog, die geneigt ist, die auf Selbsthilfe aufgebauten genossenschaftlichen Bestrebungen grundsätzlich zu verwerfen. Erst 1899 auf dem Parteitage in Brünn gelang es Viktor Adler, eine Resolution zur Annahme zu bringen, die eine etwas freundlichere Haltung erkennen läßt. Sie erklärte: „Der Parteitag muß es auch jetzt wiederholt ablehnen, die Konsumgenossenschaften als ein Element der Parteiorganisation aufzunehmen. Er anerkennt, daß gutgeleitete Konsumgenossenschaften unter gewissen Umständen der Arbeiterschaft nützlich sein können. Er anerkennt ferner, daß es vielleicht im Interesse der Organisation der Arbeiter liegt, ihren Einfluß in den Wirt-

schafts-genossenschaften geltend zu machen und nicht die Führung gegnerischen Elementen zu überlassen.“

Ein noch weiter gehendes Entgegenkommen bedeutete dann der auf dem Parteitage in Wien 1903 gefaßte Beschluß: „Die Erstarkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation des österreichischen Proletariats eröffnet die Möglichkeit, nunmehr auch die genossenschaftliche Organisation in den Dienst der Arbeiterbewegung zu stellen. Die Form der Genossenschaften, die heute überall da möglich ist, wo die Arbeiterschaft ihre politische und gewerkschaftliche Organisation in erheblichem Maße ausgebildet hat, ist der Konsumverein.“

Auf der Seite der Konsumvereine ist man bestrebt, das Verhältnis noch enger zu gestalten. Dem entspricht es, daß auf dem Genossenschaftstage des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in Bremen am 14. April 1914 der Vorsitzende des österreichischen Verbandes Dr. Renner erklärte: „Wir haben die innerste Überzeugung, daß unser Genossenschaftswesen nur gedeihen kann durch die völlige Einigkeit und die gemeinsame Arbeit von Partei, Genossenschaft und Gewerkschaft.“

Von den nichtdeutschen Ländern der österreichischen Monarchie bietet das Hauptinteresse auf genossenschaftlichem Gebiete die aus den früheren Kronländern Böhmen, Mähren und Schlesien gebildete Tschecho-slowakische Republik. In Böhmen wurde der erste Konsumverein 1868 in Prag gegründet, der sich jedoch infolge persönlicher Streitigkeiten 1875 wieder auflöste. Mehrere andere, die ihm gefolgt waren, hatten dasselbe Schicksal, und abgesehen von einigen 1896 geschaffenen Produktivgenossenschaften und dem großen Konsumverein in Brünn, der 1898 ins Leben trat, haben sich aus dieser Zeit keine Organisationen erhalten. Erst als gegen Ende der 1890er Jahre die Sozialdemokratie den Genossenschaftsgedanken aufgriff, gewann die Bewegung einen größeren Umfang. Anfangs waren die Vereine dem österreichischen Zentralverbande angeschlossen, aber auf dem 1907 in Prag abgehaltenen Kongreß erfolgte die Gründung eines selbständigen Nationalverbandes tschechischer Konsumvereine mit dem Sitz in Prag. der im folgenden Jahre unter Beteiligung von 86 Konsumvereinen mit 14767 Mitgliedern und einem Umsatz von 7180000 Gulden ins Leben trat. Ihm wurde 1909 eine Großeinkaufsgesellschaft angegliedert.

Der Verband hat in Gemeinschaft mit den Gewerkschaften, den Krankenkassen und der sozialdemokratischen Partei 1918 unter dem Namen „Czechoslovakia“ in Prag eine Volksversicherungsgesellschaft ins Leben gerufen und eine Unterstützungskasse für die Genossenschaftsangestellten geschaffen, die 1921 10000 Mitglieder zählte. Endlich ist 1919 die allgemeine Genossenschaftsbank gegründet, die das Zentralgeldinstitut bildet. Dem Zentralverbande sind übrigens außer Konsumvereinen auch Produktiv- und Arbeitsgenossenschaften sowie Bau- und Wohnungsgenossenschaften nebst einigen landwirtschaftlichen Genossenschaften angeschlossen.

Die deutschen Genossenschaften, die durch die Auflösung des Zentralverbandes der österreichischen Konsumvereine frei wurden, soweit sie in der tschechoslowakischen Republik ihren Sitz haben, empfanden das Bedürfnis, sich eine neue Organisation zu schaffen. Das Ergebnis ihrer Bestrebungen war, daß auf einer am 6. Juli 1919 in Prag abgehaltenen Konferenz, auf der 55 Vereine durch 78 Delegierte vertreten waren, der Verband deutscher Versorgungsgenossenschaften gegründet wurde, dessen Satzungen völlig denjenigen des Zentralverbandes deutsch-österreichischer Konsumvereine entsprechen. Der neue Verband will auch die Versicherungsgeschäfte des alten einstweilen weiterführen. Die gefaßten Beschlüsse forderten Erlaß eines modernen Genossenschaftsgesetzes, die Errichtung von Konsumentenkammern, denen alle die Produktion betreffenden Gesetzentwürfe zur Begutachtung vorgelegt werden müssen, die Einführung des Unterrichts über das Genossenschaftswesen in den höheren Schulen und die Ablehnung aller Vorschläge auf Einführung steuerlicher Benachteiligung der Genossenschaften.

Das Verhältnis sowohl zwischen dem deutschen und dem tschechischen Verbände wie zwischen den verschiedenen Gruppen der Genossenschaften ist durchaus freundlich. Mehrfach hat man gemeinsame Schritte unternommen; insbesondere ist man bemüht, nähere Beziehungen zwischen den Konsumvereinen und den landwirtschaftlichen Genossenschaften herzustellen. Im Oktober 1920 haben die bei beiden Verbänden bestehenden Großeinkaufsgesellschaften eine gemeinsame Warenverkehrsstelle geschaffen. Eine Fabrik, an welcher der Staat, die beiden genossenschaftlichen Verbände und die Gewerkschaftskommission

beteiligt sind, besorgt die genossenschaftliche Lederverarbeitung und die Herstellung von Schuhwerk, das ausschließlich durch die Genossenschaften vertrieben wird. Ebenso hat der Staat in Gemeinschaft mit den beiden Großeinkaufsgesellschaften eine Vereinigung ins Leben gerufen, deren Aufgabe es ist, Baumwolle im großen anzukaufen und den Privatfabriken zur Verarbeitung zuzuführen, wobei diese verpflichtet sind, die hergestellten Fabrikate in erster Linie den beiden Großeinkaufsgesellschaften zur Verfügung zu stellen. —

Die Statistik der Genossenschaften ist in Österreich aus dem Grunde mit Schwierigkeiten verbunden, weil die früher aufgestellten Ziffern sich auf den Gesamtstaat bezogen und deshalb heute nicht mehr maßgebend sind, während für die nach dessen Zertrümmerung geschaffenen Verhältnisse nur ungenügende Angaben vorliegen.

Nach einer Erhebung, die 1915 angestellt wurde, gab es Ende 1914 in Böhmen insgesamt 19296 Genossenschaften. Von ihnen waren 12380 Kreditvereine, 1433 Konsumvereine, 3548 landwirtschaftliche, 1286 gewerbliche, 592 Baugenossenschaften und 57 sonstige Organisationen. Von diesen Genossenschaften hatten 6626 deutschsprechende Mitglieder. Von ihnen waren 747 dem Allgemeinen Verbandsverbande angeschlossen, und zwar 422 Vorschußvereine, 175 Konsumvereine, 68 Produktiv-G., 57 Bau-G., 5 Magazin-G., 10 Rohstoff-G. und 7 Werk-G. Nach den neuesten Erhebungen gab es insgesamt 1918 8185, 1919 8357, 1920 10653 und 1921 12336 Genossenschaften, und zwar 8153 mit beschränkter, 4173 mit unbeschränkter Haftpflicht. Die zahlreichste Gruppe bilden die landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften (Kambelicky), von denen 1918 3803, 1919 3805, 1920 4322 und 1921 4366 bestanden. Sie sind nach dem Raiffeisensystem organisiert und besorgen neben der Vermittlung von Kredit auch die Beschaffung von Bedarfsgegenständen für Betrieb und Haushalt, doch sind an ihnen nicht bloß kleine und mittlere Bauern, sondern auch Handwerker und Arbeiter beteiligt. Die Zahl der städtischen Kreditgenossenschaften betrug 1918 1331, 1919 1343, 1920 1397 und 1921 1450; diejenige der Konsumvereine 1918 911, 1919 985, 1920 1979 und 1921 2423. An sonstigen landwirtschaftlichen Genossenschaften gab es 1921 1640, an Handwerker-G. und Produktiv-G. 148, an Bau-G. 300.

Die Mitgliederzahl wird nur für die tschechischen landwirtschaftlichen Kreditgenossenschaften angegeben; sie betrug 1920 374 000, 1921 rund 400 000.

Der Zentralverband deutsch-österreichischer Konsumvereine umfaßte Ende 1917 482 Genossenschaften, von denen 400 Konsumvereine 337 003 Mitglieder mit einem Umsatz von 121 532 139 Kronen und einen Reingewinn von 45 782 50 Kronen hatten. Die 25 Produktivgenossenschaften zählten 1933 Mitglieder bei einem Umsatz von 8 399 259 Kronen und einem Reingewinn von 319 131 Kronen; 8 Baugenossenschaften hatten 3352 Mitglieder, 3 Kreditgenossenschaften zählten 769 Mitglieder.

Die Entwicklung des Zentralverbandes in den letzten 3 Jahren zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	Genossenschaften	Mitglieder	Bruttoertrag in Kronen	Reingewinn in Kronen
1917	106	195 558	9 955 748	2 263 149
1918	102	214 441	14 474 621	1 971 626
1919	112	370 866	44 035 573	10 730 353

Über den Zentralverband tschechoslowakischer Genossenschaften geben folgende Zahlen Aufschluß:

Jahr	Mitglieder	Umsatz in Kronen	Reingewinn in Kronen
1916	72 253	27 826 351	637 594
1918	108 514	66 954 450	1 204 100
1920	574 020	984 570 005	13 510 581

Die 574 020 Mitglieder verteilen sich auf die verschiedenen Gruppen in folgender Weise:

510 Konsumvereine, von denen 399 berichteten, hatten 532 809 Mitglieder				
172 Produktiv-G., „ „	116	„	„	9 241 „
180 Bau-G., „ „	84	„	„	16 268 „
61 Arbeiter-Bau-G., „ „	39	„	„	5 149 „
10 Kredit-G., „ „	7	„	„	2 831 „
184 landwirtsch. G., „ „	63	„	„	7 722 „

Der Großeinkaufsgesellschaft waren 1920 722 Genossenschaften mit 585 131 Mitgliedern, 41 950 48 Kronen Umsatz und 2 385 670 Kronen Reingewinn angeschlossen.

Der Verband deutscher Versorgungsgenossenschaften in

Tschechoslawien hatte Ende 1920 236174 Mitglieder in 219 Genossenschaften mit einem Umsatz von 331405465 Kronen und einem Reingewinn von 9475275 Kronen. Die Großeinkaufsgesellschaft erzielte einen Umsatz von 403453635 Kronen.

J. Ungarn.

Die Genossenschaftsbewegung in Ungarn trägt insofern einen von dem der übrigen abweichenden Charakter, als sie nicht aus der Initiative der beteiligten Bevölkerungsgruppen, also der unbemittelten Klassen hervorgegangen, sondern von wohlhabenden Personen, insbesondere Gutsbesitzern und Industriellen ins Leben gerufen ist. Ihre Hauptverbreitung hat sie auf dem Lande. Versuche, die schon in den 1870er Jahren gemacht wurden, blieben zunächst ohne Erfolg, so daß man die im Sommer 1898 durch den Grafen Karolyi vorgenommene Gründung des Vereins Hangya (Biene) als den Beginn der Organisation bezeichnen kann. Von hier aus wurde die Agitation in die Hand genommen, und da die Anregung bei den Bauern auf fruchtbaren Boden fiel, so entstanden bald zahlreiche landwirtschaftliche Genossenschaften, die sich zu dem Zentralverbande ungarischer Konsumvereine Hangya zusammenschlossen. Sein Zweck ist hauptsächlich, für die Einzelvereine als Großeinkaufsgesellschaft zu wirken; doch übt er auch eine strenge Aufsicht über die ersteren und hat ihnen feste Grundsätze vorgeschrieben. Sie dürfen nur an ihre Mitglieder und nur gegen bar verkaufen. Die Waren müssen von der Zentralstelle bezogen werden. Solange nicht die Kapitalanteile zurückgezahlt sind, darf kein Gewinn verteilt werden. Die Dividende darf 5 % nicht überschreiten; der Überschuß ist einem Reservefonds zuzuführen, aus dem gemeinnützige Verwendungen zum Besten der Mitglieder und der Landwirtschaft gemacht werden. Die Beamten der Genossenschaft erhalten keine Vergütung.

Der Verband hat mit dem größten Geschäftshause in Budapest einen Vertrag dahin vereinbart, daß die Mitglieder der ihm angeschlossenen Vereine ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse an diese Firma abliefern. Der Preis wird durch Vermittlung der Genossenschaften an die Mitglieder gezahlt.

Unabhängig von der Hangya wurde auch eine Anzahl christlicher Genossenschaften gegründet, die sich zu einem

Zentralverbände zusammenschlossen. Da aber auch die Hangya ihren christlichen Charakter betont, so lag kein Grund vor, beide Organisationen nebeneinander bestehen zu lassen, und so haben sie sich 1918 verschmolzen.

Die Hangya hat ihre Tätigkeit auch auf die Produktion ausgedehnt und zu diesem Zwecke eine besondere Industrie-Aktiengesellschaft m. b. H. mit gleichem Namen gegründet, deren Aktien sich überwiegend in den Händen ihrer Mitglieder befinden. Die Gesellschaft besitzt eine eigene Seifenfabrik, chemische Werke, eine Zuckerfabrik, ein Walzwerk, eine Bürstenfabrik, eine Kaffeerösterei, eine Holzwarenfabrik, eine Dampfmühle, ein Weinlager und eine Branntweinbrennerei.

In Gemeinschaft mit dem Bunde ungarischer Landwirte hat endlich die Hangya 1920 die Gaea, landwirtschaftliche Industrie- und Handels-Aktiengesellschaft als Zentralorganisation der landwirtschaftlichen Betriebsgenossenschaften ins Leben gerufen.

Die Konsumvereine sind in der 1904 gegründeten Allgemeinen Konsumgenossenschaft in Budapest zusammengeschlossen. Da sie die städtische industrielle Arbeiterbevölkerung umfaßt, die im wesentlichen unter dem Einflusse der Sozialdemokratie steht, während die Hangya die Vertretung der mehr konservativ gerichteten landwirtschaftlichen Kreise bildet, so besteht zwischen beiden ein gewisser Gegensatz, der in neuester Zeit durch die politische Entwicklung erheblich verschärft ist. Nachdem nämlich die im November 1918 ausgebrochene Revolution die monarchische Staatsform zerstört hatte, wurde am 2. März 1919 unter der Präsidentschaft von Bela-Khun eine bolschewistische Regierung eingesetzt. Sie versuchte, nach russischem Muster die Genossenschaften zu Konsumkommunen umzuwandeln und mit ihrer Hilfe die kommunistische Organisation der Gesellschaft durchzuführen. Allerdings blieben die Genossenschaften formell bestehen, aber ihnen wurden staatliche Kommissare zur Seite gesetzt, in deren Hand die Leitung gelegt war. Da die Hangya sich diesen Bestrebungen energisch widersetzte, wurden ihre Führer ins Gefängnis geworfen, während die leitenden Personen der Allgemeinen Konsumgenossenschaft zum Teil in die Regierung eintraten. Als dann am 1. August 1919 die kommunistische Herrschaft gestürzt und nach einer

kurzen sozialdemokratischen Regierung die Leitung an die bürgerlichen Kreise übergegangen war, wurde wegen der vorgekommenen Gewalttätigkeiten gegen die an ihnen Beteiligten eine Untersuchung eröffnet, die zu strengen Bestrafungen führte. Obgleich die Hangya, um ihre politische Neutralität zu beweisen, jede Mitwirkung an dieser Untersuchung ablehnte, wurde doch von der Allgemeinen Konsumgenossenschaft gegen sie der Vorwurf erhoben, daß sie die Reaktion unterstütze, und der Kampf zwischen beiden Verbänden wird seitdem mit großer Erbitterung geführt.

Neben ihnen gibt es übrigens noch eine Reihe anderer Organisationen. Die größten von ihnen sind die Landeszentrale der Kreditgenossenschaften in Budapest mit 2430 G., die ungarische Viehverwertungsgesellschaft mit 758 G., der Verband der Raiffeisen-G. Siebenbürgens mit 184 G., der Verband serbischer Bauernvereine mit 367 Vereinen, die kroatische Genossenschaftszentrale und der Verband der Genossenschaftsbrennereien mit 360 G.

Alle bisher genannten Organisationen sind in dem Bunde Ungarischer Genossenschaften zusammengeschlossen. Dieser steht auf dem Boden politischer und religiöser Neutralität, hat aber auf seinem im Oktober 1920 in Budapest abgehaltenen Kongreß das politische Gebiet immerhin insoweit betreten, als die Genossenschaften aufgefordert wurden, dahin zu wirken, daß möglichst viele Führer der Genossenschaftsbewegung in das Parlament gewählt würden, um dort die Interessen der Genossenschaften wirksam zur Geltung zu bringen.

Durch den Frieden von Trianon verlor die Hangya insgesamt 1605 Genossenschaften, von denen 558 an Tschechoslawien, 702 an Rumänien und 455 an Jugoslawien fielen. Die ersteren versuchte die tschechische Regierung zwangsweise zu einem Zentralverbande zusammenzufassen, doch stieß sie auf unüberwindlichen Widerstand; es bildete sich vielmehr der „Verband der Landarbeitergenossenschaften der Landwirte“, der bemüht ist, die Beziehungen zu den ungarischen Genossenschaften aufrechtzuerhalten. Die an Rumänien gefallenen Vereine haben unter dem Namen „Verband der landwirtschaftlichen und Kreditgenossenschaften“ mit dem Sitze in Klausenburg sich ebenfalls eine eigene Organisation geschaffen. —

Was die Statistik der ungarischen Genossenschaften be-

trifft, so stößt sie auf die Schwierigkeit, daß, wie schon erwähnt, durch den Frieden von Trianon große Teile des früheren Königreichs Ungarn teils an Tschechoslawien, teils an Rumänien, teils an Serbien, teils an Deutsch-Österreich abgetreten sind und deshalb die Ziffern, soweit sie aus der Zeit vor 1918 stammen, heute nicht mehr zutreffen, während für die neuere Zeit Angaben nur in beschränktem Umfange vorliegen. Die Hangya zählte Ende 1920 1777 Genossenschaften, das Vermögen betrug 160 Millionen, der Umsatz 1374400891 Kronen. Die Allgemeine Konsumgenossenschaft umfaßte Ende 1920 156733 Mitglieder, mit einem Vermögen von 5585000 Kronen und einem Umsatze von 428 Millionen. Sie ist in großem Umfange zur Eigenproduktion übergegangen und besitzt eine Bäckerei, eine Schlachtereie, eine Möbeltischlereie, eine chemische Fabrik und eine Obstweinkeltereie. Sie beschäftigt 1300 Angestellte.

Nach einer von dem Bunde ungarischer Genossenschaften veranstalteten Erhebung gab es Ende 1920 in Ungarn insgesamt 3516 Genossenschaften, darunter 1922 Konsumvereine, von denen 1778 der Hangya angehörten, und 1179 Kreditgenossenschaften, von denen 981 dem Landesverbande angeschlossen waren.

K. Dänemark.

In Dänemark ist das Genossenschaftswesen stark entwickelt, aber in mehreren Beziehungen anders als in den übrigen Ländern. Entsprechend dem überwiegend ländlichen Charakter des Landes stehen im Vordergrund die landwirtschaftlichen Organisationen, und zwar in erster Linie die Molkereigenossenschaften. Die Konsumvereine, die anderwärts in der Regel zuerst in den Städten entstanden sind, haben in Dänemark ihren Ursprung zunächst auf dem Lande gehabt. In Kopenhagen haben sich die früher bestehenden kleinen Vereine am 9. Juni 1917 zu dem Hauptstadt-Konsumverein zusammengeschlossen, der dann rasch zu großer Blüte gelangte und nach zwei Jahren bereits 15302 Mitglieder zählte. 1920 war die Zahl auf 26658 mit einem Umsatze von 13163635 Kronen gestiegen.

Den ersten Anstoß zu genossenschaftlicher Tätigkeit gab der große Brand von Kopenhagen im Jahre 1795. Um die zum Wiederaufbau erforderlichen Mittel zu beschaffen, wurde am 1. März 1797 die Kreditkasse für Hauseigentümer gegründet.

Sie besteht noch heute und ist eine Hypothekenbank, an der anfangs auch der Staat sich mit Geldmitteln beteiligte; erst 1885 sind die Beziehungen zum Staate völlig gelöst. Dieses Vorgehen hatte zur Folge, daß in den nächsten Jahren eine ganze Anzahl ähnlicher Unternehmungen, jedoch auf rein genossenschaftlicher Grundlage, geschaffen wurden. Später bemühte man sich, sie zu Zentralverbänden zusammenzufassen. Zuerst wurde 1851 der Nordjütische Landeskreditverein gegründet; 1860 folgte eine ähnliche Organisation für Süd-Jütland und Fünen, 1866 eine solche für die übrigen Inseln und 1887 für die jütischen Städte.

Die Bildung von Konsumvereinen wurde zuerst in Angriff genommen durch den Studenten und späteren Arzt Friedrich Dreyer, der für die Bestrebungen von Louis Blanc in Frankreich begeistert war und seit 1850 einige kleine Vereine ins Leben rief, die den Zweck verfolgten, durch gemeinschaftlichen Einkauf ihren Mitgliedern billige Nahrungsmittel und Brennstoffe zu verschaffen. Aber da sie dabei die Einkaufspreise mit einem geringen Zuschlage für die Verwaltungskosten forderten, so gerieten sie bald in Zahlungsschwierigkeiten und mußten, als in den nächsten Jahren die Preise herabgingen, sich größtenteils auflösen. Einen Aufschwung erhielt die Bewegung erst, als der Pfarrer Sonne, der das englische Konsumvereinswesen kannte, eine Reform in Angriff nahm, bei der er das Rochdalesystem zugrunde legte. Er gründete am 1. Mai 1866 in Thistedt einen Verein, der ungeachtet des von den Händlern gegen ihn eröffneten heftigen Kampfes rasch zu großer Blüte gelangte und schon im folgenden Jahre eine eigene Bäckerei errichtete. Er ging auch bald dazu über, Spareinlagen anzunehmen und seinen Mitgliedern Darlehen zu gewähren; 1888 errichtete er eine eigene Krankenkasse. Das in Thistedt gegebene Beispiel fand in zahlreichen anderen Orten Nachahmung, und bald bestanden so viele Vereine, daß man ihren Zusammenschluß ins Auge fassen konnte. Auf einem 1884 in Kopenhagen abgehaltenen allgemeinen Genossenschaftskongreß wurde ein Zentralverband mit Großeinkaufsgesellschaft unter dem Namen „Faelles foreningen for Danmark“ ins Leben gerufen. Die Einrichtung gewann bald großen Einfluß, aber da sie ihren Sitz in Kopenhagen hatte und dies den Wünschen der Jütländer nicht entsprach, so gründeten diese auf einem

im April 1888 in Aarhus veranstalteten Kongreß einen neuen Zentralverband mit einer eigenen Großeinkaufsgesellschaft in Kolding, der im folgenden Jahre seinen Sitz nach Aarhus verlegte. Die Spaltung dauerte jedoch nur 7 Jahre, und 1895 wurden beide Verbände sowie die ihnen angeschlossenen Großeinkaufsgesellschaften zu der Faelles foreningen for Danmarks brugsforeninger verschmolzen, die jetzt das ganze Land umfaßt und in Kopenhagen ihren Sitz hat, aber in mehreren Orten Filialen besitzt.

Der Verband ging bald auch zur Eigenproduktion über, indem er eine Kaffeerösterei und Fabriken für Zigarren, Schokolade, Zuckerwaren, Margarine, Seife, Trikotagewaren, chemische Produkte, Fahrräder, Schuhwaren und Arbeitskleider sowie eine Seilerei und eine Versuchsanstalt für Pflanzen- und Sämereiveredlung errichtete. Im Jahre 1904 hatte der Verband einen schweren Kampf mit dem amerikanischen Petroleumtrust zu bestehen, aus dem er jedoch siegreich hervorging.

Die dänischen Konsumvereine, die ein Drittel der gesamten Bevölkerung umfassen, bilden eine der wichtigsten Grundlagen für die Erfolge der dänischen Landwirtschaft. Sie stehen mit den Bauernvereinen in den engsten Beziehungen und vertreten, obgleich ihre Mitglieder überwiegend den liberalen Parteien angehören, doch einen streng neutralen Standpunkt.

Molkereien wurden bereits in den 1880er Jahren gegründet, jedoch erst seit 1894 in der Form von Genossenschaften. Diese haben sich mit den meisten anderen Meiereien zu einem Generalverbande der Molkereien zusammengeschlossen und betreiben insbesondere die Buttersausfuhr mit Hilfe eines 1917 eingesetzten Ausschusses, dem auch Privatfirmen angehören. Außerdem ist eine Fabrik für die Herstellung und den Versand von kondensierter Milch geschaffen. Auch die Genossenschaftsschlachtereien bilden einen Verband, der sich zugleich mit der Ausfuhr von Eiern beschäftigt. Unabhängig von ihm besteht eine besondere Zentralorganisation der Eierexport-Genossenschaften (Dansk Andels Aegexport Society). Die Jydsk Andels Foderstofforetning ist ein Zentralverband der Genossenschaften, der sich die Beschaffung von Kraftfutter zur Aufgabe gestellt hat. Eine Organisation, an der die meisten landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften be-

teiligt sind, ist die 1913 gegründete Dansk Andelskulforetning; sie besorgt die Einfuhr von Kohlen und sonstigen Brennstoffen für Molkereien, Konsumvereine, Schlachtereien, Bäckereien und Ziegeleien. Ein anderer 1911 geschaffener Zentralverband beschäftigt sich mit dem gemeinsamen Bezuge von künstlichem Dünger. Eine genossenschaftliche Lebensversicherungsgesellschaft Tryg übernimmt den Abschluß von Versicherungsverträgen der verschiedensten Art.

Bis in die neueste Zeit bestand unter den dänischen Genossenschaften nur ein sehr loser Zusammenhang, der sich darauf beschränkte, daß 1898 ein gemeinsamer Ausschuß Andelsudvalget eingesetzt war, der von Zeit zu Zeit allgemeine Genossenschaftskongresse einberief. Auf dem am 6./7. April 1913 in Kopenhagen abgehaltenen IV. Kongreß wurde einerseits eine größere Konzentration durch Verschmelzung der vielfach an demselben Orte nebeneinander bestehenden Genossenschaften und andererseits die Anbahnung eines festen Zusammenschlusses empfohlen. Auf dem folgenden Kongreß, der am 21.—23. Juni 1917 in Aarhus tagte, wurde ein Ausschuß eingesetzt mit dem Auftrage, zu diesem Zwecke einen Plan auszuarbeiten, der dann in einer am 31. Juli 1918 in Kopenhagen abgehaltenen Delegiertenversammlung gebilligt wurde. Er besteht darin, daß sämtliche Genossenschaften zu einem festen Verbande De samvirkende Danske Andels Selskaber zusammengefaßt sind, der jährlich Delegiertenversammlungen abhält. Oberstes Organ ist ein Ausschuß Andelsudvalget, in dem alle Genossenschaften nach dem Maße ihrer Stärke vertreten sind.

Außerdem besteht eine wichtige Verbindung durch die 1914 gegründete Genossenschaftsbank (Dansk Andelsbank), die ein Zentral-Geldinstitut für alle Genossenschaften bildet. Sie besitzt 110 Zweigstellen im ganzen Lande.

Die dänischen Genossenschaften stehen, obgleich es unter ihnen verschiedene Richtungen gibt, überseintimmend auf dem Standpunkte der politischen und religiösen Neutralität; insbesondere lehnen sie es ab, einen Gegensatz zwischen der Arbeiterklasse und der bürgerlichen Bevölkerung anzuerkennen. Das hat mehrfach zu literarischen Auseinandersetzungen zwischen dem Andelsbladet, dem Organ des Genossenschaftsbundes, und dem Parteiblatte Socialdemokraten geführt. Das erstere

betonte, die Genossenschaftsbewegung sei von den Bauern ausgegangen und erst später von den Arbeiterkreisen aufgenommen, aber beide Gruppen hätten sich stets als gleichberechtigte Faktoren anerkannt. —

Was die Statistik der dänischen Genossenschaften betrifft, so sind eingehendere Angaben nur für die Konsumvereine vorhanden. Danach bestanden von solchen 1870: 21, 1880: 124, 1890: 403, 1900: 842, 1910: 1577, 1914: 1562. Von 1527 Vereinen, die an der Erhebung beteiligt waren, hatten 17 ihren Sitz in Kopenhagen, 65 in Provinzialstädten und 1442 auf dem Lande. Die gesamte Mitgliederzahl der 1562 Vereine betrug 243855 mit einem Umsatze von 102900000 Kronen; 577 Vereine hatten einen Gewerbeschein gelöst und dadurch das Recht erworben, an Nichtmitglieder zu verkaufen. Ende 1919 war die Zahl der Vereine auf 1691, der Mitgliederbestand auf 316846 gestiegen, von denen 25954 auf Kopenhagen, 40233 auf die Provinzstädte und 252659 auf das Land entfielen ¹⁾. Die Großeinkaufsgesellschaft hatte 1920 einen Umsatz von 203355621 Kronen. Die Erzeugnisse der Eigenproduktion hatten einen Wert von 41882215 Kronen, der Reingewinn betrug 5047029 Kronen. Ende 1918 gab es 1235 Genossenschaftsmolkereien mit einem Umsatze von 510 Millionen, 46 Genossenschaftsschlachtereien mit einem Umsatz von 2280000, 1330 Futtermittel-Genossenschaften mit einem Umsatze von 14500000 Kronen, 560 Eier-Export-Genossenschaften mit einem Umsatze von 9½ Millionen. Die Zentralgenossenschaftsbank hatte 1919 einen Umsatz von 8 Milliarden bei einem Gesamtkapital von 142½ Millionen; 1920 war der Umsatz auf 10514 Millionen gestiegen. Dem Andelsudvalget waren 1920 15 Zentralverbände angeschlossen. —

¹⁾ Eine andere Quelle gibt folgende Tabelle:

Jahr	Vereine	Mitglieder	Umsatz in Kronen
1866	2	265	25662
1870	36	4339	539786
1880	116	15000	230000)
1896	750	116250	15000000
1900	1050	150000	36000000
1910	1364	243885	70000000
1919	1691	316846	149294000

Dänemark hat auch die Führung übernommen bei den Bestrebungen, eine engere Verbindung unter den Genossenschaften der vier skandinavischen Länder herzustellen. Nachdem, wie wir später sehen werden, auch in Schweden, Norwegen und Finnland Großeinkaufsgesellschaften gegründet waren, lag es nahe, diese Zentralorganisationen untereinander in Beziehungen zu bringen. Um hierüber zu beraten, wurde eine gemeinsame Konferenz veranstaltet, die am 14. Juni 1911 in Kolding tagte. Der Vorschlag, die Leitung einer solchen Zentralorganisation dem Vorstande der dänischen Großeinkaufsgesellschaft zu übertragen, wurde jedoch von deren Vertreter mit Rücksicht auf die dadurch entstehende Mehrarbeit bekämpft und gelangte deshalb nicht zur Annahme. Man beschränkte sich vielmehr darauf, daß die übrigen Großeinkaufsgesellschaften der dänischen als Mitglieder beitraten. Nachdem dann der Krieg Veranlassung gegeben hatte, mehrfach gemeinsame Schritte zu unternehmen, überzeugte man sich, daß der Plan zur Ausführung gebracht werden müsse, und so wurde auf einer am 26. Juli 1918 in Christiania abgehaltenen Konferenz der Nordisk Andelsforbund als Einheitsbund für Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland nebst einer gemeinsamen Skandinavischen Großeinkaufsgesellschaft mit dem Sitze in Kopenhagen errichtet.

L. Schweden.

In Schweden hat die Genossenschaftsbewegung erst verhältnismäßig spät Eingang gefunden und auch bisher noch keine hohe Stufe der Entwicklung erreicht. Der Hauptgrund hierfür ist darin zu sehen, daß die Konsumvereine, die den weitaus wichtigsten Zweig darstellen, lange Zeit an dem Borgsystem festhielten. Der Kampf für Einführung der Barzahlung hat auch noch heute nur teilweise Erfolg gehabt.

Die ersten Versuche, Konsumvereine ins Leben zu rufen, fallen allerdings schon in die Zeit von 1860 bis 1870, aber die Vereine bestanden in ihrer großen Mehrzahl nur wenige Jahre. Einen Aufschwung nahm die Bewegung erst nach Erlaß des Genossenschaftsgesetzes von 1896, durch das für sie günstigere Bedingungen geschaffen wurden. Schon 1897 wurde die noch heute bestehende Zentralorganisation der Schwedische

Genossenschaftsbund (Kooperativa Förbundet) gegründet, indem sich die bestehenden Konsumvereine nebst einigen Produktivgenossenschaften vereinigten. Aber der Verband hatte zunächst keine weitere Aufgabe, als für die Ausbreitung der Genossenschaftsbewegung zu wirken. Das geschah teils durch Vorträge und Unterrichtskurse, teils durch die beiden literarischen Organe „Konsumentbladet“ und „Kooperatören“. Einen Fortschritt bedeutete die 1908 erfolgte Gründung einer Sparkasse, die zugleich Darlehen gewährte. In demselben Jahre wurde beschlossen, nur solche Vereine aufzunehmen, die gegen bar verkaufen. Versuche, dem Verbande auch eine unmittelbare praktische Tätigkeit zu überweisen, mißlingen, bis endlich 1911 dem Verbande eine Großeinkaufsgesellschaft angeschlossen wurde, die den Zweck hat, durch gemeinsamen Einkauf den beteiligten Vereinen billige Waren zu verschaffen. Seitdem begann eine stärkere Aufwärtsbewegung, zumal nachdem man die Kreditfrist von drei Monaten auf 30 Tage herabgesetzt hatte. Neben dem Verbande bestanden zunächst noch vier Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit; aber 1918 haben auch sie ihren Beitritt vollzogen. —

Die Genossenschaftsstatistik ist noch unvollkommen ausgebildet. Die Gesamtzahl aller Mitglieder der Konsumvereine wird für 1910 auf 85538, für 1911 auf 112694 angegeben. Dem Genossenschaftsbunde waren Ende 1920 845 Genossenschaften mit 225423 Mitgliedern und vier Versicherungsgesellschaften mit 120108 Mitgliedern angeschlossen. Die Großeinkaufsgesellschaft hatte 1913 einen Umsatz von 69519000 Kronen. Bei der Sparkasse waren 7209000 Kronen hinterlegt; ihr Reingewinn betrug 1963000 Kronen. Der Gesamtumsatz aller dem Verbande angeschlossenen Genossenschaften belief sich 1920 auf 69518887 Kronen. Neben dem Bunde gab es noch 334 Konsumvereine, die ihm nicht angehörten, und 249 Genossenschaften, die als Aktiengesellschaften eingetragen sind. Die vorhandenen 40 Arbeiter-Produktivgenossenschaften umfaßten 1913 etwa 2000 Mitglieder; der Wert der hergestellten Waren betrug 400000 Kronen. Es bestanden nur 32 Kreditgenossenschaften. Die geringe Zahl erklärt sich daraus, daß das Kreditbedürfnis durch die Provinzial-Hypothekeninstitute weitgehend befriedigt wird. Eigenproduktion wird

bisher nur von dem Konsumverein in Stockholm betrieben, der eine Fabrik für Obstkonserven und Limonaden eingerichtet hat.

M. Norwegen.

Über die Anfänge der norwegischen Genossenschaftsbewegung ist wenig bekannt. Der Erste, der auf diesem Gebiete sich Verdienste erwarb, war der Student Markus Thrane, der in Deutschland und Frankreich den Sozialismus kennen gelernt und sich für ihn begeistert hatte. Er vertrat zunächst als Redakteur eines bürgerlichen Blattes ähnliche Anschauungen wie Lassalle in Deutschland und gründete, nachdem er deshalb seine Stellung verloren hatte, am 27. Dezember 1848 in Drammen einen sozialistischen Verein, Drammens Arbeiderforening, dem er zugleich die Aufgabe zuwies, seinen Mitgliedern durch gemeinsamen Einkauf billige Waren zu verschaffen. Der Verein, der sich bald auch auf andere Orte ausdehnte, zählte schon nach 1½ Jahren 20830 Mitglieder in 273 Gruppen. Aber 1851 wurde Thrane wegen revolutionärer Umtriebe verhaftet und ebenso wie viele seiner Anhänger zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Thrane ging dann nach Amerika, und die von ihm eingeleitete Bewegung erlosch. In den nächsten Jahren wurden mehrfach Versuche unternommen, Konsumvereine ins Leben zu rufen; insbesondere geschah dies 1866 in Christiania und Stavanger, aber alle diese Unternehmungen hatten nur einen kurzen Bestand. Erst der 1868 in Frederikshald gegründete Verein hatte einen besseren Erfolg, und 1871 gab es bereits 24 Konsumvereine in den Städten sowie 123 auf dem Lande; 1875 war die Zahl auf 290 Vereine mit 3000 Mitgliedern und 8 Millionen Umsatz gestiegen. Aber auch dieser Aufschwung war nicht von langer Dauer, denn, da alle Vereine das Borgsystem hatten und dadurch große Verluste erlitten, gingen sie sämtlich wieder zugrunde.

Eine neue Periode begann erst, als der Rechtsanwalt Dehli, der auf einer Studienreise in England das dortige Genossenschaftswesen kennen gelernt hatte, sich die Aufgabe stellte, das Rochdale-System streng durchzuführen. Er gründete 1894 in Christiania die Kooperative Selskap, der bald ähnliche Organisationen an anderen Orten folgten. Von Anfang an war man auch darauf bedacht, unter den Vereinen eine engere Ver-

bindung herzustellen. Zunächst geschah dies durch die Abhaltung jährlicher Genossenschaftskongresse; aber 1906 wurde ein formeller Zentralverband, die Norges Kooperative Landsforening gegründet, die auch die Aufgabe einer Großeinkaufsgesellschaft übernahm. Sie ging sogleich zur Eigenproduktion über, indem sie eine Tabak- und eine Margarinefabrik errichtete. Ebenso wurde eine besondere Bankabteilung geschaffen. Verbandsorgan ist „Kooperatören“.

Zunächst bestand zwischen den Genossenschaften und den Gewerkschaften ein gewisser Gegensatz. Aber seit 1913 bemühte man sich auf beiden Seiten um eine Annäherung. Ein in diesem Jahre eingesetzter gemeinsamer Ausschuß vereinbarte gewisse Richtlinien, die 1914 von den beiderseitigen Generalversammlungen genehmigt wurden. Nach ihnen will man sich in der Agitation unterstützen und auftauchende Streitigkeiten in einem geordneten Verfahren auszugleichen suchen.

Auch die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben in neuerer Zeit einen starken Aufschwung genommen. Nachdem bereits seit 1890 eine Anzahl von Bauernvereinen einen gemeinsamen Einkauf von Kunstdünger und Kraftfutter eingerichtet hatten, wurde am 5. Februar 1896 die landwirtschaftliche Genossenschaftszentrale Landshusholdnings Selskapernes Faelleskjöp Forening gegründet. Sie liefert den ihr angeschlossenen Genossenschaften außer Futterstoffen und Dünger auch Saatgetreide, Maschinen und Gerätschaften, Eisendraht, Zaunpfähle, Petroleum, Benzin u. a.; auch besitzt sie eine Mühle mit Kornlagerhaus und eine Saatreinigungsanstalt. Als die Händler gegen sie einen Butterboykott beschlossen, errichtete sie eine eigene Butterfabrik Norge. Die 1908 gegründete Spar- und Darlehnskasse wurde 1918 in eine landwirtschaftliche Genossenschaftsbank umgewandelt. Literarisches Organ ist „Samvirke“. —

Eine amtliche Statistik für Genossenschaften besteht erst seit 1910. Nach ihr gab es damals insgesamt 370 Genossenschaften mit 40376 Mitgliedern und einem Jahresumsatze von 18540000 Kronen. Nach privaten Ermittlungen bestanden 1916 598 Genossenschaften, und zwar 556 mit 68512 Mitgliedern und 57,9 Millionen Umsatz auf dem Lande sowie 43 mit 30000 Mitgliedern und 22 Millionen Umsatz in den Städten.

Die Entwicklung des Zentralverbandes der Konsumvereine zeigen folgende Ziffern:

Jahr	Konsumvereine	Mitglieder	Umsatz	
1908	41	9000	615000	Kr.
1911	77	19000	1235800	„
1914	147	32000	3097000	„
1917	237	60000	4000000	„
1918	234	64000	6000000	„
1919	294	70000	12063000	„
1920	401	85000	18076000	„

Die landwirtschaftliche Genossenschaftszentrale umfaßte 1918 859 Genossenschaften mit 28854 Mitgliedern und einem Umsatz von 22877000 Kronen.

N. Finnland.

Die finnische Genossenschaftsbewegung verdankt ihren Ursprung und ihre erhebliche Ausdehnung den Bemühungen eines Kreises von sozial gesinnten Personen, die sich 1899 zu der Gesellschaft Pellervo vereinigten, um für die Gründung von Genossenschaften zu wirken. Die Gesellschaft übt nicht selbst eine genossenschaftliche Tätigkeit aus, sondern sieht ihre Aufgabe in erster Linie darin, durch Veranstaltung von Unterrichtskursen und Veröffentlichung von Schriften Verständnis für diese zu erwecken. Das von ihr seit 1900 herausgegebene Blatt Pellervo hat eine Auflage von 60000 Exemplaren.

Schon 1900 gelang es, in Tampere den ersten Konsumverein ins Leben zu rufen, und nachdem andere Orte nachgefolgt waren, konnte bereits 1903 in Tampere der erste finnische Genossenschaftskongreß abgehalten werden. Er beschloß, die bestehenden Vereine zu einem Gesamtverbande zusammenzufassen und setzte einen Ausschuß ein mit dem Auftrage, Satzungen für einen solchen zu entwerfen. Auf dem 1903 ebenfalls in Tampere abgehaltenen II. Kongresse wurde dann in der Tat der Allgemeine Verband finnischer Genossenschaften (Vleinen Osuuskaupojen Liitto) gegründet, der unter dem Titel „Yhteishyvä“ (Gemeinwohl) ein eigenes Blatt herausgibt. Der Verband verfolgt lediglich organisatorische Zwecke. Deshalb wurde ihm in der Großeinkaufsgesellschaft Suomen Osuuskaupojen Keskuskunta (S. O. K.) ein wirtschaftlicher Verband zur Seite gestellt. Beide Organisationen haben ihren Sitz in Helsingfors

und stehen untereinander in engster Verbindung. Lediglich im juristischen Sinne sind sie zwei verschiedene Vereinigungen, aber die Verwaltungsorgane des Verbandes sind zugleich diejenigen der Großeinkaufsgesellschaft.

Da die Bewegung zuerst unter den Bauern Boden fand, so lag die Tätigkeit anfangs überwiegend auf dem Lande. Sie bezog sich deshalb in erster Linie auf den Einkauf von Saatgetreide, Futterstoffen und Düngemitteln sowie den Verkauf von Getreide, Vieh, Eiern und Honig. Vielfach schlossen sich die Vereinigungen zu gesonderten Zentralverbänden zusammen. Später wurden dann auch in den Städten zahlreiche Konsumvereine gegründet, und bald begann man auch mit der Eigenproduktion, indem man eine Zündholzfabrik, ein Sägewerk, eine Fruchtkonservenfabrik, eine Kaffeerösterei, eine Faßfabrik, eine Ziegelei, eine Zichorienfabrik und eine Fabrik zur Herstellung von Arbeitskleidung errichtete. Endlich hat man auch mehrere große landwirtschaftliche Besitzungen erworben, die den Konsumvereinen die erforderlichen Nahrungsmittel liefern. In Kopenhagen, Warschau, Berlin, London, Neuyork und Rio de Janeiro wurden Einkaufsstellen für Waren aller Art eröffnet. Der Agitation dienen zwei literarische Organe „Yteishyvä“ und „Samarbete“, das erstere in finnischer, das letztere in schwedischer Sprache.

Gemeinschaftlich mit der Pellervo wurde 1909 eine genossenschaftliche Lehranstalt geschaffen, deren Aufgabe es ist, durch regelmäßige Unterrichtskurse Kenntnisse auf dem Gebiete der Geschichte, der Gesetzgebung, der Buchführung und dergleichen zu verbreiten. In Verbindung mit ihr wurde eine eigene Druckerei eingerichtet. Es wurde auch der Plan erörtert, den Verband und die Pellervo zu verschmelzen, aber da er aus dem Grunde auf Widerstand stieß, weil der Pellervo außer Genossenschaften auch Privatpersonen angehören, ist er nicht zur Ausführung gelangt. Dagegen ist durch gemeinsame Bemühungen beider Organisationen eine Lebensversicherungsgesellschaft Suomi ins Leben gerufen worden.

In dem Allgemeinen Verbande gab es zwei Gruppen von Genossenschaften. Die eine umfaßte die Bauern, die andere die städtischen und ländlichen Arbeiter, sowie die Häuslinge (Torpari). Lag schon hierin eine Verschiedenheit der Auffassungen

und Interessen begründet, so wurde sie noch verstärkt durch politische Gesichtspunkte. Die bäuerlichen Genossenschaften, die sich die „neutralen“ nannten, standen in engen Beziehungen zu den Bauernvereinen und erwogen sogar den Plan, sich mit diesen zu einem Gesamtverbande zusammenzuschließen. Die Arbeitergenossenschaften, die man als „sozialdemokratische“ oder „progressistische“ bezeichnet, betrachteten die Genossenschaftsbewegung als einen Zweig der allgemeinen Arbeiterbewegung und suchten Fühlung mit den Gewerkschaften. Der Streit wurde noch dadurch verschärft, daß die von den Genossenschaften beschäftigten Arbeiter sich zu einer Organisation verbunden hatten, die dem Gewerkschaftsverbande beigetreten war und den Abschluß eines Tarifvertrages forderte, der den Gewerkschaften ein Mitwirkungsrecht einräumen sollte, was von den bäuerlichen Genossenschaften abgelehnt wurde.

Beide Gruppen waren bemüht, in dem Verbande den überwiegenden Einfluß zu erlangen. Hierbei ergab sich eine Schwierigkeit dadurch, daß nach dem Genossenschaftsgesetz von 1901 jede Genossenschaft unabhängig von ihrer Größe auf dem Genossenschaftstage eine Stimme hat. Nun waren die bäuerlichen Genossenschaften die zahlreicheren, während die meisten Arbeitergenossenschaften eine größere Mitgliederzahl hatten. Aus diesem Grunde behaupteten sie, die stärkeren zu sein, was von der Gegenseite bestritten wurde. Auf den Genossenschaftstagen von 1913 und 1914 in Tammerfors kam es hierüber zu erregten Auseinandersetzungen, bei denen die Stellung zu Streiks im Vordergrund stand. Bei der Abstimmung siegten die bäuerlichen Genossenschaften. Auch auf dem Genossenschaftstage 1916 wiederholten sich diese Kämpfe mit der Wirkung, daß 39 Arbeitergenossenschaften ihren Austritt aus dem Allgemeinen Verbande erklärten und im November 1916 unter dem Namen Zentralverband finnischer Genossenschaften (Kulutusuus kuntjen Keshusliitto K. K.) sich eine neue Organisation schufen. Sie ist bestrebt, enge Beziehungen zu den Gewerkschaften herzustellen. In politischer Beziehung betont sie freilich formell ihre Unabhängigkeit von der sozialdemokratischen Partei, aber auf wirtschaftlichem Gebiete vertritt sie den Grundgedanken des Sozialismus. In der „Kuluttajaia Lehti“ besitzt sie ein eigenes literarisches Organ.

Die sozialdemokratische Partei hatte auf ihrem 1903 in Forssa abgehaltenen Kongresse sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Genossenschaften verpflichtet seien, das Parteiprogramm anzuerkennen, hat aber, nachdem der Internationale Sozialisten- und Arbeiterkongreß in Kopenhagen 1910 eine andere Auffassung gebilligt hatte, diese Forderung fallen gelassen.

Die dem neuen Verbands beigetretenen Genossenschaften hatten zunächst die Absicht, der S. O. K. auch ferner anzugehören, stellten aber eine Reihe von Forderungen, die den Zweck verfolgten, ihnen einen größeren Einfluß zu sichern. Die wichtigsten von ihnen waren die folgenden: 1. Der Allgemeine Verband sollte von der Großeinkaufsgesellschaft völlig getrennt werden; 2. das Stimmrecht sollte nach der Zahl der Mitglieder abgestuft werden. Da das Genossenschaftsgesetz dem im Wege stand, so sollte die S. O. K. als Genossenschaft aufgelöst und vorübergehend formell in eine Aktiengesellschaft umgewandelt werden, die jedoch sachlich durchaus genossenschaftlichen Charakter tragen sollte. 3. Die Zuwendungen aus dem Reingewinn der S. O. K. sollten beiden Verbänden nach der Zahl ihrer Mitglieder oder mindestens je zur Hälfte zufließen. Auf dem Genossenschaftstage am 17. Juni 1917 wurde über diese Forderungen verhandelt, aber obgleich die bäuerlichen Genossenschaften hinsichtlich der beiden ersten zum Entgegenkommen bereit waren, weigerten sie sich entschieden, die dritte zu erfüllen, und da sie die Mehrheit hatten, wurde der Antrag abgelehnt. Darauf erklärten die meisten Arbeitergenossenschaften ihren Austritt und beschlossen, auf einer am 12./13. Dezember 1916 abgehaltenen Versammlung in Helsingfors, in der 94 Genossenschaften vertreten waren, die Gründung einer neuen Großeinkaufsgesellschaft unter dem Namen: Suomen Osuustukukauppa (O. T. K.), die am 1. Januar 1917 ihre Tätigkeit begann. Später hat man den Namen durch Streichung des Wortes „Suomen“ verkürzt. Die Organisation unterscheidet sich von derjenigen der S. O. K. in organisatorischer Hinsicht dadurch, daß der Zentralverband und die Großeinkaufsgesellschaft völlig voneinander getrennt sind. Da aber beiden dieselben Mitglieder angehören, und die Verwaltungsorgane durch dieselben Personen besetzt sind, so ist tatsächlich eine enge Verbindung geschaffen. Auf der am 14.—17. Juni 1917 in Helsingfors veranstalteten

I. Generalversammlung wurde beschlossen, eine lebhafte Agitation für eine Reform des Genossenschaftsgesetzes einzuleiten. Sie hat den Erfolg gehabt, daß 1918 das Gesetz in einigen Punkten geändert wurde; insbesondere sollen auf den Genossenschaftstagen die Genossenschaften soviel Stimmen haben, wie sie Mitglieder besitzen.

Eine schwere Schädigung erlitt die finnische Genossenschaftsbewegung durch den Bürgerkrieg. Das zunächst nach Ausbruch der Revolution eingesetzte Volkskommissariat, das aus Liberalen und Sozialisten gebildet war, hütete sich, in die Tätigkeit der Genossenschaften einzugreifen, aber als diese Unionsregierung im August 1917 von den Bolschewisten gestürzt war, wurden nach russischem Muster die Genossenschaften in Konsumkommunen umgewandelt und unter die Leitung staatlicher Kommissare gestellt. Am 1. März 1918 wurde das Vermögen der Genossenschaften für Staatsgut erklärt. Anfangs wurden ihnen Gutscheine ausgestellt, aber bald unterblieb auch dieses, und es trat an die Stelle der Enteignung das System der brutalen Plünderungen. Dabei wurden auch die sozialistischen Vereine nicht wesentlich anders behandelt als die neutralen. Die finnischen Genossenschaften haben jedoch diese gewaltsamen Eingriffe im allgemeinen gut überstanden und befinden sich heute wieder in einer starken Aufwärtsbewegung.

Die Gesellschaft Pellervo besteht neben den beiden großen Verbänden fort. Sie ist allerdings in den letzten Jahren in ihrer Bedeutung etwas zurückgetreten, insbesondere hat ihr Einfluß sich dadurch vermindert, daß Ende 1920 die Genossenschaften, in denen die schwedisch sprechenden Mitglieder die Mehrzahl bildeten, ihren Austritt erklärten und unter dem Namen Finnlands Svenska Andelslag sich eine eigene Organisation schufen. Aus diesem Grunde hat das bis dahin in schwedischer Sprache geschriebene Blatt „Samarbete“ am 1. Januar 1921 sein Erscheinen eingestellt. —

In dem Handelsregister waren Ende 1920 insgesamt 3278 Genossenschaften eingetragen, die 303 000 Mitglieder und 840 Millionen finnische Mark Umsatz hatten. Die Entwicklung der drei wichtigsten Gruppen von Genossenschaften in den Jahren 1913—1919 zeigt folgende Tabelle:

	Genossen- schaften		Umsatz	Finn. Mk.
	1913	1919	1913	1919
Konsumvereine	419	630	60 000 000	840 000 000
Meierei-Genossenschaften	370	426	35 000 000	196 500 000
Kredit-Genossenschaften	420	591	5 500 000	20 000 000

Daneben gab es 303 Dreschmaschinen-G., 481 Torfverkaufs-G., 71 Eierverkaufs-G. und 45 Elektrizitäts-G. Es bestanden 8 Zentralorganisationen, nämlich außer den beiden Großeinkaufsgesellschaften zwei Zentralgenossenschaften (Haukija und Arbeta), zwei Butterexport-G. (Valio und Enigheten), ein Verband der Viehverwertungs-G. und die Zentralgenossenschaftsbank.

Ende 1920 bestanden in Finnland insgesamt 530 neutrale und 104 sozialistische Genossenschaften. Dem S. O. K. waren 500 Vereine, und zwar 415 finnische, 82 schwedische und 3 gemischtsprachliche mit 181200 Mitgliedern, einem Umsatz von 123689443 Mark, einer Eigenproduktion von 11978399 Mark und einem Reingewinn angeschlossen, während 104 Vereine mit 123600 Mitgliedern dem sozialistischen Zentralverbande angehörten. Die Svenska Andelslag umfaßte 107 Vereine mit 143000 Mitgliedern und 525 Millionen Umsatz.

Die Entwicklung der S. O. K. seit 1914 zeigt folgende Tabelle:

Jahr	Angeschlossene Vereine	Umsatz finn. Mark Millionen	Überschuß finn. Mark Millionen
1914	244	24.3	0.6
1915	341	35.1	1.5
1916	432	72.2	2.1
1917	442	91.1	4.4
1918	494	107.7	3.6
1919	503	205.0	4.7
1920	500	320.0	—

O. Rußland.

In Rußland haben sich einige Einrichtungen erhalten, die aus sehr alter Zeit stammen, aber mit den sozialen Gestaltungen, die in der Gegenwart gefordert werden, eine gewisse Verwandtschaft zeigen. Sie werden von den Verteidigern des Slawentums als Ausfluß einer sozialen Grundstimmung des Volkes aufgefaßt

und deshalb als Vorzug des slawischen Charakters in Anspruch genommen. Die Gegner wollen umgekehrt in ihnen einen Beweis für die Rückständigkeit und das Verharren auf einer primitiven Kulturstufe erblicken.

Zu diesen Einrichtungen gehört neben dem Gesamteigentum der bäuerlichen Dorfgemeinde an dem vorhandenen Grundbesitze (Mir und Obschtschina) vor allem das Artell. Über seinen Ursprung und sein eigentliches Wesen gehen die Ansichten auseinander; jedenfalls besteht es schon seit mindestens 1000 Jahren und trägt stark familienhafte Züge. Wenn man es geradezu als die „Familie der Familienlosen“ bezeichnet und behauptet hat, daß ihm nur solche Personen angehören könnten, die durch äußere Verhältnisse, insbesondere infolge der Beschäftigung außerhalb der Heimat, aus ihrem eigenen Familienverbande ausgeschieden seien, so scheint das freilich zu weit zu gehen, enthält aber zweifellos ein wichtiges Bestimmungsmoment. Auf der anderen Seite ist es ebensowenig richtig, daß das Artell ähnliche Zwecke verfolge wie die modernen Genossenschaften und nur in Rußland eine dem Volkscharakter angepaßte Ausgestaltung erhalten habe. Als die wahrscheinlichste Entstehungsursache ist anzusehen, daß die alte russische Großfamilie, die anfangs einen geschlossenen Wirtschaftsverband bildete, mit fortschreitender Entwicklung gezwungen war, die hauswirtschaftliche Produktion aufzugeben und den Kreis der Familienangehörigen zu überschreiten, indem sie, um die erforderlichen Bedarfsgegenstände von auswärts zu erhalten, ihre Erzeugnisse auch an außerhalb stehende Personen lieferte und schließlich für den offenen Markt arbeitete, daß man aber bemüht war, trotz dieser Änderung die familienhafte Organisation möglichst beizubehalten. Zogen einzelne Mitglieder aus ihrem Dorfe in die Stadt, so pflegten sie die ihnen lieb gewordene Form mitzunehmen und sich auch dort zu Gruppen zusammenzuschließen, die ihnen den Familienverband ersetzten. Jedenfalls besteht das Wesen des Artells in der genossenschaftlichen Verbindung der Mitglieder untereinander und der patriarchalischen Unterordnung unter den „Ältesten“, dem eine weitgehende Aufsicht und Leitung zusteht. Er verfügt über die zu leistende Arbeit, die von den Mitgliedern nach ihren Fähigkeiten und Kräften ausgeführt wird, während sie aus der gemeinsamen Kasse einen gleichen Anteil an dem

erzielten Gewinne erhalten. Das Artell als Organisation tritt mit den Personen, welche Arbeit zu vergeben haben, in ein Vertragsverhältnis, doch haften die einzelnen Mitglieder solidarisch für die übernommenen Verbindlichkeiten. Deshalb wird bei der Aufnahme von Mitgliedern große Sorgfalt angewandt, und ebenso unterstehen die Mitglieder einer strengen Aufsicht. In neuerer Zeit sind einige Artelle dazu übergegangen, bei der Ausführung der übernommenen Aufträge auch fremde Arbeiter gegen Lohn zu beschäftigen, doch bildet das eine seltene Ausnahme. Hiernach ist eine gewisse Verwandtschaft mit den insbesondere in Italien ausgebildeten Arbeitsgenossenschaften nicht zu verkennen.

Artelle gibt es auf den meisten Gebieten menschlicher Tätigkeit. Allerdings liegt der Schwerpunkt bei den Arbeitern, und zwar sowohl den ungelernten wie den gelernten; insbesondere bei den Schiffern, Lotsen, Fischern, Lastträgern, Fuhrleuten usw. ist das Artellwesen stark entwickelt. Aber auch Soldaten, Mönche und Nonnen haben sich in dieser Form. zusammengeschlossen. Auch bestehen Artelle nicht bloß für die Ausführung von Arbeiten, sondern ebenso hat man Kredit-, Versicherungs- und Konsumtionsartelle geschaffen. Die Staatsgewalt steht dem Artellwesen sympathisch gegenüber, doch ist eine Regelung der Rechtsverhältnisse bisher nur für die Arbeitskartelle erfolgt, und zwar durch das Gesetz vom 1./14. Juni 1902. Dieses bezeichnet sie als „Genossenschaften, die gebildet werden zur Ausführung bestimmter Arbeiten oder Gewerbe, sowie zur Verrichtung von Dienst- und Amtspflichten mittels persönlicher Arbeit der Mitglieder auf deren gemeinsame Rechnung und unter solidarischer Haftung“.

Bei den Artellen ist eine gewisse Ähnlichkeit mit den mittelalterlichen Innungen nicht zu verkennen; wie diese, so haben auch sie nicht ausschließlich wirtschaftliche Zwecke, sondern umfassen die Mitglieder in allen ihren Lebensbeziehungen.

Das moderne Genossenschaftswesen ist nach Rußland aus Deutschland übertragen, indem die durch Schulze-Delitzsch gegebene Anregung bewirkte, daß man auch dort denselben Weg betrat. So wurde im Oktober 1865 in Riga der erste Konsumverein gegründet; 1867 folgte Reval und bald darauf Petersburg, Charkow, Libau, Mitau, Kursk, Odessa und andere Städte.

Die Regierung begünstigte damals diese Bestrebungen. Der Krimkrieg hatte Veranlassung gegeben, eine Reformpolitik einzuschlagen, die in der Aufhebung der Leibeigenschaft 1864 ihren greifbarsten Ausdruck fand. Auch die damals geschaffenen provinziellen Selbstverwaltungsorgane (Semstwo) beförderten die Gründung von Genossenschaften, indem sie für die Errichtung ländlicher Spar- und Darlehnskassen sich zur Verfügung stellten; 1871 wurde sogar ein Zentralausschuß für diesen Zweck eingesetzt. Aber diese Periode dauerte nur etwa zehn Jahre. Seit 1875 trat an die Stelle der fortschrittlichen eine ausgesprochen reaktionäre Politik, die in jeder Selbstbetätigung der Bevölkerung eine Gefahr für die absolute Gewalt des Zaren sah. Deshalb wurde die nach dem Gesetze erforderliche Genehmigung zur Gründung von Genossenschaften jetzt in der Regel verweigert. Außerdem zeigte sich, daß die geistige Entwicklung in Rußland noch nicht weit genug fortgeschritten war, um eine ausreichende Grundlage für die genossenschaftliche Betätigung zu bieten. So ist es begreiflich, daß gegen Ende des Jahrhunderts die scheinbar so aussichtsvolle Bewegung bis auf geringe Reste vernichtet war.

Ein neuer Aufschwung beginnt erst um die Wende des Jahrhunderts und insbesondere seit dem russisch-japanischen Kriege sowie der 1905 auf ihn folgenden Revolution, die dazu führte, die absolutistische durch eine konstitutionelle Verfassung zu ersetzen. Schon 1897 hatte die Regierung durch das Normalstatut, dessen Befolgung den Genossenschaften das Recht auf Zulassung gab, ihren früheren grundsätzlich ablehnenden Standpunkt aufgegeben. Einen weiteren Fortschritt bedeutete das Gesetz von 1904, das den Kreditgenossenschaften erhebliche Erleichterungen gewährte und eine besondere Regierungsabteilung einsetzte, deren Aufgabe es sein sollte, die Gründung derartiger Vereinigungen durch Geldmittel zu fördern. Der Erfolg dieser Maßregeln war ein rasches Aufblühen des Genossenschaftswesens. In erster Linie gilt das von den landwirtschaftlichen Genossenschaften, die in Rußland insofern einen besonderen Charakter tragen, als sie die beiden in anderen Ländern meist getrennten Zwecke, nämlich die Beschaffung von Kredit und Bedarfsgegenständen mit dem Absatze der Erzeugnisse vereinigen. Von ihnen gab es am 1. Januar 1905 1434 mit 546000 Mitgliedern und 128 Millionen Rubel Umsatz. Am 1. Januar 1916

dagegen bestanden bereits 15464 Genossenschaften mit 10084000 Mitgliedern und einem Umsatz von 1632 Millionen Rubel. Geringer war der Fortschritt der eigentlichen Konsumvereine; immerhin stieg deren Zahl in derselben Zeit von etwa 1000 mit 250000 Mitgliedern auf 10080 mit 1459000 Mitgliedern und 600 Millionen Umsatz. Die Molkereigenossenschaften, die 1905 erst im Entstehen begriffen waren, hatten Ende 1915 die Zahl von 2000 mit 300000 Mitgliedern und 120 Millionen Umsatz erreicht.

Die russischen Genossenschaften verfolgen im allgemeinen das Rochdale-System, doch ist der Grundsatz der Barzahlung noch keineswegs völlig durchgeführt. Ebenso ist es noch vielfach üblich, den Reingewinn nicht nach der Menge der bezogenen Waren, sondern nach der Höhe des Geschäftsguthabens zu verteilen. Naturgemäß liegt der Schwerpunkt der Bewegung auf dem Lande, insbesondere bei den Bauern, aber auch in den industriellen Kreisen und insbesondere bei der Arbeiterbevölkerung ist sie weit fortgeschritten. Sehr stark ist sie entwickelt bei dem Eisenbahnpersonal.

In der Regel setzen sich die Genossenschaften aus Mitgliedern aller Berufsklassen zusammen, insbesondere gilt das von den ländlichen Vereinen, obgleich in ihnen naturgemäß die Mehrheit aus Bauern besteht. Doch gibt es auch Genossenschaften, die sich auf Beamte, Offiziere oder Arbeiter, insbesondere solche eines bestimmten Unternehmens, beschränken. Auch die Gewerkschaften haben vielfach für ihre Mitglieder Konsumvereine eingerichtet. —

Rußland war bis zu seiner Zertrümmerung durch den Weltkrieg freilich formell ein Einheitsstaat, aber in Wirklichkeit bildete es nur die äußere Zusammenfassung von sehr ungleichmäßigen Teilen. Eine geschichtliche Darstellung würde deshalb, wenn sie einen Einblick in die Entwicklung verschaffen wollte, diese innerhalb der einzelnen Provinzen verfolgen müssen. Die Lösung einer solchen Aufgabe in vollem Umfange ist hier unmöglich, vielmehr muß es genügen, über die Hauptgebiete einige kurze Angaben zu machen und im übrigen den Verlauf der Gesamtbewegung zu schildern.

Die ältesten Bildungen, die man als Genossenschaften im modernen Sinne des Wortes bezeichnen kann, finden sich in

Südrußland, insbesondere in der Ukraine. Hier gibt es schon seit fast 50 Jahren Vereinigungen, die den verschiedensten wirtschaftlichen Zwecken dienen; im Vordergrund steht die Kreditvermittlung und die Beschaffung von Bedarfsgegenständen. Die russische Regierung behandelte die einzelnen Arten von Genossenschaften sehr verschieden. Die Gründung von Spar- und Darlehnskassen begünstigte sie; den Konsumvereinen stand sie wenig freundlich gegenüber; denjenigen Genossenschaften endlich, die rein landwirtschaftliche Zwecke verfolgten, bereitete sie die größten Hindernisse, insbesondere verbot sie deren Zusammenfassung zu Verbänden, da sie von der Bewegung eine Förderung der ukrainischen Unabhängigkeitsbestrebungen befürchtete.

Demgemäß bildeten bis zum Ausbruche des Krieges die Grundlage der Genossenschaftsbewegung die sog. Semstwo-Banken, die sich auf den Bezirk einer kleinen Anzahl von Gemeinden beschränken und den Zweck haben, den Bauern kleine Darlehen zu gewähren. Zu deren Regelung wurde 1904 ein besonderes Gesetz erlassen. Neben diesen Banken entwickelten sich jedoch in steigendem Umfange auch eigentliche Kreditvereine, die im September 1917 zu einem Verbande zusammentraten. Diese haben die ukrainische Volksbank ins Leben gerufen. Sie ist eine Aktiengesellschaft, deren Aktien sich jedoch ausschließlich in den Händen der Genossenschaftsmitglieder befinden. Auch die Konsumvereine nahmen einen starken Aufschwung. Sie haben 1917 ebenfalls einen Verband Dnipiro gegründet. Am zahlreichsten sind die rein landwirtschaftlichen Genossenschaften. Auch sie haben sich nach dem Sturze der alten Regierung einen Zentralverband geschaffen, der jedoch nicht einzelne Genossenschaften, sondern nur deren Verbände aufnimmt. Jede der hier erwähnten Vereinigungen besitzt eine Großeinkaufsgesellschaft. Endlich besteht eine einheitliche Zusammenfassung der ukrainischen Genossenschaften in dem Zentralgenossenschaftsausschuß, in dem fast ohne Ausnahme alle Vereine vertreten sind. Er hat, wie auch die übrigen Zentralverbände, seinen Sitz in Kiew und veranstaltet von Zeit zu Zeit Genossenschaftskongresse, auf denen die gemeinsamen Angelegenheiten beraten werden.

Die Gesamtzahl der ukrainischen Genossenschaften wird auf 18000 mit rund 3 Millionen Mitgliedern angegeben; unter

ihnen befinden sich etwa 5000 Konsumvereine. Der Verband Dniptro umfaßte am 1. Januar 1919 2770 Konsumvereine in 41 Verbänden und hatte einen Umsatz von 80 Millionen Rubel. Er betreibt auch die Herstellung von Schuhwerk, Seife, Blechwaren und Trikotagen; außerdem besitzt er eine eigene Druckerei zur Herstellung einer Zeitschrift und sonstiger Propagandaliteratur. Der Zentralverband der landwirtschaftlichen Einkaufs- und Absatzgenossenschaften hat in Odessa eine Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen errichtet.

Noch stärker zentralisiert wie in der Ukraine ist das Genossenschaftswesen in Sibirien. Hier wurden auf einem am 1. Mai 1916 in Nowo-Nikolajewsk abgehaltenen Genossenschaftskongreß sämtliche Verbände zu dem Zentralverbande der sibirischen Genossenschaften Zakupsbyl zusammengeschlossen. Ohne in die Selbständigkeit der einzelnen Organisationen einzugreifen, besorgt er vor allem den gemeinsamen kommissionsweisen Einkauf und Absatz der Waren, indem er für seine Tätigkeit eine Gebühr von $2\frac{1}{2}\%$ erhebt. Daneben ist er bemüht, die gemeinsamen Interessen insbesondere auf dem Gebiete des Verkehrswesens, der technischen Verbesserungen, der Rechnungsführung, der Bildung und der Propaganda wahrzunehmen. Endlich veranstaltet er die Genossenschaftskongresse. Dem Zentralverbande waren am 31. Dezember 1918 29 Verbände mit 8362 Genossenschaften und 1728058 Mitgliedern beigetreten. Der Umsatz hatte 1918 40 Millionen betragen; für das Jahr 1919 wurde die Gesamtzahl der Mitglieder auf $2\frac{1}{2}$ Millionen geschätzt.

Selbst im hohen Norden Rußlands, in der Provinz Archangelsk, hat die Genossenschaftsbewegung eine so starke Ausbreitung gefunden, daß fast die gesamte Bevölkerung an ihr beteiligt ist. Ende 1918 bestanden 804 Genossenschaften mit 250000 Mitgliedern. Von ihnen waren 524 Konsumvereine mit 130000 Mitgliedern, 175 industrielle Genossenschaften, 59 Kreditvereine und 46 landwirtschaftliche Genossenschaften. Auf einem am 15. März 1914 in Archangel abgehaltenen Genossenschaftskongreß wurde die „Handelsvereinigung von Konsumvereinen“ gegründet, die bald darauf den Namen „Archangels Verband von Konsumvereinen“ annahm. Ihr waren Ende 1918 407 Konsumvereine angeschlossen. Sie beschränkt sich nicht auf den gemeinsamen Einkauf und Ver-

kauf, sondern betreibt eine eigene Mühle, eine Lederfabrik und eine Druckerei. 

Wie im Norden, so hat auch im Süden des früheren russischen Reiches, insbesondere ins Transkaukasien, das Genossenschaftswesen einen erheblichen Umfang angenommen. Bis zur Revolution von 1905 gab es nur 20 Kreditgenossenschaften und eine noch geringere Zahl von Konsumvereinen, da die Regierung allen Organisationsbestrebungen ablehnend gegenüberstand. Deshalb richtete die Bevölkerung ihre Augen mehr auf die politische und gewerkschaftliche, als auf die genossenschaftliche Bewegung, indem sie von den ersteren den Sturz des alten Systems erhoffte. Durch ein Gesetz von 1904 waren schließlich Kreditgenossenschaften zugelassen, jedoch unter die Kontrolle der Staatsbank gestellt. Immerhin entwickelten sie sich zahlreich, und einige von ihnen überschritten sogar die ihnen gesetzlich gezogenen Grenzen, indem sie zugleich den Wareneinkauf übernahmen. Bald schlossen sich diese Genossenschaften zu einem einheitlichen Verbands zusammen.

Während die Kreditgenossenschaften sich im wesentlichen auf die landwirtschaftliche Bevölkerung beschränkten, wurden seit 1907 in den Städten auch Konsumvereine gegründet, aber einen starken Aufschwung nahmen sie erst, seitdem 1917 Transkaukasien sich von Rußland losgelöst hatte und drei selbstständige Republiken: Georgien, Armenien und Asserbeidschan entstanden waren. Weitaus die Führung hatte Georgien. Hier bildete sich sogleich 1919 ein Zentralverband der Konsumvereine, der im folgenden Jahre sich zu dem Gesamtverbande aller transkaukasischen Genossenschaften ausgestaltete. Aber da 90% der Mitglieder in Georgien wohnten, so wurde der Verband schon 1919 in den Zentralgenossenschaftsverband der Republik Georgien umgewandelt, dem sich jedoch auch außerhalb dieses Gebietes bestehende Genossenschaften anschließen können. In ihm sind alle Arten von Genossenschaften, insbesondere Konsumvereine, Kreditvereine, landwirtschaftliche und Arbeitsproduktivgenossenschaften vertreten. Der Verband ist auch zur Eigenproduktion übergegangen und besitzt neben Seifenfabriken und Bäckereien, einer Konservenfabrik, mehreren Schlachtereien und einer Tabakfabrik auch eine eigene Druckerei. Er ist in ausgedehntem Maße tätig für Ausbreitung der Bildung;

insbesondere hat er ein Schauspielhaus und in Gemeinschaft mit dem Verbande georgischer Städte eine Volkshochschule ins Leben gerufen. An der Volksuniversität Tiflis hat er eine besondere Abteilung für Genossenschaftswesen geschaffen. Endlich hat er eine Genossenschaftsbank gegründet, die formell von ihm unabhängig ist, deren Vorstand jedoch aus Vertretern der Genossenschaften besteht.

Die Genossenschaftsbewegung in Georgien unterscheidet sich von derjenigen anderer Länder dadurch, daß sie nicht politisch neutral ist, sondern einen ausgesprochen sozialistischen Charakter trägt und mit der sozialdemokratischen Partei Hand in Hand geht.

Dem Verbande waren 1916 174 Genossenschaften mit 66605 Mitgliedern, 1917 516 G. mit 260615 Mitgliedern, 1918 580 G. mit 464845 Mitgliedern, Ende 1919 900 G. in 18 Bezirksorganisationen mit 654180 Mitgliedern angeschlossen. Das bedeutet bei einer Einwohnerzahl von 2600000 Seelen eine Beteiligung von etwa 75% der Bevölkerung. Der Umsatz der dem Zentralverbande angeschlossenen Genossenschaften betrug 1917: 58357000, 1918: 158267000 und 1919: 302616000 Rubel.

In Armenien war bis zur Revolution von 1905 die Genossenschaftsbewegung von der Regierung unterdrückt. Erst seit 1908 begann sie sich stärker zu entwickeln, und das setzte sich in steigendem Maße fort seit der 1917 erfolgten Loslösung von Rußland, indem die neue republikanische Regierung ein Gesetz erließ, das den Genossenschaften allerlei Begünstigungen gewährt. So war Ende 1917 deren Zahl auf 400 gestiegen, von denen 90% Konsumvereine und 10% Kreditgenossenschaften waren. Infolge der im Frühjahr 1918 stattgehabten Besetzung durch die Türken wurde die Bewegung zeitweilig fast völlig vernichtet; aber als im Herbst 1918 die türkischen Truppen das Land verlassen hatten, begann man sofort mit dem Wiederaufbau, und Anfang 1919 gab es bereits 200 Genossenschaften mit 90000 Mitgliedern und einem Umsatz von 200 Millionen Rubel. Seitdem hat sich der Aufschwung fortgesetzt. Es bestehen drei Bezirksverbände in Alexandropol, Lori und Nowo-Bajazed. Im August 1920 haben sich diese zu dem Armenischen Genossenschaftsbunde Aicopp zusammengeschlossen, der sogleich auch zu der Eigenproduktion übergegangen ist, indem er Fabriken der verschieden-

sten Art, insbesondere für Frucht- und Fischkonserven, sowie Textil- und Schuhwaren errichtet hat.

In Polen machten sich schon in den 1870er Jahren genossenschaftliche Bestrebungen geltend; in Warschau, Plock und Kutno wurden Vereinigungen gegründet, aber da die Regierung der Bewegung ablehnend gegenüberstand und insbesondere den Zusammenschluß zu Verbänden nicht gestattete, so konnte sie keine größere Ausdehnung gewinnen. Außerdem fehlte es in den Arbeiterkreisen noch an dem erforderlichen Verständnis für den Wert der Organisation. Ein schwerwiegendes Hindernis bestand auch darin, daß Polen in die drei Bezirke zerfiel, die politisch zu Rußland, Österreich und Preußen gehörten. Endlich machte sich der soziale und der religiöse Gegensatz störend geltend und führte zur Zersplitterung.

In Russisch-Polen konnte bis 1905 von einer Genossenschaftsbewegung kaum die Rede sein; seitdem gestalteten sich die Verhältnisse günstiger. Es bildete sich ein Verein für Genossenschaftswesen, der die Propaganda eifrig betrieb und eine große Zahl sowohl von Konsumvereinen wie von landwirtschaftlichen Genossenschaften ins Leben rief. Im September 1911 gründete man den Warschauer Verband von Konsumgenossenschaften, der anfangs sich auf Russisch-Polen beschränkte, aber nach der Schaffung der polnischen Republik seine Tätigkeit auf diese ausdehnte und deshalb den Namen Verband der polnischen Konsumvereine annahm. Er bildet den Mittelpunkt der „neutralen“ Genossenschaftsbewegung, die vorwiegend auf dem Lande Boden gefunden hat. Anfang 1912 waren ihm 340 Genossenschaften mit 29625 Mitgliedern angeschlossen. Dagegen zählte er Ende 1920 712 G. mit 300000 Mitgliedern. Er besitzt eine Einkaufsgesellschaft, die 1912 239 G. mit 28400 M. und einem Umsatz von 2648000 Mark (polnisch) umfaßte. Ende 1920 waren diese Zahlen auf 712 bzw. 300000 und 373788000 Mark gestiegen.

Neben dem neutralen Verbands gibt es zwei Vereine, die einen politischen oder religiösen Charakter tragen. Beide wurden 1919 gegründet. Der eine ist der Verband der Arbeiter-Konsumvereine, der ausgesprochen sozialistisch ist. Der zweite ist der Zentralverband der christlichen Arbeiterkonsumvereine. Ende 1919 umfaßte der erstere 67 Genossen-

schaften mit 101000 M., der letztere 72 G. mit 21000 M. Neben ihnen besteht auch noch ein Verband der jüdischen Genossenschaften. Endlich gibt es eine große Anzahl von Konsumvereinen, die sich auf eine bestimmte Berufsgruppe beschränken. Die stärkste Organisation dieser Art ist der Zentralverband der Konsumvereine der Eisenbahnangestellten, dem Ende 1919 189 G. mit 113000 M. und einem Umsatze von 128000000 Mark angehörten.

Wesentlich schwächer ist die Bewegung in Österreichisch-Polen entwickelt, wo 1914 nur 100 Konsumvereine mit 22000 Mitgliedern und einem Umsatz von 5000000 Kronen bestanden. Noch ungünstiger stand es in Preußisch-Polen.

Seit Beendigung des Krieges sind in allen drei Gebieten wesentliche Fortschritte gemacht. Ende 1920 gab es in Russisch-Polen 3300 G. mit 1100000 M., in Österreichisch-Polen 500 G. mit 200000 M., in Preußisch-Polen 36 G. mit 68000 M.

Auch die Zusammenfassung zu einer einheitlichen Organisation hat man in Angriff genommen. Zunächst rief der Landwirtschaftliche Zentralverein 1917 den Revisionsverband für die polnischen ländlichen Genossenschaften ins Leben, der aber auch andere Arten von Genossenschaften aufnimmt. Am 1.—4. November 1917 tagte in Warschau eine Versammlung, auf der 105 Kreditvereine vertreten waren. Sie beschloß die Gründung des Allgemeinen Verbandes polnischer Kreditgenossenschaften. Daneben haben die deutschen Genossenschaften im Februar 1918 sich zu einem eigenen Verbands deutscher Genossenschaften in Polen mit dem Sitze in Lodz zusammengeschlossen. Im November 1918 veranstalteten die Arbeiterkonsumvereine in Warschau einen Kongreß, auf dem ein provisorisches Sekretariat der Arbeitergenossenschaften gegründet wurde. Auf dem im Mai 1919 abgehaltenen Nationalkongreß wurde dann der Zentralverband der polnischen Arbeitergenossenschaften mit einer eigenen Großeinkaufsgesellschaft geschaffen, dem im Juni 1920 63 Vereine mit 86129 Mitgliedern angehörten. Beide Organisationen beschränken sich auf das früher russische Gebiet; mit den Genossenschaften in den übrigen Teilen des Landes ist man bestrebt, Verbindungen herzustellen.

In Litauen wurde Ende der 1870er Jahre versucht, Genossen-

schaften ins Leben zu rufen; der erste Konsumverein wurde 1881 gegründet. Aber obgleich dabei die Intellektuellen, die Bauern und die Arbeiter zusammenwirkten, gelang es nicht, der Bewegung einen breiteren Boden zu verschaffen, da der Gebrauch der litauischen Sprache verboten war. Dieses Hindernis wurde 1904 beseitigt, aber da auch jetzt die Zusammenfassung zu Verbänden nicht gestattet wurde, so konnten dennoch größere Erfolge nicht erzielt werden. Vor dem Kriege bestanden 200 Konsumvereine, 112 Kreditgenossenschaften und 80 landwirtschaftliche Genossenschaften; eine stärkere Entwicklung begann erst mit der Bildung eines selbständigen Staatswesens, zumal am 20. Januar 1919 ein Genossenschaftsgesetz erlassen wurde, das viele der früheren Hindernisse beseitigte. Ende 1920 bestanden 313 landwirtschaftliche Konsumvereine, 76 Kredit-G. und 25 Produktiv-G.

In Lettland hatte sich das Genossenschaftswesen schon vor dem Kriege günstig entwickelt; es bestanden bei 2½ Millionen Einwohnern 1081 Genossenschaften. Nach dem Kriege waren von ihnen nur etwa 5% übrig geblieben; aber nachdem Lettland im November 1918 ein selbständiger Staat geworden und im Herbst 1919 von der Bolschewistenherrschaft befreit war, begann man eifrig, das Zerstörte wieder aufzubauen. Am günstigsten entwickelten sich die Konsumvereine, von denen es Ende 1920 484 gab; 212 von ihnen sind zu dem Zentralverbande Konsums zusammengeschlossen, doch umfaßt dieser auch andere Genossenschaften. Neben ihm besteht der Zentralverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften mit 26 Vereinen, der Zentralverband der Fischerei-G. mit 93 Vereinen, der Zentralverband der Bienenzucht-G. mit 18 Vereinen und der Zentralverband der Arbeiterkonsumvereine, dem jedoch nur 7 Genossenschaften angehören. Er steht auf dem Boden des Sozialismus und agitiert für dessen Ausbreitung, während die übrigen Organisationen politisch neutral sind und alle Berufskreise aufnehmen. In dieser Beziehung sind die lettischen Genossenschaften insofern mustergültig, als die Mitglieder sich zu 31,6% aus Intellektuellen, zu 28% aus Arbeitern, zu 27,7% aus Bauern zusammensetzen, während 12,7% auf die übrigen Berufsgruppen entfallen. Auf Anregung des Zentralverbandes Konsums wurde 1920 die Genossenschaftsbank

gegründet, der 257 G. angehören; davon sind 163 Konsumvereine, 37 Kreditvereine und 37 landwirtschaftliche G. Daneben sind ihr eine Anzahl Gemeindeverwaltungen und sonstige Vereinigungen angeschlossen. Im August 1919 wurde ein Genossenschaftsgesetz erlassen, das die freie Entwicklung des Genossenschaftswesens sehr begünstigt.

Bei dem durch die unvollkommene Ausbildung des Verkehrswesens in Rußland bedingten geringen wirtschaftlichen Zusammenhänge der verschiedenen Gebiete hätte man erwarten dürfen, daß die Genossenschaftsbewegung im wesentlichen auf die einzelnen Provinzen beschränkt geblieben wäre. Tatsächlich ist das nicht der Fall gewesen, sondern schon früh hat eine Zusammenfassung der genossenschaftlichen Kräfte stattgefunden. Insbesondere wurde 1903 der erste Allrussische Genossenschaftskongreß in Moskau abgehalten, der viel dazu beitrug, das Gefühl für die Gemeinsamkeit der Interessen zu stärken.

Die Hauptbedeutung für diese Zentralisationsbestrebungen hat der 1898 gegründete Moskauer Verband gewonnen, dem es allmählich gelungen ist, die große Mehrheit der russischen Genossenschaften in sich zu vereinigen und der deshalb 1917 den Namen Allrussischer Zentralverband der Genossenschaften *Centrosojus* annahm. Zur Mitgliedschaft sind nicht einzelne Genossenschaften, sondern nur deren Verbände zugelassen. Seine Aufgabe ist in erster Linie, den Austausch von landwirtschaftlichen Erzeugnissen gegen Industriewaren zu vermitteln. Zu diesem Zwecke unterhält er Zweigniederlassungen in London, Paris, Stockholm, Christiania, Helsingfors, Konstantinopel, Neuyork, Buchara, Shanghai und Kobe. Anfang 1919 umfaßte er 300 Verbände mit fast 50000 Genossenschaften und etwa 15000000 Mitgliedern. Sein Grundkapital betrug 334 Millionen, sein Jahresumsatz 1 Milliarde Rubel.

Der Verband hat 1912 als ein formell selbständiges Finanzinstitut die *Narodny-Bank* ins Leben gerufen, die ebenso wie er selbst in Moskau ihren Sitz hat. Sie hatte am 1. Januar 1919 ein Aktienkapital von 50 Millionen, doch befanden sich die Aktien bis auf einen kleinen Rest in dem Besitze von nur 9000 G. Die Bank beschränkt sich nicht auf Geldgeschäfte, sondern hat für den Ein- und Verkauf von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Industrieartikeln eine besondere Waren-

abteilung eingerichtet, die 1918 unter dem Namen Selskosojus in eine eigene Organisation umgewandelt wurde. Neben ihr besteht noch ein selbständiger Zentralverband der Flachsbauer, der 1918 40000 Tonnen Flachs im Werte von 390 Millionen Rubel ausführte.

Bis zu der Revolution von 1905 hatten sich besondere Arbeiterkonsumvereine nicht bilden können, da die Regierung jede Organisation der Arbeiter verbot. Allerdings bestanden bei verschiedenen Fabriken und Hüttenwerken Vereinigungen der Arbeiter, die den Zweck hatten, ihren Mitgliedern billige Lebensmittel zu verschaffen, aber sie waren völlig abhängig von der Fabrikleitung. Erst seit 1905 bildeten sich auch selbständige Arbeiterkonsumvereine. Sie gingen jedoch nicht allein mit den bürgerlichen Hand in Hand, sondern waren auch dem Moskauer Verbands angeschlossenen. Gerade dieser Verband hat sich um die Ausbreitung des Genossenschaftswesens unter den Arbeitern große Verdienste erworben. Nach Ausbruch der zweiten Revolution trat hierin eine Änderung ein, die schließlich zu einer Spaltung der bis dahin einheitlichen Bewegung führte. Im Jahre 1917 trennten sich die Arbeiterkonsumvereine von dem Centrososus, veranstalteten eigene Kongresse und bildeten einen besonderen Verband. Anfangs standen sie der kommunistischen Regierung ablehnend gegenüber, aber auf dem im Dezember 1918 in Petersburg abgehaltenen III. Kongreß gelang es der radikalen Richtung, das Übergewicht zu gewinnen. Die Vorstandsämter wurden von Kommunisten besetzt und der Verband dem Obersten Wirtschaftsrate unterstellt.

Auch sonst hatte die im März 1917 ausgebrochene Revolution und in noch höherem Maße der im Oktober 1917 eingetretene Übergang der Herrschaft auf die Kommunisten eine völlige Verschiebung der Verhältnisse zur Folge. Die Sowjetregierung betrachtete als ihre Aufgabe die radikale Verwirklichung des Kollektivismus in der Form des Staatssozialismus, d. h. die Überführung aller Produktionsmittel einschließlich des Grund und Bodens in das Eigentum des Staates; die Erzeugung und Verteilung der Bedarfsgegenstände sollten staatliche Organe besorgen. Der erste Schritt war die Nationalisierung der großen Güter, deren Ländereien den Bauern zur Bewirtschaftung überwiesen wurden. Gleichzeitig wurden die Fabriken

und Banken sozialisiert. Die Warenverteilung, bei der schon die alte Regierung während des Krieges sich weitgehend der Hilfe der Konsumvereine bedient hatte, wurde auch ferner diesen einstweilen überlassen. Deshalb beschränkte sich der Eingriff in deren Tätigkeit zunächst darauf, daß ihnen die Eigenproduktion verboten und den staatlichen Fabriken übertragen wurde. Aber später wollte der von der Regierung eingesetzte Oberste Rat für Volkswirtschaft nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Im Februar 1918 veröffentlichte er den Entwurf einer Verordnung, die den Zweck hatte, die kommunistische Organisation streng durchzuführen. Das Mittel bestand in der Schaffung von Konsumkommunen, denen jedes Gemeindemitglied angehören mußte. Ihre Aufgabe sollte sein, unter Ausschluß der Mitwirkung jedes anderen Faktors die ihnen von dem staatlichen Kommissar für das Ernährungs-wesen gelieferten Lebensmittel unter die Einwohnerschaft zu verteilen. Der Plan stieß jedoch auf allgemeinen Widerspruch, und zwar nicht nur bei den bürgerlichen, sondern auch bei den Arbeiterkonsumvereinen. Infolge dieser Opposition entschloß sich der Oberste Rat, einen Mittelweg einzuschlagen, indem das am 12. April 1918 erlassene Dekret bestimmte, daß an jedem Orte nur zwei Konsumvereine bestehen dürften, und zwar ein bürgerlicher und ein Arbeiterkonsumverein. Zugunsten eines dieser beiden mußten sämtliche Konsumvereine bis zum 1. November 1918 sich auflösen.

Einen weiteren Eingriff in die Rechte der Konsumvereine bedeutete das Dekret vom 8. August 1918 über den obligatorischen Warenaustausch. Da es nicht gelang, die Städte ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen, so wurde zunächst für 12 Gouvernements angeordnet, daß die ländlichen Bezirke Industriewaren nur gegen Ablieferung einer ihnen auferlegten Menge landwirtschaftlicher Erzeugnisse erhalten sollten. Die Durchführung dieser Maßregel, die dann das Dekret vom 5. August 1919 auf ganz Rußland ausdehnte, wurde den Konsumvereinen übertragen.

Ein Dekret vom 21. November 1918 bezweckte die Nationalisierung des Handels und des Geldverkehrs. Alle Lager der Grossisten wurden für Staatseigentum erklärt, während man die Detailgeschäfte munizipalisierte, d. h. den Gemeinden überwies. Die Betriebsstellen der Konsumvereine sollten bestehen

bleiben, erhielten aber insofern einen staatlichen Charakter, als jeder Gemeindeangehörige sich ihnen anschließen mußte. Außerdem wurden sie in der Weise unter Aufsicht gestellt, daß in die lokalen, provinziellen und zentralen Verwaltungen staatliche Kommissare eintraten, denen gegen jeden Beschluß ein Einspruchsrecht gegeben wurde. An die Narodnybank stellte man die Forderung, sich mit der Reichsbank zu verschmelzen, und als die Generalversammlung dies ablehnte, wurde durch Dekret vom 2. Dezember 1918 die Verschmelzung zwangsweise in der Art durchgeführt, daß die Bank in eine Abteilung der Reichsbank umgewandelt wurde, deren Vorstand von dem Vorstände der letzteren bestätigt werden muß. Durch Dekret vom 3. April 1919 wurde endlich angeordnet, daß die Vorstandsmitglieder der Bank von der Regierung bestimmt werden.

Den Abschluß der staatlichen Umgestaltung bildete das Dekret vom 20. März 1919. War bis dahin in jeder Gemeinde das Bestehen von zwei Konsumvereinen gestattet gewesen, so wurde das jetzt dahin abgeändert, daß nur ein Verein zugelassen wurde, zu dessen Gunsten der andere sich auflösen mußte. Wo ein Arbeiterverein bestand, hatte der bürgerliche diesem Platz zu machen und ihm sein Vermögen zu übertragen. Um zu erreichen, daß die Leitung in den Händen der Kommunisten liege, war vorgeschrieben, daß in den Städten und Industriezentren die Wahl des Vorstandes von einer gemeinsamen Versammlung aller am Orte bestehenden Fabrikausschüsse, Gewerkschaften und Arbeitergenossenschaften stattzufinden habe. Der Gedanke der Konsumkommune wurde jetzt in vollem Umfange durch die Vorschrift verwirklicht, daß jeder Bürger kraft Gesetzes Mitglied des an seinem Wohnorte bestehenden Konsumvereins ist, ohne daß er einen Geschäftsanteil zu erwerben braucht. Ebenso ist jeder Konsumverein von selbst dem Verbande seines Bezirkes angeschlossen. Die Spitze der Organisation bildet der Centrosojus, aber dieser wurde völlig umgestaltet, indem zu den bisherigen von der Generalversammlung gewählten sechs Vorstandsmitgliedern zehn von der Regierung ernannte hinzutraten, so daß die Entscheidung in deren Hand liegt. Das einzige Zugeständnis, das man aus Rücksicht auf die Bauern machte, bestand darin, daß man den diesen anstößigen Namen Konsumkommunen durch „Arbeiter- und Bauernkonsumvereine“ ersetzte.

Die Hoffnung, die man auf die Verstaatlichung der Produktion gesetzt hatte, erwies sich als trügerisch, denn das russische Wirtschaftsleben stand im wesentlichen still. So entschloß sich die Regierung zu einer Maßregel, die ihrem prinzipiellen Standpunkte völlig widersprach, nämlich den Kleinbetrieb, den das marxistische Programm für eine rückständige und überwundene Form der Produktion erklärt, zur Hilfe heranzuziehen. Das Dekret vom 26. April 1919 ordnete an, daß an jedem Orte Kustar-Genossenschaften, d. h. Handwerker-Produktivgenossenschaften in der Form des Artells errichtet werden sollten. Hiervon wurde in so großem Umfange Gebrauch gemacht, daß im März 1920 allein in Petersburg 17000 derartige Organisationen bestanden, eine Zahl, die sich daraus erklärt, daß vielfach ein paar Handwerker eine solche Genossenschaft nur formell bildeten, um sich die von der Regierung zugesicherten Vorteile zu verschaffen. Sämtliche Vereine dieser Art wurden zu einem Zentralverbande Kustarsbyl zusammengeschlossen.

Aber damit wollte man keineswegs das bisherige System aufgeben, vielmehr wurde die Verstaatlichung der Genossenschaften weiter fortgesetzt. Der Centrosojus hatte sich diesen Bestrebungen energisch widersetzt, und die beiden im September 1918 und im Januar 1919 abgehaltenen Generalversammlungen hatten der Regierung das Recht zu ihrem Vorgehen einstimmig abgesprochen. Um diesen Widerstand zu brechen, wurden mehrere Maßregeln ergriffen. Zunächst wurde durch Regierungserlaß vom 7. Juli 1919 der Verwaltungsrat des Centrosojus aufgelöst. Im Januar 1920 wurden dann die Mitglieder des Vorstandes für abgesetzt erklärt und zum Teil verhaftet. An ihre Stelle traten andere, die von der Regierung ernannt wurden. Schon im Oktober 1917 hatte der damalige Vorstand in London und Paris Zweigstellen der Verwaltung eingerichtet und im September 1919 einige seiner Mitglieder nach London geschickt, um unter Mitwirkung dieser Zweigstellen die Interessen der Genossenschaften im Auslande zur Geltung zu bringen. Der neue Vorstand entzog u. a. auch diesen Mitgliedern die Befugnis, den Centrosojus im Auslande zu vertreten.

Die zweite Maßregel bestand darin, daß man den Provinzialverbänden, zu denen die örtlichen Konsumkommunen zusammengefaßt waren und die man als Goobsojus bezeichnete, für Zweig-

anstalten des Centrosojus erklärte und ihnen das Recht verlieh, Vertreter zu bestimmen, die sich regelmäßig zu versammeln hätten, und daß diesen Zusammenkünften die Befugnisse der früheren Generalversammlungen des Centrosojus übertragen wurden. Die erste Versammlung, die am 5.—10. Juli 1920 tagte, billigte alle von der Regierung unternommenen Schritte und bestätigte auch den vom Vorstande gegen die ausländischen Vertreter ausgesprochenen Widerruf ihrer Vollmachten. Es ist begreiflich, daß diese und die hinter ihnen stehenden Kreise eine solche Handlungsweise nicht als rechtsgültig ansahen, und so gab es jetzt zwei Vertretungen des Centrosojus: eine legitime, die jedoch von der russischen Regierung nicht anerkannt wurde, und eine von dieser eingesetzte, die von den Mitgliedern der Genossenschaften als illegitim betrachtet wurde.

Dieser Konflikt erhielt eine erhebliche praktische Bedeutung, als im Sommer 1920 das Bedürfnis hervortrat, die durch den Krieg unterbrochenen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und dem Auslande wieder herzustellen. So unerträglich der geschaffene Zustand geworden war, und so sehr man das auf beiden Seiten anerkannte, so groß waren die Schwierigkeiten, eine Abhilfe zu schaffen. Allerdings wird nach den Grundsätzen des Völkerrechts durch einen Krieg der Warenaustausch unter den kriegführenden Ländern nicht rechtlich ausgeschlossen, sondern nur tatsächlich weitgehend gehindert. Deshalb ist die von England gegen Deutschland und dessen Verbündete verhängte Blockade stets mit Grund als ein Bruch des Völkerrechts angegriffen, zumal es als feststehender Grundsatz gilt, daß der Krieg nur gegen den Staat als solchen, also vor allem gegen dessen militärische Kräfte, aber nicht gegen dessen Einwohner geführt wird. Dasselbe gilt von der Blockade, die von England und Frankreich gegen Rußland verhängt war. Jetzt war man bereit, sie aufzuheben, aber zur Beseitigung des Notstandes war das nicht ausreichend, denn ein geregelter Handelsverkehr ist nur möglich unter Mitwirkung der beteiligten Staatsleitungen und hat deshalb eine Verständigung unter diesen zur Voraussetzung. Einer solchen Verständigung stand nun die Theorie im Wege, daß der Krieg eine völlige Lösung aller rechtlichen Beziehungen zur Folge habe, ja, daß unter kriegführenden Staaten sogar ein Austausch von Erklärungen nicht

stattfinden dürfe, daß vielmehr, wo ein solcher unentbehrlich ist, eine neutrale Regierung die Vermittlung übernehmen müsse.

Ein ähnlicher Ausweg schien sich hier zu bieten, indem man als neutrale Macht die russischen Genossenschaften benutzte, was um so näher lag, als die tatsächliche Ausführung des Planes ganz überwiegend diesen zufallen mußte. Hierbei war es ein günstiger Umstand, daß, wie schon erwähnt, im Herbst 1919 der Vorstand des Centrosojus einige seiner Mitglieder nach London und Paris geschickt hatte, um dort in diesem Sinne zu wirken. Diese Vertreter hatten in einer im September 1919 in London abgehaltenen Sitzung sich auf den Standpunkt gestellt, daß die Genossenschaften entsprechend ihrer prinzipiellen politischen Neutralität in dem Kampfe zwischen der bolschewistischen Regierung und ihren Gegnern keine Stellung zu nehmen hätten, daß es aber ihre Aufgabe sei, auf wirtschaftlichem Gebiete die Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen. Als die englische und die französische Regierung sich grundsätzlich dazu entschlossen hatten, den bezeichneten Weg zu betreten, setzten sie sich mit dieser unter der Leitung von Berkenheim stehenden Delegation in Verbindung; das Ergebnis der eingeleiteten Verhandlungen war folgende Vereinbarung:

1. Die beiden Regierungen sollen den russischen Genossenschaften gestatten, Rohstoffe, insbesondere Lebensmittel aus Rußland gegen Industrieerzeugnisse aus anderen Ländern auszutauschen.

2. Um eine solche Verständigung herbeizuführen, sollen die Vertreter sich mit ihren Zentralleitungen in Verbindung setzen.

3. Diese sollen bei der russischen Regierung anfragen, ob die Ausfuhrerlaubnis erteilt werden wird.

4. Wenn diese Antwort zustimmend ausfällt, sollen die Vertretungen die erforderlichen Lieferungsverträge abschließen und für den Transport der Waren nach dem Schwarzen Meere oder den Ostseehäfen Sorge tragen, während die Weiterbeförderung von der Leitung des Centrosojus veranlaßt werden soll.

5. Wegen der Bezahlung waren eingehende Bestimmungen getroffen.

Dieses Abkommen wurde am 14. Januar 1920 bei einer Besprechung zwischen Berkenheim und dem Obersten Kriegerate in Paris getroffen und in einer Konferenz, die am 20.—24. des-

selben Monats ebenfalls in Paris stattfand, einstimmig gebilligt. In ihr waren vertreten: der Centrosojus, die Narodnybank, der Verband Zakupsbyl, der Verband Selskosojus, der Zentralverband der russischen Absatzgenossenschaften und der Ausschuß zur Einberufung der Allrussischen Genossenschaftskongresse. Unmittelbar darauf wurde die Blockade aufgehoben.

Aber die Ausführung des Planes scheiterte zunächst daran, daß die russische Regierung sich nicht in dieser Weise ausschalten lassen wollte. Die nach Paris und London entsandten Vertreter des Centrosojus waren, wie bemerkt, von ihr niemals als solche anerkannt, vielmehr ihrer Stellung enthoben. Sie verhielt sich deshalb auch jetzt gegenüber dem von diesen getroffenen Abkommen durchaus ablehnend. Die Notlage machte sich jedoch immer zwingender und schließlich in dem Maße geltend, daß beide streitenden Parteien sich gezwungen sahen, auf Kosten ihrer prinzipiellen Auffassung Zugeständnisse zu machen. Die englische Regierung erklärte sich bereit, mit der russischen in Verhandlungen zu treten, und nachdem die letztere eine Vertretung unter Führung von Krassin nach London geschickt hatte, wurde im April 1920 eine Vereinbarung dahin getroffen, daß ungeachtet des Kriegszustandes die Handelsbeziehungen zwischen beiden Ländern wieder aufgenommen werden sollten.

Eine schwierige Stellung erhielt hierdurch die von Berkenheim geleitete Delegation. Als Krassin am 4. April 1921 sie aufforderte, ihre Tätigkeit aufzugeben und das in ihren Händen befindliche Vermögen ihm abzuliefern, antwortete sie, daß sie es ablehnen müsse, die auf rechtswidrigem Wege eingesetzte Leitung der Genossenschaften anzuerkennen, daß sie vielmehr den von dem früheren legalen Vorstände ihr erteilten Auftrag als fortbestehend ansehe und sich weigern müsse, ihr Amt niederzulegen.

Durch diese Entwicklung ist in Rußland heute der eigenartige Zustand geschaffen, daß nicht allein die Genossenschaften eine doppelte Organisation besitzen, sondern daß die ausländischen Regierungen, obgleich sie zweifellos aus juristischen und politischen Gründen auf der Seite der legitimen Vertretung stehen, trotzdem die illegitime als diejenige anerkennen, mit der allein sie in Verhandlungen treten und Vereinbarungen treffen können. In neuester Zeit gewinnt die Aussicht an Wahrscheinlichkeit, daß es gelingen wird, diese Verwirrung in einer beide Teile befriedigen-

den Weise zu beseitigen. Die mehrfach von der Sowjetregierung abgegebenen Erklärungen scheinen kaum mehr einen Zweifel darüber zu gestatten, daß sie sich von der Unmöglichkeit überzeugt hat, ihre theoretischen Anschauungen zu verwirklichen und daß sie deshalb zu dem Entschlusse gekommen ist, die von ihr bekämpfte kapitalistische Form des Wirtschaftslebens wieder herzustellen. Hinsichtlich der Genossenschaften sind bereits die ersten Schritte getan, ihnen die frühere Selbständigkeit zurückzugeben. Ein Erlaß vom 7. April 1921 bestimmt, daß die örtlichen Vereine Vertreter zu wählen haben, die zu einem Bezirksverbände zusammentreten. In derselben Weise werden dann Provinzialverbände gebildet. Jeder von ihnen hat drei Vertreter zu einer Konferenz zu entsenden, die je auf ein Jahr die Leitung des Centrosojus wählt. Allerdings hat die Regierung sich das Recht vorbehalten, auch ihrerseits ein Mitglied des Vorstandes zu ernennen, aber sie hat bei der im Juli 1921 abgehaltenen ersten Konferenz hiervon keinen Gebrauch gemacht und erklärt, sie beabsichtige dies überhaupt nicht zu tun. Der in dieser Weise gewählte Vorstand, dessen Vorsitzender Kintschuk ist, hat sich bereits an den Vorstand des internationalen Genossenschaftsbundes gewandt mit dem Vorschlage, eine Kommission nach Moskau zu entsenden, um normale Beziehungen wieder herzustellen. In der Sitzung des leitenden Ausschusses in Brüssel vom 28. bis 30. Januar 1922 ist dieser Vorschlag angenommen, und so ist ein Ausgleich mit einiger Wahrscheinlichkeit zu erwarten. —

Was die Statistik der russischen Genossenschaftsbewegung betrifft, so sind die Ziffern, aus denen die Entwicklung innerhalb der einzelnen Gebiete ersichtlich ist, bereits mitgeteilt. Ergibt sich schon aus ihnen, daß in Rußland die Genossenschaftsbewegung außerordentlich stark ausgebildet ist, so wird das bestätigt durch einige Angaben, die sich auf das ganze Reich beziehen.

Die Entwicklung der beiden Hauptgruppen bis 1910 zeigt die folgende Tabelle:

Jahr	Konsum- vereine	Kredit- genossen- schaften	Jahr	Konsum- vereine	Kredit- genossen- schaften
1865	2	—	1890	260	1276
1870	73	11	1895	482	1330
1875	92	514	1900	897	1500
1880	117	995	1905	1804	1620
1885	175	1189	1910	6799	6679

Am 1. Januar 1915 gab es insgesamt:

	Genossen- schaften	Mitglieder
Konsumvereine	10 000	1 400 000
Kreditgenossenschaften	12 789	8 100 000
Landw. Bezugs- und Verwertungsgenossenschaften	5 761	500 000
Molkereigenossenschaften	2 000	200 000
Verschiedene ländliche Genossenschaften	500	—
	31 050	10 200 000

Von den Konsumvereinen entfielen 85% auf das Land und 15% auf die Städte.

P. Serbien.

Serbien, wie es vor 1914 bestand, war ein fast rein landwirtschaftliches Land, in dem nicht allein die gewerbliche Tätigkeit, sondern auch der Verkehr außerordentlich schwach entwickelt war. Bis 1878 gab es überhaupt keine Eisenbahnen; 1905 hatten sie eine Länge von nur 562 km. Dieser Rückständigkeit entsprachen die sozialen Verhältnisse. Die herrschende Einrichtung ist noch immer der uralte Familien-Kommunismus. Allerdings ist der frühere Zustand, daß jedes Dorf eine Großfamilie mit gemeinsamem Grundbesitz und Erbrecht bildete, heute bis auf wenige Reste verschwunden, aber er ist durch einen anderen ersetzt, der sich von ihm nur insofern unterscheidet, als an die Stelle des weiteren Familienverbandes der engere getreten ist. Er umfaßt alle Personen, die durch denselben noch lebenden Stammvater verbunden sind. Diese Gemeinschaft, die Zadruga, hat nicht allein den Grundbesitz gemeinsam, sondern auch das übrige Vermögen. Die Bevölkerung wohnte 1905 zu 85% auf dem Lande, aber auch von den restlichen 15% betrieb ein Viertel Ackerbau; nur etwa 8% der Gesamtbevölkerung entfielen auf Gewerbe und Handel.

Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß auch die Genossenschaftsbewegung sich ganz überwiegend auf die landwirtschaftlichen Kreise beschränkt. In diesen jedoch ist sie stark entwickelt, insbesondere infolge der Tätigkeit von Avranowitsch, der seit 1890 sie zu seiner Lebensaufgabe gemacht hat. Er wurde dazu getrieben durch die Ausbeutung der Bauern

seitens der Wucherer. Deshalb stehen weitaus im Vordergrund die Kreditgenossenschaften, die auch von unbeteiligten Kreisen, insbesondere gemeinnützigen Vereinigungen, und vom Staate durch Geldmittel unterstützt werden. Aber in der Regel beschränken sie sich nicht auf die Vermittelung des Geldverkehrs, sondern übernehmen auch die Beschaffung von Bedarfsgegenständen aller Art, so daß sie zugleich die Aufgabe der Konsumvereine erfüllen. Einige besorgen sogar daneben noch den Absatz der Erzeugnisse. Der erste eigentliche Konsumverein wurde 1903 ins Leben gerufen. Ende 1916 bestanden insgesamt 129 derartige Vereinigungen mit 2480 Mitgliedern und einem Umsatz von 1360000 Franken. Daneben gab es noch 12 Molkereigenossenschaften mit 318 Mitgliedern.

Alle Genossenschaften waren zu dem am 16. Dezember 1899 gegründeten Verbands der serbischen Genossenschaften zusammengeschlossen, der in Belgrad seinen Sitz hat. Mit ihm war eine Zentralkasse verbunden, die zugleich als Großeinkaufsgesellschaft tätig war.

Der Krieg vernichtete alle diese Schöpfungen, aber sofort nach dessen Beendigung ging Avranowitsch daran, sie wieder ins Leben zu rufen. Etwa 700 Genossenschaften, ebenso wie die Verbandsleitung haben ihre Tätigkeit wieder begonnen. Insbesondere war sie bemüht, den Mitgliedern die ihnen durch den Krieg geraubten Pferde, Kühe, Wagen, sowie Saatkorn wieder zu verschaffen, und zwar mit dem Erfolge, daß bereits 1920 die Ausfuhr von neuem aufgenommen werden konnte.

Der Friedensvertrag brachte eine völlige Veränderung der Staatsgrenzen. Aus Serbien, Montenegro und großen Teilen der früheren habsburgischen Monarchie, insbesondere Südungarn, Bosnien, Kroatien, Slowenien und Dalmatien wurde das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ gebildet, das in der Regel kurz als „Jugo-Slawien“ (Jugo = Süd) bezeichnet wird. In den angegliederten Gebieten gab es zahlreiche Genossenschaften, die in 10 verschiedenen Verbänden mit den Sitzen in Serajewo (Bosnien), Ljubljana (Slawonien), Zagreb (Kroatien), Splits (Dalmatien) vereinigt waren. Es lag nahe, jetzt alle diese Organisationen zusammenzufassen, und in der Tat wurde auf einer von Avranowitsch einberufenen Konferenz, die Anfang April 1919 in Belgrad tagte, dieser Plan

allseitig gebilligt. Nach den erforderlichen Vorarbeiten wurde dann auf einem am 17. Juni 1919 ebenfalls in Belgrad abgehaltenen Genossenschaftskongresse der Allgemeine Genossenschaftsverband des Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen ins Leben gerufen. Als dessen Aufgabe wurde bezeichnet: 1. Schaffung einer Zentralgenossenschaftsbank; 2. Einrichtung von Niederlagen in den verschiedenen Gegenden, um die landwirtschaftlichen Erzeugnisse gegen Industriewaren einzutauschen; 3. Organisation des Bildungswesens; 4. Leitung der Rückwanderung aus dem Auslande. Zugleich wurde der Betrieb der Großeinkaufsgesellschaft in Belgrad auf das ganze Königreich ausgedehnt. Die Gründung einer Zentralgenossenschaftsbank wurde beschlossen.

Dem Verbande waren Ende 1919 3800 Genossenschaften mit 45000 Mitgliedern beigetreten.

Q. Bulgarien.

Das Königreich Bulgarien wurde 1878 geschaffen, besteht also erst seit etwa 40 Jahren. In dieser Zeit hat es einen außergewöhnlichen wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Während der Türkenherrschaft war das Land lediglich Gegenstand der Ausbeutung durch die Regierung gewesen. Die unerträglich hohen Steuern flossen in die Taschen der Beamten. Handel und Verkehr konnten sich um so weniger entwickeln, als es fast völlig an gebahnten Wegen fehlte und Räuberbanden das Land durchzogen. Die Bauern lebten von der Hand in den Mund, und von Gewerbebetrieben bestanden in den Städten kaum die ersten Anfänge. Die Bildung stand auf der tiefsten Stufe, da es Schulen nur in wenigen Städten gab. Seit der Befreiung ist auf allen diesen Gebieten sehr viel gebessert. Schon 1879 wurde die allgemeine Schulpflicht bis zum 12. Lebensjahre eingeführt. Ein Gesetz vom 14. Dezember 1894, das 1897 und 1902 ergänzt wurde, verbesserte das Kreditwesen. Das Gewerbegesetz von 1897 schuf für das Handwerk eine Organisation, die der österreichischen nachgebildet ist und gewährte den Fabrikunternehmungen erhebliche staatliche Vergünstigungen. Immerhin blieb noch vieles zu tun übrig. Im Jahre 1905 waren nur 34,76% der Bevölkerung des Lesens und Schreibens kundig. Die gewerbliche Tätigkeit tritt noch immer stark zurück gegenüber der

landwirtschaftlichen, der 72% der Einwohner angehören, und auch diese befindet sich erst in den Anfangsstadien einer modernen Entwicklung.

Diese Verhältnisse finden naturgemäß auch in der Genossenschaftsbewegung ihren Ausdruck. Im Vordergrund steht durchaus die Landwirtschaft. In ihr herrscht das aus Deutschland und Österreich übernommene System der Raiffeisenvereine, in dem die Spar- und Darlehntätigkeit mit der Beschaffung landwirtschaftlicher Bedarfsgegenstände und dem Absatz der Erzeugnisse verbunden ist. Im Jahre 1910 waren von den insgesamt vorhandenen 931 Genossenschaften nicht weniger als 721 Raiffeisenkassen. Neben ihnen bestanden noch 13 Molkerei-G., 5 Zucht-G., 8 Gärtnerei-G., 2 Dreschmaschinen-G. und 55 sonstige landwirtschaftliche Organisationen. Außerdem gab es 12 Kredit-G. nach dem System Schulze-Delitzsch, 12 städtische Produktivgenossenschaften und 17 sonstige G. Da, wie bemerkt, auch die Raiffeisenvereine ganz überwiegend als Kreditgenossenschaften anzusehen sind, so betrug mithin deren Anzahl 733; sie bildeten also die weitaus stärkste Gruppe. Neben ihnen standen 76 Konsumvereine und 122 Handwerker-G.; Ende 1920 gab es nach den vorliegenden Berichten insgesamt 2568 Genossenschaften.

Die Kreditgenossenschaften sind auch die einzigen, die zu einer Gesamtorganisation zusammengeschlossen sind. Die Regierung hat dies dadurch begünstigt, daß auf ihre Anregung 1903 die bulgarische landwirtschaftliche Bank (*Banque agricole de Bulgarie*) als ein Volkskreditinstitut unter staatlicher Leitung gegründet wurde, an dem sich sowohl die seit längerer Zeit bestehenden alten Landkassen (*Caisses rurales*) wie die Raiffeisenorganisationen und die Schulze-Delitzschschen Kreditvereine oder Volksbanken beteiligten. War diese Einrichtung auf die Landwirtschaft beschränkt, so wurde sie 1911 ergänzt durch die Schaffung der Bulgarischen Zentralgenossenschaftsbank. Sie erfolgte in der Weise, daß die Nationalbank und die Landwirtschaftsbank je $2\frac{1}{2}$ Millionen Franken als Stammkapital hergaben, während die ihr angeschlossenen Genossenschaften sich nach dem Maße ihrer Leistungsfähigkeit mit Einlagen beteiligten. Zunächst betrugen diese nur 81600 Franken, doch wurde auf eine wesentliche Erhöhung gerechnet.

Ende 1920 waren der Bank 993 Kreditgenossenschaften angeschlossen, von denen 709 Zentralverbänden angehörten. Von den 993 Genossenschaften waren 800 auf dem Raiffeisensystem und 62 auf dem System Schulze-Delitzsch aufgebaut. Außerdem umfaßte die Bank 40 Produktions- und 27 sonstige Genossenschaften. Das Kapital der Bank betrug 12230000 Leva.

R. Rumänien.

Obleich in Rumänien schon länger als in Bulgarien die türkische Herrschaft beseitigt ist, haben die sozialen Verhältnisse beider Länder untereinander die größte Ähnlichkeit. Auch in Rumänien besteht ein starkes Übergewicht der Landwirtschaft. Nach der Zählung von 1901 waren bei einer Einwohnerzahl von 6684265 nur 162630 Personen gewerblich tätig; 1908 lebten 83% der Bevölkerung auf dem Lande und nur 17% in den Städten. Aber die Lage der Bauern ist noch wesentlich ungünstiger als in Bulgarien. Allerdings wurde durch Gesetz vom 26. August 1864 die Leibeigenschaft aufgehoben und den Bauern das bis dahin von ihnen bearbeitete Land zum freien Eigentum überwiesen. Aber nicht allein waren diese Flächen zu klein, als daß sie eine Familie hätten ernähren können, so daß die Bauern gezwungen waren, daneben noch als Tagelöhner auf den Gütern ihrer früheren Herren gegen geringen Lohn zu arbeiten, sondern vielfach mußten sie das Land wieder an diese verkaufen. Das führte zu einer um so größeren Erbitterung, als die Latifundienbesitzer (Bojaren) das Land nicht selbst bewirtschaften, sondern Voll- oder Teilpächtern übergeben und ihrerseits in Wien und Paris ihr Geld verzehren. Die Folge dieser Verhältnisse waren zahlreiche Bauernaufstände, die nur mit Waffengewalt niedergeschlagen werden konnten.

Dazu kommt der Tiefstand der Bildung. Obgleich die allgemeine Schulpflicht eingeführt ist, gab es 1906 nur 4051 Elementarschulen; die Zahl der Analphabeten betrug 83%.

Aus dieser Sachlage erklärt es sich, daß in Rumänien sich eine Einrichtung ausgebildet hat, die wir sonst nur in Italien finden, nämlich die Pachtgenossenschaften. Die Bauern schließen sich zu Vereinigungen zusammen, die ein großes Gut von dessen Besitzer pachten und gemeinsam bewirtschaften. Ein besonderes Gesetz vom 14. April 1910 ist erlassen, um diesen

Verträgen die erforderliche rechtliche Grundlage zu bieten. Aber im allgemeinen ist es bisher nur bei den Ländereien des Staates und anderer öffentlich-rechtlicher Verbände gelungen, dieses System zur Geltung zu bringen, während die Großgrundbesitzer es ablehnen. Auch sonst ist die Regierung in der neueren Zeit bestrebt, die sozialen Zustände zu verbessern. So ist eine Zentralgenossenschaftskasse eingerichtet, um den Genossenschaften billigen Kredit zu verschaffen; jedoch haben sich bisher, ähnlich wie in Deutschland, nur die Raiffeisen-Organisationen ihrer Hilfe bedient, während die nach dem System von Schultze-Delitzsch gebildeten Genossenschaften grundsätzlich mit ihr nicht in Verbindung treten wollen. Unabhängig von ihr sind seit 1901 in großem Umfange Kreditvereine und Volksbanken ins Leben gerufen. Aber obgleich sie in den meisten Dörfern bestehen, und eine starke Mitgliederzahl besitzen, ist ihre Bedeutung doch verhältnismäßig gering. Das erklärt sich daraus, daß sie fast nur mit eigenem Kapital arbeiten und dieses durchaus unwirtschaftlich verwenden, so daß sehr hohe Geschäftskosten entstehen. Insbesondere verleihen sie das Geld auf lange Fristen, während sie Einlagen mit täglicher Rückzahlungspflicht annehmen. Um das System durchführen zu können, belegen sie ihre Überschüsse bei den staatlichen Sparkassen oder den Banken gegen 3%, während sie ihrerseits 12—14% fordern. Die Volksbanken haben sich zu einer Zentralorganisation Girlobul zusammengeschlossen, die neben der Kreditgewährung auch allgemeine humanitäre Zwecke verfolgt und insbesondere bestrebt ist, die Bildung der Bauern zu heben. Im August 1921 ist auch eine Großeinkaufsgesellschaft mit dem Sitze in Bukarest gegründet, der Genossenschaften mit insgesamt 93000 Mitgliedern angeschlossen sind. —

Statistische Ziffern über das rumänische Genossenschaftswesen stehen nur bis 1913 zur Verfügung. Es überwiegen weitaus die Volksbanken, die sich in folgender Weise entwickelt haben.

Jahr	Volksbanken	Mitglieder	Jahr	Volksbanken	Mitglieder
1901	256	20 604	1907	2223	295 375
1902	700	59 618	1909	2513	402 938
1903	1625	121 788	1911	2755	510 118
1905	1849	198 411	1913	2930	595 096

Daneben gab es 378 landwirtschaftliche Pacht-G., 210 Konsumvereine, 669 Absatz-G., 119 Waldverwertungs-G., 7 Meierei-G. und 18 Bäckerei-G. Am 31. Dezember 1920 bestanden 383 Konsumvereine, von denen 311 berichtet hatten. Sie umfaßten 96515 Mitglieder. Ihr Kapital betrug 14273429, ihr Umsatz 111 Millionen Lei.

Durch den siegreichen Krieg hat sich das Gebiet des Königreichs erheblich erweitert, insbesondere ist das früher unter ungarischer Herrschaft stehende Siebenbürgen ihm angegliedert. Dort bestanden Ende 1920 276 Raiffeisen-G. mit 24018 Mitgliedern. Unter ihnen waren 183 Spar- und Darlehnsvereine mit 17232 Mitgliedern ¹⁾.

S. Griechenland ²⁾).

Von allen Balkanländern ist Griechenland dasjenige, das zuerst von der Türkenherrschaft befreit wurde; aber obgleich seit dieser Zeit verhältnismäßig geordnete staatliche Zustände bestehen, ist doch die industrielle Entwicklung noch wenig fortgeschritten, und die Landwirtschaft nimmt durchaus den ersten Platz ein. Dementsprechend trägt auch das Genossenschaftswesen vorwiegend diesen Charakter. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften haben sich 1900 zu einem Verbands zusammengeschlossen, der 1908 reorganisiert wurde. Man ist im allgemeinen dem Vorbilde der deutschen Raiffeisenorganisationen gefolgt; den Ausgangspunkt bilden also Spar- und Darlehnskassen, die aber gleichzeitig andere Aufgaben, insbesondere die Beschaffung der Bedarfsgegenstände und den Absatz der Erzeugnisse übernehmen. Erst später hat man diese beiden Arten der Tätigkeit voneinander getrennt, indem man neben den Kredit-G. selbständige Einkaufs- und Absatz-G. gründete. Auch den unteilbaren Stiftungsfonds hat man übernommen, indem vorgeschrieben ist, daß ein gewisser Vermögens-

¹⁾ Daß die früher ungarischen Genossenschaften sich zu einem besonderen Verbands zusammengeschlossen haben, ist oben (S. 198) erwähnt.

²⁾ Die beste Quelle über das griechische Genossenschaftswesen, von dem sonst wenig bekannt ist, bildet die Schrift von Kautschankos: Die genossenschaftliche Bewegung in Griechenland, Berlin 1916, Balkan-Verlag.

bestand angesammelt werden muß, der im Falle der Auflösung einer Genossenschaft dem Verbande übergeben werden muß, der ihn einer in derselben Gemeinde sich bildenden neuen Genossenschaft zur Verfügung zu stellen oder zu gemeinnützigen Zwecken zu verwenden hat. Daneben hat auch das in Rumänien ausgebildete System der Pachtgenossenschaften Nachahmung gefunden. Am 31. Dezember 1914 ist ein Genossenschaftsgesetz erlassen, das im wesentlichen dem deutschen nachgebildet ist. Die meisten Genossenschaften haben das System der beschränkten Haftpflicht gewählt. Die Regierung begünstigt die Ausbreitung des Genossenschaftswesens durch Veranstaltung von Unterrichtskursen und Besoldung von Wanderlehrern. In einigen Städten sind auch gewerbliche Genossenschaften ins Leben gerufen, insbesondere von den Tischlern, Schneidern und Schuhmachern, und zwar sowohl zur Beschaffung der Rohstoffe wie zum Verkauf der Erzeugnisse in Magazinen. Dagegen sind bisher die Konsumvereine noch wenig entwickelt.

Nach der amtlichen Statistik bestanden 1915 61 Kredit-G., 820 landwirtschaftliche G. und 6 gewerbliche G. Unter den landwirtschaftlichen stehen an erster Stelle die Korinthen-Export-G. Andere Ausfuhrartikel sind Wein und Baumöl sowie Feld- und Gartenfrüchte. Für 1919 wird von privater Seite die Zahl aller Genossenschaften auf 917 mit 45070 Mitgliedern angegeben. Von ihnen befanden sich 97 in den Städten, insbesondere in Athen, Piraeus und Saloniki. Die Mehrzahl von ihnen, nämlich 60, waren Konsumvereine.

T. Amerika.

In Amerika, insbesondere in den Vereinigten Staaten, steht das Genossenschaftswesen noch auf einer sehr niedrigen Stufe der Entwicklung. Das muß auf den ersten Blick überraschen, denn Amerika ist das Land des Kapitalismus, und man dürfte deshalb erwarten, daß auch dessen Gegensatz, das genossenschaftliche System, um so zahlreichere Anhänger gefunden hätte. Die Erklärung wird darin zu sehen sein, daß die Auffassung, die in dem Grundsatz: to make money, das oberste Lebensprinzip sieht, die gesamte Bevölkerung beherrscht ¹⁾. Jeder will reich

¹⁾ In einem Vortrage, den Prof. Warbasse, der Präsident des amerikanischen Genossenschaftsbundes, am 27. Juli 1921 in Hamburg hielt,

werden. Dazu ist die Genossenschaft nicht das richtige Mittel, denn sie schafft nur ein gewisses Mittelmaß des Wohlstandes. Ja, derjenige, der die höchste Aufgabe darin sieht, Geld anzuhäufen, wird es als eine Art Unrecht empfinden, anderen, die das gleiche Ziel verfolgen, hindernd in den Weg zu treten, indem er sich an einem Vereine beteiligt, der dieses System bekämpft.

Dazu kommt noch ein zweites Moment, nämlich die individualistische Tendenz, die das Amerikanertum kennzeichnet. Sie steht mit der kapitalistischen in engem Zusammenhange; denn wer darauf ausgeht, Reichtum zu erwerben, will das nicht für sein Volk, oder auch nur für seine Klasse, sondern nur für sich selbst, und hat nicht den Wunsch, es mit anderen zu teilen, wie die genossenschaftliche Tätigkeit es mit sich bringt. Diese Tendenz führt dahin, daß der Gedanke der Selbsthilfe, der freilich an sich durchaus der Genossenschaftsbewegung zugrunde liegt, hier eine extreme Zuspitzung erfährt und den zweiten, sie ebenfalls beherrschenden Gedanken, nämlich die Gemeinsamkeit, d. h. die Zusammenfassung der Einzelkräfte, völlig zurücktreten läßt. Das macht sich sogar in der Weise geltend, daß, soweit Genossenschaften bestehen, sie es ablehnen, größere Verbände zu bilden, weil dadurch die Selbständigkeit notwendig bis zu einem gewissen Grade beeinträchtigt wird.

Diese inneren Hemmungen werden in ihren Wirkungen verstärkt durch äußere, nämlich die Verschiedenheit der Nationalitäten und die Ungleichheit der Gesetzgebung in den einzelnen Staaten, die eine Zusammenfassung über das ganze Gebiet der Union außerordentlich erschwert. Erst in neuester Zeit ist der Erlaß eines Bundesgesetzes für solche Genossenschaften angeregt, die das Gebiet eines Staates überschreiten.

Daß die hier angedeutete Eigenart des amerikanischen

und der in der Konsumgenossenschaftlichen Rundschau vom 6. August 1921 abgedruckt ist, erklärt er u. a.: „Profitmachende Geschäfte und profitmachende Psychologie beherrschen nicht nur unser Geschäftsleben, sondern durchdringen sogar überall unsere soziale Ordnung. Unsere Politik wird von kapitalistischem Geiste kontrolliert. Die ganze amerikanische Denkweise ist gegen die Genossenschaft. Die Gesetzgebung und die Regierung des Landes sind nicht dafür geschaffen.“

Da auch in Kanada und Australien die Genossenschaftsbewegung noch in den ersten Anfängen steckt, könnte man auf die Erklärung verfallen, daß die angelsächsische Eigenart für sie nicht günstig sei, wenn sie nicht im Mutterlande eine so große Verbreitung erlangt hätte.

Charakters den Hauptgrund für die Rückständigkeit der Genossenschaftsbewegung bildet, wird erheblich durch die Tatsache unterstützt, daß, soweit sie zu einer gewissen Entwicklung gelangt ist, ihre Träger nicht die eigentlichen Amerikaner sind, sondern die eingewanderten Angehörigen anderer Länder. In der vordersten Reihe stehen hier die Finnen, aber auch die Deutschen, Franzosen und Italiener, ja, selbst die Japaner haben sich in erheblichem Umfange zu Genossenschaften zusammengeschlossen.

Die erste Anregung zur Bildung von Konsumvereinen wurde gegeben durch das Beispiel der Pioniere von Rochdale, und in der Tat wurde Ende der 1840er und Anfang der 1850er Jahre, insbesondere in den Neu-England-Staaten und Californien, eine große Zahl derartiger Organisationen geschaffen. Aber nicht allein verließ man bald diesen Boden und verkaufte auf Kredit, sondern auch die leitenden Personen waren zum Teil unzuverlässig und ließen sich Veruntreuungen zuschulden kommen; jedenfalls endeten alle diese Unternehmungen mit Mißerfolgen. Nicht günstiger war der Verlauf in anderen Gebieten, und die letzten Reste wurden durch den Bürgerkrieg zerstört. So konnte bis etwa 1913 von einer Genossenschaftsbewegung in Amerika kaum die Rede sein¹⁾. In diesem Jahre schlossen sich die bis dahin unbedeutenden Genossenschaften in Californien zu der Pacific League zusammen, die einen Verband von Konsumvereinen bildet und nur solche Organisationen aufnimmt, die das Rochdalesystem streng beobachten. Im Jahre 1914 taten die Zentralstaaten denselben Schritt durch Gründung der Central States cooperative society, und 1915 folgten die Oststaaten, indem sie die Amerikanische Genossenschaftsliga (Co-operative League of America) ins Leben riefen, die, wie ihr Name sagt, von Anfang an die Ausdehnung auf die ganze Union beabsichtigte.

Es ist kaum anzunehmen, daß diese Versuche einen größeren

¹⁾ Dalton Clarke, der Vorsitzende der amerikanischen Großeinkaufsgesellschaft, sagt in dem Internationalen Genossenschaftsbulletin, Jahrgang XIII, Heft 6: „In den letzten 75 Jahren sind die Vereinigten Staaten von Amerika ein Friedhof für Genossenschaften gewesen. Wenn ich die amerikanische Genossenschaftsbewegung in diesem Jahre überblicke, so habe ich den Eindruck, daß der Sterblichkeitsgrad gegenwärtig noch derselbe ist.“

Erfolg gehabt hätten, wenn nicht der Eintritt Amerikas in den Weltkrieg ihnen zu Hilfe gekommen wäre. Er trieb die Preise in dem Maße in die Höhe, daß, um dem Wucher entgegenzutreten, die Konsumenten gezwungen waren, zu dem Mittel des Selbstschutzes zu greifen. Die Präsidenten Taft und Wilson erließen öffentliche Aufforderungen zur Gründung von Konsumvereinen, und in der Tat schossen diese jetzt wie Pilze aus der Erde, ja es entwickelte sich ein Gründungsfieber, das nur durch diese außergewöhnlichen Umstände verständlich wird.

Jetzt fand auch der Zentralisationsgedanke lebhaften Beifall, und die im September 1917 in Staunton (Illinois) abgehaltene III. Jahresversammlung der Central States Co-operative Society beschloß, die amerikanische Genossenschaftsliga zur Einberufung eines Kongresses aller Genossenschaften der Union, Kanadas und Mexikos aufzufordern. Die Einladung sollte an die Organisationen sowohl der Konsumenten wie der Produzenten ergehen, aber nur die ersteren sollten stimmberechtigt sein.

Der Kongreß hat am 25.—27. September 1918 in Springfield stattgefunden. Auf ihm waren 385 Konsumvereine durch 185 Delegierte vertreten. Auch zahlreiche Farmervereine hatten sich beteiligt, und gerade die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Produzenten und Konsumenten bildete den Hauptgegenstand der Verhandlungen. Das Ergebnis der Beratungen war die Gründung einer amerikanischen Groß-einkaufsgesellschaft mit dem Sitze in Chicago, indem die bisher bestehenden sechs derartigen einzelstaatlichen Organisationen sich zu einem Gesamtunternehmen zusammenschlossen.

Der zweite Schritt, nämlich die Schaffung eines einheitlichen Zentralverbandes der Genossenschaften, erfolgte dann auf dem II. amerikanischen Genossenschaftskongreß, der am 11.—14. November 1920 in Cincinnati (Ohio) tagte unter Beteiligung von 62 Delegierten aus 19 Staaten als Vertretern von 279 Genossenschaften mit insgesamt 84000 Mitgliedern. Daneben waren, abgesehen von zahlreichen Vertretern gemeinnütziger und religiöser Vereinigungen, auch 44 Delegierte der Gewerkschaften erschienen. Der gefaßte Beschluß ging dahin, daß die bereits bestehende Amerikanische Genossenschaftsliga als Zentralverband anerkannt wurde. Beitrittsberechtigt sind jedoch

nur Konsumvereine; mit den Organisationen der Produzenten, insbesondere der Farmer, soll ein loses Bündnis hergestellt werden. Es wurden ein Zentralvorstand und ein geschäftsführender Ausschuß gewählt. Der Sitz der Liga ist Neuyork. Die Liga ist formell von der Großeinkaufsgesellschaft unabhängig, doch bestehen die leitenden Organe beider Gesellschaften überwiegend aus denselben Personen. Zu einem Streite führten die Auseinandersetzungen mit der Pacific League, der man zum Vorwurf machte, daß ihre Geschäftsführung auf einer ungesunden finanziellen Grundlage beruhe. Nach erregten Verhandlungen wurde sie nebst der von ihr eingerichteten Großeinkaufsgesellschaft von der neuen Organisation ausgeschlossen.

Das Verhältnis zwischen Genossenschaften und Gewerkschaften hat sich befriedigend gestaltet. Gompers, der Präsident der American Labor Federation, der bis auf wenige Ausnahmen alle Gewerkschaften angehören, hatte schon im November 1916 den Plan ins Auge gefaßt, die Reorganisation der Genossenschaftsbewegung durch Eingreifen des Verbandes herbeizuführen. Er wies darauf hin, daß die Arbeiter von den errungenen Lohnerhöhungen nur so lange Vorteil hätten, wie die Preise der Waren sich in angemessenen Grenzen hielten, und daß sie deshalb lebhaft daran interessiert seien, dieses Ziel mit Hilfe der Konsumvereine zu erreichen. Der von ihm eingesetzte Ausschuß stellte sich auf denselben Standpunkt und empfahl den Gewerkschaften, nicht selbst Konsumvereine zu gründen, aber ihren Mitgliedern die Beteiligung an diesen ans Herz zu legen. Dieser Anregung ist in weitem Umfange Folge gegeben.

Das amerikanische Genossenschaftswesen hat zweifellos in den letzten Jahren einen erheblichen Aufschwung genommen, aber es ist noch nicht zu übersehen, ob er von Dauer sein wird. Maßgebende Personen äußern sich darüber sehr skeptisch und weisen insbesondere darauf hin, daß viele Organisationen sich als Genossenschaften bezeichnen, die durchaus nicht als solche anerkannt werden können¹⁾. Die Gefahr scheint sehr nahe zu

¹⁾ In dem Internationalen Genossenschaftsbulletin, Jahrgang 1921, Heft I, schreibt der bereits erwähnte Prof. Warbasse: „Es gibt vielleicht in der ganzen Welt kein Land, in dem man so häufig Scheingenossenschaften und betrügerische Gründungen antrifft, wie in den Vereinigten Staaten. Viele dieser Gründungen haben sogar Zentralbureaus und Groß-

liegen, daß die augenblickliche Begeisterung sich bald verlieren und daß dann auf die Hochflut wieder eine ebenso tiefe Ebbe folgen wird.

Auch über die jetzige Ausdehnung der Bewegung findet man nur unbestimmte Schätzungen. Nach ihnen sollen etwa 3000 Konsumvereine mit 500000 Mitgliedern bestehen. Neben ihnen gibt es insbesondere in Texas, Kansas und Nebraska zahlreiche landwirtschaftliche Genossenschaften, deren Zahl angeblich etwa 12000 mit einem Umsatze von 1 Million Dollar beträgt. Unter ihnen befinden sich 4270 Molkerei-G., 4000 Dreschmaschinen-G. und Wareneinkaufsstellen, 2100 Fruchtverwertungs-G., 530 Baumwollanbau-G., 250 Absatz-G. und 125 Tabak-G.

U. Japan.

Japan hat in dem letzten Menschenalter eine Entwicklung durchgemacht, die in der Geschichte ohne Beispiel dasteht. Aus sehr primitiven ist es rasch zu verhältnismäßig fortgeschrittenen Zuständen übergegangen. Immerhin treten nicht allein die Züge der Vergangenheit auch noch heute stark zutage, sondern es haben vielfach auch Rückschläge stattgefunden, deren Grund darin zu sehen ist, daß die Bevölkerung dem ungesunden Vorwärtstürmen seiner Führer nicht zu folgen vermag. So sind die sozialistische und die gewerkschaftliche Bewegung, die um die Jahrhundertwende einen starken Aufschwung genommen hatten, jetzt fast völlig wieder verschwunden.

Günstiger steht es mit den Genossenschaften, die insbesondere in der Landwirtschaft in großer Zahl bestehen, während die Bewegung auf gewerblichem Gebiete sich noch in ihren Anfängen befindet. Das erklärt sich daraus, daß überhaupt die landwirtschaftliche Tätigkeit stark überwiegt, während die Industrie ungeachtet aller Bemühungen der Regierung noch wenig entwickelt ist.

Die ersten Genossenschaften wurden 1892 gegründet. Nachdem 1900 ein Genossenschaftsgesetz erlassen war, hat ein

einkaufsgesellschaften.“ Er schildert dann eingehend das hierbei beobachtete betrügerische Verfahren. In der Tat gewinnt der deutsche Leser bei diesen Ausführungen den Eindruck, daß die in Deutschland weit verbreitete Neigung, alles Amerikanische zunächst als Schwindel und Humbug anzusehen, recht weitgehend berechtigt ist.

erheblicher Aufschwung stattgefunden. Nach der amtlichen Statistik gab es 1919 insgesamt 13000 G. mit 1593000 Mitgliedern. Von ihnen waren 82,9% Bauern, 3,9% Arbeiter, 6,7% Kleinhändler und 6,5% Angehörige anderer Berufe. Im Vordergrund stehen die Kredit-G., dann folgen die Einkaufs-G., unter denen solche für Düngemittel überwiegen. Dagegen sind die Konsumvereine einstweilen noch zurückgeblieben. Übrigens sind diese Gruppen nicht scharf voneinander getrennt, vielmehr betreiben viele neben der Kreditgewährung und der Sparkassentätigkeit auch den Einkauf und Absatz von Waren. Aus der hierdurch bedingten Doppelzählung erklärt sich, daß für das Jahr 1917 10490 Kredit-G., 7854 Einkaufs-G., 5547 Absatz-G. und 1845 gewerbliche G. angegeben werden, während die Gesamtzahl nur 12025 betrug.

Dritter Abschnitt.

Die internationale Organisation.

A. Internationaler Genossenschaftsbund ¹⁾).

Schon Owen hatte eine internationale Ausgestaltung seiner Genossenschaften ins Auge gefaßt, aber bei deren utopischer Grundlage konnten derartige Pläne keinen Erfolg haben. Seit 1886 trat der Franzose de Boyve, der Begründer der genossenschaftlichen Schule in Nîmes, dafür ein, eine Verbindung der französischen Genossenschaften mit denen anderer Länder herzustellen. Er fand dabei die Zustimmung der englischen Christlichen Sozialisten, von denen wir oben gesehen haben, daß sie eifrige Förderer des Genossenschaftswesens waren. Aber sie stellten in den Mittelpunkt die Produktiv-G. und vertraten energisch den Standpunkt der Gewinnbeteiligung der Arbeiter. Da die englische und die schottische Wholesale Co-operative of Society ebenso wie die unter deren Einflusse stehende Co-operative Union diese Auffassung nicht teilten, so standen sie dem Vorschlage, mit dem man sich auf dem Genossenschaftskongreß in Carlisle 1887 und Dewsbury 1888 eingehend beschäftigte, ablehnend gegenüber. Da eine Verständigung nicht zu erreichen war, beschlossen die Anhänger des Planes, unabhängig von den Leitungen der englischen Genossenschaften vorzugehen, und bildeten auf einer bei Gelegenheit des Genossenschaftskongresses in Rochdale 1892 abgehaltenen Konferenz einen Ausschuß für die Gründung eines „Internationalen Bundes der Freunde der genossenschaftlichen Produktion“. In Aufrufen, die von führenden Personen der Genossenschafts- und Gewerkschaftsbewegung unterzeichnet waren, wandte man sich an die genossenschaft-

¹⁾ Eine ausführliche geschichtliche Darstellung gibt Hans Müller in dem Jahrbuche der internationalen Genossenschaftsbewegung Jahrgang 1910. Vgl. außerdem Totomianz: Theorie, Geschichte und Praxis der Konsumentenorganisation, S. 238ff.

lichen Kreise der anderen Länder, indem man als Programm aufstellte, die Arbeiter zu Miteigentümern oder Teilhabern der Fabriken zu machen, indem sie die Hälfte des Reingewinnes erhielten. Die Abteilungen der Genossenschaften, die sich mit der Eigenproduktion beschäftigen, sollten zu selbständigen Arbeiterproduktiv-G. gemacht werden.

Auf die erlassenen Aufrufe erfolgten nur wenig Zustimmungen, was zum Teil darauf zurückzuführen ist, daß der Sekretär der Co-operative Union Gray durch Rundschreiben, die ebenfalls in das Ausland versandt wurden, den Plan energisch bekämpfte. Auch nachdem anfangs 1893 der Deutsch-Engländer Henry Wolff in die Bewegung eingetreten war, und obgleich er durch mehrere Reisen für den Plan zu wirken suchte, gelang es nicht, größere Erfolge zu erzielen. Obgleich man das Programm dahin erweiterte, daß nicht nur Produktiv-G., sondern alle Arten, insbesondere Kredit-G. und Konsumvereine, zur Mitgliedschaft des Bundes zugelassen werden sollten, waren die beiden im August 1893 und August 1894 in London veranstalteten Internationalen Genossenschaftskongresse sehr schwach besucht. So sah man sich gezwungen, mit der Co-operative Union in Verbindung zu treten. Diese beschäftigte sich auf dem Genossenschaftskongreß in Huddersfield im Oktober 1894 mit der Angelegenheit und beauftragte einen Ausschuß, einen von der Co-operative Union einzuberufenden internationalen Kongreß zu veranstalten. Damit war also das Unternehmen aus den Händen der Christlichen Sozialisten in diejenigen des englischen Genossenschaftsverbandes übergegangen.

Der I. internationale Genossenschaftskongreß, der in der Tat diesen Namen verdient, wurde nunmehr am 13.—23. August 1895 in London abgehalten. Auf ihm wurde der internationale Genossenschaftsbund endgültig gegründet¹⁾. Zum Präsidenten wurde Henry Wolff gewählt.

Der II. Kongreß, der 1896 in Paris stattfand, trug dazu bei, außer in Frankreich auch in Holland und Belgien Anhänger zu gewinnen. Man beschloß hier die erste Satzung.

¹⁾ In den Verhandlungen des Bundes wird das Jahr 1895 als dasjenige der Gründung behandelt; die früheren Ereignisse betrachtet man als bloße Vorbereitungen.

Daß ungeachtet der Beteiligung der englischen Genossenschaften der Schwerpunkt noch bei den philanthropisch-humanitären Elementen lag, trat u. a. darin zutage, daß auf dem III. Kongreß in Delft 1897 die Gewinnbeteiligung empfohlen wurde, obgleich die Kreise der genossenschaftlichen Praktiker sich dagegen ablehnend verhielten. Auch der von französischer Seite gestellte Antrag, eine internationale Genossenschaftsbörse in Paris zu errichten, auf der industrielle und landwirtschaftliche Erzeugnisse der beteiligten Länder zum Austausch gebracht werden sollten, bewies, daß die Neigung zu phantastischen Plänen noch nicht überwunden war. Der Antrag wurde allerdings nur in der Form angenommen, daß man den einzelnen Ländern empfahl, derartige Einrichtungen ins Auge zu fassen.

Der IV. Kongreß wurde 1900 wieder in Paris abgehalten. Der Bund hatte allmählich bei den genossenschaftlichen Organisationen Interesse gefunden, aber auch jetzt überwog noch der philanthropisch-humanitäre Gedankengang. Nach einem Vortrage von de Boyve, in dem er die Genossenschaften als ein Mittel der Verbrüderung von Klassen und Völkern pries, wurde eine von ihm und Gide beantragte Resolution angenommen, die die Genossenschaften aufforderte, einen Teil ihres Reingewinnes für die geistige und sittliche Erziehung ihrer Mitglieder zu verwenden.

In derselben Richtung verlief der V. Kongreß im Juli 1902 in Manchester. Man beschloß eine Resolution zugunsten des Weltfriedens und bezeichnete als Ziel „die Vereinigung von Ehrenmännern aus allen Völkern und Klassen“. Daneben erörtere man den Plan, auf dem Wege landwirtschaftlicher Genossenschaften den Arbeitern den Besitz eines eigenen Grundstückes zu verschaffen und sie aus den Städten auf das Land zu verpflanzen.

Die größte Bedeutung hatte der VI. Kongreß, der 1904 in Budapest tagte.

Zunächst wurde eine Änderung der Satzungen beschlossen. Während bis dahin der Kongreß überwiegend aus Einzelpersonen bestanden hatte, wurde jetzt der Grundsatz aufgestellt, daß ihm in erster Linie Genossenschaften angehören sollen. Diese haben sich möglichst zu nationalen Verbänden zusammenzuschließen; doch können in jedem Lande mehrere Sektionen des

Bundes bestehen. Das oberste Organ des Bundes bildet ein Zentralvorstand von 37 Mitgliedern, die auf die angeschlossenen Länder verteilt werden. Die geschäftliche Tätigkeit besorgt ein leitender Ausschuß von 5 Personen, der in London seinen Sitz hat. Zu den Aufgaben des Bundes gehört insbesondere die Herstellung von Beziehungen unter den Genossenschaften der verschiedenen Länder, die Propaganda für die Verbesserung der Lage der arbeitenden Klassen sowie die Prüfung der besten Methoden für ein ohne Einmischung des Staates organisiertes Genossenschaftswesen. Außerdem wurde als Ziel bezeichnet die Gewinnbeteiligung und die Vereinigung von Kapital und Arbeit. Der Bund befaßt sich weder mit politischen noch mit religiösen Fragen. Die Genossenschaften bilden vielmehr den neutralen Boden, auf dem Vertreter der verschiedensten Überzeugungen zusammenwirken können. Das Bekenntnis zu dieser Auffassung wird von jeder beitretenden Genossenschaft gefordert.

Ogleich man mit diesen Satzungen scheinbar einen Boden geschaffen hatte, auf dem für alle Richtungen die Möglichkeit des Zusammenarbeitens gegeben war, kam es doch zu mehrfachen Reibungen, die schließlich mit Spaltungen endeten.

Zunächst beschäftigte man sich mit dem ländlichen Genossenschaftswesen und beschloß, es nach Kräften zu fördern. Zu einer lebhaften Auseinandersetzung führte jedoch der französische Antrag, die staatliche Unterstützung des Genossenschaftswesens zu empfehlen, der, nachdem die deutschen, die belgischen und die meisten österreichischen Vertreter sich gegen jede Staatshilfe ausgesprochen hatten, von dem Kongreß abgelehnt wurde. Das hatte zur Folge, daß die meisten landwirtschaftlichen Genossenschaften, die für die Staatshilfe gestimmt hatten, aus dem Bunde austraten und 1906 einen besonderen Internationalen Bund der landwirtschaftlichen Genossenschaften ins Leben riefen.

Diese Verhandlung führte aber zugleich zu einer tiefgreifenden Auseinandersetzung über die prinzipielle Stellung der Genossenschaften und ihr Verhältnis zum Kapitalismus. Nachdem mit Mehrheit beschlossen war, auszusprechen, die Genossenschaftsbewegung sei eine „antikapitalistische soziale Reformbewegung“, erklärte der deutsche Allgemeine Verband, der bis dahin neben

dem Zentralverbande der deutschen Konsumvereine dem Bunde angehört hatte, ebenso wie der Österreichische Allgemeine Genossenschaftsverband, seinen Austritt.

Auf dem VII. Kongreß in Cremona 1907 gab die in Budapest geschehene Spaltung insofern Veranlassung zu einer äußeren Veränderung, als der bisherige Vorsitzende des Zentralverbandes, Henry Wolff, sein Amt mit der Begründung niederlegte, daß der Bund seine prinzipielle Stellung gewechselt habe und jedenfalls nicht mehr als Vertreter aller genossenschaftlichen Richtungen angesehen werden könne. Sein Nachfolger wurde Maxwell, der Leiter des schottischen Verbandes. Aus den weiteren Verhandlungen ist nur zu erwähnen, daß ein italienischer Antrag, sich für die Vereinigung städtischer und ländlicher Genossenschaften auszusprechen, abgelehnt wurde, nachdem er von den deutschen und österreichischen Vertretern mit der Begründung bekämpft war, daß die ländlichen Genossenschaften unter agrarischem Einflusse ständen. Außerdem wurde beschlossen, der Frage des internationalen Großeinkaufs näherzutreten; eine Kommission soll darüber Vorschläge machen.

Das bedeutendste Ereignis in der Geschichte des Bundes bildete der VIII. Kongreß, der am 5.—7. September 1910 in Hamburg abgehalten wurde, und auf dem 17 Staaten einschließlich Japan und Argentinien durch 500 Delegierte vertreten waren.

Schon der von dem Zentralvorstande erstattete Geschäftsbericht zeigte, daß seit Cremona eine neue Phase der Entwicklung begonnen hatte. Bisher war die Leitung von der Zentralstelle in London besorgt, aber man hatte sich überzeugt, daß man damit dem Bedürfnis nicht gerecht werden konnte. Deshalb hatte der Zentralvorstand zunächst provisorisch ein kontinentales Sekretariat in Zürich eingerichtet. Ferner hatte man das internationale Genossenschaftsbulletin geschaffen und daneben die Einrichtung getroffen, ein regelmäßiges Jahrbuch herauszugeben. Endlich hatte man darauf gedrungen, daß die Mitglieder ihre Beiträge regelmäßig zahlten, und hatte diejenigen aus den Listen gestrichen, die dieser Verpflichtung nicht nachgekommen waren. Durch diese Maßregel war die Zahl von 635 auf 546 zurückgegangen. Infolge von Neuaufnahmen war sie dann bis zum 1. Juli 1910 wieder auf 866 gestiegen. Vor allem aber hatte man

eine neue Organisation in Angriff genommen und nach langen Verhandlungen Satzungen entworfen, die an die Stelle der alten treten sollten.

Aus dem Berichte des Zentralvorstandes ist folgendes hervorzuheben:

Seit dem Bestehen des Bundes hat sich sein Charakter völlig verschoben. Als er 1895 gegründet wurde, bestand er aus einer kleinen Zahl enthusiastischer Vertreter des Genossenschaftsgedankens, hinter denen aber keine Massen standen. Die internationale Organisation, die man formell schuf, war in Wirklichkeit erst ein schöner Traum. Dem entsprach die individuelle Mitgliedschaft. Schon 1902 in Manchester hatte man sie durch die kollektive ersetzt, indem als Mitglieder grundsätzlich nur Genossenschaften zugelassen wurden und Einzelpersonen nur dann, wenn in dem betreffenden Lande keine Organisation bestand. Aber auch dieser Zustand ist unbefriedigend. Die kollektive Mitgliedschaft muß ausnahmslos durchgeführt werden. Ferner müssen die Rechte und Pflichten der angeschlossenen Genossenschaften nach ihrer Leistungsfähigkeit abgestuft werden. Das Stimmrecht ist von den Beiträgen abhängig zu machen. Damit muß eine Demokratisierung Hand in Hand gehen. Bisher lag die eigentliche Gewalt in der Hand des Zentralvorstandes, während die Kongresse mehr akademische Diskussionsversammlungen waren; künftig soll der Kongreß die Stellung eines Bundesparlamentes erhalten, das in allen Angelegenheiten die oberste Instanz bildet. Die Teilnahmeberechtigung soll künftig nur den von den angeschlossenen Genossenschaften nach dem Verhältnis ihrer Größe zu entsendenden Vertretern zustehen. Nach demselben Gesichtspunkte ist der Zentralvorstand zusammenzusetzen, dessen Mitgliederzahl von 37 auf 25 zu vermindern ist. Sein Sitz soll nicht mehr, wie bisher, auf London festgelegt sein, sondern jedesmal vom Kongreß bestimmt werden. Neben ihm bleibt der leitende Ausschuß bestehen, dessen Mitglieder entweder einem einzigen Lande oder mehreren entnommen werden können. Endlich wird ein besoldeter Generalsekretär angestellt. Die Satzungen sollen sich lediglich auf das Gebiet der praktischen Tätigkeit beziehen; eine Prinzipienerklärung sollen sie nicht enthalten. Der Bund soll allen Richtungen offenstehen, die willens sind, an seiner Aufgabe mitzuarbeiten. Das

Bekenntnis zu bestimmten Lehrsätzen soll also keine Bedingung für den Anschluß sein. Andererseits soll freilich diese Toleranz nicht gleichbedeutend sein mit Grundsatzlosigkeit. Die Entscheidung, zu welchen Grundsätzen der Bund sich bekennen will, wird am besten den Kongressen vorbehalten. Aus diesem Grunde ist das bisherige Bekenntnis zur Selbsthilfe zu streichen. Der Grundsatz der politischen und religiösen Neutralität ist festzuhalten, aber es soll nicht mehr von den aufzunehmenden Organisationen die Erklärung gefordert werden, daß sie das Genossenschaftswesen als sich selbst genügend anerkennen und es nicht als Mittel für Parteibestrebungen betrachten. Schon jetzt sind dem Bunde verschiedene Genossenschaften beigetreten, die sich in den Dienst einer politischen Partei stellen und der Ansicht sind, daß die Genossenschaften mit anderen politischen und sozialen Organisationen zusammenarbeiten müssen, wenn sie ihre Ziele erreichen wollen. Das gilt insbesondere für Belgien, Frankreich und Österreich. Diese Genossenschaften sollen nicht ausgeschlossen werden, sondern es genügt die Forderung, daß alle Mitglieder die politische und religiöse Neutralität des Bundes selbst respektieren.

Auf dem Kongreß wurden die vorgelegten und in diesem Sinne gehaltenen neuen Satzungen ohne wesentlichen Widerspruch angenommen; ihre wichtigsten Bestimmungen sind folgende:

Der Internationale Genossenschaftsbund ist eine Vereinigung von Genossenschaften, Genossenschaftsverbänden und Gesellschaften zur Förderung des Genossenschaftswesens. Einzelne Personen können zu Ehrenmitgliedern ohne Stimmrecht ernannt werden. Der Sitz des Bundes wird von Zeit zu Zeit durch den Kongreß bestimmt. „Der Bund beschäftigt sich weder mit Politik noch mit Religion. Er betrachtet das Genossenschaftswesen als einen neutralen Boden, auf dem Männer und Frauen mit den verschiedensten politischen Ansichten und Glaubensbekenntnissen zusammenkommen und zusammen arbeiten können. Die Neutralität, auf der die Einheitlichkeit der Genossenschaftsbewegung beruht, wird in allen Versammlungen sowie in allen Veröffentlichungen und Organen des Bundes aufrechterhalten werden.“ „Als aufnahmefähige Genossenschaften gelten unbeschadet ihrer sonstigen Rechtsform alle Vereinigungen, die

mittels eines gemeinschaftlichen Geschäftsbetriebs die Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Mitglieder bezwecken und ihren Geschäftsbetrieb gemäß den durch die Kongreßbeschlüsse des Bundes aufgestellten Grundsätzen führen.“

Den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildete ein Vortrag des zum Generalsekretär gewählten Dr. Hans Müller in Zürich über die Entwicklung des Konsumvereinswesens in Gegenwart und Zukunft. Nach seinen Mitteilungen gab es in Europa etwa 20000 Konsumvereine mit 7 Millionen Mitgliedern und einem Jahresumsatz von $3\frac{1}{2}$ Milliarden Franken. Völlig zurückgeblieben ist Nordamerika, aber auch in den übrigen Ländern steht die Bewegung noch im Anfange ihrer Entwicklung. Der Redner verbreitete sich eingehend über die Stellung der Genossenschaften zur Politik und zum Klassenkampf, worauf wir an anderer Stelle zurückkommen werden. Er betonte zum Schluß die Notwendigkeit, den herrschenden philosophischen Materialismus zu überwinden und durch eine idealistische Weltanschauung zu ersetzen. Es sei deshalb zu begrüßen, daß sich eine Abwendung von der skeptisch-utilitaristischen Lebensweise geltend mache, und daß religiöse Stimmungen und Bedürfnisse wieder hervorträten.

Die letzteren Bemerkungen erregten einzelnen Widerspruch; ebenso wurde es beanstandet, daß der Referent die Konsumvereine nicht als Klassenorganisation auffasse. Man hielt ihm entgegen, daß sie einen Teil der modernen Arbeiterbewegung bilden müßten. Eine Abstimmung über diese Meinungsverschiedenheiten fand nicht statt.

Endlich behandelte man die Stellung zu den verschiedenen Arten der Genossenschaften. Von einigen Seiten wurden die Kredit- und Produktivgenossenschaften angegriffen, von anderer Seite dagegen wurde das bekämpft. Die angenommene Resolution erklärte, daß die Konsumentenorganisationen, zu denen außer den eigentlichen Konsumvereinen auch die Wohnungs- und Bau-G. gehörten, in allen kapitalistisch entwickelten Ländern von den verschiedenen Genossenschaftsarten die größte Bedeutung für die Wahrnehmung der Interessen der Arbeiter in der Volksgemeinschaft hätten, und zwar sowohl wegen des unmittelbaren praktischen Nutzens, den sie den Mitgliedern gewährten, wie insbesondere wegen der ihnen zugrunde liegenden

Wirtschaftsprinzipien, „durch deren allgemeine Ausbreitung und Anwendung die Rückbildung des kapitalistischen Wirtschaftssystems gefördert wird. . . . In dem Maße, wie die Konsumenten sich zu Konsumgenossenschaften zusammenschließen, wird eine Organisation der Kaufkraft des Arbeitereinkommens geschaffen, die die arbeitende Klasse in den Stand setzt, in weitem Umfange auch ihre Arbeit selbst genossenschaftlich zu organisieren und sich in eigenen Produktivbetrieben zu beschäftigen.“

Den Konsumgenossenschaften wird dann die demokratische Selbstverwaltung, die Barzahlung, die Nichtbeschränkung der Mitgliederzahl, die Anlehnung der Verkaufspreise an die ortsüblichen Tagespreise, die Rückvergütung nach Maßgabe des Bezuges und außerdem empfohlen, „auf die Ansammlung eines unbegrenzt anwachsenden und unteilbaren Genossenschaftsvermögens Bedacht zu nehmen.“ Die Großeinkaufsgesellschaften wurden für geeignet erklärt, diese Bestrebungen wirksam zu unterstützen und in einer großen Anzahl von Produktionsgebieten die Arbeit genossenschaftlich zu organisieren. Die Genossenschaften wurden für verpflichtet erklärt, den von ihnen beschäftigten Angestellten und Arbeitern vorbildliche Lohn- und Arbeitsbedingungen zu gewähren und das Koalitionsrecht rückhaltlos anzuerkennen.

Zu der Bedeutung des Genossenschaftswesens im allgemeinen wurde ferner Stellung genommen in folgender Resolution:

„Das in allen Kulturländern von Jahr zu Jahr zu immer größerer Bedeutung gelangende Genossenschaftswesen ist eine soziale Bewegung, die durch Bildung wirtschaftlicher, auf dem Grundsätze der Selbsthilfe ihrer Mitglieder ruhender Vereinigungen die Wahrnehmung der Interessen der Arbeit in der Volkswirtschaft bezweckt. Demgemäß wohnt auch allen Warengenossenschaften die Tendenz inne, die Verteilung des Volkseinkommens zugunsten der arbeitenden Klassen zu beeinflussen, d. h. das aus der Arbeit fließende Einkommen bzw. seine Kaufkraft zu vermehren, das arbeitslose, lediglich aus dem Besitze von Produktions- und Austauschmitteln fließende Einkommen (Unternehmergewinn, Zins und Rente) dagegen zu vermindern. Alle in dieser Richtung wirkenden Genossenschaften sind unbeschadet der Verschiedenheit ihrer sozialen Zusammensetzung und ihrer

Wirtschaftsprinzipien als berechtigt anzuerkennen. Mit dem Zusammenschlusse der Genossenschaftsbewegung der ganzen Welt zu einer großen internationalen Organisation schafft sie sich in allen ihren Verzweigungen einen universellen Mittelpunkt.“

Mit Rücksicht darauf, daß der internationale Sozialistenkongreß in Kopenhagen sich mit der Genossenschaftsfrage beschäftigt hatte, wurde endlich folgende Erklärung abgegeben:

„Der internationale Genossenschaftskongreß begrüßt, ohne auf irgendwelche Fragen der Politik Bezug zu nehmen, den Beschluß des internationalen Sozialistenkongresses in Kopenhagen, durch den die Einheit und Selbständigkeit der Genossenschaftsbewegung bestätigt und der hohe Wert und die Bedeutung der Konsumentenorganisation für die Arbeiterklasse anerkannt wird und die Arbeiter aufgefordert werden, tätige Mitglieder der Konsumvereine zu werden und zu bleiben. Der internationale Genossenschaftskongreß erwartet von diesem Beschlusse eine wesentliche Stärkung der Genossenschaftsbewegung.“

Der IX. Kongreß tagte am 25.—28. August 1913 in Glasgow. Die Einführung der Kollektivmitgliedschaft hatte eine erhebliche Steigerung des Umfanges zur Folge gehabt. Bereits 8 Zentralverbände mit 3360 Genossenschaften hatten als Gesamtheiten ihren Beitritt erklärt. Die Gesamtzahl war von 904 auf 3926 gestiegen. Der Hauptverband deutscher gewerblicher Genossenschaften hatte seinen Austritt erklärt. Das weitaus überwiegende Element bilden die Konsumvereine, von denen 3698 dem Bunde angehören. Daneben bestanden nur 87 Produktiv-G., 57 Bau-G. und 5 landwirtschaftliche G.

Prinzipielle Fragen wurden berührt durch den Vortrag des Vizepräsidenten des Bundes, des Engländers Williams, über die engen Beziehungen der verschiedenen Genossenschaftsarten. Er ging davon aus, daß in dem Bunde bei seiner Entstehung alle Arten von Genossenschaften vertreten gewesen seien. Den größten Teil der landwirtschaftlichen Genossenschaften habe er dadurch verloren, daß 1906 für sie eine besondere internationale Organisation geschaffen sei. Die Schulze-Delitzschen Vereine hätten sich aus dem Grunde zurückgezogen, weil sie auf dem Kongreß eine politische Tendenz und eine Befürwortung des Klassenkampfes zu beobachten glaubten. So habe sich vielfach die Ansicht gebildet, daß der Bund ausschließlich eine

Organisation der Konsumvereine darstelle, Dem müsse entgegengetreten und vielmehr der umfassende Charakter des Bundes gewahrt bleiben. In Großbritannien umfasse der Zentralverband alle Arten von Genossenschaften, und man lege großen Wert darauf, daß das so bleibe. Das gleiche gelte für Finnland. Aus dem Begriffe der Genossenschaft folge, daß dies der einzig befriedigende Zustand sei; man müsse alle Arten als gleichberechtigt anerkennen, da sie den verschiedenen Bedürfnissen entsprächen. Die Zeit allein könne darüber entscheiden, welche Form die beste sei.

Diese Ausführungen fanden jedoch überwiegend Widerspruch. Insbesondere Lorenz, ein Vertreter des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, behauptete, daß der Versuch des Referenten, alle Genossenschaftsarten ohne Unterschied zu vereinigen, der in Hamburg gefaßten und als Programm anzusehenden Resolution widerspreche. In Deutschland sei eine Verbindung mit den landwirtschaftlichen und den Kreditgenossenschaften unmöglich. Der deutsche Verband sei überzeugt, daß die Konsumgenossenschaften in Übereinstimmung mit den Gewerkschaften und der politischen Organisation der Arbeiter für deren Interessen wirken müßten. Ähnliche Anschauungen wurden von Angst (Schweiz), Karpeles (Österreich), Staudinger (Deutschland) und Poisson (Frankreich) geltend gemacht. Der letztere betonte, daß der Bund eine Vereinigung proletarischer Organisationen sein wolle, Totomjanz (Rußland) trat für den Standpunkt des Referenten ein, ebenso Braun, der Vertreter des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, der den Vorwurf erhob, man begünstige die Verbindung der Genossenschaften mit der Sozialdemokratie und den sozialistischen Gewerkschaften. Er stellte in Aussicht, daß bei der Beibehaltung einer solchen Tendenz die andersdenkenden Genossenschaften ihren Austritt in Erwägung ziehen würden.

Die schließlich einstimmig angenommene Resolution lautete: „Der Kongreß bestätigt die in Hamburg gefaßte Resolution und erklärt, daß der Bund allen wahren Genossenschaftsarten offensteht. Er ladet alle Genossenschaften, die die Prinzipien dieser Resolution bei ihrer Tätigkeit befolgen, ein, dem Bunde beizutreten.“

In engem Zusammenhange mit der in dieser Weise erledigten

Streitfrage prinzipieller Art stand eine andere. Der bereits erwähnte Reichsverband deutscher Konsumvereine, der vor drei Jahren dem Bunde beigetreten war, steht im schärfsten Gegensatze zu dem ebenfalls dem Bunde angehörenden Zentralverbande deutscher Konsumvereine¹⁾. Der letztere hatte auf seinem am 16.—18. Juni 1913 in Dresden abgehaltenen Genossenschaftstage beschlossen, in dem internationalen Genossenschaftsbunde das Recht zur alleinigen Vertretung der deutschen Genossenschaften zu fordern. Er beanspruchte deshalb, daß die auf Deutschland entfallenden 5 Mitglieder des Zentralvorstandes ausschließlich aus seinen Reihen genommen werden sollten. Demgegenüber forderte der Reichsverband für sich die Abtretung eines Platzes. Der Vorsitzende des leitenden Ausschusses, Williams, bemerkte zunächst, daß der letztere es nicht für möglich halte, diese Forderung abzulehnen. Als jedoch die Vertreter des Zentralverbandes die Erklärung abgaben, daß dieser, wenn man dem Antrage stattgebe, aus dem Bunde austreten werde, empfahl der Zentralvorstand die Ablehnung, und in der Tat wurden darauf lediglich die von dem Zentralverbande vorgeschlagenen 5 Personen gewählt.

Endlich wurde einstimmig eine Resolution gegen den Krieg angenommen. In ihr wurde das Wettrüsten der verschiedenen Staaten als die Ursache internationaler Konflikte verurteilt und unter Hinweis darauf, daß das Genossenschaftswesen die beste Garantie für die Erhaltung des Weltfriedens bilde, alle Nationen zu dessen Unterstützung aufgefordert.

Die Ausschließung des Reichsverbandes von der Vertretung im Zentralverbande hatte zur Folge, daß der erstere am 10. Dezember 1913 seinen Austritt aus dem Bunde anzeigte. Er begründete diesen Schritt mit dem Hinweise darauf, daß in dem Bunde alle Verbände gleichberechtigt sein müßten, daß aber durch den in Glasgow gefaßten Beschluß dieser Standpunkt verlassen sei. Der Zentralverband und der gleichartige österreichische Verband ständen nicht auf dem Boden der politischen Neutralität, sondern unter dem Einflusse der Sozialdemokratie;

¹⁾ Bei der folgenden Darstellung stütze ich mich auf diejenige, wie sie in dem Jahrbuche des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine, Jahrgang I, S. 53 ff., gegeben wird.

trotzdem hätten sie allmählich immer mehr das Übergewicht in dem Bunde erlangt.

Der leitende Ausschuß erklärte in seinem Antwortschreiben, daß er den Austritt bedauere, und schlug vor, auf dem Wege einer mündlichen Verhandlung eine Verständigung zu versuchen. Aber obgleich diese Verhandlung am 18. April 1914 in Köln stattfand, wurde dem Reichsverbände durch Schreiben vom 29. dess. Mts. mitgeteilt, daß es dem Zentralvorstande nicht gelungen sei, einen Ausgleich zu erzielen.

Nach dem in Glasgow gefaßten Beschlusse sollte der nächste Kongreß 1916 in Basel stattfinden. Der Ausbruch des Krieges machte dies ebenso unmöglich wie Versammlungen und Beschlüsse des Zentralvorstandes. Lediglich der leitende Ausschuß, dessen sämtliche Mitglieder Engländer waren, konnte regelmäßige Sitzungen abhalten. Aber auch er war vor eine außerordentlich schwierige Aufgabe gestellt. Nicht allein konnten die Beziehungen zu den Verbänden der einzelnen Länder nur in sehr beschränktem Maße aufrechterhalten werden, sondern die durch den politischen Gegensatz verursachte Erbitterung legte die Gefahr einer völligen Sprengung des Bundes sehr nahe. Sollte sie vermieden werden, so mußte von allen Schritten abgesehen werden, die als einseitige Stellungnahme zugunsten eines der kriegführenden Länder aufgefaßt werden konnte.

Unmittelbar nach der Kriegserklärung richtete der Ausschuß an die angeschlossenen Verbände die Anfrage, ob sie den Erlaß eines Manifestes gegen den Krieg wünschten. Die Antworten lauteten jedoch ganz überwiegend ablehnend, indem man einen solchen Aufruf als nutzlos bezeichnete. Dagegen hat der Ausschuß im Laufe des Krieges wiederholt Bestrebungen unterstützt, die darauf gerichtet waren, den in Not geratenen Bevölkerungen der beteiligten Länder Hilfe zu bringen. Dies geschah ohne Unterschied der Stellung zugunsten der belgischen, serbischen, deutschen, österreichischen und ungarischen Gebiete. Eine Abweichung von dem Neutralitätsprinzip bedeutete es allerdings, daß der Präsident und der Generalsekretär nicht allein die britischen Genossenschaftskongresse, sondern auch den im September 1916 in Paris abgehaltenen Kongreß der französischen Genossenschaften besuchten. Dagegen lehnte der leitende Ausschuß es ab, sich an einer Genossenschaftskonferenz der alliierten

Länder zu beteiligen, die im Dezember 1916 stattfand, indem er darauf hinwies, daß seine Teilnahme als Verletzung der Unparteilichkeit ausgelegt werden könne.

Nach Beendigung des Krieges wurde angeregt, die Tätigkeit des Bundes möglichst bald wieder aufzunehmen, insbesondere, um ihm Gelegenheit zu verschaffen, sich an den Friedensverhandlungen zu beteiligen. Die Franzosen und Belgier schlugen vor, zu diesem Zwecke eine Genossenschaftskonferenz der alliierten Länder in Paris zu veranstalten und wünschten, daß der leitende Ausschuß an ihr teilnehmen möge. In einer am 9. Januar in London abgehaltenen Konferenz kam dieser zu dem Beschlusse, mit Rücksicht auf die Dringlichkeit der Angelegenheit, und da die Einberufung einer Sitzung des Zentralvorstandes zurzeit unmöglich sei, sich auf dieser Konferenz durch den Präsidenten und den Generalsekretär vertreten zu lassen, jedoch lediglich um Auskunft und Rat zu erteilen, ohne in Fragen der Politik oder sonstigen prinzipiellen Angelegenheiten einen Einfluß auszuüben. Die Konferenz hat am 7./8. Februar 1919 in Paris stattgefunden und beschäftigte sich in erster Linie mit der Neugestaltung der wirtschaftlichen Beziehungen unter den Völkern nach dem Kriege, der Ausbildung des Genossenschaftswesens und der Hilfeleistung für die zerstörten Gebiete. Außerdem forderte man die gerechte Verteilung der Lebensmittel sowohl unter den in Frage kommenden Ländern wie innerhalb dieser und die Mitwirkung der Genossenschaften bei ihr, ferner Aufhebung aller Schutzzölle, Beteiligung der Genossenschaften bei der Verwaltung des Völkerbundes, Errichtung eines internationalen statistischen Wirtschaftsamtes und Schaffung eines internationalen Finanzsystems zur Ausgleichung der Kriegsschäden.

Am 26. bis 28. Juni 1919 wurde ebenfalls in Paris eine zweite Konferenz abgehalten, zu der auch die neutralen Länder eingeladen waren. Auch hier beteiligte sich der leitende Ausschuß mit der Begründung, daß er die Interessen der internationalen Organisation und derjenigen Genossenschaften vertreten wolle, die wegen der äußeren Schwierigkeiten nicht teilnehmen könnten. Die Gegenstände der Beratung waren dieselben wie im Februar. Man beschloß einen internationalen Güteraustausch durch eine Verbindung der

bestehenden Großeinkaufsgesellschaften herzustellen und zu diesem Zwecke eine besondere Konferenz zu veranstalten. Außerdem wurde ein Hilfsausschuß für die Genossenschaften in den durch den Krieg verwüsteten Gebieten gebildet.

Die folgende Sitzung des leitenden Ausschusses, an der aber auch Vertreter aus Frankreich, Belgien, der Schweiz, Rußland und Finnland teilnahmen, wurde am 19. August 1919 in London abgehalten. Man beschloß, im Dezember eine Zusammenkunft des Zentralvorstandes in Genf stattfinden zu lassen. Dabei kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen über die Erklärung des belgischen Vertreters Serwy, daß in der beabsichtigten Versammlung des Zentralvorstandes die Frage gestellt werden müsse, welche Haltung die Genossenschaften während des Krieges eingenommen hätten. Obgleich die übrigen Teilnehmer diesen Vorschlag mit der Begründung bekämpften, daß der Punkt das politische Gebiet berühre, und daß dessen Erörterung unnötigen Streit erregen werde, blieb Serwy bei seiner Forderung und erklärte, daß die Belgier, wenn ihnen verwehrt wäre, diese Frage zu stellen, an der Sitzung nicht teilnehmen würden. Schließlich wurde der Antrag des Generalsekretärs angenommen, daß die Zentralorganisationen der einzelnen Länder aufgefordert werden sollen, in den von ihnen zu erstattenden Berichten sich über ihre gegenwärtige Stellung zu den Grundsätzen der in Glasgow beschlossenen Friedensresolution zu äußern.

Am 20. August 1919 folgte eine Konferenz der Großeinkaufsgesellschaften, zu der die Gesellschaften von England, Schottland, Irland, Frankreich, Belgien, Dänemark, Schweden, Finnland, Rußland, Italien, Tschechoslowakien und der Schweiz Vertreter entsandt hatten, während von den holländischen, norwegischen und spanischen Zustimmungserklärungen eingegangen waren. Der Vorsitzende wies darauf hin, daß bereits der internationale Genossenschaftskongreß in Cremona 1907 sich mit der Frage beschäftigt, und daß inzwischen auch die britische Großeinkaufsgesellschaft den Plan aufgegriffen habe. Der russische Vertreter beantragte, eine internationale Großeinkaufsgesellschaft ins Leben zu rufen nach dem Vorbilde, wie es von der Großeinkaufsgesellschaft der skandinavischen Genossenschaften gegeben sei. Von anderer Seite wurde das für

vorläufig unausführbar erklärt und vielmehr empfohlen, sich zunächst auf den Geldverkehr zu beschränken sowie eine internationale Genossenschaftsbank zu gründen. Schließlich wurde ein Ausschuß mit der weiteren Vorberatung der Angelegenheit beauftragt.

In sämtlichen bisher erwähnten Sitzungen des leitenden Ausschusses war angeregt, möglichst bald auch den Zentralvorstand einzuberufen. In London hatte man sich auf den 13. April 1920 geeinigt, und an diesem Tage trat in der Tat der Zentralvorstand zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges in Genf zusammen unter Beteiligung von 32 Vertretern aus 17 Staaten. Die Mitwirkung der dänischen und deutschen Delegierten war teils durch politische, teils durch Verkehrsschwierigkeiten verhindert.

Die Belgier ließen sich dadurch nicht zurückhalten, ihre in London geäußerte Absicht zur Ausführung zu bringen und erhoben gegen die deutschen Genossenschaften den Vorwurf, daß sie es versäumt hätten, den Ausbruch des Krieges zu verhindern. Diesem Angriffe wurde jedoch von anderen Rednern mit der Begründung entgegengetreten, daß man die Erörterung politischer Streitfragen unterlassen müsse. Dagegen forderte man einstimmig die Aufhebung der Blockade gegen Rußland und die Wiederherstellung normaler Handelsbeziehungen. Man protestierte jedoch gegen den Eingriff der russischen Regierung in die Rechte der dortigen Genossenschaften. Ferner war man darüber einig, daß die Verfassung und die Satzungen des Bundes einer Revision unterzogen werden müßten. Es wurde ein Ausschuß gewählt, um einen Entwurf auszuarbeiten.

In Verbindung mit der Versammlung des Zentralvorstandes wurde auch eine Sitzung des in London gewählten Ausschusses für den internationalen Gütertausch abgehalten. Man empfahl den Großeinkaufsgesellschaften der einzelnen Länder, eine besondere Abteilung für genossenschaftliche Warenausfuhr zu bilden.

Eine zweite Sitzung des Zentralvorstandes wurde am 11.—13. Oktober 1920 im Haag abgehalten. Dieses Mal waren auch die deutschen Vertreter erschienen. Serwy wiederholte ihnen gegenüber die bereits in London und Genf ausgesprochenen Vorwürfe, die jedoch von Kaufmann energisch zurückgewiesen

wurden. Auch der französische Vertreter Poisson erklärte, daß er freilich die Gefühle der Belgier verstehe, daß man aber im Interesse des genossenschaftlichen Zusammenwirkens von derartigen Erörterungen Abstand nehmen müsse.

Die Verhandlungen betrafen mehrfach Punkte von prinzipieller Bedeutung. Insbesondere handelte es sich bei der Beratung des vorgelegten Satzungsentwurfes um die Stellung zum Sozialismus. Einige Redner forderten die Aufnahme einer scharfen Erklärung gegen das kapitalistische System, während andere eine vorsichtigere Fassung wünschten. Ebenso wurde dem Antrage, eine Untersuchung über die Unterdrückung der russischen Genossenschaften seitens der Regierung einzuleiten, mit der Begründung widersprochen, daß man den politischen Verhältnissen Rechnung tragen müsse. Schließlich wurde die Beschlußfassung einer späteren Sitzung vorbehalten.

Diese hat am 12.—14. April 1921 in Kopenhagen stattgefunden. Sie beschäftigte sich in erster Linie mit der endgültigen Feststellung der Satzungen. Man beschloß, dem internationalen Kongreß deren Annahme ohne Einzelberatung zu empfehlen. Daneben behandelte man u. a. auch die Frage der Schaffung einer internationalen Großeinkaufsgesellschaft. Man einigte sich dahin, daß in dieser Richtung nur allmählich und vorsichtig vorgegangen werden dürfe, und daß, bevor eine solche Gesellschaft gegründet werden könne, zunächst die genossenschaftlichen Kräfte in jedem einzelnen Lande zu einer einheitlichen Körperschaft zusammengefaßt werden müßten, mit der die Großeinkaufsgenossenschaften anderer Länder in Verbindung treten und unmittelbare Geschäfte abschließen könnten.

Nach achtjähriger Unterbrechung konnte endlich der 10. internationale Genossenschaftskongreß am 22.—25. August 1921 in Basel abgehalten werden. Vertreten waren 24 Länder, in denen 42650 Genossenschaften mit 24 Millionen Mitgliedern bestanden, durch 500 Delegierte. Der den Teilnehmern zugestellte gedruckte Bericht gab einen Überblick über die seit 1913 geschehenen Ereignisse und insbesondere die Stellungnahme des Zentralvorstandes zu dem Streite zwischen der russischen Regierung und den von ihr für abgesetzt erklärten Vorstandsmitgliedern des Centrosojus. Dieser Punkt gab Anlaß zu einer erregten Auseinandersetzung. Der Zentralvorstand, der den

Standpunkt vertrat, daß der gegenwärtige Vorstand des Centrosojus nicht als legitimiert anerkannt werden könne, da er nicht in rechtmäßiger Weise gewählt sei, beantragte eine Resolution, in der erklärt wurde, daß der Streit, um den es sich handle, zurzeit nicht entschieden werden könne, und daß deshalb der Platz für die Vertretung der russischen Genossenschaften im Zentralvorstande einstweilen offengehalten werden solle. Dem wurde von dem Generalsekretär May mit der Begründung widersprochen, daß es erforderlich sei, die Beziehungen mit den russischen Genossenschaften wiederherzustellen, und daß der Genossenschaftsbund zu den Streitigkeiten innerhalb eines einzelnen Landes keine Stellung zu nehmen habe. Diese Auffassung, die dahin führte, die anwesenden Vertreter des Centrosojus als solche anzuerkennen und zu den Verhandlungen zuzulassen, wurde schließlich mit 733 gegen 474 Stimmen gebilligt.

Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete der Beschluß über die neuen Satzungen, die ohne Aussprache angenommen wurden. Der § 1 lautet:

„Der internationale Genossenschaftsbund, in der Absicht, das Werk der Redlichen Pioniere von Rochdale fortzusetzen und durchzuführen, bezweckt, in voller Selbständigkeit und mit Hilfe eigener Mittel das bestehende Regime der auf dem Konkurrenzkampfe begründeten Privatwirtschaft durch eine genossenschaftliche, die Interessen der Allgemeinheit wahrnehmende auf Gegenseitigkeit und Selbsthilfe beruhende Organisation zu ersetzen.“

Zur Mitgliedschaft des Bundes sind nur Genossenschaften und Verbände von solchen zugelassen, aber nicht mehr Einzelpersonen; diese können zu Ehrenmitgliedern mit beratender Stimme ernannt werden. Beitrittsberechtigt sind nur solche Organisationen, die sich zu den in den Satzungen näher festgelegten Grundsätzen des Rochdalesystems bekennen. Die Beiträge der Verbände und Genossenschaften sollen nach deren Umsatze berechnet werden. Der leitende Ausschuß besteht aus dem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten und 7 vom Zentralvorstande aus seiner Mitte zu wählenden Beisitzern.

Die in § 1 der Satzungen zum Ausdruck gelangte prinzipielle Auffassung wurde noch weiter erläutert bei der Beratung der internationalen Genossenschaftspolitik und des Pro-

gramms, über das der Franzose Albèrt Thomas, der Leiter des internationalen Arbeitsamtes, und der schwedische Delegierte Oeren referierten. Sie führten aus, der Grundgedanke des Genossenschaftswesens bestehe darin, daß es an die Stelle des auf Profit und Egoismus aufgebauten Konkurrenzgeistes der kapitalistischen Wirtschaftsordnung das Prinzip der gegenseitigen Hilfe und der Billigkeit setze, daß es andere Menschen und Völker nicht als Rivalen, sondern als Genossen betrachte, und daß es sowohl den unproduktiven Zwischenhandel wie die Monopolbestrebungen der Kartelle und Truste bekämpfe. Bei der Verteilung des nationalen Reichtums, insbesondere der Rohstoffe und der Lebensmittel, müsse unter den Völkern ein gerechter Ausgleich stattfinden. Um ihn vorzubereiten, müsse ein internationales statistisches Preis- und Vorratsamt geschaffen werden. Bei der Aussprache fanden diese Ausführungen allgemeine Zustimmung; jedoch gingen die Ansichten darüber auseinander, ob unbedingter Freihandel zu fordern oder eine gemäßigte Schutzzollpolitik zuzulassen sei. Eine Resolution, die zu diesem Streite keine Stellung nahm, wurde schließlich einstimmig angenommen.

Die in Glasgow beschlossene Friedensresolution hatte ausgesprochen, daß die Genossenschaften imstande und verpflichtet seien, jeden Ausbruch eines Krieges zu verhindern. Da die Ereignisse diese Hoffnung als nicht begründet erwiesen hatten, hielt man es für geboten, die Resolution durch eine andere zu ersetzen. Nach längeren Erörterungen, bei denen insbesondere von den deutschen Delegierten zum Ausdruck gebracht wurde, daß sie das Vertrauen auf den Völkerbund, das in dem von dem Referenten Gide gestellten Antrage ausgesprochen war, nicht teilen könnten, wurde ein Beschluß angenommen, in dem eine weitgehende Abrüstung sowie die Verminderung der militärischen Lasten und die Einsetzung von internationalen Schiedsgerichten gefordert und den Genossenschaften empfohlen wurde, den Chauvinismus zu bekämpfen, indem sie vielmehr im Sinne der Völkerversöhnung wirkten.

Einen wichtigen Punkt der Tagesordnung bildete die bereits in Kopenhagen erörterte Gründung einer internationalen Großeinkaufsgesellschaft. Der Referent Kaufmann erörterte in einem umfassenden Vortrage die außerordentliche

Tragweite einer solchen Einrichtung, die in ihrer schließlichen Entwicklung zu der Schaffung einer einheitlichen Weltwirtschaft führen werde. betonte jedoch zugleich die Schwierigkeiten, die der Ausführung eines so weitgehenden Planes im Wege stehen, und empfahl, einstweilen ein begrenzteres Ziel zu verfolgen, nämlich die Herstellung eines organisatorischen Zusammenschlusses der bestehenden nationalen Großeinkaufsgesellschaften zu einer Kapitalgesellschaft, die, um ihre Rechtsfähigkeit zu erhalten, in das englische Handelsregister eingetragen werden soll. Zwischen ihr und dem internationalen Genossenschaftsbunde soll eine enge Verbindung dadurch hergestellt werden, daß sie dem letzteren als Mitglied beitrtritt, und daß die beiderseitigen Verwaltungsorgane tunlichst aus denselben Personen bestehen. Der Kongreß erklärte sich in einer Resolution mit diesen Ausführungen einverstanden.

Endlich verhandelte man über das Verhältnis der Genossenschaften zu den Gewerkschaften. Der Belgier Serwy betonte in seinem Referate, durch den starken Zuwachs, den die Gewerkschaften während des Krieges aus den Kreisen der unorganisierten und deshalb undisziplinierten Arbeiter erhalten hätten, sei das frühere gute Verhältnis zu den Genossenschaften getrübt, was in zahlreichen Streiks seinen Ausdruck gefunden habe. Die Arbeiter müßten bedenken, daß die Genossenschaften gemeinsam mit den Gewerkschaften den Kapitalismus bekämpften, und dürften deshalb das Verhältnis, in dem sie zu der sie beschäftigenden Genossenschaft ständen, nicht mit demjenigen zu einem Privatunternehmer auf dieselbe Stufe stellen. Sie dürften ferner nicht von den Genossenschaften günstigere Arbeitsbedingungen fordern, als sie in der Privatindustrie üblich seien. Unter allen Umständen aber dürften die in den genossenschaftlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter weder einen Streik gegen diese erklären, noch sich zu Sonderorganisationen zusammenschließen, sondern müßten lediglich den allgemeinen Gewerkschaften ihres Berufes angehören. Außerdem sollten sie den Genossenschaften als Mitglieder beitreten, um die gleiche Rechtsstellung zu erhalten wie die übrigen. Die von dem Referenten beantragte Resolution, die diesen Gedanken zum Ausdruck brachte und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zum Eintritt in die Genossenschaften aufforderte, wurde einstimmig angenommen.

Hinsichtlich des Völkerbundes forderte man dessen Umgestaltung im Sinne einer demokratischen Verfassung.

Zu dem Internationalen Arbeitsamte besteht schon heute ein freundschaftliches Verhältnis; man tadelte jedoch, daß in ihm den Verbrauchern kein Platz eingeräumt sei, und forderte die Beseitigung dieses Mangels.

Die Beschlußfassung über Ort und Zeit des nächsten Kongresses wurde dem Zentralvorstande überlassen.

B. Internationaler Bund der landwirtschaftlichen Genossenschaften.

Unter den landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisationen der verschiedenen europäischen Länder bestanden schon seit längerer Zeit nähere Beziehungen, die sich darin äußerten, daß man sich gegenseitig in genossenschaftlichen Fragen Auskunft erteilte, die erstatteten Geschäftsberichte und sonstigen Drucksachen zusandte und sich gegenseitig an den Genossenschaftsversammlungen durch Abgesandte beteiligte. Bei solchen Gelegenheiten wurden auch wohl gemeinsame Besprechungen über wichtige Angelegenheiten veranstaltet. Dagegen hatte ein Zusammenwirken zur Erreichung bestimmter praktischer Zwecke bisher nicht stattgefunden.

Auch die von Zeit zu Zeit abgehaltenen internationalen landwirtschaftlichen Kongresse hatten Veranlassung zu persönlicher Fühlungnahme gegeben, aber da sie sich mit allgemeinen Fragen der Landwirtschaft beschäftigten und die besonderen Interessen der Genossenschaften auf ihnen nicht zu ihrem Rechte kamen, so bestand das Bedürfnis, hierfür eine eigene Organisation zu schaffen.

Als der internationale Genossenschaftsbund eine größere Ausdehnung gewann, hatten sich auch die landwirtschaftlichen Genossenschaftsverbände ihm angeschlossen oder sich wenigstens an den abgehaltenen Kongressen beteiligt. Aber das Verhältnis war ziemlich loser Art geblieben, da man sich überzeugen mußte, daß in dem Bunde diejenigen Genossenschaften die Führung hatten, die in erster Linie den Konsumenten dienen wollten, und daß deren Interessen mit denen solcher Vereinigungen, deren Mitglieder aus Produzenten bestehen, nicht allein wenig

Berührungspunkte haben, sondern vielfach sogar ihnen entgegengesetzt sind. Auf dem 1904 in Budapest abgehaltenen VI. internationalen Genossenschaftskongreß kam es zu einem offenen Bruch, über den oben das Nähere mitgeteilt ist.

Schon in Budapest hatten die dort anwesenden Vertreter landwirtschaftlicher Genossenschaften ins Auge gefaßt, die mit ihrem Austritte aus dem Bunde verlorene Verbindung untereinander durch eine neue internationale Organisation zu ersetzen, und es hatten zu diesem Zwecke Verhandlungen stattgefunden, die damit endigten, daß Haas, der Generalanwalt des Reichsverbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften, den Auftrag erhielt, eine Konferenz der landwirtschaftlichen Genossenschaften von Deutschland, Österreich, Italien und der Schweiz einzuberufen.

Die Ausführung des Planes wurde zunächst aus dem Grunde verschoben, weil von der italienischen Regierung die Gründung eines internationalen landwirtschaftlichen Institutes angeregt und im Sommer 1905 in Rom ein Kongreß abgehalten war, der sich mit dieser Frage beschäftigte. Aber da das hier geschaffene Institut einen rein staatlichen Charakter erhielt und eine Beteiligung privater Organisationen an ihm ausgeschlossen war, so griff man auf den früheren Gedanken zurück, und die in Aussicht genommene Konferenz wurde am 19.—20. April 1906 in Luzern abgehalten unter Beteiligung von 15 Vertretern aus den genannten 4 Ländern.

Man war darüber einig, daß eine internationale Organisation zur Herstellung inniger Beziehungen der landwirtschaftlichen Genossenschaften der europäischen und insbesondere der benachbarten Länder um so mehr notwendig sei, als man dadurch in den Stand gesetzt werde, den unberechtigten Angriffen gewisser Handelskreise sowie den aus der Syndikatsbewegung der Industriellen drohenden Gefahren zu begegnen. Es wurde deshalb die Gründung des Internationalen Bundes der landwirtschaftlichen Genossenschaften beschlossen, der am 1. Januar 1907 ins Leben trat.

Nach den Satzungen bezweckt der Bund die gemeinschaftliche Vertretung der genossenschaftlichen Interessen, die Herstellung engerer Beziehungen unter den Genossenschaften in den einzelnen Ländern, die Sammlung von Material über die

genossenschaftliche Gesetzgebung und Tätigkeit, den Austausch der gemachten Erfahrungen, den Ausbau der genossenschaftlichen Organisation und die Pflege der einschlägigen Statistik. Beitrittsberechtigt sind grundsätzlich nur die Zentralorganisationen der einzelnen Länder; nur da, wo solche fehlen, können auch die für größere Bezirke gebildeten Verbände aufgenommen werden. Oberstes Organ ist der Bundestag, der in der Regel jährlich abgehalten werden soll. Zu ihm können die einzelnen Länder beliebig viele Vertreter entsenden; doch haben diese zusammen nur je 4 Stimmen abzugeben. Die geschäftliche Leitung liegt in der Hand des Bundesvorstandes, in dem jedes Land durch ein Mitglied vertreten ist. Der Sitz des Bundes ist am Wohnorte des jeweiligen Vorsitzenden, der auf je 3 Jahre gewählt wird.

Das Amt des Vorsitzenden wurde zunächst dem Generalanwalt des Reichsverbandes deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften übertragen, der es bis heute behalten hat. Haas betonte in seiner Ansprache, daß man nicht beabsichtige, zu dem Internationalen Genossenschaftsbund in Gegensatz zu treten, sondern sich bemühen werde, zu ihm ein freundschaftliches Verhältnis zu bewahren.

Der I. Bundestag wurde im Anschluß an den internationalen landwirtschaftlichen Kongreß am 22.—24. Mai 1907 in Wien abgehalten. Bisher beschränkte sich der Bund auf Deutschland, Österreich, Italien und die Schweiz, doch waren auch Vertreter aus Ungarn, Rumänien und Frankreich erschienen, die den Beitritt ihrer Organisationen in Aussicht stellten.

Der II. Bundestag fand statt am 23.—24. September 1908 in Piacenza. Dem Bunde hatten sich inzwischen auch Ungarn, Holland und Serbien angeschlossen. Die Zahl der Genossenschaften war dadurch auf 28000 gestiegen. Wie bemerkt, hatte man anfangs den einzelnen Ländern ohne Rücksicht auf das Maß ihrer Beteiligung das gleiche Stimmrecht auf den Bundestagen und im Bundesvorstande eingeräumt. Aber das entsprach nur so lange der Billigkeit, wie man von der Erhebung von Beiträgen absah. Das war bisher getan. Es zeigte sich jedoch, daß man ohne Beiträge nicht auskommen konnte, und so wurde in Piacenza eine Änderung der Satzungen dahin beschlossen, daß jedes Land nach der Höhe seiner Beiträge im Bundestage und im Bundesvorstande 1—10 Stimmen führen soll.

Auf dem III. Bundestage, der am 21.—23. Mai 1912 in Baden-Baden stattfand, wurde mitgeteilt, daß inzwischen auch Bulgarien, Dänemark, Finnland und Frankreich ihren Beitritt erklärt hätten, doch sei das letztere Land später wieder ausgeschieden und habe sich dem Internationalen Genossenschaftsbunde angeschlossen. Ebenso war die Schweiz ausgetreten, so daß der Bund 9 Länder, nämlich Deutschland, Österreich, Ungarn, Italien, Holland, Dänemark, Finnland, Serbien und Bulgarien mit rund 40000 Genossenschaften umfaßte. Übrigens waren auf dem Bundestage außer den angeschlossenen Ländern auch noch Luxemburg, Norwegen, Schweden und Rußland durch Abgesandte vertreten. Das letztere Land erklärte seinen Beitritt. Da man auch zu den Genossenschaften anderer Länder in Beziehung getreten war, die eine spätere Beteiligung erwarten ließen, wurde die in den Satzungen bisher enthaltene Beschränkung auf Europa gestrichen.

Die Verhandlungen der Bundestage haben sowohl theoretische wie praktische Fragen betroffen. Die wichtigsten Gegenstände waren neben den Berichten über den Stand des Genossenschaftswesens in den einzelnen Ländern: die Zentralisierung des Geldverkehrs der Genossenschaften, die Organisation des Bezuges landwirtschaftlicher Bedarfsartikel, insbesondere Einrichtung eigener genossenschaftlicher Unternehmungen, das internationale Agrarinstitut in Rom, der internationale Scheck- und Inkassoverkehr, das genossenschaftliche Revisionswesen, das genossenschaftliche Unterrichts- und Ausbildungswesen, die Bedeutung der Pachtgenossenschaften, die Versorgung des flachen Landes mit Elektrizität, die Entschuldung des Landbesitzes durch Mithilfe der Genossenschaften, die Nutzbarmachung der Kälteindustrie und die Aufstellung einer internationalen Genossenschaftsstatistik.

Bei Gelegenheit des III. Bundestages in Baden-Baden wurden Berichte über den Stand des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens nicht bloß für die angeschlossenen Länder, sondern auch für Amerika, Belgien, England, Frankreich, Japan, Luxemburg, Rumänien, Rußland, Schweden und die Schweiz erstattet und eine Tabelle über die Gesamtheit aller in den einzelnen Ländern bestehenden landwirtschaftlichen Genossenschaften nach deren Hauptgruppen vorgelegt. Danach bestanden an solchen

Organisationen: in Belgien 3844, in Dänemark 1756, in Deutschland 24486, in Finnland 696, in Frankreich 12156, in England 1394, in Britisch-Indien 1766, in Italien 4523, in Japan 5149, in Holland 2779, in Norwegen 700, in Österreich-Ungarn 9723, in Rumänien 103, in Schweden 2622, in der Schweiz 3287, in Serbien 853, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika 17724, insgesamt also 93561.

Durch den Krieg wurde die Tätigkeit des Bundes völlig lahmgelegt; sie ist auch nach dessen Beendigung noch nicht wieder aufgenommen.

Sachregister.

- Absatz-G.** 20, 39.
Allgemeine Konsum-G. Hangya (Ungarn) 197.
Allgemeiner Verband der finnischen G. 208.
 — — der G. Österreichs 108 f.
Amerikanische G. Liqu. 243.
Andelsudvalget 202.
Arbeiter 12, 16, 19, 24, 62 ff., 86 ff., 144 ff., 175, 202, 209, 226.
Arbeits-G. 179 ff.
Archangelsk 219.
Armenien 221.
Artell 214 ff.
Avranowitsch 235.

Barzahlung 122, 158, 204, 217, 256.
Bauern 12, 175, 181, 183, 196, 209, 217, 234, 236, 238.
Bauernvereine 181.
Bau-G. 28, 87.
Beamte 25, 101 f., 117, 157, 166, 178.
Befähigungsnachweis 127.
Betriebs-G. 39.
Betriebsräte 78, 81, 102.
Bildungswesen 57, 76, 84, 92, 163, 177, 181, 220.
Borgwesen s. Barzahlung und Rabatt.
Boyve de 248.
Bund deutscher Kleinhändler 130.
 — ungarischer G. 198.

Centrosojus 22¹, 228 ff.
Christliche G. 10³, 222.
 — Gewerkschaften 98.
 — Konsumvereine 99, 168.
 — Sozialisten 37 ff., 248.
Christlich-soziale Tendenz 33, 52.
Co-operative Union 143, 248 f.
 — Wholesale Society England 138, 155, 248. Schottland 140, 248. Irland 142.

Deutscher Genossenschaftsverband 112 f.
Dreyer 200.

Eigeninteresse 34.
Eigenproduktion 21, 69, 73, 99, 139, 143, 159, 173, 197, 201, 205, 209, 220, 227.

Einkaufs-G. 21, 69, 72, 93, 123 ff. 171; s. auch Großeinkaufs-G.
Einziehungs-G. 93.

Fabriksystem 4.
Faelles foreningen for Danmarks brugs foreningen 201.
Finlands Swenska Andelslag 212.
Finlay 142.
Freier Ausschuß 115 ff.

Gefolgschaft 8.
Genossenschaft, Begriff 3.
Genossenschaft zur Erbauung von Zuckerfabriken 120.
Genossenschaftliche Betriebsform 1ff.
Genossenschaftsbanken 185, 202, 224 f., 236, 237, 239.
Genossenschaftsbewegung, geschichtliche Entwicklung 3, 9.
Genossenschaftsgedanke 2, 6, 9, 17, 65.
Genossenschaftsgesetze: Deutschland 16, 20, 38, 64. England 137. Frankreich 153, 159. Belgien 161. Österreich 188. Schweden 204. Finnland 210. Transkaukasien 220. Armenien 221. Litauen 224. Lettland 225. Griechenland 241. Japan 246.
Genossenschaftssozialismus 65, 100, 154, 256, 266.
Georgien 220.
Germanische Auffassung 5.
Gewerkschaften 66, 74, 76, 143 ff., 157 f., 164, 173, 177, 184, 191, 195, 210, 217, 245, 248, 256, 258, 267.
Gewinnbeteiligung 138 ff., 141, 143, 248.
Gide 153.
Gleichheitsprinzip 8.
Großeinkauf 69, 121, 155, 256.
Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine 67, 70, 83.
Großeinkaufsgesellschaften: England 138, 150. Schottland 140. Frankreich 155, 160. Belgien 163. Holland 166. Schweiz 172. Spanien 176. Österreich 188,

- 190, 192, 194. Skandinavische 204. Schweden 205, Finnland 208, 211. Ukraine 218. Polen 223. Rumänien 239. Amerika 244. Internationale Organisation 260 ff. Großeinkaufszentrale des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine 99.
- Haas** 15, 50 ff.
- Handel** 65, 72, 94, 119.
- Handwerk** 3.
- Handwerker** 12, 20, 22, 29 f., 67, 86 ff., 119.
- Hangya** 196 ff.
- Hauptausschuß für freie Nahrungsmittelwirtschaft** 128.
- Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels** 133.
- Hauswerk** 3.
- Herrschaftsprinzip** 8.
- Hilfsvereine** 177, s. auch Unterstützungswesen.
- Howarth** 136.
- Huber** 13, 16, 19, 63.
- Individualistische Tendenz** 11, 152, 242.
- **Form des Betriebes** 1 ff.
- Integraler Charakter** 163.
- Interessengemeinschaft** 112.
- Internationale** 161, 171.
- Internationaler Genossenschaftsbund** 103, 248 ff.
- **Bund der landwirtschaftlichen G.** 208.
- **Genossenschaftskongresse** 249 ff.
- Karolyi** 196.
- Katholische G.** 164, 166, 168.
- King William** 136.
- Kleingewerbe** 22, 25, 67; s. auch Kleinhandel.
- Kleinhandel** 17, 65, 69, 118 ff.; s. auch Kleingewerbe.
- Kleinhandels-Berufs-G.** 130.
- Klerikale G.** 164, 182, 186, 222; s. auch katholische G.
- Kommunisten** 78, 81, 157 ff., 197, 212, 226 ff.
- Konsumenteninteresse** 13, 16, 63, 67, 74.
- Konsumentenkammern** 102 f., 193.
- Konsumkommunen** 197, 212, 227 ff.
- Konsummagazine** 178, 189.
- Konsumvereine** 13, 16, 19, 21 ff., 27, 29, 62 ff., 67, 94, 113, 127, 129 ff., 148, 159, 178 f., 188, 197, 201, 208, 215, 227 ff., 241, 243 f., 255, 257.
- Kredit-G.** 16, 19, 21 ff., 27, 53, 67, 87, 95, 184, 234, 239.
- Krieg** 23, 45, 53, 76, 96, 115, 125, 189, 198, 212, 216, 223, 235, 259 ff., 266.
- Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen** 114.
- Kustar-G.** 229.
- Landarbeiter** 182 ff.
- Landwirtschaft** 35 f., 49 ff., 142, 204, 234, 237, 246.
- Landwirtschaftlicher Betrieb durch G.** 73, 150, 173.
- Landwirtschaftliche G.** 56, 75, 102, 110, 117, 153, 165, 167 f., 174, 176, 181, 184, 189, 193, 196, 199, 208, 216, 240, 251, 258, 268 ff.
- **Zentraldarlehenskasse** 36, 40.
- Langsdorff, v.** 50.
- Lassalle** 13, 19, 63.
- Lega nazionale delle cooperative italiane** 185.
- Lehnrecht** 9.
- Lettland** 224.
- Libérale G.** 164.
- Lieferungs-G.** 94.
- Litauen** 223.
- Lohnsystem** 4, 13.
- Lohnwerk** 3.
- Magazin-G.** 86, 95.
- Markenartikel** 123, 126.
- Maurer-G.** 179.
- Mazzini** 177.
- Meierwesen** 9.
- Mir** 214.
- Mittelstand** 21, 25, 66, 86 ff., 101, 105, 119, 124, 126, 131.
- Molkerei-G.** 201, 217.
- Nächstenliebe** 33, 52.
- Narodny-Bank** 225, 228.
- Neutrale G.** 164, 210, 222.
- Neutralverein zur Förderung des Genossenschaftswesens** 114.
- Neutralität** 78, 80, 143, 167, 174, 183, 198, 202, 251, 254.
- Owenistische Bewegung** 135, 141.
- Pacht-G.** 182, 238, 241.
- Pellervo** 208.
- Pfeiffer, v.** 14, 16.

- Plunket 142.
 Polen 222.
 Politik 22, 26, 70, 72, 77 ff., 102, 116, 131, 144 ff., 157, 174, 183, 186, 210, 254 f.
 Preußenkasse 15, 43, 51, 90 ff., 95, 105 ff., 126.
 Produktiv-G. 19, 63, 73, 87, 136 ff., 148, 153, 159, 179, 188, 205, 248, 255, 258.
 Produzenteninteresse 13, 63, 69, 74; s. auch Barzahlung.
 Rabatt 121 ff., 129 f.
 Raiffeisen 14, 33 ff., 51 ff., 54, 181, 187, 237, 240.
 — -Organisationen 46.
 Regierung 145 ff., 158, 161, 180, 183, 185, 187, 197, 216, 221 f., 226.
 Reichsausschuß des deutschen Kleinhandels 130.
 Reichsbund der Verbände der deutschen Kleinhändler 129.
 Reichsgenossenschaftsbank 41, 55, 57.
 Reichsschutzverband für Handel und Gewerbe 131.
 Reichsverband der deutschen Kolonialwarenhändler 128.
 Revers 22, 70.
 Rochdale-Pionier-System 136, 152 f., 171, 217.
 Rohstoff-G. 18, 21, 87, 93, 95, 241.
 Römische Auffassung 5 f.
 Samwirkende Danske Andels Selskaber 202.
 Schulze-Delitzsch 13, 16 ff., 33, 52, 63, 65, 86, 161, 166, 187, 215, 237.
 Schwedischer Genossenschaftsbund 204.
 Selbsthilfe 15, 17, 20, 89 f., 124, 242.
 Semstwo-Banken 218.
 Sibirien 219.
 Skandinavische G. 204.
 Sklaverei 5.
 Società di mutuo soccorso 177.
 Sonne 200.
 Sozialdemokratie 22 ff., 63, 66, 74, 79 ff., 153, 162 ff., 166 f., 186, 197, 203, 209, 211, 221, 257 ff.
 Sozialismus 13, 16, 63 ff., 71, 102, 131, 138, 147, 166, 183, 224, 226 ff., 255, 257, 264.
 Sozialistische G. 164, 183, 188, 192, 197, 206, 210, 221 ff.
 Staat 2, 5, 6, 11.
 Staatshilfe 1, 5, 17, 20, 25, 89 f., 251.
 Stöckel 53.
 Submission 93, 180.
 Teilpächter 182 ff.
 Thillmany 35.
 Transkaukasien 220.
 Tschechoslowakei 192.
 Ukraine 216.
 Union coopérative 154.
 Unterstützungswesen 75, 84, 98, 127, 155, 177; s. auch Hilfsvereine.
 Vasallenverhältnis 9.
 Verband deutscher Versorgungs-G. 193.
 — ostschweizerischer landwirtschaftlicher G. 174.
 — tschechischer Konsumvereine 192.
 — serbischer G. 235.
 Verlagssystem 9.
 Verschmelzung des Generalverbandes und des Reichsverbandes 41 ff., 55 ff.
 Versicherungswesen 28, 44, 76, 103, 181, 202.
 Volksbanken 184.
 Warenhäuser 120 ff., 129 ff.
 Weidenhammer 50.
 Werk-G. 28, 87, 95.
 Widerstandsvereine 183.
 Wirtschaftsausschuß deutscher Erzeuger- und Verbraucher-G. 117.
 Wohltätigkeit 17, 34.
 Wolff, Henry 249, 252.
 Zentraleinkaufs-G. 125.
 Zentralgenossenschaftsbank (Italien) 185.
 Zentralverband finnischer G. 210.
 — für Handel und Gewerbe 127.
 — der österreichischen Konsumvereine 188 ff.
 — niederländischer Konsumvereine 168.
 — schweizerischer Konsumvereine 172.
 Zunftwesen 7.
 Zwangswirtschaft 46, 78, 102.

Schriften desselben Verfassers.

- Die Reform des amtsgerichtlichen Zivilprozesses. Eine gesetzgeberische Studie nebst dem vom Verfasser am 13. Dezember 1888 im Reichstage eingebrachten Gesetzentwurfe. 2. Auflage. Berlin 1888. Heymann.
- Die Sozialdemokratie und deren Bekämpfung. Berlin 1889. Heymann.
- Das Gesetz, betr. die Invaliditäts- und Altersversicherung in allgemeinverständlicher Form dargestellt. Berlin 1890. Heymann.
- Der Arbeiterschutz sonst und jetzt, in Deutschland und im Auslande. Leipzig 1893. Duncker & Humblot.
- Die Reform unserer Sozialversicherung. Leipzig 1894. Duncker & Humblot.
- Die Reform der kleinen Gefängnisse. Halle a. S. 1895. Niemeyer.
- Das Kleingewerbe. Notlage und Abhülfe. Göttingen 1896. Vandenhoeck & Ruprecht.
- Christentum und Malthusianismus. Göttingen 1896. Vandenhoeck & Ruprecht.
- Die religionsfeindlichen Strömungen der Gegenwart. Berlin 1899. Schwetschke.
- Die Gewerkschaftsbewegung. Darstellung der gewerkschaftlichen Organisationen der Arbeiter und Arbeitgeber aller Länder. Jena 1900. Fischer.
- Zur braunschweigischen Regentschaftsfrage. Braunschweig 1902. Sattler.
- Die Eidesfrage. Leipzig 1904. Luckhard.
- Die Reform der Voruntersuchung. 2. Auflage. Berlin 1904. Guttentag.
- Der Zusammenschluß der Liberalen. Dresden 1905. Böhmert.
- Die Lage des Liberalismus. Dresden 1906. Böhmert.
- Die forensische Behandlung der Jugendlichen. Langensalza 1907. Beyer.
- Die Grenzen der kirchlichen Lehrfreiheit. Berlin 1907. Hutten-Verlag.
- Die Berufsvereine. Zweite Auflage der Gewerkschaftsbewegung. Band I/III (Deutschland). Jena 1908. Fischer.
- Die Beteiligung der Laien an der Rechtspflege. Vorträge der Gehe-Stiftung. Leipzig 1909. Teubner.
- Politische Erinnerungen. Ein Beitrag zur neueren Zeitgeschichte. Berlin 1911. Curtius.
- Die Berufsvereine. Band IV/VI (die außerdeutschen Länder). Berlin 1913. Simion.
- Die öffentlichen Beamten. Volkswirtschaftliche Zeitfragen. Jahrgang 38, Heft 294/5. Berlin 1916. Simion.
- Der Gewerkschaftsgedanke in der Beamtenbewegung. Berlin 1919. Simion.
- Trennung von Staat und Kirche. Wolfenbüttel 1919. Zwißler.
- Der Kampf der Weltanschauungen. Leipzig 1922. Hinrichs.

Handausgaben der neuen Steuergesetze.

Handausgabe des Einkommensteuergesetzes

vom 29. März 1920.

Von Dr. jur. Georg Strutz,

Senatspräsident am Reichsfinanzhof, Kgl. Preuß. Wirkl. Geh. Oberregierungsrat.

Mit 2 Nachträgen, enthaltend die Novellen v. 20. Dezember 1921 bzw. 20. Jui 1922 mit Erläuterungen, die Durchführungsbestimmungen vom 3./22. Dezember 1921 nebst den Änderungen und andere Vorschriften.

1921/22. Hauptwerk geb. und 2 Nachträge zusammen 200 M.

1. Nachtrag einzeln 20 M. 2. Nachtrag einzeln etwa 12 M.

Handausgabe der Vermögenssteuergesetze 1922.

1. Vermögenssteuergesetz, 2. Vermögenszuwachssteuergesetz
vom 8. April 1922.

Von Dr. jur. Georg Strutz,

Senatspräsident beim Reichsfinanzhof, Kgl. Preuß. Wirkl. Geh. Oberreglerungsrat.

1922. Geb. etwa 150 M.

Handausgabe des Körperschaftsteuergesetzes

in der Fassung vom 8. April 1922.

Mit allen Ausführungsbestimmungen.

Von Reichsfinanzrat R. Evers.

1922. Geb. etwa 130 M.

In gleicher Bearbeitungsweise wie die Handausgabe des Einkommensteuergesetzes von Dr. Strutz gibt der als Richter des höchsten Steuergerichtshofes mit dem Körperschaftsteuergesetz besonders vertraute Verfasser eine eingehende Erläuterung des Gesetzes in der neuesten Fassung.

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt vom Verlage.

Postscheck Nr. 45 561. — Preise unverbindlich.

Handausgaben der neuen Steuergesetze.

Handausgabe des
Kapitalverkehrssteuergesetzes
unter besonderer Berücksichtigung der
Börsenumsatzsteuer.

Bearbeitet von

Dr. R. Kloß, und Dr. E. Schwarz,
Senatspräsident am Reichsfinanzhof, Rechtsrat a. D., Syndikus des Münchener
München. Handelsvereins, der Wertpapierbörse u. a.

Im Druck. 1922. Geb. etwa 120 M.

Handausgabe des
Landessteuergesetzes
nebst allen Ausführungsbestimmungen.

Von Dr. W. Markull,
Ministerialrat im Reichsfinanzministerium.

Erscheint nach Zustandekommen der geplanten Novelle.

1922. Geb. etwa 100 M.

Handausgabe des
Zwangsanleihegesetzes

vom 20. Juli 1922.

Von Dr. Zarden,
Ministerialrat im Reichsfinanzministerium.

Im Druck. 1922. Geb. etwa 130 M.

Diese Handausgaben, die in Format, Ausstattung und Bearbeitungsweise den anderen Handausgaben, insbesondere der Strutzschen zum Einkommensteuergesetz, entsprechen, bringen eingehende Erläuterungen aus der Feder erster Sachkenner.

Zu beziehen durch den Buchhandel oder direkt vom Verlage.
Postscheck Nr. 45561. — Preise unverbindlich.

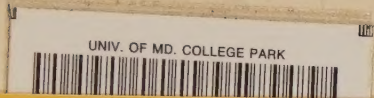
Date Due

[illegible]

CAT. NO. 23 233

PRINTED IN U.S.A.

1/1



1189148

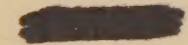
BOOK CARD

KEEP THIS CARD IN THIS POCKET.
THE BORROWER WILL BE CHARGED
ONE DOLLAR IF THIS CARD IS
MISSING OR DAMAGED WHEN THE
MATERIAL IS RETURNED TO THE

☐ BINARY

University of Maryland
College Park Campus

1189148	
Y	R
VOL	COPY
CIRCULATION NO.	



1189148

